

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

19. Wahlperiode

26. Sitzung vom 7. September 2012

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Gemeinderäte	S. 3	GR Mag Johann Gudenus, MAIS (zur Geschäftsordnung)	S. 37
2. Fragestunde		GR Dipl-Ing Roman Stiftner	S. 37
1. Anfrage (FSP – 02996-2012/0001 – KSP/GM)	S. 3	GR Mag Christoph Chorherr	S. 40
2. Anfrage (FSP – 03003-2012/0001 – KU/GM)	S. 6	GR Mag Johann Gudenus, MAIS	S. 42
3. Anfrage (FSP – 03002-2012/0001 – KVP/GM)	S. 10	GR Franz Ekkamp	S. 43
4. Anfrage (FSP – 02998-2012/0001 – KFP/GM)	S. 12	GR Dkfm Dr Fritz Aichinger	S. 46
5. Anfrage (FSP – 02997-2012/0001 – KSP/GM)	S. 14	Abstimmung	S. 47
3. AST/02977-2012/0002-KSP/AG: Aktuelle Stunde zum Thema "Miteinander in statt Wienfeindlichkeit, Skandale, Hetze und Antisemitismus"		10. 02676-2012/0001-GFW; MA 5, P1: 3. periodischer Bericht über Überschreitungen 2012	
Rednerin bzw Redner:		Berichterstatter GR Friedrich Strobl	S. 48
GR Christian Deutsch	S. 18	Rednerin bzw Redner:	
GR Dr Wolfgang Ulm	S. 19	GRin Mag Dr Barbara Kappel	S. 48
GR Dr Alexander Van der Bellen	S. 20	GR Dipl-Ing Martin Margulies	S. 49
StR David Lasar	S. 21	Berichterstatter GR Friedrich Strobl	S. 50
GR Dr Wolfgang Aigner	S. 22	Abstimmung	S. 50
GR David Ellensohn	S. 23	11. 02834-2012/0001-GFW; MA 5, P 2: 7. GR-Subventionsliste 2012	
StRin Veronika Matiasek	S. 23	Abstimmung	S. 50
GR Dipl-Ing Rudi Schicker	S. 24	12. 02848-2012/0001-GKU; MA 7, P 9: Subvention Demokratiezentrum Wien GmbH	
StR Mag Manfred Juraczka	S. 25	Berichterstatter GR Dr Harald Troch	S. 50
4. Mitteilung des Einlaufs	S. 25	Rednerin bzw Redner:	
5. Mandatsverzicht von GRin Dr Sigrid Pilz; Angelobung von Dr Alexander Van der Bellen als Gemeinderat	S. 25	GRin Ing Isabella Leeb	S. 50
6. Der Antrag des Stadtsenats 02229-2012/0001-GGU wird von der Tagesordnung abgesetzt.	S. 26	GR Dr Alexander Van der Bellen	S. 52
7. Gemäß § 26 WStV ohne Verhandlung angenommene Anträge des Stadtsenates	S. 26	GR Mag Gerald Ebinger	S. 54
8. Umstellung der Tagesordnung	S. 26	GR Peter Florianschütz	S. 55
9. VO-02761-2012/0001; MA 6, P 3: Pauschalierungsverordnung		Abstimmung	S. 55
Berichterstatterin GRin Mag Nicole Berger-Krotsch	S. 26	13. 01714-2012/0001-GSK; MA 21B, P 11: Plan Nr 7995: Flächenwidmungs- und Bebauungsplan in 22, KatGen Stadlau und Aspern	
Redner:		Berichterstatterin GRin Silvia Rubik	S. 56
StR Mag Manfred Juraczka	S. 26	Rednerin bzw Redner:	
GR Mag Rüdiger Maresch	S. 28	GR Mag Christoph Chorherr	S. 56
GR Anton Mahdalik	S. 30	GR Anton Mahdalik	S. 56
GR Mag Rüdiger Maresch (tatsächliche Berichtigung)	S. 32	GR Dipl-Ing Rudi Schicker (zur Geschäftsordnung)	S. 58
GR Dr Wolfgang Aigner	S. 32	GRin Dr Jennifer Kickert	S. 58
GR Siegi Lindenmayr	S. 33	Berichterstatterin GRin Silvia Rubik	S. 59
		Abstimmung	S. 59
		14. PGL-03011-2012/0001-KFP/MDGAT: Dringlicher Antrag von GR Karl Baron, GR Univ-Prof Dr Herbert Eisenstein, GR Johann Herzog, GR Mag Günter Kasal, GRin Uta Meyer und GR Dietrich Kops betreffend Ausweitung des Parkpickerls	
		Begründung durch GR Karl Baron	S. 59
		Redner:	
		GR Wolfgang Irschik	S. 60

GR Dipl-Ing Roman Stiftner
GR Mag Rüdiger Maresch

S. 62
S. 64

GR Dipl-Ing Omar Al-Rawi
GR Anton Mahdalik

S. 66
S. 67

(Beginn um 9.02 Uhr.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen!

Ich bitte, die Plätze einzunehmen, und eröffne die Sitzung. Ich persönlich bin sehr froh, dass ich nichts vernommen habe, dass irgendeine Persönlichkeit des Wiener Gemeinderates während der vergangenen paar Wochen im Urlaub oder sonst wo eine Krankheit erlitten hat und alle gesund wieder zurückgekommen sind.

Ich muss aber trotzdem sagen, dass für diese Gemeinderatssitzung folgende Personen entschuldigt sind: GR Herzog, GR Hora, GR Niedermühlbichler, GR Peschek und GR Mag Dr Wansch.

Wir kommen nun zur Fragestunde.

Die 1. Anfrage (FSP - 02996-2012/0001 - KSP/GM) wurde von Frau GRin Bluma gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke gerichtet. (Erneut konnte Wien einen absoluten Rekord an Nächtigungszahlen und Umsätzen im Tourismus erreichen. Worauf, Frau Vizebürgermeisterin, führen Sie diese anhaltend positive Entwicklung zurück?)

Bitte, Frau Vizebürgermeister.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Einen schönen guten Morgen, sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich auch, Sie alle so gesund wiederzusehen, und freue mich, dass die 1. Anfrage in dieser Herbstsaison sozusagen sich mit einem sehr positiven Thema für unsere Stadt befasst, wo ich Ihnen auch sehr positive Nachrichten geben kann.

Wie Frau GRin Bluma in ihrer Frage ja schon richtig anspricht, haben wir in Wien einen absoluten Rekord an Nächtigungszahlen. Das ist an sich schon keine Selbstverständlichkeit, und in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es, denke ich, doppelt bemerkenswert und hat natürlich primär mit unserer wunderschönen Heimatstadt zu tun, deren Attraktivität ungebrochen ist, und die klassischen Vorzüge dieser Stadt sind auch entsprechend vorhanden und werden gewürdigt.

Allerdings gibt mir diese Frage auch die Chance, einmal an dieser Stelle als verantwortliche Stadträtin und auch Präsidentin des Tourismusverbandes dem Team des Wiener Tourismusverbandes, mit Kollegen Norbert Kettner an der Spitze, für die hervorragende, innovative und international extrem registrierte Arbeit, die sich eben in diesen wunderbaren Zahlen auch niederschlägt, ein großes Dankeschön zu sagen. (Beifall bei der SPÖ und von GR Dkfm Dr Fritz Aichinger.)

Denn: Der Tourismusverband hat, denke ich, schon einen sehr hohen Anteil an diesem Erfolg. Er fällt ja trotzdem nicht vom Himmel. Die Konkurrenz ist stark, und der Tourismusverband hat auf eine wirklich sehr demokratische, breite Art und Weise, wo alle Stakeholder einbezogen waren, das Tourismuskonzept 2015 entwickelt, mit sehr genauen Zielgruppen, mit sehr genauen Bearbeitungen. Wir bearbeiten zum Beispiel als einzige heimische Tourismusorganisation systematisch die BRIC-Staaten und die Türkei, also die sogenannten Emerging Markets, und die Ergebnisse sind wirklich sehr positiv. Wir haben zum Beispiel mit über 1,21 Millionen

Nächtigungen im Juli dieses Jahres - die letzten aktuellen Zahlen - den Juli des Vorjahres um 5,4 Prozent übertraffen; unsere durchschnittliche Bettenauslastung ist gestiegen. Das ist insofern äußerst bemerkenswert, weil natürlich die Tourismusindustrie darauf hinweist und auch ein wenig besorgt beobachtet, dass die Hotelkapazität sich erhöht, vor allem im Luxussegment. Wir haben allein 2 200 Betten mehr als im vergangenen Jahr. Aber alle Zahlen sind trotzdem gestiegen, sowohl die Nächtigungen als auch – und das ist natürlich für die Tourismuswirtschaft das Wichtigste – der Nettonächtigungsumsatz der Hotellerie: ein Plus von 5,2 Prozent.

Wie gesagt, das ist alles nicht vom Himmel gefallen. Die gesamte Branche hält wirklich auch sehr gut zusammen mit dem Tourismusverband. Hier gibt es einen sehr guten Schulterschluss. Wir können uns natürlich nicht in interne Preisentscheidungen der Hotellerie einmischen, aber es gibt hier sehr gute Kooperationen und Erneuerungen. Und ich glaube, die Infrastrukturmaßnahmen, die im Moment in Wien passieren, vom Westbahnhof über den Hauptbahnhof, insgesamt im Ausbau des öffentlichen Verkehrs, die dritte Piste am Flugplatz, all das sind Dinge, die auch die Rahmenbedingungen schaffen, um - um zum Abschluss dann wieder konkret auf die Frage einzugehen - eben diese guten Ergebnisse auch entsprechend zu präsentieren.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke, Frau Vizebürgermeister. Die 1. Zusatzfrage wird von Herrn GR Ing Mag Dworak gestellt. – Bitte.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Einen schönen guten Morgen, Frau Vizebürgermeisterin!

Bei mir läuten allerdings die Alarmglocken zum Thema Gebührenerhöhung, nämlich der Ortstaxe. Bis jetzt werden 2,8 Prozent der Nächtigungsumsätze abzüglich einzelner Posten wie Heizungskosten oder Heizungszuschläge eingehoben, sprich, es ist natürlich eine erkleckliche Summe, die für das Stadtbudget und die Finanzierung des Tourismusverbandes dadurch hereinkommt. Selbstverständlich wächst, wenn mehr Gäste kommen, auch dieser Beitrag, den der Tourismusverband zur Finanzierung seiner Aktivitäten bekommt.

Nur wird mit 1. Jänner diese Ortstaxe auf 3,2 Prozent erhöht, und die Absetzposten, die es vorher gab, werden ersatzlos gestrichen. Das Problem ist, dass diese gestrichenen Beträge, diese Beiträge doch die Wiener Tourismusbranche belasten.

Wie sehen Sie die Situation in dieser Richtung?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeister.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Na ja, Herr Kollege, Sie haben richtigerweise zitiert, dass der Prozentsatz der Ortstaxe jetzt 2,8 ist und dann auf 3,2 Prozent erhöht werden soll. Das ist richtig. Aber wenn man eine Maßnahme einschätzen will, dann muss man erstens richtig zitieren - das tun Sie; das ist ja auch nicht immer so, nicht bei Ihnen, aber bei anderen. Sie zitieren richtig, aber halt auch leider nicht ganz vollständig. Sie haben unerwähnt gelassen, dass die Ortstaxe seit 1987 – 1987! - unverändert war (GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Der

Prozentsatz verändert ...) und dass die Maßnahmen sich seither natürlich extrem erhöht haben. Mir ist schon klar, ein Prozentsatz ist ein Prozentsatz, und das Aufkommen hängt vom Umsatz ab - und wenn der Umsatz steigt, freuen wir uns auch, schon allein aus diesem Grund, das bestreitet ja keiner -, aber bitte vergleichen Sie einmal, wie sich die Maßnahmen des Tourismusverbandes seither verändert haben, nicht nur von der Innovationskraft, sondern auch von der Breite der Märkte!

Denn ich bin überzeugt davon, dass wir 1987 in Brasilien nicht präsent waren und dass wir 1987 all diese Maßnahmen, die man heutzutage braucht, damit überhaupt jemand registriert, dass man da ist, nicht gesetzt haben. Wir sind das schönste Land der Welt, aber wir sind nicht gerade das größte Land der Welt. Ich persönlich versuche ja, wann immer es geht, an den Tourismusbörsen in Berlin teilzunehmen, und ich kann Ihnen sagen: Wenn man sieht, was die Arabischen Emirate dort hinstellen oder was andere große Konkurrenten von uns dort hinstellen und was die dort investieren, dann muss man einfach schon mehr dahinter sein, als das früher notwendig war.

Und man muss ja auch dazusagen - weil immer ein bisschen so mitschwingt: na ja, die Stadt Wien macht sich da ein Körbergeld -: Jeder Cent, der hier eingenommen wird, fließt zu 100 Prozent dem Tourismusverband zu und erhöht damit natürlich auch die Eigenständigkeit und verhindert die Abhängigkeit von Subventionen, die, wie Sie wissen, in Zeiten wie diesen keinesfalls höher werden, sondern, im Gegenteil, zum Teil - und darüber diskutieren wir ja dauernd, dass man in Zeiten wie diesen auch Subventionen immer wieder überprüfen muss - unter Umständen auch Kürzungen unterliegen können. Das heißt, dieses Geld ist ja nicht Geld, das allgemein ins Budget fließt, sondern Geld, das dem Tourismusverband zufließt.

Und es sind auch einige andere Veränderungen vorgenommen worden, auch eine Vereinfachung. - Es sind auch welche dazugekommen, ja, da haben Sie recht: Die Privatunterkünfte werden zum Beispiel jetzt auch ortstaxenpflichtig. Aber da darf ich Ihnen sagen, dass wir da die Letzten waren, die das bisher nicht gemacht haben; das ist in allen anderen Bundesländern schon absolut üblich.

Und zum Schluss darf ich Ihnen sagen - und vielleicht ist das auch ein bisschen eine Beruhigung, weil uns natürlich klar ist, dass so eine Umstellung nie auf Freude stößt, und wir haben es auch nicht leichtfertig getan, sondern sehr, sehr gut überlegt und wir haben auch eine entsprechende Übergangsfrist -: Es wird nicht, wie Sie jetzt versehentlich zitiert haben, jetzt schon, sondern erst mit 1.1. nächsten Jahres ... (*Ruf bei der ÖVP: 2013!*) 2013, ja. Dann sind wir uns ohnedies einig, wunderbar; dann habe ich es nicht mitgekriegt. Also mit 1.1.2013 - wir haben hier extra eine längere Übergangsfrist vorgesehen, weil natürlich die Branche genauso langfristig planen muss. Das wollte ich nur noch einmal deutlich machen. Aber wenn Sie das ohnedies so gesagt haben, dann entschuldige ich mich, dann habe ich das nicht gehört. - Danke schön.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. - Die 2. Zusatzfrage wird von Herrn GR Dipl.-Ing Margulies gestellt. - Bitte.

GR Dipl.-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Stadträtin! Auch ich denke, dass durch die minimale Erhöhung der Ortstaxe der Wien-Tourismus nicht gefährdet werden kann, ganz im Gegenteil: Wenn dem Tourismusverband mehr Mittel zur Verfügung stehen, kann tatsächlich auch weltweit mehr investiert werden.

Jetzt wird das global gesehen ja gemacht, aber mögliche Potenziale sind zielgruppenspezifisch durchaus erreichbar. Und in diesem Sinne die Frage: Auf welche Zielgruppen fokussiert sich die Stadt Wien für die Tourismuswerbung?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeisterin.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Nun, dazu ist zum einen zu sagen, dass die Zielgruppe des Städtetourismus an sich schon eine sehr spannende, aber auch eine sehr schwierige ist. Der Städtetourist/die Städtetouristin, wenn ich das so sagen darf, ist - und das schauen wir uns eben alles sehr genau an, und ich finde, das ist auch eine wirklich neue Qualität, dass wir da mit ganz genauen Analysen arbeiten - überdurchschnittlich gebildet, hat auch ein überdurchschnittliches Haushaltseinkommen, ist aber auch überdurchschnittlich an Qualität orientiert. Das heißt, wir müssen wirklich schauen, dass diese hohen Erwartungen, die gerade in die Destination Wien gesetzt werden, auch entsprechend erfüllt werden.

Darüber hinaus gehen wir sehr spezifisch vor. Ich habe es vorher schon erwähnt, dass zum Beispiel die BRIC-Staaten als sich entwickelnde Länder mit einer sich entwickelnden Mittelschicht eine besondere Zielgruppe sind, wo man auch sehr genau schauen muss, wie man an die Leute herankommt.

Und dann - da sind wir gerade dabei und werden das auch in nächster Zeit präsentieren - haben wir eine Zielgruppe, die wir auch auf der Berliner Tourismusmesse mit großem Erfolg extra angesprochen haben, nämlich die internationale Gay Community, also die schwule Gemeinschaft, deren Mitglieder sehr großen Wert darauf legen, dass sie auch entsprechend ihre spezifischen Angebote bekommen, dass sie in einer weltoffenen und internationalen Stadt entsprechend respektvoll behandelt werden, auch mit den speziellen Angeboten, die es hier gibt. Und wir werden da in nächster Zeit, da wir auch wissen, dass die schwule Community auch von ökonomischer Seite her eine interessante Zielgruppe ist, auch ein spezielles Konzept - über das hinaus, was schon passiert ist - präsentieren.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die 3. Zusatzfrage wird von Herrn GR Nepp gestellt. - Bitte schön. - Er verzichtet auf die Zusatzfrage. (*GR Dominik Nepp: Kappel!*) - Das ist nicht so gemeldet. Aber bitte schön!

GRin Mag Dr Barbara **Kappel** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Danke, dass ich trotz Fehlmeldung die Zusatzfrage stellen darf. - Guten Morgen, Frau Vizebürgermeisterin!

Als Mitglied der Wiener Tourismuskommission ist es

mir wichtig, heute in diesem Rahmen zu sagen, dass auch ich der Meinung bin, dass der WienTourismus exzellente Arbeit leistet. Ich habe das Herrn Direktor Kettner bereits persönlich gesagt, aber es ist wichtig, es auch hier zu sagen: Die Arbeit von WienTourismus ist innovativ und gut und wird europäisch sowie international beachtet. Als Ergebnis sind die Nächtigungszahlen, die aktuell vorliegen und die wir heute diskutieren, hervorragend. Wien hat im letzten Jahr das All-time-high gebrochen. Die Zahlen sind gut, und die Arbeit ist auch gut!

Was wir jedoch kritisieren und was ich jetzt auch anführen möchte, ist das, was bereits erwähnt wurde, nämlich die Erhöhung der Ortstaxe. Die Ortstaxenerhöhung ist ein Punkt, den wir kritisieren, weil diese Erhöhung in Kombination mit anderen Erhöhungen im Bereich der Gebühren und Abgaben erfolgte, auf der Ebene der Gemeinde Wien, aber auch auf Bundesebene - wie zum Beispiel der Kündigungssteuer -, Erhöhungen, die dazu geführt haben, dass insbesondere für die Tourismuswirtschaft der Kostendruck höher wird.

Meine Frage an Sie wäre nun - und damit komme ich wieder auf die Ebene der Gemeinde Wien zurück -: Mit welchen Mehreinnahmen rechnen Sie beziehungsweise welche Mehreinnahmen budgetieren Sie für das Budget des nächsten Jahres aus der Ortstaxe? Insbesondere unter Berücksichtigung der, wie Sie schon sagten, erhöhten Übernachtungszahl und des Anstiegs des Prozentsatzes. Und: Wie werden diese Mittel verwendet?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeister.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Das ist in dieser Form sehr schwer vorhersehbar - und als Finanzerin, und dafür werden Sie sicher Verständnis haben, lässt man sich auf Zahlen, die nicht zumindest in einem hohen Ausmaß gesichert sind, nicht gerne ein oder gar nicht ein -, weil wir einerseits den Prozentsatz erhöht haben, aber gleichzeitig, wie eben auch angesprochen wurde, die Bemessungsgrundlage sich verändert hat, indem eben zum Beispiel auch die Privatvermieter und -vermieterinnen - aber wiederum nur, glaube ich, ab vier Zimmern; ich kann es jetzt nicht genau sagen - mit einbezogen werden. Also das ist eine Veränderung der Bemessungsgrundlage, die eine seriöse Schätzung im Moment nicht zulässt.

Ich kann Ihnen generell sagen, dass das Budget des Jahres 2011 für den Wien Tourismus 22,6 Millionen EUR ausgemacht hat und 2012 das Budgetvolumen 23,9 Millionen EUR beträgt. Hier schlägt sich eben die Erhöhung des Umsatzes entsprechend nieder. Und mehr als die Hälfte dieser Einnahmen kommen aus der Ortstaxe, der Rest sind eigene Einnahmen und die schon angesprochene Zuwendung der Stadt. Der Großteil davon geht natürlich in das Marketing - dazu ist der Tourismusverband da.

Was seriöse Schätzungen betrifft, wie diese Entwicklung in Zukunft auf Grund der verschiedenen Rahmenbedingungen, die sich geändert haben, sein wird, so gewähren Sie mir bitte noch ein bisschen Zeit, bis ich da seriöse Zahlen vorlegen kann.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. - Die 4.

Zusatzfrage wird von Frau GRin Bluma gestellt. - Bitte schön.

GRin Susanne **Bluma** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Wir verzeichnen in dieser Stadt eine positive Entwicklung bei den Beschäftigungszahlen. Welchen Stellenwert räumen Sie dabei dem Tourismus ein?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeister.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Nun, der Tourismus hat gerade beim Wachsen der Beschäftigungszahlen in Wien einen hohen Anteil. Die jährliche Wertschöpfung des Tourismus macht immerhin 3,6 Milliarden aus - also damit knapp 5 Prozent des gesamten Wiener BIP, allerdings 15 Prozent der touristischen Wertschöpfung Österreichs. Das sei nur einmal angemerkt, damit man nämlich auch sieht, wie wichtig wir für die guten österreichischen Zahlen sind. Ohne die tolle Entwicklung des Städtetourismus hätte nämlich der Österreich-Tourismus nicht so eine gute Entwicklung.

Damit hat das natürlich auch ganz zentrale Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Allein der Kongresstourismus - dazu haben wir nämlich eine eigene Studie von Frau Dr Stoff-Hochreiner - hat im vergangenen Jahr über 16 000 Arbeitsplätze gesichert. Also das ist schon ein wichtiges Element. Und die neuen Luxushotels, die jetzt kommen, sind natürlich alle auch auf Suche nach entsprechenden Beschäftigten.

Der WienTourismus hat aber in zweiter Hinsicht auch noch eine Auswirkung auf die spezielle Arbeitsmarktsituation in Wien. Sie wissen, ich spreche immer vom Wiener Phänomen: So viele Beschäftigte wie noch nie, aber gleichzeitig trotzdem - und das macht uns große Sorgen, und da arbeiten wir intensiv daran - leider auch, wenn auch gering, aber doch, steigende Arbeitslosenzahlen. Und Sie wissen, dass ich der festen Überzeugung bin und dass das durch die Wissenschaft auch belegt wird, dass das eine Frage der Qualifikation ist.

Und gerade der WienTourismus ist ein Paradebeispiel dafür, dass hier Arbeitskräfte gesucht werden, aber höchst qualifizierte. Vor wenigen Tagen lautete eine Schlagzeile, ich glaube, in der „Presse“: „Wiener Luxushotels suchen händeringend Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.“ - Gleichzeitig haben wir Arbeitslose, weil die Qualifikation nicht passt.

Und deswegen liegt eben unser Schwerpunkt der kommunalen Arbeitsmarktpolitik auch weiter auf Bildung, Ausbildung, Fortbildung, lebenslangem Lernen, Qualifikation, Unterstützungen des WAFF, wo wir auch direkt pekuniär unterstützen und mit Beratung, damit die Leute eine Ausbildung machen, weil der Tourismus schon jetzt sehr, sehr viele gute Arbeitsplätze bietet, aber, wenn wir in dieser Qualifikationsfrage weiterkommen - und das habe ich mir als absoluten Schwerpunkt für das nächste Jahr vorgenommen -, der Tourismus noch mehr leisten kann und gute Arbeitsplätze bieten kann, die von den Wienern und Wienerinnen dann auch angenommen werden können. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die

Beantwortung der 1. Anfrage.

Die 2. Anfrage (FSP - 03003-2012/0001 - KU/GM) wurde von Herrn GR Dr Aigner gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung gerichtet. (*Carsharing ist eine im Kommen befindliche Form öffentlicher Mobilität. Dabei erfreut sich das flexible und "parkplatzneutrale" Modell von Car2go steigender Beliebtheit. Dennoch präferieren Sie*

fixe Stellplätze eines Carsharing-Anbieters, was bei Bewohnern in parkraumbewirtschafteten Zonen und Taxiunternehmern auf massive Widerstände stößt. Wie rechtfertigen Sie diese "Privatisierung" öffentlichen Grundes, die auch unter dem Gesichtspunkt des verfassungsrechtlichen Gleichheitsgrundsatzes problematisch erscheint?) Bitte, Frau Vizebürgermeister.

VBgmin Mag Maria Vassilakou: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Um es kurz und bündig auf den Punkt zu bringen: Hier geht es nicht um die Frage „Car2Go“ oder Carsharing an fixen Standorten im öffentlichen Raum. Vielmehr braucht Wien ein System, das diese Angebote enthält und viele weitere mehr, die unter Umständen in den nächsten Jahren entstehen werden.

Zunächst zu „Car2Go“: „Car2Go“ ist ein sehr neues System, es ist in Summe mehr oder weniger ein System, das ungefähr seit den letzten zwei Jahren erprobt wird. Es ist tatsächlich weltweit auf dem Vormarsch, es wird mit größter Begeisterung von der Bevölkerung angenommen. Es gibt allerdings bis zum jetzigen Zeitpunkt keine wissenschaftlichen Studien oder Untersuchungen oder Evaluierungen über die Effekte, die über „Car2Go“ erzielt werden.

Fakt ist, dass in Wien „Car2Go“ tatsächlich eine sehr große Erfolgs-Story darstellt, dass es hier insbesondere von jüngeren Menschen sehr gut angenommen wird und dass es mithin teilweise dazu beiträgt, dass Menschen auf das eigene Auto verzichten und auf Grund eines sehr, sehr guten Mix an vorhandenen Angeboten, nicht zuletzt „Car2Go“ sowie das sehr gute Angebot der Wiener Linien, schlussendlich, wie gesagt, die Entscheidung treffen, auf ein eigenes Auto zu verzichten beziehungsweise gar nicht erst eines zu kaufen.

Auf der anderen Seite muss man sagen, dass „Car2Go“ derzeit im Wesentlichen im dicht verbauten Gebiet angeboten wird, also genau dort, wo das Öffi-Angebot in Wien ein ausgezeichnetes ist und auch die Dichte eine ausgezeichnete ist.

Und damit könnten wir, wie gesagt, nicht Allgemeinschlüsse daraus ziehen, inwieweit sich „Car2Go“ positiv auswirken wird auf das Ziel der Reduktion des Autobesitzes in Wien, was ja in Summe zu einer Entspannung der Parkdrucksituation führen würde, die es derzeit gibt, insbesondere in sehr, sehr dicht verbauten gründerzeitlichen Vierteln, wo wir eben mit größtem Parkdruck konfrontiert sind.

Wenn ich nun „Car2Go“ vergleiche mit Carsharing an fixen Standorten im öffentlichen Raum, so kann ich hinzufügen, dass Carsharing an fixen Standorten im öffentlichen Raum sehr wohl wissenschaftlich untersucht wor-

den ist und seit sehr, sehr vielen Jahren in sehr vielen Städten weltweit mit größtem Erfolg eingesetzt wird. Wir wissen auch anhand der wissenschaftlichen Untersuchungen, die es in diesem Bereich gibt, dass Carsharing an fixen Standorten dazu beiträgt, in einer ersten Etappe ungefähr 4 Privatautos zu ersetzen und in der Schlussausbauphase bis zu 15 Privatautos zu ersetzen. Und wir sprechen hier davon, dass jeder PKW von Carsharing an einem fixen Standort dazu beiträgt, bis zu 15 Privat-PKW's zu ersetzen.

Warum im öffentlichen Raum? - Im öffentlichen Raum deshalb, weil die Sichtbarkeit ganz einfach dazu beiträgt, dass sehr, sehr viele Menschen zunächst auf die Idee kommen, sie könnten auf Carsharing umsteigen. Und darüber hinaus - und das weiß man auch -, wenn das Auto im öffentlichen Raum gut sichtbar geparkt ist, dann ist auch die Zugänglichkeit eine sehr gute. Das heißt, eine Barriere fällt weg. Und auf diese Art und Weise ist es ein Motiv für sehr viele Menschen, die in der Umgebung wohnen, die ganz einfach sagen, ich habe es nicht weit, ich habe einen Weg von ungefähr 300 m, und ich weiß, dass ich zu 100 Prozent an einer bestimmten Stelle ein Auto vorfinden werde, das ich im Vorfeld reservieren konnte.

Und das ist meines Erachtens auch des Pudels Kern, was den Unterschied ausmacht zwischen „Car2Go“ und Carsharing an fixen Standplätzen: Während man bei „Car2Go“ nicht das Auto von vornherein buchen kann, sondern nur eine bestimmte Fahrt tätigen kann und dann das Auto irgendwo abstellt - wenn man etwa einkaufen fahren wollte, um jetzt ein Beispiel zu geben, dann weiß man nicht, ob man, wenn man aus dem Supermarkt wieder herauskommt, das Auto wieder vorfinden wird -, ist es bei Carsharing an fixen Standorten so, dass man das von vornherein buchen kann. Das heißt, die Planbarkeit ist gegeben, und es ist auch die Zuverlässigkeit gegeben, dass man das gebuchte Fahrzeug wieder vorfinden wird, genau in dem Moment, wo man es braucht.

Das alles führt dazu, dass wir in Summe wissen, dass jeder Standort, den wir derzeit im öffentlichen Raum für fixes Carsharing vorsehen und reservieren, ein Standort ist, der eine hohe Umwegrentabilität im Zusammenhang mit der Entlastung des Parkdrucks aufweist, während bei „Car2Go“, anders als Sie es in Ihrer Fragestellung behaupten, die Bilanz keinesfalls neutral ist. Bei „Car2Go“ wissen wir, dass ein paar Hundert PKW's zunächst einmal zusätzlich in Wien im öffentlichen Raum vorhanden sind; und, wie gesagt, welche Umwegrentabilität wir im Zusammenhang mit der Entlastung des Parkdrucks haben werden, das wird noch herauszufiltern sein, das ist bis jetzt noch nicht bekannt.

In Summe möchte ich einmal mehr darauf hinweisen, dass es hier nicht darum geht zu sagen, „Car2Go“ ist besser oder fixes Carsharing ist besser, sondern es braucht in einer Stadt beides. Es handelt sich hier um unterschiedliche Zielgruppen, die angesprochen werden, es handelt sich hier auch um unterschiedliche Bedürfnisse, die auf diese Art und Weise abgedeckt werden. Und eine kluge Stadt, eine smarte Stadt, eine Stadt mit mo-

der Verkehrspolitik muss ein Gesamtangebot anbieten aus „Car2Go“ - also „free floating“-Systemen, um es jetzt sozusagen abseits der konkreten Firma zu formulieren -, aus fixem Carsharing an fixen Standorten, aus gut ausgebauten, leistbaren öffentlichen Verkehrsmitteln und aus Investitionen in den Radverkehr beziehungsweise Verbesserungen für Fußgänger und Fußgängerinnen, damit wir zu 100 Prozent davon ausgehen können, dass sich möglichst viele dafür begeistern lassen, dass sie entweder das eigene Auto verkaufen, weil sie es ganz einfach nicht mehr brauchen, oder sich gar nicht erst eines zulegen. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die 1. Zusatzfrage wird von Herrn GR Dr Aigner gestellt. - Bitte schön.

GR Dr Wolfgang **Aigner** *(Klubungebundener Mandatar)*: Guten Morgen, Frau Vizebürgermeisterin! Vielen Dank für die Beantwortung. Ich weiß jetzt nicht, ob es Aufgabe einer kommunalen Verkehrspolitik ist, die Menschen dazu zu bringen, gar kein Auto zu kaufen, denn die wirtschaftlichen, volkswirtschaftlichen Implikationen angesichts dessen, dass die Automobilindustrie noch eine europäische Schlüsseltechnologie ist, lassen Sie auch außer Acht. Ob man die Studien aus anderen Städten, dass sich dort das Carsharing so bewährt, dass weniger Autos gekauft werden, eins zu eins auf Wien umlegen kann, weiß ich auch nicht. Das ist auch erst einmal eine Behauptung, und ich möchte schon die Hoffnung aussprechen, dass das auch tatsächlich evaluiert wird.

Das Einzige, was jetzt einmal fix ist, ist, dass wiederum auch in dicht verbautem Gebiet, wo ja fixe Carsharing-Plätze errichtet werden, Parkplätze wegfallen. Also das ist die Tatsache, die einmal außer Streit zu stellen ist. Wie viele Parkplätze man sich insgesamt dann einspart, das weiß man ja noch nicht. - Also das ist einmal fix.

Und noch ein Weiteres: Es werden ja sehr wohl auch in den dicht verbauten, öffentlich gut angebundenen Bezirken wie der Josefstadt fixe Stellplätze gemacht. Da könnte man sich überhaupt die Frage stellen: Braucht man dort wirklich das Carsharing? Kann man da nicht mit den öffentlichen Verkehrsmitteln fahren?

Daher meine Frage: Ist das jetzt ein Modellversuch, der auch objektiv evaluiert wird, oder ist das wiederum Ausfluss der von den GRÜNEN propagierten Antiautoideologie?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeister!

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Ganz im Gegenteil! Also zunächst einmal: Es gibt keine Antiautoideologie. Worum es in der Verkehrspolitik, die wir in Wien, so hoffe ich, alle verfolgen, geht, ist, dass man bewusst und verantwortungsvoll und sensibel mit dem Verkehrsmittel Auto umgeht, sprich, eine Selbstverständlichkeit: Wenn man ein Auto braucht, wird man eines nutzen – no na -, wenn man aber eine Fahrt auf anderem Weg erledigen kann, also zu Fuß oder mit dem Rad oder mit den öffentlichen Verkehrsmitteln, ist man sozusagen aufgerufen, vielleicht diesen umweltverträglicheren Weg zu wählen, anstatt unbedingt

Auto zu fahren, obwohl man es nicht bräuchte - weil das gut ist für die Gesundheit, weil es gut ist für die Allgemeinheit und weil das auch gut ist, und das will ich an dieser Stelle auch betonen, für die anderen Autofahrer. Denn wenn jeder von uns unnötige Autofahrten meidet, bedeutet das zugleich auch Staureduktion, und es bedeutet, dass diejenigen, die mit dem Auto unterwegs sind, weil sie mit dem Auto unterwegs sein müssen, zu einem bestimmten Zeitpunkt schnell ans Ziel kommen. - So viel einmal zum Hintergrund der Philosophie.

Jetzt geht es darum, Menschen einmal mehr nicht „dazu zu bringen“, sondern dazu zu motivieren, darüber nachzudenken: Ja, gut, wenn ich ab und zu Auto fahre, aber nicht täglich auf das Verkehrsmittel Fahrzeug angewiesen bin, also wenn ich ab und zu ein Auto brauche, aber nicht täglich, muss ich denn unbedingt ein Auto besitzen?

Ich glaube, dass diese Überlegung eine sehr gute ist. Es ist zunächst einmal eine finanziell sehr kluge Überlegung für den Einzelnen, denn eines ist klar: Autobesitz ist teuer. Ein Auto ist teuer in der Anschaffung, es ist teuer in der Erhaltung, es ist teuer im Zusammenhang mit den Spritkosten, es ist teuer im Zusammenhang mit dem Garagenplatz, den man dafür benötigt, und vieles Weitere mehr. Das heißt, wenn eine Familie zum Beispiel auf das Zweitauto verzichtet, dann handelt es sich dabei auch um eine Kostenersparnis für diese Familie, die nicht ohne ist.

Ich weiß, dass natürlich Sie jetzt sagen werden, na ja, wie sieht es aus mit den Arbeitsplätzen in der Autoindustrie? - Ich sage lediglich, erstens, diese ersparten Mittel, die eine Familie monatlich mehr zur Verfügung hat - denn wir sprechen hier durchaus von ein paar Hundert Euro monatlich mehr, die man zur Verfügung hat -, fließen ja dann eins zu eins in die Wiener Wirtschaft. Denn wenn die Kaufkraft einer Familie auf diese Art und Weise steigt, dann sichert das auch Arbeitsplätze, und es tut der Stadt auch volkswirtschaftlich gesehen gut.

Andererseits, à la longue und in die Zukunft gedacht, wissen wir alle, dass es das Gebot der Stunde ist, viele Arbeitsplätze, die heute in der Autoindustrie gesichert werden - und das ist auch gut so -, à la longue weiterhin zu sichern, etwa durch massive Investitionen in die öffentlichen Verkehrsmittel, die ja genauso Arbeitsplätze brauchen und sichern. Ich glaube, dass ein sehr gutes Beispiel in diesem Zusammenhang etwa die Bombardier-Werke in Wien sind, wo mehrere Arbeitsplätze und darüber hinaus viele, viele Lehrlinge derzeit gesichert werden, die ein Betrieb sind, der gut vorankommt, also der floriert, und die im Übrigen Garnituren für die U-Bahn herstellen, also etwa für die U6, die nicht nur auf der ganzen Welt zur Anwendung kommen, sondern ganz besonders auch hier in Wien. Das heißt, ich meine, dass diese Rechnungen niemals eins zu eins herzustellen sind, und man muss das alles in einem größeren Kontext sehen.

Jetzt konkret zu Ihrer Frage. Worum es geht, ist: Gerade im dicht verbauten Gebiet, wo Menschen für ihre täglichen Wege ein sehr gutes Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln vorfinden, das heißt, wirklich nicht auf

das Auto angewiesen sind, wo sie darüber hinaus viele kurze Wege haben, die sie gut zu Fuß erledigen können, und wo darüber hinaus auch das Wiener Radverkehrsnetz ein sehr gutes ist und man auch sehr gut mit dem Rad unterwegs sein kann, gibt es sehr viele Familien, die wirklich kein Auto mehr brauchen, sie haben aber eines. Sie haben eines, weil sie immer wieder einmal mit der Familie einen Ausflug ins Grüne machen wollen oder weil sie zum Beispiel für den Wochenendeinkauf, wenn man viele Dinge zu transportieren hat, ein Auto brauchen. Sie haben eines, weil man es einfach kauft, weil man es in den 90er Jahren und zu Beginn dieses Jahrhunderts ganz einfach kaufte, ohne eigentlich darüber nachzudenken: Ja wie oft werde ich es brauchen, und wie oft wird es in der Garage stehen?

Um es auf den Punkt zu bringen: Statistiken belegen uns eindeutig, dass Privatautos im Schnitt 22 Stunden am Tag stehen. Lassen Sie sich das auf der Zunge zergehen: 22 Stunden am Tag stehen sie! *(Beifall bei den GRÜNEN und von Amtsf StRin Mag Ulli Sima.)*

Das bedeutet nichts anderes *(GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Ihr wollt sie weg... Sagt es!)*, lieber Herr Kollege Aichinger, als dass man sehr vielen Menschen die Möglichkeit bieten sollte, schlicht nicht ein Auto besitzen zu müssen, sondern sich zu 100 Prozent darauf verlassen zu können, dass sie eines zur Verfügung haben werden, wenn sie eines brauchen. Und mit fixem Carsharing, das man im Vorhinein buchen kann, weiß man, dass man genau diesen Menschen diese Alternative bieten kann.

Das heißt, um es auf den Punkt zu bringen: Jawohl, Carsharing an festen Standplätzen macht gerade im dicht verbauten Gebiet am allermeisten Sinn, denn genau dort findet sich die Zielgruppe derjenigen, die darauf zugreifen werden, am leichtesten, weil sie eben derzeit, wie gesagt, auch am besten von diesem Angebot profitieren kann.

Also abschließend: Nein, es ist nicht eine Phantasterei von irgendjemandem, sondern hier handelt es sich, wie gesagt, um eine Strategie, die weltweit seit vielen Jahren in sehr vielen Städten erprobt wird. Ich lade Sie alle ein, das nächste Mal, wenn Sie in Bern sind, wenn Sie in Padua sind, wenn Sie in Bremen sind, wenn Sie in Vancouver sind, wenn Sie in mehreren amerikanischen Städten unterwegs sind, wenn Sie in Paris sind, wenn Sie in London sind, sich einfach umzusehen und sich dort auch vor Ort ein Bild zu machen beziehungsweise sich mit Kolleginnen und Kollegen in diesen Städten auszutauschen, damit Sie sehen, was es dort alles gebracht hat.

Und sehr wohl kann ich Ihnen versichern, dass in Wien der Einsatz von Carsharing selbstverständlich wissenschaftlich evaluiert wird. Und anhand der Erkenntnisse, die wir erzielen, werden wir wissen, wie wir weiter zu verfahren haben. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Wir haben noch drei Zusatzfragen. Die 2. Zusatzfrage stellt Herr GR Ing Mag Dworak. – Bitte.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (ÖVP-Klub der Bun-

deshauptstadt Wien): Einen schönen guten Morgen, Frau Vizebürgermeisterin!

Abgesehen davon, dass ein Fahrrad auch 22 Stunden nicht betrieben wird, komme ich jetzt zu meiner Frage: „Car2Go“ zahlt im Jahr 2 544 EUR für das Abstellen im städtischen Raum. Egal, ob sie die Autos in Kurzparkzonen abstellen oder sonst wo, es sind 2 544 EUR. Der Vertrag mit dem Carsharing-Betreiber sieht 1 200 EUR vor. Gleichzeitig sieht der Vertrag vor, dass für die Dauer von 36 Monaten, sprich, 3 Jahren, diese Gebühr erlassen wird. Das ist eine deutliche Ungleichbehandlung von zwei Betreibern, und mir ist bekannt und ich habe gehört, dass die eine Firma gegen die Stadt Wien eine Klage vorbereitet, eben wegen dieser Ungleichbehandlung.

Wie, glauben Sie, halten Sie den Schaden von der Stadt Wien ab?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeister.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Mir ist nicht bekannt, dass eine Klage vorbereitet wird. Wir sind im besten Einvernehmen mit der Firma „Car2Go“, und ich wüsste nicht, wie gesagt, dass es diesbezüglich Überlegungen gibt. Ich glaube nicht, dass eine kommt, und dabei will ich es zunächst einmal bewenden lassen. Würde eine derartige Klage kommen, würde ich dem gelassen gegenüberstehen. Die Art und Weise, wie man hier verfährt, ist sehr wohl geprüft worden, nämlich in einer Arbeitsgruppe, die lange an den Kriterien gearbeitet hat, mit denen wir fördern möchten.

Und es sind kluge Kriterien, denn eines ist klar: Die Stadt Wien könnte kein Geld in die Hand nehmen und direkt eine Förderung an private Unternehmen leisten. Das wäre mit hohen Risiken verbunden. Insofern hat man sich eben entschlossen, den Weg zu gehen, die fixen Standorte im öffentlichen Raum zunächst kostenlos - anstatt einer anderen Förderung - zur Verfügung zu stellen und selbstverständlich nach der ersten Phase, die es braucht, um hier sozusagen wirtschaftlich gut unterwegs sein zu können, ohne eine Förderung zu benötigen, dann, nach dem dritten Jahr, die entsprechenden Gebühren einzufordern.

Ich gebe zu bedenken, dass fixes Carsharing lediglich die Gebühr für die Miete auf die Dauer von drei Jahren erlassen bekommt, aber die Kurzparkgebühren sind sehr wohl zu entrichten. Diese sind sehr wohl zu entrichten! Das heißt, der einzige Ort, an dem das Carsharing-Auto keine Gebühren im Sinne von klassischen Parkgebühren entrichtet, ist der fixe Standort. Dafür wäre allerdings, wie gesagt, der Stadt eine Miete zu entrichten, genauso wie eine Miete zu entrichten ist, wenn man zum Beispiel eine Baustelleneinfriedung macht oder wenn man einen Schanigarten aufstellt. Also dort gibt es sozusagen ganz klare Kriterien, wie Privatverträge zwischen der Stadt Wien und Privaten zur Nutzung des öffentlichen Raums abgeschlossen werden können. Aber in der Frage der Entrichtung von Kurzparkgebühren gibt es keinerlei Unterschied zwischen allen Autos, die sich in der Stadt bewegen, und somit besteht auch keinerlei

Diskriminierung.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. - Die 3. Zusatzfrage wird von Herrn GR Mag Maresch gestellt. - Bitte schön.

GR Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Kollege Dworak hat natürlich recht, ein Fahrrad steht auch 22 Stunden. Aber es braucht ein bisschen weniger Platz, lieber Bernhard - ein bisschen weniger -, und du kannst das Fahrrad, wie viele Leute es machen, immerhin auch in der Wohnung abstellen. Das geht sich mit dem Auto nicht wirklich aus - außer du hast eine große Wohnung.

Aber jetzt zur Frage selber. - Ein wichtiger Aspekt bei Carsharing war immer auch E-Car-Sharing. Welche Möglichkeiten hat die Stadt da?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeister.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Ich denke, dass E-Car-Sharing zu forcieren wäre, und ich habe auch mehrfach gesagt, dass ich denke, wenn es darum geht, die E-Mobilität voranzutreiben, dann würde es Sinn machen, hier insbesondere zunächst in Flotten zu investieren, die von mehreren Menschen genutzt werden. Das heißt, etwa Fuhrparks von größeren Unternehmen oder eben Carsharing-Flotten, wo wir wissen, dass die Autos im Gegensatz zu konventionellen Autos, die bis zu 22 Stunden am Tag oder sogar im Schnitt 22 Stunden am Tag stehen, sehr, sehr viel in der Stadt unterwegs sind, weil sie eben von mehreren Menschen gleichzeitig, manchmal sogar während ein und desselben Tages, genutzt werden.

Daher wäre ich persönlich einer Förderung gegenüber sehr aufgeschlossen, die die Umstellung von Autoflotten auf E-Autos zum Ziel hätte, sei es, wie gesagt, bei größeren Betrieben, sei es in Sachen Carsharing, sei es auch bei Taxiflotten.

Was man natürlich fairerweise sagen muss: Dass wir in der Stadt zunächst Sparbudgets zu bestreiten haben, sowohl in diesem Jahr als auch im kommenden Jahr. Aber eine Debatte wird darüber zu führen sein. Sie wird auch derzeit in der Stadt geführt, zwischen Experten, mit der Stadtpolitik und darüber hinaus, nicht zuletzt, weil es hier eine Vielzahl von Initiativen auf Bundesebene wie auch auf Landesebene gibt, die versuchen, die E-Mobilität voranzutreiben. Und ich meine, dass eine derartige Strategie für Wien auf alle Fälle in den nächsten Jahren zu entwickeln sein wird.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. - Die vierte und damit letzte Zusatzfrage wird von Herrn GR Dadak gestellt. – Bitte schön.

GR Michael **Dadak** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Einen schönen guten Morgen, Frau Vizebürgermeisterin!

Es gibt jetzt seit einigen Tagen Diskussionen um die Stellflächen für Carsharing-Autos im öffentlichen Raum, und in einem „Presse“-Artikel vom 31. August wird auch berichtet, dass die Stellflächen entsprechend mit Bodenmarkierungen und Verkehrszeichen gekennzeichnet wurden.

Jetzt habe ich mir gestern so einen Carsharing-Parkplatz angeschaut, und es stimmt zwar, dass dort

Bodenmarkierungen sind, die allerdings in grüner Farbe ausgelegt sind, Verkehrszeichen sind dort aber nicht sichtbar. Vielmehr ist dort ein Schild, das eher jenem einer Haltestelle ähnelt, mit einer Tafel, auf der nur der Stellplatzstandort und ein Werbehinweis auf diese Betreiberfirma steht. Im Hinblick auf die StVO sehe ich da Probleme, weil eine grüne Bodenmarkierung in der StVO nicht vorkommt und die entsprechenden Tafeln dort auch nicht.

Daher meine Frage an Sie, Frau Vizebürgermeisterin: Auf Grund welcher Verordnung oder welches Gesetzes werden jetzt Autofahrer bestraft, die diese Stellfläche trotzdem nutzen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeisterin.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Einmal mehr: Hier handelt es sich um einen Vertrag, in Wahrheit einen Mietvertrag, der abgeschlossen wird zwischen der MA 28 im engeren Sinne, die hier Eigentümerin ist - also weiter Teile des öffentlichen Raumes -, mit einem Privaten. Solche Verträge werden laufend abgeschlossen. Sie werden genauso abgeschlossen für Baustelleneinfriedungen, sie werden genauso abgeschlossen für Schanigärten. Sie sind eben abzuschließen, wann immer jemand den öffentlichen Raum temporär, also für einen bestimmten Zeitraum, nutzen möchte, dafür Gelder zu entrichten hat und diesen Teil des öffentlichen Raums selbstverständlich dann eben nur zur seiner ausschließlichen Nutzung, wenn man so möchte, vorbehalten haben möchte.

Insofern ist die rechtliche Grundlage hier absolut gegeben. Und nach derselben rechtlichen Grundlage, wie es zu bestrafen ist, wenn man zum Beispiel seinen PKW innerhalb einer Baustelleneinfriedung abstellt – übrigens, diese Situation haben wir sehr oft auch in Wien, und sie ist auch eindeutig gelöst -, genau derselben Situation entsprechend, sozusagen, würde man insofern auch bestraft werden, als man ja eine Stelle nutzt, die, wie gesagt, für einen selbst nicht vorgesehen ist.

Ich möchte Sie vielleicht abschließend noch auf eines hinweisen: Ein großes Anliegen vieler Bezirke, vieler Bezirksvorsteher, das viele Jahre lang ungehört geblieben ist, war es, Anrainerparkplätze im öffentlichen Raum in Gegenden zu reservieren, in denen ein so hoher Parkdruck besteht, dass man sicher davon ausgehen möchte, dass zu bestimmten Zeiten am Tag - etwa in der Umgebung von Sportstätten oder Theatern - diese Parkplätze eben Anrainern vorbehalten sind. Auch diesen Weg sind wir gegangen, obwohl es auch hier auf rechtlicher Ebene einiges an Widerspruch gegeben hat.

Ich meine, dass es daher weiß Gott nichts Neues ist, dass man bestimmte Stellen im öffentlichen Raum für Anrainer reserviert, für feste Carsharing-Standorte reserviert, wobei ich sagen muss - nicht böse sein -, ich finde die Debatte reichlich überzogen, denn wir sprechen hier von 100 Autos, die in ganz Wien verteilt werden. (*GR Dipl.-Ing Roman Stiffner: Sie haben von 1 000 gesprochen!*) Also die Belastung jedes einzelnen Bezirks ist wirklich eine, die sich in äußerst bescheidenen Grenzen hält. Hier sprechen wir also von Baustelleneinfriedungen,

von Schanigärten - der öffentliche Raum gehört uns allen, er ist für viele Nutzungen da. Es ist rechtlich einwandfrei geregelt, und das ist gut so.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, ich danke für die Beantwortung der 2. Anfrage.

Wir kommen nun zur 3. Anfrage (FSP - 03002-2012/0001 - KVP/GM). Sie wurde von Frau GRin Mag Holdhaus gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Umwelt gerichtet. (*Laut Medienberichten gibt es ein Problem mit den Beschäftigungen der AbfallberaterInnen der Stadt Wien, die in den vergangenen Jahren mit Werkverträgen für die MA 48 tätig waren. Die bekannt gewordenen Umstände deuten darauf hin, dass es sich um Umgehungsverträge und Kettenverträge handelt, die nach österreichischem und EU-Recht nicht legal sind. Werden Sie dafür sorgen, dass die Stadt Wien ihrer sozialen Verantwortung nachkommt und dass alle bisher beschäftigten AbfallberaterInnen zu ihrem Recht kommen und weiter beschäftigt werden?*)

Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin!

Zunächst möchte ich die doch massiven Vorwürfe, die Sie in Ihrer Anfrage erhoben haben, wirklich ganz entschieden zurückweisen. Die MA 48 hat hier korrekte Werkverträge auf einer legalen rechtlichen Basis abgeschlossen. Faktum ist auch, dass eben zur Bereinigung der Konflikte Gespräche, aber auch Verhandlungen allen Beteiligten angeboten wurden. Diese Angebote sind leider nicht angenommen worden oder nur von einer kleinen Minderheit angenommen worden. Das heißt, fünf Abfallberater und -beraterinnen sind auch seit August 2012 bei der MA 48 beschäftigt. Man kann also sagen, wo es eine Gesprächsbereitschaft zu Einzelgesprächen gegeben hat, ist auch eine Lösung gefunden worden. Man war auch sehr bestrebt, hier eine Lösung zu finden.

Ich möchte auch noch einmal betonen, dass das Werkvertragsverhältnis wirklich für jeden und für jede ganz klar ersichtlich war und dass es auch jeder Abfallberaterin und jedem Abfallberater bewusst war, dass es sich um einen Werkvertrag handelt.

Abschließend würde ich auch noch gerne sagen, dass es doch jedem Unternehmen auch in der Stadt Wien zugestanden werden muss, strukturelle Veränderungen durchzuführen. Sie wissen, wir hatten in den letzten Jahren einen doch sehr intensiven budgetären Druck und haben einen solchen auch noch in den nächsten Jahren vor uns, und wir haben das nicht nur in diesem, sondern auch in vielen anderen Bereichen gemacht, dass wir externe Leistungen, die wir bisher zugekauft haben, jetzt nicht mehr zukaufen, sondern durch eigene Mitarbeiter durchführen lassen. Das ist auch eine Maßnahme, wie wir im Magistrat zu einer Effizienzsteigerung kommen. Das ist, glaube ich, auch etwas, was gerade Ihre Fraktion immer ganz, ganz vehement einfordert, und wir haben auch in Zukunft vor, das noch in anderen Bereichen zu machen, so wie wir das auch zum Beispiel bei der Problemstoffsammlung gemacht haben.

Auch da haben wir auf externe Leistungen verzichtet, und das wird jetzt mit eigenen Mitarbeitern durchgeführt. Dafür gibt es noch viele andere Beispiele, eben auch in diesem Bereich.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich würde die Zuhörer auf der Galerie bitten, die Plätze einzunehmen. Das sind Sitzplätze und keine Stehplätze.

Wir kommen nun zur 1. Zusatzfrage. Sie wird von Frau GRin Mag Holdhaus gestellt. – Bitte schön.

GRin Mag Karin **Holdhaus** (*OVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Guten Morgen, Frau Stadträtin! Ich möchte an dieser Stelle auch die betroffenen Abfallberater auf der Zuschauertribüne begrüßen, die heute hierher gekommen sind, als Zeichen und Signal, dass sie sehr wohl gesprächsbereit sind, und möchte noch einmal darauf hinweisen, dass diesen Damen und Herren seit vielen Jahren für die Stadt Wien wertvolle Arbeit geleistet haben. Mitarbeiter sind seit 13 Jahren für die Stadt Wien in der Abfallberatung tätig. Alleine im letzten Jahr wurden von diesen Personen 75 Stunden am Misttelefon geleistet, 150 Veranstaltungen organisiert, fast 30 000 Bürger erreicht, und rund 27 000 Kindern wurde Abfallvermeidung nähergebracht.

Soweit mir bekannt ist, haben diese Personen, die jetzt seit Anfang des Jahres um ihre Existenz zittern und nicht wissen, wie es weitergehen soll, sich nichts zu Schulden kommen lassen, sondern, ganz im Gegenteil, sie haben ihre Arbeit mit Begeisterung und viel Freude gemacht. Erst letztes Jahr wurden zwei von ihnen zum Abfallberater des Jahres gekürt.

Frau Stadträtin, ich würde Sie bitten, da es hier offensichtlich sehr unterschiedliche Ansichten und Missverständnisse gibt: Nehmen Sie sich ein Herz und - Sie haben heute die Möglichkeit - laden Sie diese Herrschaften ein auf ein Gespräch und zeigen Sie, dass die Stadt Wien ihr Regierungsabkommen sehr ernst nimmt, in dem drinnensteht: „Wien bekennt sich zur strikten Einhaltung aller arbeits- und sozialrechtlichen Vorschriften und Standards. Dies ist auch in aller Strenge zu berücksichtigen, wenn es um die Beauftragung von externen Unternehmen geht.“ - In diesem Fall sind es externe Arbeitnehmer. „Wir bekennen uns zu einem solidarischen, demokratischen und konstruktiven Dialog zwischen ArbeitnehmerInnen und Arbeitgeberin.“

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** (*unterbrechend*): Ich würde Sie bitten, zur Frage zu kommen.

GRin Mag Karin **Holdhaus** (*fortsetzend*): Meine Frage ist: Werden Sie diesen Personen, die seit Längerem um einen Termin bei Ihnen ansuchen, heute einen Termin anbieten?

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich glaube, Sie werden verstehen: Ich habe ungefähr 7 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in meiner Geschäftsgruppe, und es ist normalerweise ein ganz normaler Vorgang in der Verwaltung, die arbeitsrechtlichen Details von Dienstverhältnissen auszuverhandeln. Wenn ich jetzt anfangen, mit allen 7 000 über die Details ihrer Dienstverhältnisse zu reden, würde das, glaube ich, ein bisschen den Rahmen meiner Möglichkeiten sprengen. Es gehört auch nicht zu meinen Aufgaben, und es

ist für mich auch keine politische Frage. Die Herrschaften haben konkrete Einladungen zur MA 48 erhalten, zu Einzelgesprächen, die sie leider abgelehnt haben - aus welchen Gründen, kann ich nicht nachvollziehen.

Zweitens möchte ich schon noch etwas dazu sagen: Ich glaube schon, dass es eine ein bisschen falsch verstandene Sozialpolitik ist, wenn man sagt, dass jeder, der für die Stadt Wien auch nur stundenweise Aufgaben erledigt hat, jetzt immer automatisch ein Anstellungsverhältnis haben muss. Wir haben das zum Beispiel auch bei den Problemstoffsammelstellen gehabt. Da haben wir die Firma Hellrein eingesetzt, die wir jetzt nicht mehr einsetzen, weil wir es mit Eigenpersonal machen, weil wir einfach sparen müssen. Das nennt sich Effizienzsteigerung. (*GR Mag Dietbert Kowarik: Bei den Inseraten könnten wir auch sparen! – GR Dipl.-Ing Roman Stiftner: Weniger Werbekampagnen!*) Und trotzdem werden wir jetzt nicht jedem von der Firma Hellrein ein fixes Dienstverhältnis anbieten können. Das wird sich einfach in Zeiten wie diesen, wo wir natürlich auch aufs Budget schauen müssen, nicht ausgeben.

Trotzdem kann ich nur sagen: Es hat von Seiten der MA 48 Gesprächsbereitschaft gegeben - die gibt es auch weiterhin -, aber zum Gespräch gehören halt immer zwei Personen. Und wenn der eine Teil das Gespräch verweigert hat, dann wird man da nichts machen können. Aber ich werde mich jetzt, glaube ich, nicht zur oberdienstrechtlichen Verwaltung in meiner Geschäftsgruppe erheben können. Das ist einfach ganz klar in der Verwaltung geregelt, wer solche Sachen zu besprechen hat und wer solche Sachen abzuhandeln hat. Die machen das auch gern, und die waren auch hier wirklich sehr Gesprächsbereit.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. - Die 2. Zusatzfrage wird von Herrn GR Mag Maresch gestellt. - Bitte.

GR Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Zunächst möchte ich einmal die AbfallberaterInnen begrüßen. Es ist nämlich auch wichtig, dass die Menschen, die da betroffen sind, auch hier sind und die Diskussion hören. Das ist wichtig, hier zu sein. - Das ist einmal das eine.

Das Zweite ist: Es ist schon klar, dass sich Dinge in einer bestimmten Richtung entwickeln, aber unser Ziel ist im Grunde genommen, dass es letztendlich einen Konsens zwischen der Stadt und den Betroffenen gibt.

Deswegen meine Frage: Wie wird es jetzt weitergehen? Gibt es Verhandlungen über den Zustand, oder ist das jetzt sozusagen das Ende der Geschichte? Wie geht es weiter mit Verhandlungen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Wie ich auch der Kollegin Holdhaus gesagt habe: Von Seiten der MA 48 ist die Gesprächsbereitschaft gegeben. Es wird einen neuen Anlauf geben. Aber Voraussetzung ist natürlich auch, dass auf der anderen Seite die Bereitschaft zu Einzelgesprächen vorhanden ist, sonst wird es nämlich schwierig werden, Gespräche zu führen. Aber die MA 48 hat mir

gesagt, sie sind an einer Lösung interessiert, wie auch schon in der Vergangenheit.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. - Die 3. Zusatzfrage wird von Herrn GR Ing Guggenbichler gestellt. - Bitte schön.

GR Ing Udo **Guggenbichler** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Stadträtin, guten Morgen!

Ich darf auch die AbfallberaterInnen begrüßen. Es freut mich auch, dass sie heute herkommen und sehen, welche Politik hier in dieser Stadt gefahren wird. In der MA 48 hört man ja leider Gottes in den letzten Jahren vermehrt, dass am falschen Fleck gespart wird. Es wird mehr in Werbeaktivitäten investiert, und bei den Mitarbeitern werden Sparmaßnahmen gesetzt. Deswegen habe ich doch ein gewisses Verständnis, dass die Abfallberater und Abfallberaterinnen nicht zu Einzelgesprächen kommen wollen, sondern versuchen, mit Ihnen als zuständiger Stadträtin ein Gespräch zu führen.

Sie haben ja am 10. August auch ein Schreiben der Mitarbeiter der MA 48 bekommen, wo drinnensteht, dass es massive arbeitsrechtliche Missstände gibt, dass es Mobbingaktivitäten gibt, dass Arbeitsunfälle zu Krankständen umtituliert werden, was zu ganz problematischen Situationen im Sinne des Versicherungsschutzes der Verunfallten führt.

Deswegen wollte ich Sie fragen: Sind Sie bereit, die Missstände in der MA 48 im Mitarbeiterbereich aufzuräumen und zu beachten?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Also, ich halte das auch für ungeheuerlich. Es gibt keine Missstände, und schon gar nicht im arbeitsrechtlichen Bereich, bei der MA 48. Ich weiß nicht, wie Sie das behaupten können. Haben Sie irgendeinen Beweis, auch nur ein Fuzerl eines Beweises dafür, außer einen anonymen Brief, von dem ich nicht weiß, wer ihn geschrieben hat? Den könnten genauso gut Sie geschrieben haben, sage ich jetzt einmal, oder sonst irgendwer, der nicht in der MA 48 arbeitet. Also, dass Sie auf Grundlage von so ungeheuerlichen Behauptungen sich hier hinstellen und so etwas sagen, das finde ich wirklich unglaublich. Das muss ich schon sagen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die vierte und damit letzte Zusatzfrage zu dieser Anfrage wird von Frau GRin Mag Holdhaus gestellt. - Bitte.

GRin Mag Karin **Holdhaus** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Soweit ich weiß, wird das Budget, also werden die Kosten der Abfallberater in Wien ja nicht von der Stadt Wien getragen, sondern sie werden von der ARA zur Verfügung gestellt. Ich weiß jetzt nicht mehr genau, wie viel das ist, aber soweit ich weiß, waren es jedenfalls 2003, glaube ich, 700 000 EUR. Ich gehe davon aus, dass es in der Zwischenzeit schon mehr ist. Das heißt, die Kosten für die Mitarbeiter, die ja betroffen sind, werden, soweit ich weiß - sonst bitte ich, mich zu korrigieren -, von der ARA finanziert und nicht von der Stadt Wien.

Sie haben gesagt, es gibt Gespräche, es gibt einen neuen Anlauf. Das ist sehr begrüßenswert, wenn die

MA 48 hier einen neuen Anlauf startet. Es gab ja Versuche, und es gab auch Verträge.

Meine konkrete Frage hier ist: Warum hat die MA 48 den AbfallberaterInnen Verträge angeboten, die so nachteilige Konditionen beinhaltet hätten, dass die AbfallberaterInnen gezwungen waren, diese abzulehnen, da weder Vordienstzeiten noch Ausbildung und Erfahrung berücksichtigt wurden?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsfr StRin Mag Ulli **Sima**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Also, dass die ARA für AbfallberaterInnen gezahlt hätte, ist mir neu. Wir machen mit der ARA einiges natürlich gemeinsam, weil wir im Auftrag der ARA die getrennte Sammlung in der Stadt Wien durchführen. Wir machen auch regelmäßig gemeinsame Kampagnen, wo wir in der Öffentlichkeit dazu auffordern - auf originelle Weise, wie wir hoffen -, die getrennte Sammlung in Wien voranzutreiben. Die Personalkosten werden aber selbstverständlich bisher von der MA 48 getragen.

Zu dem Angebot: Schauen Sie, ich habe es vorher gesagt, ich habe 7 000 Leute in meinem Ressort. Ich glaube, Sie müssen Verständnis dafür haben, dass ich nicht bei jedem Mitarbeiter und bei jeder Mitarbeiterin jetzt Details über die einzelnen Arbeitsverträge kenne. Mein Wissensstand ist der, dass von Seiten der MA 48 zu Gesprächen eingeladen worden ist. Daraufhin sind nur ablehnende Schreiben gekommen. Also ich glaube, zum Angebot von Dienstverträgen, so weit ist es überhaupt nicht gekommen.

Und ich möchte eines schon sagen: In jeder Firma - wenn man schon der Meinung ist, man ist in dieser Firma angestellt - wäre es unmöglich, wenn man vom Chef einen Brief bekommt und zu einem Gespräch eingeladen wird, zu sagen, man kommt nicht und man betreibt Gesprächsverweigerung. Also es gehören schon immer zwei dazu, um sich auf irgendetwas zu einigen. Und die Vorgangsweise ist für mich nicht wirklich nachvollziehbar, wenn man daran interessiert ist, Beschäftigungsverhältnisse zu verlängern, zu erlangen oder auszubauen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke für die Beantwortung der 3. Anfrage.

Wir kommen nun zur 4. Anfrage (FSP - 02998-2012/0001 - KFP/GM). Sie wurde von Herrn GR Mahdalik gestellt und ist an den Herrn Bürgermeister gerichtet. *(Rund 170 000 Wienerinnen und Wiener wünschen sich eine Volksbefragung über die Ausweitung des Parkpickerls. Laut Rechtsmeinung des Magistrates soll die Fragestellung für die Volksbefragung unzulässig sein. Einerseits wurde diese Rechtsmeinung bei der Befragung zur Citymaut völlig konträr ausgelegt und andererseits müssten bei besagter Beurteilung auch die Grundsatzbeschlüsse zur Einführung des Parkpickerls in den Bezirken unzulässig sein. In einem Interview in der Presse vom 30. August 2012 sagten Sie in diesem Zusammenhang wörtlich: "Das ist keine Rechtsmeinung sondern Verfassungswahrheit. Der Unterschied ist, dass das Parkpickerl vor 20 Jahren eingeführt wurde und die Ausweitung nur ein Verwaltungsakt ist." Bestätigen Sie damit nicht, entgegen der Rechtsmeinung des Magistrates,*

dass es hier lediglich um die Frage der Ausweitung und nicht um die Frage von Gebühren geht?)

Bitte, Herr Bürgermeister.

Bgm Dr Michael **Häupl**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Wir stehen ja wieder einmal vor der für uns beide nicht unüblichen Situation, dass Ihre Anfrage mindestens drei Mal so lang ist, wie meine Antwort sein wird, denn Ihre Frage könnte ich schlicht und ergreifend mit „Nein, bestätige ich nicht.“ beantworten.

Das sachliche Thema selbst haben wir hier auch schon abgehandelt, und ich nehme an, dass Sie meine Argumentation damals jedenfalls auch rezipiert haben.

Sie meinten damals, es ist schon merkwürdig, dass ich zu so einer geschliffenen juristischen Argumentation kommen muss, um diesen Unterschied zu rechtfertigen. Also, wir haben das Thema hier schon abgehandelt.

Ich betreibe selbstverständlich keine Gesprächsverweigerung. Ich will auch gar nicht darüber reden, dass die von Ihrer Fraktion gesammelten Unterschriften von der Behörde nahezu zur Hälfte nicht anerkannt wurden, weil sie offensichtlich von irgendwo anders herkommen. Ich verstehe das schon. Dass ein Niederösterreicher zum Beispiel gegen das Parkpickerl unterschreibt, verstehe ich sofort. Das ist gar keine Frage. Er würde aber noch mehr unterschreiben, wenn er Ihren Vorschlag kennen würde, nämlich dass es für ganz Wien ein kostenloses Parkpickerl gäbe. Da kann ich mir vorstellen, dass man in Niederösterreich, gerade in dem angehenden niederösterreichischen Wahlkampf, jede Menge Unterschriften dagegen bekommen würde.

Also, um das zusammenzufassen, ich sehe das ganz nüchtern. Es ist zur Zeit ein Behördenverfahren im Gange. Dazu werde ich vom Rednerpult aus in einer Fragestunde nicht präjudiziell eingreifen. *(GR Mag Dietbert Kowarik: Nur in den Medien!)* - Auch nicht in den Medien. Ich habe das dazu immer gesagt. *(GR Mag Dietbert Kowarik: Sie meinen die Verfassungsfrage!)* - Das ist Ihre Interpretation.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke, Herr Bürgermeister. Die 1. Zusatzfrage stellt Herr GR Mahdalik. - Bitte schön.

GR Anton **Mahdalik** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Man hat wieder einmal gemerkt, kurz ist nicht immer gut.

Ich möchte jetzt bemerken, Sie haben in der Zeitung gesagt, für 150 000 Unterschriften begehren Sie keinen Verfassungsbruch, auch wenn es jetzt nur 100 000 sind. Wir kennen diese Zahlen auch nur aus der Zeitung. Eine offizielle Benachrichtigung haben wir von der MA 62 noch nicht bekommen. Wie dem auch sei, mehr als genug Unterschriften liegen vor. Sie haben gesagt, Sie begehren keinen Verfassungsbruch, indem Sie über eine Gebühr abstimmen lassen, auch nicht für 150 000 Unterschriften.

Dann stellt sich für mich die Frage, nachdem Sie 2010 über die City-Maut, die für mich der Inbegriff einer Gebühr ist, abstimmen haben lassen, haben Sie zum Ersten offen einen Verfassungsbruch begangen, was für ein Stadtoberhaupt doch einigermäßen befremdlich ist.

Zum Zweiten haben Sie die aus Ihrer Sicht verfassungswidrigen Beschlüsse in den Bezirksvertretungen zur Ausweitung des Parkpickerls ebenfalls ungestraft durchgehen lassen. Und zum Dritten haben Sie auch nicht den Bezirksvorsteher des 18. Bezirks, der ebenfalls über das Parkpickerl aus Ihrer Sicht verfassungswidrig hat abstimmen lassen, zur Räson gerufen.

Darum frage ich Sie, Herr Bürgermeister: Haben Sie diesen Verfassungsbruch begangen? Haben Sie die anderen Verfassungsbrüche unkommentiert hingenommen? Oder begehen Sie jetzt offenen Verfassungsbruch, indem Sie eine zulässige Frage vom Volke nicht abstimmen lassen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Bürgermeister.

Bgm Dr Michael **Häupl**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Ich bin froh, dass bei Ihrer Frage jetzt wenigstens die Interpunktion stimmt, denn sonst stimmt gar nichts an dieser Frage.

Erstens war meine Formulierung, egal, ob nun 70 000 oder 100 000 oder 170 000 Unterschriften, sie setzen die Wiener Stadtverfassung nicht außer Kraft. (GR Mag Dietbert Kowarik: Nur der Bürgermeister!) Sie setzen die Wiener Stadtverfassung nicht außer Kraft. Das ist nicht meine individuelle Meinung. Hören Sie jetzt einmal mit diesem Unsinn auf! Das ist eine Behördenfeststellung und das ist ein Rechtsverfahren, das sich hier abspielt. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - GR Mag Dietbert Kowarik: Sie können eine Weisung geben, Herr Bürgermeister!)

Sie sollten zumindest wissen, dass eine Behörde per Definition weisungsfrei ist und ich daher auch gar keine Weisung dorthin geben kann. Sie stellt einen Bescheid aus. Der Bescheid wird rechtmäßig bekämpft. Das ist ein normales Behördenverfahren. Nehmen Sie den Rechtsstaat einmal ein bisschen zur Kenntnis, Herr Kollege! Nehmen Sie den Rechtsstaat zur Kenntnis! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Folgerichtig verweise ich noch einmal auf die Argumentation des Unterschiedes dessen, ob nun diese Parkpickerlfrage verfassungskonform, verfassungswidrig ist oder im Vergleich dazu die Frage nach der City-Maut. Wir haben das damals abgehandelt. Ich mache es in Kurzform. Sie wissen, dass das eine ein Verwaltungsakt ist, denn das Parkpickerl wird nicht eingeführt, sondern das Parkpickerl wird in Teilen von Bezirken außerhalb des Gürtels ausgeweitet, während die City-Maut eine völlige Neueinführung ist, für die es zudem bis heute keine Rechtsgrundlage für ihre Einführung gibt. Die hätte man nachher erst schaffen müssen, wenn sich das Volk dafür entschieden hätte, dass man das macht. (GR Mag Wolfgang Jung: Das sind keine Gebühren?)

Sie können noch so herumgrölen, das halte ich einfach für schwach! Nehmen Sie die Argumentation zur Kenntnis oder nehmen Sie sie nicht! Ganz, wie Sie wollen! (GR Mag Dietbert Kowarik: Das ist schwach!) Ihrer Qualifikation brauche ich mich wirklich nicht zu unterwerfen! Seien Sie mir bitte nicht böse! Wirklich nicht! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.) Ich qualifiziere Ihre Meinungen

auch nicht. (GR Mag Wolfgang Jung: Sicher machen Sie das!) - Warum? Was machen Sie da? Ich qualifiziere Ihre Meinung gar nicht! (GR Mag Wolfgang Jung: Doch!) - Nein! Ich habe sie weder als blöd, falsch noch sonst etwas bezeichnet! Ich nehme das zur Kenntnis. (GR Mag Wolfgang Jung: „Die Trottel, die Sie wählen!“ Das haben Sie zu uns gesagt!) - Was habe ich gesagt? (GR Mag Wolfgang Jung: Sie qualifizieren damit nicht!) Ich habe gesagt: „Die Trottel, die Sie wählen!“? (GR Mag Wolfgang Jung: Was ist das gewesen?) Sagen Sie, was fällt Ihnen denn ein? (GR Mag Wolfgang Jung: Erinnern Sie sich an Ihre Wahreden!) - Seien Sie mir nicht böse! (GR Mag Wolfgang Jung: Schauen Sie es sich auf Video an!) Das sprengt nun wirklich alle Möglichkeiten, die ich intellektuell nachvollziehen könnte! So etwas habe ich überhaupt noch nicht erlebt! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - GR Mag Wolfgang Jung: Vielleicht schauen Sie es sich auf YouTube an!)

Also, wenden wir uns zurück und versuchen, das mit einem Minimum an Anstand abzuhandeln. Ich sehe selbstverständlich keinen Verfassungsbruch, auch natürlich nicht in den entsprechenden Beschlüssen der Bezirke. Außerdem wäre ich nicht der Zuchtmeister der Bezirksvorsteher. Nachdem ich aber keinen Verfassungsbruch seitens der Bezirksvertretungen, vor allem weil diese die Beschlüsse gefasst haben, sehe, hat man auch nichts zu sistieren. Ich halte daher die Vorgangsweise, die wir hier gewählt haben, für rechtsstaatlich verfassungskonform und korrekt. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - GR Mag Dietbert Kowarik: Lesen Sie nach in der Stadtverfassung!)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die 2. Zusatzfrage wird von Herrn GR Dipl.-Ing. Stiftner gestellt. Bitte schön.

GR Dipl.-Ing. Roman **Stiftner** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Schönen guten Morgen, Herr Bürgermeister!

Es wurde uns der Bescheid zugestellt, wo die Ihnen weisungsbefugten Beamten auf 18 Seiten, sagen wir einmal, in sehr kreativer juristischer Argumentation versuchen zu sagen, dass es eben nicht zulässig ist, eine solche Volksbefragung in dieser Form durchzuführen. Sie berufen sich dabei vor allem auf § 112a der Wiener Stadtverfassung, wo es heißt - ich möchte ihn zitieren: „Die Wahlen der Organe der Gemeinde, Gemeindeabgaben, Entgelte - Klammer: Tarife -, Personal- und behördliche Angelegenheiten sowie Maßnahmen, durch die in verfassungsgesetzlich geschützte Grund- und Freiheitsrechte eingegriffen würde, können nicht Gegenstand einer Volksbefragung sein.“ - Das ist Ihre Argumentation. Lassen wir das einmal so stehen.

Gleichzeitig sind die Anträge der Bezirksvertretungen, die durch Ihre Fraktion und durch die GRÜNEN initiiert worden sind, vorliegend, auf die Sie sich berufen, warum Sie die Parkraumbewirtschaftung eigentlich ausweiten wollen. Die Anträge von Bezirksvertretungen sind in § 104 geregelt, wo es in Abs 1 heißt, und ich nehme nur den zweiten Satz heraus: „Angelegenheiten der Gesetzgebung, der Gemeindeabgaben, Entgelte und Tarife sowie Personalangelegenheiten können nicht

Gegenstand von Anträgen sein.“

Herr Bürgermeister, ich frage Sie, weil Sie mit Ihren Beamten die Volksbefragung, die wir eingebracht haben, mit dieser Argumentation abgelehnt haben, de facto die wortidiente Formulierung in der Stadtverfassung in §§ 112a und 104 sozusagen dann gleichmäßig bewerten müssten, was das aus Ihrer Sicht für die Rechtmäßigkeit der Beschlüsse in den Bezirken und für die Konsequenzen daraus bedeutet.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Bürgermeister.

Bgm Dr Michael **Häupl**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Entschuldigen Sie, aber ich habe Bescheide, die von einer Behörde erstellt worden sind, nicht zu kommentieren. Sie werden auch meine Unterschrift auf dem Bescheid selbst nicht finden, sondern ich nehme diesen Bescheid, so wie er ist, zur Kenntnis, so wie ich die Berufung gegen diesen Bescheid zur Kenntnis nehme. Es geht daher in die nächste Instanz und wird voraussichtlich am Ende des Tages beim Verfassungsgerichtshof landen. Dieser wird dann zu entscheiden haben, ob das nun in der Tat verfassungswidrig ist oder nicht.

Ich werde mich sicherlich nicht hinstellen und nun einzelne Teile, Begründungen oder auch die Verfassung selbst kommentieren.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Wir kommen nun zur 3. Zusatzfrage. Sie wird gestellt von GR Ellensohn. - Bitte schön.

GR David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Bürgermeister!

Bei den Fragen hier stelle ich mir auch immer die Frage, was der politische Hintergrund ist. Es ist da rechtlich abgehandelt worden, aber ich entnehme dem auch, dass der GR Mahdalik nicht zufrieden war mit dem Ergebnis der City-Maut-Abstimmung und diese aufheben möchte. Jetzt folgere ich daraus, dass er eventuell die Position zur City-Maut geändert hat. Er möchte offensichtlich, dass man noch einmal darüber abstimmt, weil es ihm nicht gepasst hat, wie es war. (*GR Mag Dietbert Kowarik: Darüber dürfen wir ja nicht abstimmen!*) Also, er kommt möglicherweise in die Nähe der grünen Position.

Wie erklären Sie sich den Richtungsschwenk der FPÖ in dieser Frage unserer Verkehrspolitik? (*Heiterkeit bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Bürgermeister.

Bgm Dr Michael **Häupl**: Herr Gemeinderat!

Ich fürchte sehr, dass ich weder, persönlich jetzt gesehen, den GRÜNEN noch dem Herrn Mahdalik die Freude machen kann, dass wir so lange abstimmen, bis einem ein Abstimmungsergebnis dann passt. Das würde ich, ehrlich gesagt, nicht wirklich gut finden.

Aber ich fürchte sehr, dass Herr GR Mahdalik eigentlich überhaupt keine Regulierungen im Verkehr will. „Freie Fahrt für freie Bürger.“ habe ich sehr oft von Seiten der Freiheitlichen gehört. Ich fürchte nur, dass wir damit eine Menge an Lebensqualität in dieser Stadt verlieren würden. Das wird die Mehrheit der Bevölkerung mit Sicherheit nicht toll finden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Wir kommen nun zur vierten und damit letzten Zusatzfrage dieser 4. Anfrage. Herr GR Mahdalik ist am Wort.

GR Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Beantwortung der 2. Frage war schon etwas länger, aber doch weit davon entfernt, besser gewesen zu sein. Sie haben etwas von weisungsungebundenen Beamten schwadroniert, deren es wirklich sehr wenige in der Stadt Wien gibt, und schon gar nicht in der MA 62. Die Beamten sind weisungsgebunden. Die große Unabhängigkeit von einer seit vielen Jahrzehnten regierenden SPÖ ist nicht einmal mit dem freien Auge erkennbar.

Jetzt gehen wir weg von den juristischen Spitzfindigkeiten. Da sind Sie ein bisschen ins Schwimmen geraten. Das möchte ich Ihnen weiter ersparen. Wenn man offenen Ohres durch die Straßen geht, bekommt man, wenn man übers Parkpickerl und auch über andere Sachen redet, oft einen Satz zu hören. Ich möchte Ihnen diesen jetzt etwas entschärft überbringen, dass Sie nämlich, politisch gesehen, die Hosen gestrichen voll haben vor der Meinung der Bürger.

Jetzt frage ich Sie nur kurz und bündig: Warum ist das so, Herr Bürgermeister? (*Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely: Das ist ja lächerlich! Was ist denn das für eine Frage?*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Na ja, das waren jetzt ein paar Donaustädter Ausdrücke, meine ich. - Bitte, Herr Bürgermeister.

Bgm Dr Michael **Häupl**: Herr Gemeinderat!

Zum ersten Teil, von wegen schwadronieren: Hören Sie sich einmal selbst zu, dann haben Sie ein Lehrbeispiel dafür, was man ununterbrochen vor sich hin schwadroniert. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Und wer selbst mit gestrichener Hose herumläuft, auf Grund der verschiedensten Ereignisse der letzten Zeit, die die Freiheitliche Partei betreffen, braucht nicht nach meiner zu fragen! Im Übrigen geht Sie meine Hose gar nichts an! (*Beifall und Heiterkeit bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke, Herr Bürgermeister, für die Beantwortung der 4. Anfrage.

Wir kommen zu 5. Anfrage (*FSP - 02997-2012/0001 - KSP/GM*). Sie wurde von Frau GRin Hatzl gestellt und ist an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport gerichtet. (*Wie ist der aktuelle Stand des Wiener Schulsanierungspaketes?*)

Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Gemeinderätin!

Alle sind munter. Jetzt geht es so richtig. Insofern freue ich mich natürlich, auch ein bisschen Halbzeitbilanz über das Schulsanierungspaket ziehen zu können, das dieses Haus einstimmig im Jahr 2007 beschlossen hat, ein sehr großes Programm, von dem über 240 Schulen in dieser Stadt profitieren, ein Programm, das in enger Zusammenarbeit zwischen Bezirken und Stadt entsprechend umgesetzt wird und das sich immerhin ein Investitionsvolumen von 570 Millionen EUR für substanzerhal-

tende Maßnahmen an Wiens Schulen und damit zur Sicherstellung zeitgemäßen Schulraums zum Ziel gesetzt hat.

Dieses Schulsanierungspaket besteht auf der einen Seite, denn Schulerhaltung ist, im Rahmen der in diesem Haus einstimmig gefassten Beschlüsse, Aufgabe der Dezentralisierung, aus einem Bezirksanteil von 60 Prozent und aus 40 Prozent der entsprechenden Förderung seitens der Stadt, die den Bezirken für diese Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden.

Die einzelnen Investitionen je Standort betragen zwischen 20 000 und 10 Millionen EUR. In dieser Bandbreite bewegen wir uns.

Es ist natürlich die besondere Herausforderung in einem so großen Programm, dass klarerweise die Hauptarbeitszeit in diesem Sanierungsprogramm auf zwei Monate im Sommer beschränkt ist. Das ist das Besondere, denn gerade in diesem Bereich ist es möglich, sehr umfassende Maßnahmen durchzuführen.

Ich erinnere, was alles von diesem Schulsanierungspaket betroffen ist. Es geht um die Erneuerung von Fenstern, die Sanierung von Fassaden, die Erneuerung der Portale, Sanierung der Dächer, die entsprechende Sanierung der WC-Gruppen, Einbauten von Behinderten-WC-Anlagen, die Sanierung von Klassenabfallsträngen, Neuherstellung von Waschplätzen, es geht um die Brandschutzkonzepte, die Elektroanlagen, die Heizungsanlagen, um nur einige entsprechend anzuführen. Darüber hinaus wird gemäß des Gemeinderatsbeschlusses auf Grund immer wieder veränderter Rahmenbedingungen, auch gesetzlicher Rahmenrichtlinien, in zusätzliche Projekte investiert, in die Sanierung und Modernisierung von Turnsälen, in die Sanierung und Modernisierung der entsprechenden Unterrichtsräumlichkeiten, zum Beispiel Physiksäle, Erneuerung der Böden und vieles andere mehr.

Als besonderer Stellenwert dabei wird natürlich auch dem ökologischen Aspekt Rechnung getragen. Es werden die Fassaden, wenn das Bundesdenkmalamt zustimmt, mit den energieeffizienten Dämmsystemen saniert, vor allem aber auch die oberste Geschoßdecke entsprechend saniert.

Schon beim Start des Sanierungspaketes im Jahr 2008 wurde an 144 Standorten mit Sanierungsarbeiten begonnen. Im ersten Jahr wurden über 35 Millionen EUR seitens der Bezirke und der Stadt entsprechend gemeinsam investiert. Wir befinden uns derzeit, im Jahr 2012, bei Sanierungsarbeiten an 150 Standorten mit einem Sanierungsvolumen allein in diesem Jahr von 53 Millionen EUR. Im nächsten Jahr werden wir eine ähnliche Summe haben. Im Jahr 2014 erhöht sich diese Summe auf 64 Millionen EUR beziehungsweise im Jahr 2015 auf 65 Millionen EUR, durchaus auf Grund der Langfristigkeit der entsprechenden Sanierungsarbeiten.

Es wurden bisher insgesamt rund 215 Millionen EUR in diese Schulgebäude investiert. Das ist vor allem in konjunkturell angespannten Zeiten ein sehr positives Signal für den Wirtschaftsstandort, weil natürlich Sanierungsaufträge sehr maßgeblich vor allem den klein- und mittelständischen Unternehmen in dieser Stadt zugute

kommen.

Es stellen sich diese Sanierungsarbeiten in erster Linie etappenweise ein, weil eben eine Sanierung innerhalb von zwei Monaten - ich glaube, das ist jedermann verständlich - nicht entsprechend abgewickelt werden kann. So hat sich auch die Zahl der fertigen Schulprojekte in den Jahren ständig erhöht. Waren es 2010 3 Schulgebäude, die nach 2 Jahren entsprechend fertiggestellt werden konnten, befinden wir uns derzeit dort, dass im heurigen Jahr 20 Objekte, im nächsten Jahr 23 Schulgebäude und im Jahr 2014 ebenfalls 20 Schulgebäude fertig saniert werden können.

An neuen Schulgebäuden finden nach Entscheidung des zuständigen Bezirks keine Sanierungsarbeiten statt. Bei einem Schulgebäude sind nach der Entscheidung des Bezirks entsprechende Vorbereitungsarbeiten gestoppt worden.

Einige Schulen wurden im Zuge von Organisationsänderungen zusammengelegt und damit auch der Möglichkeit einer wirtschaftlichen Sanierung Rechnung getragen.

Betreffend die Sicherstellung der finanziellen Mittel haben die entsprechenden Bezirke die Grundlagenanträge der MA 56 entsprechend beschlossen. Es haben sich alle Bezirke zu diesem Schulsanierungsprogramm bekannt.

Erfreulich in diesem Zusammenhang ist vor allem, dass wir uns voll in dem entsprechenden Vorbereitungsrahmen, sowohl der Bezirke, als auch der Stadt, befinden. Wir haben einerseits mit steigenden Kosten im Bereich der Baukosten - ich erinnere, allein der Baukostenindex hat sich um 15 Prozent erhöht -, vor allem aber auf Grund der veränderten Rahmenbedingungen im Schulsanierungspaket zusätzliche Maßnahmen aufgenommen, vor allem im Bereich des Brandschutzes, aber auch im Bereich der EU-Erdbebenrichtlinie, die zusätzliche Maßnahmen notwendig gemacht hat, aber vor allem auch natürlich die entsprechende Umsetzung des Antidiskriminierungsgesetzes.

Wenn man das berücksichtigt, so kann man sagen, dass tatsächlich durch sehr professionelles Projektmanagement, und das haben sowohl die Interne Revision als auch das Kontrollamt im vergangenen Jahr in ihren Berichten festgehalten, klargestellt werden konnte, dass in allen Wiener Projekten die entsprechenden Baukostenplanungen entsprechend der ÖNORM unterschritten wurden und dass bei allen Projekten die genehmigte Gesamtsumme unterschritten werden konnte. Das heißt, wir liegen hier ganz hervorragend. Ich denke, das ist ein gemeinsamer Erfolg, einerseits, weil die Bezirke sehr genau darauf achten, vor allem weil es in den Vorbereitungsarbeiten auch immer eine Einbindung der Schulpartner gibt, die Information an die Eltern, an die Lehrerinnen und Lehrer sehr ernst genommen wird und ein ganz wesentlicher Bestandteil dieses Sanierungsprojektes ist, wo man eben gemeinsam mit den Schulpartnern die entsprechenden Sanierungsschritte immer wieder einzeln bespricht, um dann vorbereitet zu sein, sollte es an einem Standort zum Beispiel zu einer Verlängerung der Bauzeit kommen, dass hier der Informationsfluss,

gerade mit den Eltern, ganz hervorragend funktioniert.

Zusammenfassend von meiner Sicht festgestellt, einerseits ein herzliches Danke an die Bezirke, ein herzliches Dankeschön an die MA 56 und MA 34, die federführend in diesem Bereich tätig sind und es geschafft haben, ein wirklich tolles Projekt auf die Beine zu bringen, das sicherlich vor allem auch den Zielsetzungen entspricht, nämlich optimale Rahmenbedingungen für Wiens Schülerinnen und Schüler in einer gemeinsamen Anstrengung seitens der Stadt und der Bezirke sicherzustellen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke, Herr Stadtrat. Die 1. Zusatzfrage wird von GRin Ing Leeb gestellt. - Bitte schön.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Guten Morgen, Herr Stadtrat!

Wir haben jetzt sehr beeindruckende Zahlen präsentiert bekommen, die wir im Haus gemeinsam beschlossen haben. 570 Millionen EUR, die die Stadt Wien in das Schulsanierungspaket, über 10 Jahre aufgeteilt, investiert. Das ist begrüßenswert. Das ist auch notwendig. Weil all das, was Sie aufgezählt haben, ist für den Betrieb vor Ort notwendig. Das stellt auch niemand unter Zweifel. Auf 10 Jahre aufgeteilt könnte man auch sagen, es sind 57 Millionen EUR pro Jahr. Das entspricht ungefähr dem Wert, den die Stadt Wien über den Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien für Öffentlichkeitsarbeit ausgibt. Das finde ich schon bemerkenswert, wenn für Öffentlichkeitsarbeit 50 Millionen EUR ausgegeben werden, für ein Schulsanierungspaket 57 Millionen EUR. Da kann man sich dann schon eine Vorstellung darüber machen, was die Bildung in dieser Stadt wert ist. Weil bei diesen 50 Millionen EUR vom PID bleibt es ja nicht, es gibt dann noch ausgelagerte Betriebe und Zusatzbudgets aus anderen Ressorts. Also, in Wahrheit geben wir mehr für Öffentlichkeitsarbeit als für die Sanierung der Schulen aus.

Aber jetzt zu meiner Frage. Die Schulsanierung geschieht, auch wenn es der Kollege Vettermann am Dienstag in einer Aussendung verneint hat, noch immer größtenteils ohne wirkliche Einbindung der Schulpartner, also der Menschen, die Schule vor Ort leben, Direktoren, Lehrer, Eltern, Schüler. Wir stehen aber auf dem Standpunkt, und ich weiß mich da mit einer Mehrheit der Bevölkerung eins, dass gerade Schüler, Lehrer, Direktoren, Eltern maßgeblich mitentscheiden sollten, wie ihr Lebens- und Arbeitsumfeld aussieht.

Dürfen die betroffenen BürgerInnen auf echte Mitbestimmung in der Zukunft hoffen? Oder werden sie weiterhin Information als Mitbestimmung verkaufen und die Kommunikation der Umbauarbeiten über die Bezirke und den Stadtschulrat durchführen, weil diese ja eingebunden sind? Aber in Wahrheit ist es keine Information, sondern wird ihnen über die Bezirke mitgeteilt, welche Schulen saniert werden und die wirklich Betroffenen kommen nicht zu Wort.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Frau Gemeinderätin! Auf der einen Seite noch einmal auch - und ich sage

ganz bewusst, auch - zentrale Zielsetzungen des Schulsanierungspaketes. Es geht um die Erneuerung von Elektroanlagen. Es geht um die Erneuerung von WC-Gruppen. Es geht um die Erneuerung beziehungsweise die Installierung von ökologischen Maßnahmen in enger Abstimmung mit dem Denkmalamt. Hier ist klarerweise auf der einen Seite das Expertenwissen ein maßgeblicher Grundstein und auf der anderen Seite die unmittelbare, und ich bekenne mich auch dazu, Notwendigkeit in erster Linie dadurch gegeben, dass man die Eltern, die Schülerinnen und Schüler, die Lehrer darüber informiert, es finden diese Maßnahmen statt.

Pseudodemokratische Einbindungen, dass man bei der Erneuerung von WC-Gruppen in der einen oder anderen Form große Konferenzen abhält, sind, glaube ich, auch nicht im Interesse der Eltern, denn gerade da bin ich sehr oft damit konfrontiert, dass sie bei wesentlichen Dingen eingebunden werden wollen. Das Zeitbudget gerade von berufstätigen Eltern ist nicht gerade so dicht gesät. Wir alle, die wir Kinder im Schulalter haben, wissen, wie man als Elternteil eh schon dran kommt.

Also, ich glaube, man sollte das einmal auf die maßgeblichen Teile reduzieren, die für Unterrichtsqualität, die für Ausstattungen von Bedeutung sind. Hier kann ich nur darauf verweisen, dass erst unlängst seitens der MA 56 ein Gespräch auch mit Ihrem Vorsteher im 19. Bezirk gerade über diese Frage gehalten wurde, wo man extrem zufrieden ist über die Einbindung und die Zusammenarbeit mit den Schulen, wie auch in vielen anderen Bezirken. Ich kann nicht ausschließen, dass auch in der Informationskette einmal etwas nicht stattfindet oder passiert, noch einmal, an über 140 Standorten, genauso wie ich nicht ausschließen kann, dass es einmal vielleicht zu einer Verzögerung kommt und man nicht mit 1. September fertig ist. Sie kommen aus der Bauwirtschaft. Es wäre unseriös.

Aber ich glaube, gerade diese Informationskette, aber auch die Einbindung der Schulpartner funktioniert hervorragend in jenen wesentlichen Teilen, und die sind natürlich ein relativ kleiner Bestandteil bei einer Substanzsanierung, wo es darum geht, tatsächlich in der Unterrichtsqualität, in der Ausstattung von Schulräumlichkeiten zusätzliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Hier, glaube ich, funktioniert die Einbindung der Schulpartner. Und Schulpartnerschaft ist ähnlich, wie wir hier sitzen, eine gewisse Form der repräsentativen Demokratie, die durchaus auch Anlass sein kann, an den Schulen diskutiert zu werden, aber sicher nicht hier.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die 2. Zusatzfrage wird von GRin Mag Wurzer gestellt. - Bitte.

GRin Mag Martina **Wurzer** (*Grüner Klub im Rathaus*): Guten Morgen und liebe Grüße, sehr geehrter Herr Stadtrat!

Sie haben schon viel ausgeführt, wie viele Anstrengungen wir unternehmen, um Schulen auch tatsächlich in Orte des Lernens und des Lebens, also in Lern- und Lebensorte zu gestalten. Sie haben sehr viele Rahmenbedingungen erläutert, die vor allem brandschutzrechtliche Ursachen und auch Antidiskriminierungsursachen

haben.

Aber auch mir ist es, wie meiner Vorrednerin, ein großes Anliegen, tatsächlich die Expertise der LehrerInnen und auch SchülerInnen in die Schulsanierungen und Schulneubauten und -umgestaltungen miteinzubeziehen. Viele DirektorInnen, aber auch LehrerInnen rufen nach offenen flexiblen Flächen, nach viel mehr Raum für offene und kreative flexiblere Unterrichtsgestaltung. Wir wissen, wie viel Relevanz dem Thema Schularchitektur für ein gutes Gelingen des Lernens zubemessen wird und wie hoch das auch seitens der DirektorInnen und LehrerInnen eingeschätzt wird.

Insofern richtet sich auch meine Frage an Sie, in Bezug auf das Einbinden, das Finden einer gemeinsamen Entscheidung und das gemeinsame Gestalten des täglichen Lern- und Lebensortes Schule, welche Pläne wir hier als Stadt Wien verfolgen und welche Projekte wir da demnächst angehen werden.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Frau Gemeinderätin!

Ich denke, Sie sprechen einen ganz wichtigen und wesentlichen Punkt an, denn das Zusammenleben, das Organisieren des Schulalltags ist mehr als das Durchführen von Sanierungsarbeiten. Das heißt, gerade hier ist es notwendig, dass eben Elternabende und Arbeit mit den entsprechenden Vertreterinnen und Vertretern der Eltern nicht nur dann stattfinden, wenn es etwas zu reparieren gibt, um es einmal salopp zu sagen, sondern eigentlich Bestandteil des Schulalltags sind. Gerade in diesem Bereich werden seitens der Stadt beziehungsweise des Stadtschulrats, aber auch vor allem vieler Lehrerinnen und Lehrer, enorme Anstrengungen unternommen, durchaus nicht immer, muss man auch ganz offen sagen, zur Zufriedenheit der Eltern, weil ich durchaus auch viele Bestandteile bekomme, wo man sagt, ob es irgendwo etwas gibt, wo man nicht eingebunden werden muss, weil man eigentlich der Meinung ist, es ist zentrale Aufgabe der Schule, das durchzuführen. Aber das können keine Anlässe sein. Ich glaube, es ist notwendig, auf der einen Seite diese Elterninformation und Elterneinbindung zu haben. Wenn ich mir ansehe, wie gerade bei der Planung von entsprechenden Schulprojekten, bei der Planung von pädagogischen Aktivitäten Eltern eingebunden werden, so bewegen wir uns hier in einem Spannungsfeld, können aber durchaus zufrieden sein, weil es gelingt, dass sich sehr viele damit mehr mit der Schule unmittelbar identifizieren. Ich begrüße das vor allem auch deshalb, weil es hoffentlich ein guter Beitrag ist, dass sich viele abseits der Konsumhaltung gegenüber der Schule - man schickt das Kind hin, und das war es dann - tatsächlich auch mit Schule mehr identifizieren.

So, denke ich mir, ist zum Beispiel auch der Tag der Wiener Schulen eine wichtige Initiative für uns gewesen, dass wir endlich einmal Leute, die vielleicht schon 20, 30 Jahre keine Kinder mehr in der Schule haben, davon überzeugen können, wie dynamisch Schule funktioniert, dass auch der in den letzten Tagen wieder durch die Medien geisternde Frontalunterricht in wahrscheinlich 98 Prozent der Klassen in Wien der Vergangenheit an-

gehört, dass bei den Lehrerinnen und Lehrern, den Pädagoginnen und Pädagogen auch große Innovationsfreude herrscht. Ich glaube, auch darüber sollten wir reden. Dafür ist die Elternarbeit, gerade auch im Interesse der Lehrerinnen und Lehrer, eine wichtige Grundlage, damit sie sehen, was hier alles passiert.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die 3. Zusatzfrage kommt von GR Kops. - Bitte schön.

GR Dietrich **Kops** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Grüß Gott, Herr Stadtrat!

Danke für die ausführliche Beantwortung dieser Anfrage. Sie ist sehr behübscht, wenn man weiß, wie viele Kinder noch immer in Containerklassen gehen.

Meine konkrete Frage jetzt: Auf Grund der hohen Kosten bei Schulsanierungen verschulden sich die Bezirke immer mehr. Meine Frage ist: Ist es jetzt von Ihnen angedacht, dass dieser Verteilungsschlüssel zu Gunsten der Bezirke endlich umgeändert wird?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Herr Gemeinderat!

Ich nehme an, nachdem Sie Mitglied, in diesem Fall des Gemeinderates, sind, dass zumindest relativ klar ist, wenn wir über Verschuldung von Bezirken und wahrscheinlich vielleicht bei einem der nächsten Tagesordnungspunkt auch über Verschuldung der Kommune sprechen, und das war durchaus auch das Bedeutsame an diesem Beschluss des Schulsanierungspaketes, auch in Verhandlungen mit Bezirken und auch deshalb hier einstimmig beschlossen, dass es eine Prozentaufteilung gibt.

Insofern ist klar, wenn es mehr Aufwendungen in diesem Bereich gibt, dass eben Aufwendungen nicht alleine auf der Seite der Bezirke, sondern auch auf Seiten der Stadt sind, wo Sie immer wieder durchaus kritisieren, dass diese Stadt ein Defizit hat, zu dem wir uns eben auch bekennen, gerade aus dem Hintergrund heraus. Wir wollen Schulen sanieren. Insofern ist das, wenn man so will, eine maßgebliche Investitionsmaßnahme gewesen, die aber auch den Stadthaushalt bedient. Also, man soll nicht so tun, es gibt hier Bezirke, die sich verschulden und auf der anderen Seite gibt es die Stadt, die irgendwo die Druckmaschine hat. Wir haben uns zu diesem wichtigen bildungspolitischen Investitionsschub entschlossen und sitzen klarerweise im selben Boot. Darum ist für mich das Erfreuliche, dass es eben gelungen ist, mit diesem Maßnahmenpaket eine gemeinsame Basis der Zusammenarbeit mit den Bezirken zu finden, die eben dazu geführt hat, dass die entsprechenden Kostenrahmen gemeinsam eingehalten werden konnten, dass wir genau den entsprechenden Planungen entsprechen, noch einmal, ungeachtet der Tatsache, dass es natürlich 2007 im Baukostenindex anders ausschaut als 2012, darüber brauchen wir nicht zu diskutieren, oder dass es auch gelungen ist, noch zusätzliche Maßnahmen in das Paket hineinzunehmen. Trotzdem gelingt es hier, den Kostenrahmen entsprechend, wie ich vorher ausgeführt habe, einzuhalten.

Ich werde daher nicht in der Lage sein, diesen Verteilungsschlüssel zu ändern, aber nicht weil ich den Bezir-

ken etwas Böses tun soll, sondern weil es schlicht und ergreifend so ist, wir sitzen im selben Boot. Sie kennen die Eckzahlen aus den Bezirken. Sie kennen die Eckzahlen aus der Stadt. So verstehen es die Bezirke auch. Wir sitzen gemeinsam im Boot. Wir haben uns gemeinsam zu dieser Maßnahme entschlossen, damals auch gemeinsam in diesem Haus die Entscheidung getroffen, obwohl wir viele Jahre davor gemeinsam, auf Initiative der ÖVP, diese Dezentralisierung beschlossen haben, die eigentlich heißt, dass dafür ausschließlich die Bezirke zuständig sind. Wir haben uns zu dieser gemeinsamen Maßnahme bekannt. Ich glaube, das ist auch gut und richtig in der derzeitigen Form.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Wir kommen nun zur 4. Zusatzfrage, die von GRin Hatzl gestellt ist. (*Amtsf StR Christian Oxonitsch: Nein, haben wir keine!*) - Gibt es keine. Okay! Dann danke ich für die Beantwortung der 5. Anfrage und übergebe den Vorsitz an den Kollegen Kowarik.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Ich übernehme den Vorsitz.

Wir kommen nunmehr zur Aktuellen Stunde. Der Klub der Sozialdemokratischen Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates hat eine Aktuelle Stunde mit dem Thema „Miteinander in Wien statt Wien-Feindlichkeit, Skandale, Hetze und Antisemitismus“ verlangt. Das Verlangen wurde gemäß § 39 Abs 2 der Geschäftsordnung ordnungsgemäß beantragt. Ich bitte den Erstredner, Herrn GR Deutsch, die Aktuelle Stunde zu eröffnen, wobei ich bemerke, dass seine Redezeit mit zehn Minuten begrenzt ist. Für weitere Wortmeldungen bringe ich in Erinnerung, dass sich die Damen und Herren des Gemeinderates nur ein Mal zum Wort melden dürfen und ihre Redezeit mit fünf Minuten begrenzt sein wird. - Bitte, Herr Gemeinderat.

GR Christian **Deutsch** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Miteinander in Wien statt Wien-Feindlichkeit, Skandale, Hetze und Antisemitismus der FPÖ. Oder, um es gleich auf den Punkt zu bringen, die sozialdemokratisch geführte Stadtregierung bringt die Menschen zusammen, fördert das Miteinander und den sozialen Frieden in der Stadt, die FPÖ sät Hass, spielt Menschen gegeneinander aus, will die Gesellschaft spalten und zeigt auch durch permanente Diffamierungen ganz offen ihre feindliche Einstellung gegenüber der Stadt und ihren Bewohnern. Das ist das Thema der heutigen Aktuellen Stunde, die aktueller nicht sein könnte, denn es vergeht nahezu keine Woche, in der nicht ein neuer Politskandal der FPÖ bekannt wird. Immer deutlicher zeigt sich auch, dass die Zeit der schwarz-blauen Bundesregierung für einige in der Tat ein Selbstbedienungsladen war, denn noch nie zuvor hat sich jemand so schamlos am Volksvermögen bedient wie die Partei rund um die blau-schwarze Regierung. Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es auch notwendig, darüber zu reden, denn es soll in diesem Land und in dieser Stadt nie wieder jemand sagen können, sie oder er hätte nicht gewusst, wofür die FPÖ tatsächlich steht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Wien-Feindlichkeit der FPÖ offenbart sich etwa im Umgang mit den Unternehmen der Stadt, wenn es darum geht, Betriebe wirtschaftlich erfolgreich zu führen und Gebühren im Interesse der Versorgungssicherheit anzupassen. Da setzt die FPÖ durch permanente Diffamierungen lieber Arbeitsplätze und die hohe Lebensqualität in der Stadt aufs Spiel und gefährdet vorsätzlich öffentliche Unternehmen. Bringen wir es auch hier auf den Punkt, die FPÖ will die Wiener Betriebe ruinieren und dem Ausverkauf opfern! (*Beifall bei der SPÖ. - GRin Mag Dr Barbara Kappel: Das stimmt doch überhaupt nicht!*)

Sie diskreditieren den Wirtschaftsstandort! Sie nehmen nachhaltigen Imageschaden für die öffentlichen Unternehmen in Kauf, um dann, und das ist Ihr Konzept, Frau Kappel, nachher laut nach Privatisierung schreien zu können! Sie haben bereits im Jahr 2004, als die FPÖ in Regierungsverantwortung war, 60 000 BUWOG-Wohnungen verscherbelt und Sie würden es mit den Gemeindebauten genauso tun, wenn Sie dazu die Gelegenheit hätten! (*Beifall von GR Dipl-Ing Rudi Schicker.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das wird es mit uns im Interesse der Wienerinnen und Wiener nicht geben! Wir sorgen für wirtschaftlich gut geführte Betriebe! Wir erhalten Arbeitsplätze und sorgen dafür, dass diese Stadt auch funktioniert! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Aber die FPÖ hat das Vertrauen der Bevölkerung ohnehin endgültig verspielt. Nach der Aussackelung einer alten Dame durch Martin Graf, dem FPK-Desaster in Kärnten und den skandalösen Facebook-Aktivitäten von Strache laufen Ihnen ohnehin die Wähler bereits in Scharen davon. Das wissen Sie auch. Da hilft es auch gar nichts, wenn Sie da wild um sich schlagen, um von den zahlreichen FPÖ-Skandalen abzulenken! Sie haben jede Glaubwürdigkeit verspielt! Ein Skandal reiht sich an den anderen!

Erstens: Wie sich die FPÖ ihre permanenten Hetzkampagnen leisten kann, hat die Bevölkerung in den vergangenen Jahren schon immer vor Rätsel gestellt. Aber heute wissen wir, dass der Telekom-Skandal auch ein glatter FPÖ-Parteienfinanzierungsskandal ist. (*GR Rudolf Stark: Konsum auch!*) Der EU-Wahlkampf der FPÖ im Jahr 2004 wurde mit hunderttausenden Euros finanziert. Weiters flossen hohe Beträge auch an das FPÖ-Blatt „Neue Freie Zeitung“, und das ohne eine Gegenleistung. Sie haben Ihren Slogan, „Unser Geld für unsere Leute!“, offensichtlich wortwörtlich genommen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Zweitens, die Graf'sche Wählertäuschung bei Wahlen: Es kann einmal ein Fehler passieren. Aber bei zwei Nationalratswahlen, einer Wiener Landtagswahl und zwei Donaustädter Bezirksvertretungswahlen, also bei insgesamt fünf Wahlen, mit der falschen Berufsbezeichnung Rechtsanwalt anzutreten, da geht wahrlich jede Ausrede ins Leere. Das ist und bleibt, was es ist, eine Wählertäuschung. Sie haben hier die Wählerinnen und Wähler getäuscht, eine Partei, die den kleinen Mann nur dann anspricht, wenn es darum geht, ihn zu schröpfen.

Drittens: Mit der Heimholung Haiders politischer Erben in Kärnten in die FPÖ hat Strache damit auch die

zahlreichen Skandale der FPK in der eigenen Partei. Wie hoch der Wert einer Staatsbürgerschaft tatsächlich ist, zeigt sich am Beispiel von Uwe Scheuch, der bekanntlich von einem russischen Investor im Gegenzug für das Beschaffen einer Staatsbürgerschaft Geld für die Parteikasse verlangt hat.

Viertens, Hypo-Pleite und das damit verbundene Desaster für die österreichischen Steuerzahler in der Größenordnung von 1,5 Milliarden EUR: Gestern wurde bekannt, dass die Hypo Alpe-Adria-Bank einen zusätzlichen Kapitalbedarf von 2,2 Milliarden EUR hat. Sie haben in Kärnten ein wirtschaftliches Desaster hinterlassen und flüchten nun bereits das fünfte Mal aus den Sitzungen des Kärntner Landtages, um Neuwahlen zu verhindern. So groß ist Ihre Angst vor den Wählerinnen und Wählern! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Fünftens, unerträgliche FPÖ-Attacken auf Journalisten: Der Wiener FPÖ-Pressesprecher Gottschacher hat etwa versucht, unabhängige Journalisten mundtot zu machen. Sie wissen, der Anlass waren Berichte über die Tatsache, dass der Sicherheitsreferent des FPÖ-Klubs im Rathaus wegen Körperverletzung bedingt verurteilt ist und dass eine von der FPÖ versuchte Weißwaschung, wie auch bei der Causa Graf, aufflog. Die Journalisten, die darüber berichten, seien laut dem Wiener FPÖ-Pressesprecher als „Freiwild“ zu behandeln!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist nicht das erste Mal, dass die FPÖ Journalistinnen und Journalisten droht, um das eigene Versagen zu vertuschen. Ich erinnere auch an die Strache-Attacke auf den ORF-Redakteur Raimund Löw und auch an das verbal aggressive Verhalten von Herrn Jenewein gegenüber dem „Wien heute“-Chefredakteur vor etwa einem Jahr.

Die Pressefreiheit ist ein hart erkämpftes Recht, ein hart erkämpftes Gut, das die Wiener SPÖ immer und überall verteidigen wird, denn auch hier gilt: Wehret den Anfängen! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Hass säen, Vorurteile schüren, Minderheiten verhöhnen, Unwahrheiten verbreiten, das ist das wahre FPÖ-Programm. Denn konstruktive Vorschläge in sachpolitischen Themen sind von Ihnen ohnehin nicht zu erwarten. Von der Causa Graf, der Affäre rund um Uwe Scheuch in Kärnten bis hin zu zahlreichen Korruptionsvorwürfen, einer undurchsichtigen Parteienfinanzierung, den rechtskräftigen Verurteilungen wegen Verhetzung oder Wiederbetätigung, ein Skandal reiht sich an den anderen.

In der Causa Graf ermittelt, wie Sie wissen, bereits die Staatsanwaltschaft wegen des Verdachtes des schweren Betrugs. Blaue Geschäftemacherei auf Kosten einer alten Dame, ein handfester FPÖ-Skandal! Neben Graf führt die Staatsanwaltschaft, wie der APA zu entnehmen ist, auch bereits Ermittlungen gegen die Stiftungsvorstände Michael Witt und Alfred Wansch als Beschuldigte mit dem Verdacht der Untreue. Das heißt, was bei der BUWOG und bei der Telekom im Großen passiert ist, zeigt sich in der Causa Graf im Kleinen. Es wird hier offensichtlich das Vermögen einer alten Dame benutzt, damit ein blaues Netzwerk Geschäfte unter sich macht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die antisemitische Karikatur auf der persönlichen Facebook-Seite von Strache ist ein weiterer Skandal. Hier findet man ständig widerwärtige Gewaltaufrufe und Hasstiraden seiner Fans. Strache unterstützt das, stachelt auch weiter an, um von den aktuellen FPÖ-Skandalen abzulenken. Hier ist der FPÖ-Obmann auch Wiederholungstäter. Ich zitiere „Die Presse“ vom Sonntag, dem 2. September wörtlich - Zitat: „Auch für Ungebildete war das Machwerk unschwer als antisemitisch zu erkennen.“ - Ende des Zitates. In der Tat, Propaganda wie in den 30er Jahren. Spätestens jetzt, nach dieser antisemitischen Karikatur, hat sich die FPÖ die Frage zu stellen, ob sie den Antisemitismus wieder salonfähig machen möchte.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, die Wiener SPÖ verurteilt diese Hassparolen und unerträgliche Hetze der FPÖ auf das Schärfste! Wir wollen ein Klima des Miteinanders, wo Menschen einander respektieren, friedlich zusammenleben und wo unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen nicht gegeneinander ausgespielt werden, das heißt, das gute Zusammenleben fördern, Grundwerte aufzeigen und auch gemeinsam die Zukunft dieser Stadt gestalten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die Wiener Stadtregierung mit Bgm Michael Häupl an der Spitze steht für das Miteinander, macht Politik gemeinsam mit den Menschen für die Menschen. Wir bekämpfen die Arbeitslosigkeit. Wir errichten neue Pflegezentren und Spitäler. Wir bauen die Mitbestimmung der Bevölkerung aus *(GR Dominik Nepp: Das sieht man!)* und sichern auch die hohe Lebensqualität in dieser Stadt. Das Einzige, was die FPÖ bisher dazu beigetragen hat, ist Sprücheklopfen! Meine sehr geehrten Damen und Herren, Hass und Hetze, ob auf Wiens Straßen oder im virtuellen Hinterzimmer, hat in dieser wunderschönen Stadt nichts zu suchen! Nach all diesen Hass- und Hetzparolen der FPÖ in den letzten Monaten und Jahren kann in dieser Stadt niemand mehr sagen, man habe nicht gewusst, welche Geisteshaltung mit dieser Partei mitgewählt wird! - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich GR Dr Ulm zum Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Dr Wolfgang **Ulm** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich habe jetzt vom Herrn Kollegen Deutsch sehr viele Allgemeinplätze und sehr viel Polemik, aber leider Gottes wenig sachliche Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus in Wien gehört. Die SPÖ hätte heute tatsächlich zu Recht den Antisemitismus in der Aktuellen Stunde thematisiert, denn es müssen leider tatsächlich aktuell zwei antisemitistische Vorfälle angesprochen werden. Ich hoffe, es gelingt mir dies mit etwas größerer Sachlichkeit und Ernsthaftigkeit, als ich es soeben gehört habe. Der eine Vorfall ist natürlich die Karikatur auf der Facebook-Seite des FPÖ-Obmannes Strache. Der andere Vorfall ist die Beleidigung des Wiener Gemeinderabbiners vor dem Fußballspiel Rapid gegen PAOK Saloniki.

Es ist besonders verwerflich, wenn Antisemitismus

von politischer Seite kommt. Wenn ich mir diese Karikatur ansehe, dann frage ich mich schon sehr, Herr StR Lasar - ich sehe ihn gerade nicht (*GR Heinz Hufnagl: Da sitzt er!*) - bitte um Entschuldigung -, was Sie dazu sagen. Ich schätze Sie persönlich. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie so eine Karikatur gutheißen. Ich sage es Ihnen klar und deutlich, diese Karikatur ist antisemitisch. Für mich, nach meiner persönlichen Einschätzung, nach meinen Kriterien, einfach in seiner Gesamterscheinung, bin ich sofort erinnert worden an die Karikaturen im „Stürmer“ (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Woher kennen Sie die?*), an die Karikaturen nationalsozialistischer Machart. Da möchte ich mich jetzt gar nicht auf die Diskussion einlassen, ob das Davidsterne auf den Manschettenknöpfen am Rockärmel des karikierten Bankers sind. Jedenfalls sind es gleichförmige sechseckige Sterne. Ich frage mich schon, warum es zwei Versionen von dieser Karikatur geben muss, wenn keine von ihnen eine antisemitische Assoziation erwecken soll.

Strache sagt, er lehnt Antisemitismus und Rassismus zutiefst ab. Wenn dem so ist, dann müsste er zwei Dinge tun, erstens sich für diese Karikatur entschuldigen, weil sie bei sehr vielen Menschen Beleidigung und Verstörtlichkeit hervorgerufen hat, und man müsste diese Karikatur von der Facebook-Seite entfernen. Das ist bis heute Morgen auch nicht passiert.

Ich sage Ihnen an dieser Stelle sehr deutlich, das Posten einer solchen Karikatur ist nicht zu akzeptieren. Ich möchte jetzt gar nicht darauf eingehen, ob der Sachverhalt eine Verletzung darstellt oder nach dem Verbotsgesetz strafbar ist. Das ist Aufgabe der Staatsanwaltschaft und Sache der Gerichte. Ich habe die Angelegenheit politisch zu beurteilen. Da sage ich Ihnen, so etwas kann man nicht akzeptieren. Ich verurteile dieses Posting entschieden! (*Beifall bei ÖVP, SPÖ und GRÜNEN.*)

Aber auch zur Beleidigung des Rabbiners müssen klare Worte gefunden werden. Wir können solche Beschimpfungen nicht akzeptieren, egal, von wem sie passieren, wo sie passieren, ob sie auf Fußballplätzen erfolgen, ob sie auf der Straße erfolgen. Es kann auch nicht akzeptiert werden, dass Juden mit Angst oder zumindest mit unangenehmen Gefühlen auf der Straße unterwegs sein müssen, so wie uns das der Rabbiner gesagt hat.

Es ist natürlich auch völlig inakzeptabel, wenn die Polizei, deren Aufgabe es ist, den Staat zu repräsentieren und Opferschutz zu geben, bei solchen Handlungen wegschaut. Es ist die vornehmste Aufgabe der Polizei, immer einzuschreiten, wenn sie von strafbaren Handlungen Kenntnis erlangt. Ich gehe davon aus, dass der Polizeipräsident die notwendigen Schritte ergreifen wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, egal, ob der Antisemitismus von der Straße, von Polizisten oder von Politikern kommt, er darf in keiner Form toleriert werden und man darf sich auch nicht mit ihm abfinden! (*Beifall bei ÖVP, SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Meine Damen und Herren, Kollegen und Kolleginnen, bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich nur dazu feststellen, dass ich gemeinsam mit dem Herrn Ersten Vorsitzenden beurteilt habe, dass ein noch nicht

angelobter Gemeinderat trotzdem schon mit seiner Amtstätigkeit beginnen kann. Wir haben dementsprechend die Verfassung nicht nur ausgelegt, sondern auch die Literatur dazu gelesen und sind übereinstimmend dazu gekommen, dass Herr GR Dr Van der Bellen, obwohl er noch nicht angelobt ist, schon das Rederecht hat. In diesem Sinne erteile ich Herrn Dr Van der Bellen das Wort.

GR Dr Alexander **Van der Bellen** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

In der Tat bin ich seit 6. Juli, wenn ich mich nicht täusche, vom Herrn Bürgermeister zum Gemeinderat bestellt worden. Aber ich danke für diese Interpretation. Mir war das auch nicht klar, ob ich vor der Angelobung darf oder nicht. Aber das scheint in der Verfassung eindeutig geregelt zu sein.

Also, schönen guten Morgen! Mein erster Tag im Wiener Gemeinderat. Es ist anregend und ein bisschen aufregend. Es ist doch etwas ganz anderes als im Parlament. Einige wenige Gesichter kenne ich schon, teilweise aus dem Parlament, Herrn Jung zum Beispiel. Man kann es sich ja nicht aussuchen, Herr Jung. (*GR Heinz Hufnagl: Es gibt unterschiedliche Begegnungen im Leben!*) Ich hoffe, Sie werden mir nachsehen, dass ich nicht gar so ein schlechtes Gedächtnis für Gesichter habe, aber es dauert natürlich schon eine Zeit lang, bis ich mir die zugehörigen Namen merke. Ich hoffe, dass wir einigermaßen miteinander auskommen, soweit das im politischen Bereich halt möglich ist.

Zum heutigen Thema: Herr GR Ulm hat schon erwähnt, dass es zwei Anlassfälle gibt, den Antisemitismus heute zu thematisieren. Im Großen und Ganzen kann ich Herrn Ulm in seinen Ausführungen nur beipflichten.

Aber ich habe mir überlegt, wie ich denn reagieren würde oder wie es auf mich wirken würde, wenn ich auf der Straße etwa mit dem Hitlergruß behelligt werde. Was geht da in einem vor? Also, ich kann nur sagen, es gibt zwei Möglichkeiten. Ich kann den Betreffenden als Blödmann sehen, vielleicht auch als vollkommenen Idioten bezeichnen, aber ich kann ihn auch etwas ernster nehmen und mir denken: Was will er mir damit sagen? Im zweiten Fall kann ich den Hitlergruß nur als gefährliche Drohung interpretieren. Das ist nämlich nicht irgendetwas, sondern mit einem Minimum an Geschichtskennntnissen muss man wissen, was damit verbunden ist, die Drohung mit Rechtlosigkeit, mit Gewalt, mit Deportation, mit allen möglichen Dingen. Man muss gar nicht bis in die KZs und in die Vernichtungslager vordringen, um sich hier als gefährdet einzustufen. Also, mit anderen Worten, das ist keine Hetz, das ist kein Witz. Es ist mit Sicherheit kein Kavaliärsdelikt, was hier vorliegt. Es fällt auch nicht unter Meinungsfreiheit und auch nicht unter die Freiheit der Meinungsäußerung in Demokratien. (*Beifall bei GRÜNEN, SPÖ und ÖVP.*)

Insofern ist es zumindest bedrückend, in den Medien zu lesen, dass der eine oder andere Polizist in der Situation mit dem Rabbiner anwesend war, aber sich geweigert hat einzuschreiten, sinngemäß mit dem Argument: „Na, was wollen Sie, es ist Fußballzeit!“ Es ist Fußballzeit. Ich war lang genug Eishockey-Fan, um zu wissen,

dass man in der Hitze des Gefechts, wenn die gegnerische Mannschaft ein Foul begeht, schon Sachen hinaus-schreien kann, die einem im Nachhinein leid tun und die man nicht wiederholen würde. Aber es war nicht auf dem Fußballplatz. Es war mitten im Zentrum von Wien. Es war nicht im Hanappi-Stadion und nicht im Prater-Stadion. Der Rabbiner hat auch kein Foul begangen. Er ist dort spazieren gegangen, aus welchen Gründen auch immer. Also, es gibt keine - wie soll ich sagen? - aus der Hitze des Gefechts nachvollziehbare Begründung für das Verhalten dieses Polizisten. Es tut mir leid.

Das ist nicht der erste Fall. Ich erinnere Sie an einen Fall 2011, letztes Jahr, wo, wie es der Zufall will, eine grüne Bezirksrätin im Zug mit solchen Äußerungen, antisemitischem Hitlergruß und so weiter, konfrontiert war und sie dies am Westbahnhof in Wien bei einem anwesenden Polizisten zur Anzeige bringen wollte. Dieser hat sich geweigert, die Anzeige aufzunehmen. Dieser Polizist wurde im Laufe der Monate mit Recht wegen Amtsmissbrauch verurteilt. Und das hat sich in der Polizei nicht herumgesprochen? Die Polizei muss eine Anzeige entgegennehmen. Der Betreffende ist nicht berechtigt, selbst zu beurteilen: „Na ja, das war ja nicht erst gemeint, das ist eine Hetz. Was wollen Sie denn?“, et cetera. Also, auch in diesem Fall kann man das nicht so hinnehmen.

Zur antisemitischen Karikatur: Da brauchen wir gar nicht darüber zu debattieren, ob das wirklich antisemitisch war oder nicht. Ich meine, jeder halbwegs nachdenkliche Mensch erkennt das auf den ersten Blick, dass das dem „Stürmer“ aus den 30er Jahren nachgebildet worden ist. Das ist ganz eindeutig.

Hier entsteht ein Schaden für Wien. Ich meine, man macht so etwas nicht. Das ist die eine Sache. Selbst wenn kein Imageschaden für Wien entstehen würde, sollte man das nicht tun. Aber der Vollständigkeit halber erwähne ich es doch.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** (*unterbrechend*): Herr Doktor, ich darf Sie darauf aufmerksam machen, dass Ihre Redezeit bereits abgelaufen ist. Ich bitte um den Schlusssatz.

GR Dr Alexander **Van der Bellen** (*fortsetzend*): Okay, fünf Minuten sind zu Ende. - Ich danke Ihnen vielmals. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. - Bei der FPÖ werden Anti-Van-der-Bellen-Plakate in die Höhe gehalten. - Aufregung bei den GRÜNEN. - GR Mag Rüdiger Maresch in Richtung FPÖ: Das ist richtig tief! Das ist peinlich!*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr StR Lasar. Ich erteile ihm das Wort.

StR David **Lasar**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Es sind heute Antisemitismus, Wien-Feindlichkeit und Skandale das Thema. Ich glaube, fünf Minuten sind ein bisschen zu kurz, um auf alles einzugehen. Aber lassen Sie mich hier schon auf einige Dinge eingehen.

Zum Ersten auf gewisse Skandale: Es gibt, wie Sie auch wissen, Skandale von Rot, Claudia Schmied, ich kürze das jetzt sehr verkürzt ab, Bundeskanzler Fa-

ymann, Affäre ASKÖ. (*GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Wo sind da Skandale? Was meinen Sie denn? Da müssen Sie schon ein bisschen konkreter werden. Nur Schlagworte hineinzuwerfen, ist zu wenig, Herr Lasar!*) Bei den GRÜNEN zum Beispiel verdient die Patientenanwältin Pilz heute 12 800 EUR, eine der größten Kritiker der SPÖ, heute hört man kein Wort mehr und die letzten Monate auch nicht mehr. (*GRin Birgit Hebein: Sie sollen sich entschuldigen! - GR Godwin Schuster: Kein einziger ist noch genannt worden!*) Dann zum Beispiel eine falsche Magistra in Hernals, Klubobfrau. Das sind Ihre Skandale. Unterschriftenfälschungen bei parlamentarischen Anfragen von der Frau Bundesrätin Dönmez. Glawischnig fährt gern mit 160 über die Autobahn. (*Aufregung bei den GRÜNEN.*) Von Van der Bellen werden wir noch einiges hören.

Lassen Sie mich jetzt aber zum Antisemitismus kommen. Ich freue mich eigentlich sehr, dass Sie heute diesen Beschluss- und Resolutionsantrag einbringen. Ich muss schon sagen, er könnte eigentlich von uns sein, meine Damen und Herren. (*Heiterkeit bei GR Dipl-Ing Rudi Schicker.*) - Sie lachen, aber Sie wissen nicht, worüber Sie lachen. (*GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Weil das lächerlich ist, was Sie sagen, Herr Lasar!*) Sie sollten über Ihre eigene Partei lachen.

Ich will jetzt nicht damit kommen, was einmal vor 20 Jahren war, aber denken Sie einmal daran, was Bundespräsident Fischer schon gesagt hat. Denken Sie an Ihren Herrn Edlinger. (*GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Der Herr Edlinger hat zitiert!*) Denken Sie einmal an diese Herren und ihre Sager im Parlament! Das ist Ihr Problem! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aber kommen wir zur jetzigen Zeit, was nicht so lange her ist. Der Herr Noch-Verteidigungsminister Darabos sagt zur Regierung in Israel, die israelische Regierung bausche die Außenfeinde Iran und die Palästinenser auf, um von sozialen Problemen abzulenken. Meine Damen und Herren, falls Sie es nicht wissen, Herr Schicker, sie stehen jeden Tag mit dem Rücken zur Wand, 500 Raketen aus dem Gazastreifen heute dort hin. Und da kommt der Herr Noch-Minister daher und sagt, das ist dort ein soziales Problem und sie lenken ab! Genieren Sie sich nicht für Ihren Minister? (*Beifall bei der FPÖ.*)

Herr Van der Bellen, wo sind Ihre Worte dort? Sie greifen hier Leute an. Das ist unglaublich! Gerade im Parlament könnten Sie einiges bewegen! Das ist Ihr Problem! Sie stellen sich nur hier heraus, plappern das nach, was Sie schnell hören, aber sonst haben Sie die letzten Monate bis jetzt noch nichts gezeigt, außer dass Sie 210 000 EUR vom Steuerzahler kassieren! Das ist Ihr Problem! (*Beifall bei der FPÖ. - Heiterkeit bei den GRÜNEN.*)

Ihre Einstellung, meine Damen und Herren, eines souveränen Staates ist eigentlich unglaublich! (*GR Mag Rüdiger Maresch: Automatenaufsteller!*) Aber der Herr Jeannée von der „Kronen Zeitung“ hat eh einiges dazu gesagt.

Lassen Sie mich ein Beispiel bringen, wo Sie sofort etwas machen könnten. Ich muss es leider etwas abkürzen, sonst komme ich nicht zur Karikatur. In Deutschland

eine verbotene Partei, die Hizb ut-Tahrir, ausgewiesen aus Deutschland, raus. Wo ist sie hin? Nach Österreich. Ganz kurz, „News“, 2010, fragt: „In Deutschland haben Sie seit 2003 Betätigungsverbot. Warum?“ – „Ich war damals in Deutschland tätig. Schon nach meinem ersten Vortrag gab es eine wahre Hetzkampagne. Der Grund für das Betätigungsverbot war, dass wir das Existenzrecht Israels abgelehnt haben.“ „News“: „Und in Österreich hatten Sie noch nie Probleme?“ Herr Van der Belen, zuhören! „Nein, hier können wir tätig sein.“ Das ist ein Antisemitismus, meine Damen und Herren, das ist unglaublich! Und Sie sitzen da drüben in der Regierung und könnten vieles machen. Und, Herr Ulm, das ist Ihre Innenministerin, um das nur dazu zu sagen. Warum haben Sie bis heute hier noch nichts gesagt? Und zu einer Karikatur zu sagen, da muss ich ehrlich eines dazu sagen: Das ist wie eine Kristallkugel lesen. Da schaut jeder in die Kristallkugel hinein und jeder sieht was. Ich habe eines gesehen, muss ich ehrlich sagen: Ihren Alfred Sinowatz und einen Khol und die dritte Person, meine Damen und Herren (*Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.*) - könnten wir gemeinsam in die Kristallkugel hineinschauen, vielleicht sehen wir dann vielleicht irgendjemanden anderen gemeinsam. (*Aufregung bei den GRÜNEN.*) Das ist Ihr Problem, das ist Ihr Problem, anderen Antisemitismus zu unterstellen, und sonst gar nichts. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Sie lenken täglich ab von Ihrem politischen Versagen, und dann kommen Sie jedes Mal mit so was daher. Aber ich bin jedenfalls froh ...

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** (*unterbrechend*): Herr Stadtrat, auch Ihre Redezeit ist bereits abgelaufen. Bitte um den Schlusssatz.

StR David **Lasar** (*fortsetzend*): Danke, einen Schlusssatz: Lenken Sie nicht von Ihrem politischen Versagen ab, sondern kehren Sie endlich vor Ihrer eigenen Türe! Dort haben Sie sehr viel zu kehren! (*Beifall bei der FPÖ.*) Im Übrigen gilt für alle Beschuldigten die Unschuldsumutung.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist der Herr GR Dr Aigner. Ich erteile ihm das Wort.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (*Klubungebundener Mandatar*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

„Miteinander in Wien statt Wien-Feindlichkeit, Skandale, Hetze und Antisemitismus“ - bei der Einleitung dieser Aktuellen Stunde durch den Herrn Landesgeschäftsführer Deutsch hat mir einfach das Miteinander gefehlt. Es hat überhaupt keinen Ansatz des Miteinanders gegeben, sondern Sie sind gleich auf Kolleginnen und Kollegen und auf Parteien, die Ihnen nicht passen, losgegangen. Ich habe dann auf Beispiele für Wien-Feindlichkeit gewartet. Ich habe mir gedacht, in letzter Zeit so richtig Wien-Feindliches ist mir eigentlich nicht untergekommen, bis Sie dann auch für Sie entlarvend gezeigt haben, was für Sie Wien-Feindlichkeit ist. Wer nämlich die SPÖ kritisiert, der ist Wien-feindlich. Das heißt, Sie behandeln die Stadt und ihre Bürger wie Ihr Privateigentum und wer Sie kritisiert, der kritisiert nicht

eine politische Partei und Politiker, sondern gleich die ganze Stadt Wien und das ist eigentlich entlarvend. Ich darf Ihnen sagen, Wien ist nicht Ihr Privateigentum. Die Wienerinnen und Wiener lassen sich nicht von der SPÖ in derart schamloser Weise vereinnahmen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich frage mich jetzt wirklich: Wo ist denn das von Ihnen eingemahnte Miteinander in der Verkehrspolitik? Wo ist das Miteinander? Wir sind doch jetzt Zeuge, dass das Miteinander immer mehr zu einem Gegeneinander wird. Seitdem die GRÜNEN in der Regierung sitzen, aber mit stillschweigender Duldung durch die Mehrheitspartei, der SPÖ, gibt es kein Miteinander, es gibt ein zunehmendes Gegeneinander: Radfahrer gegen Autofahrer, Autofahrer gegen Radfahrer, alle gegen die Autofahrer, dafür sind die Fußgänger am Gehsteig nicht mehr sicher. So schaut Ihr Miteinander in der Verkehrspolitik aus!

Und wenn dann Unterschriften für eine Volksbefragung gesammelt werden, dann gibt es auch da kein Miteinander, sondern da gibt es ein Gegeneinander, dann gibt es ein Drüberfahren. Also meine Damen und Herren von der SPÖ, ich frage mich wirklich: Wo ist das Miteinander? Und wenn Sie glauben, dass der Charta-Prozess, wo man da moderiert, diskutiert um ein Flipchart geschart, sich da sozusagen irgendwie verbreitern kann, wenn das ein Miteinander sein soll - das ist eigentlich Pseudoeinbindung, während Sie dort, wo Sie die Bürgerinnen und Bürger einbauen könnten, einfach drüberfahren.

Im Weiteren: Das Ausmerzen bürgerlicher christlicher Politiker aus unserem Stadtbild – auch das hat mit Miteinander nichts zu tun. Zuerst muss der Karl-Lueger-Ring dran glauben. Das ist eine großartige Leistung, dass man einen Bürgermeister aus dem Straßenbild verbannt und ihm den Ring wegnimmt! Jetzt kommt das Ehrengrab oder das als Ehrengrab behandelte Grab von Dollfuß dran. Übrig bleiben Che Guevara, Karl Marx, Friedrich Engels, lauter Persönlichkeiten (*Beifall bei der FPÖ.*), die nachweislich „viel“ für diese Stadt getan haben. So schaut das rote Miteinander aus. Das ist nicht Miteinander, das ist Geschichtsverdrehung, das ist Geschichtsleugnung und das ist Einseitigkeit! Da haben wir schon viel darüber diskutiert. Sie sind nicht bereit, auch über die dunklen Flecken anderer Persönlichkeiten zu sprechen. Wichtig ist, dass die bürgerlichen, die christlichen Politiker aus diesem Stadtbild verschwinden.

Zum Antisemitismus brauche ich gar nicht viel zu sagen. Das ist völlig indiskutabel. Ich darf nur an eines noch erinnern, dass heutzutage oftmals Antisemitismus auch in einer übertriebenen Israel-Kritik zum Ausdruck kommt und das oftmals natürlich auch von der islamischen Seite gebracht wird. Wenn man sich heute die Reden von einem Ahmadinedschad anschaut und so weiter und wenn man dann ein sogenanntes Gedicht von Günter Grass hört, der sagt, was gesagt werden muss, da muss man schon auch sagen, dass sich da auch die Gewichtungen ganz massiv verschoben haben. Daher, ohne dass man jetzt alles, was in Israel gemacht wird, auch bedingungslos gutheißt, aber da muss man schon

auch sehr aufpassen, dass der Antisemitismus heute auch in einer ganz anderen Form in Erscheinung tritt und dass man das in einen größeren weltpolitischen Zusammenhang einbetten muss. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet hat sich der Herr GR Ellensohn. Ich erteile ihm das Wort.

GR David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ich möchte die seltene Gelegenheit für mich nützen, mich beim Herrn Ulm zu bedanken, weil das jetzt tatsächlich das Miteinander war, das jetzt mehrfach angesprochen wurde, das man als Konsens eigentlich für eine Stadt wie Wien voraussetzt. Ist es aber nicht. Aber es ist schön, wenn wir uns gegenseitig versichern können, dass sich in diesem Haus zumindest drei Parteien einig sind, dass Antisemitismus nicht nur keine politische Kategorie ist, sondern in Wien nichts verloren hat und bekämpft werden muss, wo er auftaucht. Ich freue mich darüber, dass das auch in aller Deutlichkeit klargestellt wurde. Ich hatte keinen Zweifel, sage ich auch gleich dazu, damit es nicht so klingt, als ob Sie mich neu überrascht hätten, aber es ist schön, dass das der Hauptpunkt, nahezu der einzige Punkt Ihrer Rede war. Vielen Dank. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Es wäre diese Woche nur notwendig, zwei Mal den Herrn Rauscher zu lesen, um zu wissen, wo die Probleme liegen: Zwei Einserkasterln im „Standard“, einmal blaue Kriminalfälle und einmal die Wegschaupolizei. Das hat eben was mit dem Miteinander zu tun. Und es ist schön, wenn ein Appell kommt vom GR Aigner, das Miteinander sollten alle sein. Es ist aber sehr schwierig, wenn eine Partei die ganze Zeit das Gegenteil macht und spaltet und hineinhetzt und sogar mit Karikaturen auch irgendwie lächerlich macht. Das ist genau der Jargon, der dann bei einer Polizei einzieht, beim Herrn Rauscher heißt das „die Wegschaupolizei“. Da kommen genau diese Beispiele auf, die wir heute gehört haben: Die Bezirksrätin, die beschimpft wird, und der Polizist will es nicht aufnehmen, ist aber immerhin verurteilt worden. Da kommt der Fall des Oberrabbiners dazu, da kommt der Fall Konecny dazu. Das sind in dieser Stadt Gewaltfälle, einer nach dem anderen, Antisemitismus, einer nach dem anderen. Wenn die Polizei schläft und wenn die Polizei offensichtlich nicht in der Lage ist, ihre Arbeit zu tun, und dann schaut man ein zweites Mal hin und es ist ja fast jedes Mal ein freiheitlicher Polizist, wenn irgendein Skandal auffliegt. Vom Ladendiebstahl über die falschen Zeugenaussagen zu Mord oder Totschlag, das ist noch nicht geklärt, ist es nahezu jedes Mal ein freiheitlicher. Und damit hat die Polizei ein Problem und wir alle zusammen. Die Polizei muss in dieser Stadt, ja, demokratisiert werden. Es ist dringend notwendig, dass auch den Polizisten und Polizistinnen erklärt wird, was Antisemitismus ist, was wir überhaupt von ihnen erwarten, weil ein Sicherheitsorgan, das nicht in der Lage ist, die Sicherheit eines Rabbiners zu gewährleisten, Entschuldigung, brauchen wir nicht. Nachdem uns aber klar ist, dass wir ohne Polizei nicht auskommen würden, brauchen wir eine andere Polizei. Nachdem die blauen

Kriminalfälle – den Satz muss man wirklich zitieren: „Langsam wird es schwierig, den Überblick zu bewahren, gegen welchen blauen Politiker derzeit nicht wegen Betrugs, Untreue ermittelt wird beziehungsweise wer schon verurteilt ist.“ So geht es mir auch mit meinem Verbrecheralbum. Das wird immer dicker und dicker. Wenn ich einmal 14 Tage auf Urlaub fahre und zurückkomme, sind in den Zeitungen wieder drei Fälle drinnen. Man glaubt es ja nicht. Wirklich, du kannst schon nirgends mehr hinfahren, wirklich wahr.

Wenn wir uns das anschauen, dann ist das relativ einfach. Das Miteinander würde voraussetzen, dass wir einmal gemeinsame Standards entwickeln. Die ÖVP hat sich einen Verhaltenskodex gegeben, wo drinnensteht, Schmiergeldzahlungen soll man keine nehmen und so weiter, und so fort.

Die FPÖ braucht zum einen das Strafgesetzbuch. Wirklich, ich würde Ihnen empfehlen, geben Sie jedem neuen Abgeordneten, wenn er angelobt wird, das Strafgesetzbuch und dann lesen Sie es gemeinsam durch und gemeinsam erkennen Sie dann, was alles eigentlich nicht geht, weil bei uns ist das einfach. Das brauchen wir nicht. Wir brauchen auch keinen Verhaltenskodex. Das gibt es bei uns alles nicht. Und eigentlich ist es auch den Wienern und Wienerinnen immer klar, weil was man nicht tut – und da müssen Sie auch nur zum Stammtisch gehen, weil das tut man nicht. Na, da kommen die ganze Zeit Ihre Fälle vor. Da kommt Kärnten vor, einer nach dem anderen, mit gemeinsamen Betrügereien unterwegs gewesen. Es ist klar, was wir alle nicht wollen: Keine Kärntner Verhältnisse in Wien, keine 2,2 Milliarden, die man nachschieben muss, am Schluss größer als das Griechenlandgrab, falls es dort überhaupt schlagend wird, in Kärnten ist es schon so weit. Die Wirtschaftspolitik der FPÖ hat uns dort ökonomisch an den Abgrund geführt.

Ich wünsche mir, dass man in Wien gemeinsam mit der Polizei, und da sind ja genügend Kräfte da, die auch keine Freude mit den AUF-Polizisten haben, die offensichtlich ausgerechnet dort eingesetzt werden, wo dann vielleicht das Potenzial für einen antisemitischen Übergriff größer ist, damit sie dann am Rand stehen. Ich kenne das ja auch. Es ist ja nicht so, dass das Einzelfälle wären. Gehen Sie auf den Fußballplatz und wenn Sie das einmal hören und Sie gehen zum Polizisten, dann ist das der Regelfall. Die haben es dann nicht gehört und dann wird's ein bisschen schwieriger. Die Polizei hat anders zu agieren. Die Politiker haben anders zu agieren, damit wir alle gemeinsam in Wien unsere Arbeit für ein Miteinander machen können. Vielen Dank. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin zum Wort gemeldet hat sich die Frau StRin Matiasek. Ich erteile ihr das Wort.

StRin Veronika **Matiasek**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Herr Kollege Deutsch hat das Thema, das uns zur Aktuellen Stunde vorgelegt wurde, ja noch erweitert und damit ganz klar gesagt, worum es Ihnen wirklich geht. Sie haben es um diese Aufzählung von Begriffen

erweitert und hintennach „der FPÖ“. Warum haben Sie sich eigentlich nicht getraut, das in den Titel zu schreiben? Man sieht, Sie haben offensichtlich nichts mehr anderes zu tun, als sich ununterbrochen mit der FPÖ zu beschäftigen. Mein Kollege Lasar hat ja vor allem zum Bereich Antisemitismus gesprochen. Ich werde jetzt einmal zum Thema Miteinander etwas an die Adresse der SPÖ richten.

Es ist vielleicht, mögen Sie sagen, ein Aufguss, aber die Rede vom Kollegen Deutsch war zu 99,9 Prozent ein Aufguss. Vielleicht hat er auch die falsche erwischt. Wir haben das jedenfalls alles schon mehrfach gehört. Das Miteinander in Wien, sehr geehrte Damen und Herren von der SPÖ, haben Sie ab den 1990er Jahren ganz massiv und empfindlich gestört, indem Sie nämlich eine unkontrollierte und vor allem unbegleitete Zuwanderungspolitik betrieben haben und das auf Kosten der sozial Schwachen in der Stadt. *(Beifall bei der FPÖ.)* Das zum Miteinander. Und jetzt braucht's Millionen aus Steuergeldern, wo Sie Ihre Reparaturarbeit leisten. Ich kann Ihnen sagen, auch mit Ihrem neuesten Modell der Charta werden Sie nicht erreichen, dass dort, wo wirklich Gräben entstanden sind, die Sie verursacht haben, die Sie zu verantworten haben, die Leute wirklich wieder gut miteinander leben können.

Miteinander in der Verkehrspolitik – na, ein Musterbeispiel, was jetzt abgeht. Das ist ein dramatisches Gegeneinander. Ich sage Ihnen noch was: Fragen Sie doch einmal - es ist die Basis von Ihnen - Ihre alten treuen Wähler! Es ist vor allem ein Gegen die ältere Bevölkerung, was derzeit in Wien abgeht, angefangen bei den Chaosradlern am Gehsteig bis hin zu der wirklichen Verschlechterung für die Menschen, die ihr Auto brauchen, um ihre täglichen Wege erledigen zu können. Das schreiben Sie sich mal hinter die Ohren! Und weil Sie ja politisch offensichtlich keine andere Antwort finden auf etwas, was Ihnen so weh tut, kommt ja deswegen seit Monaten von den GRÜNEN verstärkt und jetzt von Ihnen auch, weil Ihnen offensichtlich nichts anderes mehr einfällt, dieser Angriff, diese Hetze, diese Hetzreden hier. Schauen Sie sich die letzte Umfrage an! Jetzt gebe ich nicht plus-minus so viel auf Umfragen. Sie hatten einmal eine absolute Mehrheit! Sie sind unter 30 Prozent! Das tut Ihnen weh! *(Beifall bei der FPÖ.)* Der Erste, der zu Stronach gegangen ist, das war Ihr Bürgermeister Köfer! Das tut Ihnen weh. Und hören Sie sich um! Wissen Sie, wer mit dem am meisten sympathisiert? Das ist Ihre Basis 60 plus! Die haben Sympathien für den Stronach! Wir brauchen uns da gar keine Sorgen zu machen. So schaut's aus. Und da stellen Sie sich hin und glauben, wenn Sie uns da hier jedes Mal die gleichen Geschichten erzählen - was wollen Sie eigentlich damit bezwecken? Also es kann sein, dass Sie sich damit irgendwie erleichtern und ein bisschen, ja, eine Therapie verschaffen, sagen wir es einmal so, weil Sie Angst haben, wie sich das entwickelt. Auf der anderen Seite wollen Sie uns vielleicht verletzen. Vielleicht wollen Sie diese Fraktion ein bisschen verletzen, auseinandertreiben. Ich sage Ihnen eines: Mit jeder Rede, die Sie hier von sich geben, die in der Art ist, wachsen wir noch stärker zusammen.

Das wird so stattfinden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sie werden von den Medien, von den Berichten im ORF ja getragen, die GRÜNEN werden getragen und wir werden tagtäglich hinuntergeschrieben und trotzdem: Sie bringen es damit nicht zu Stande, weil die Leute anders denken, weil die Leute wissen, dass wir hinter ihnen stehen. Und wenn Sie sich heute hier herstellen und wieder hier zu uns her sprechen, dann ich gebe Ihnen einen guten Tipp: Haben Sie doch den Mut, gehen Sie hinaus, stellen Sie sich auf die Plätze, stellen Sie sich auf die Straßen! Und da lege ich Ihnen noch eine Region nahe: Gehen'S nach Meidling, gehen'S nach Rudolfsheim-Fünfhaus, gehen'S nach Penzing, gehen'S nach Ottakring und gehen'S nach Hernals, dort können'S gleich einen Stehplatz im 43er einnehmen, und reden'S mit den Leuten. Die werden Ihnen die richtige Antwort drauf geben! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich der Herr GR Dipl-Ing Schicker zum Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Dipl-Ing Rudi **Schicker** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Vorsitzender!

Das war jetzt schon spannend, Frau Matiasek. Ich bin mir vorgekommen, als ob Sie im finsternen Keller laut pfeifen, damit Sie sich selber nicht vor dem fürchten, was Sie alles erzählen, was da alles in dieser Stadt denn los sei. Und weinerlich, weinerlich, weinerlich wie immer, diese FPÖ. Immer wenn es dann darauf ankommt, sich irgendwo für Aktivitäten verteidigen oder rechtfertigen zu müssen, die Mitglieder von Ihnen oder alle gemeinsam gesetzt haben, dann wird man weinerlich, dann fühlt man sich angegriffen, dann ist man einmal der Ausgegrenzte und weiß der Teufel sonst noch alles.

Liebe Freunde in diesem Haus! Sehr geehrte Damen und Herren der FPÖ! Ich habe nichts dagegen, wenn die FPÖ zusammenrückt. Mir ist der Sektor eh zu groß, den ihr hier herinnen besetzt. Und die Umfragewerte, die ihr bei allen Umfragen habt, nicht nur bei denen, die die SPÖ hat, sondern bei allen Zeitungsumfragen, sind weit unter 20 Prozent gerutscht und ich gratuliere Ihnen dazu. Das hängt wahrscheinlich damit zusammen, dass Sie nämlich das, worauf es in dieser Stadt ankommt, auf das Miteinander, auf das, dass Menschen, die hier arbeiten wollen, die hier wohnen, die hier versuchen, ihre Familie zu haben, zu gründen, aufzubauen, die hier lernen wollen, die Unterricht haben wollen und die dann auch wieder erfolgreich für diese Stadt arbeiten wollen, dass Sie nicht für diese Menschen arbeiten, sondern sie auseinandertreiben, Keile hineintreiben und schauen, dass ja kein Zusammenhalt in dieser Stadt entstehen kann. Da ist Ihnen alles recht, da ist Ihnen alles recht. Da verwendet man wieder die alten „Stürmer“-Sujets. Die werden dann auf die Facebook-Seiten und die Homepages gestellt. Dann sagt man noch: Na ja, diese Manschettenknöpfe, also da sind ja keine Judensterne drauf. Natürlich sind sie es, weil Sie es auch so gewollt haben. Und wenn es der Herr Strache nicht gewollt hätte, dann hätte er es schon längst von dieser Homepage heruntergenommen. Er fürchtet sich offenbar vor Wien, er fürchtet

sich vor Wien - Frau Matiasek, ich habe das auch bei Ihrer Rede herausgehört -, denn sonst säße er hier, sonst säße er hier. Er war Ihr Spitzenkandidat! Er traut sich ja nicht einmal in dieses Rathaus! Er kommt ja nicht einmal vorbei, um hier Platz zu nehmen und die Wähler zu vertreten, die ihn gewählt haben! (*Aufregung bei GR Mag Wolfgang Jung.*)

Das ist ein netter Volksvertreter! Genau das ist das, wie man nicht für die Stadt arbeitet. Genau das ist der Weg, wie man nicht für die Stadt arbeitet. Und wenn man dann den Antisemitismus auf der Straße auch noch verharmlost und so tut, das ist ja genau dasselbe, wie ihr mit den Radfahrern jetzt ... Nehmen Sie zur Kenntnis: Jeder Radfahrer, der auf dem Gehsteig fährt, ist dort falsch am Platz. Aber jeder Antisemit (*Aufregung bei StR David Lasar.*), der hier versucht, mit Verkehrsthemen das Thema Antisemitismus zu verharmlosen, ist hier im Rathaus fehl am Platz! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Es ist unerträglich, wenn dann drei Freiheitliche (*GR Mag Wolfgang Jung: Was meinen Sie damit?*) hier herausgehen und, Herr Aigner, da muss ich Sie dazuzählen. Auch du hast versucht, den Herrn Lueger zu verharmlosen, und auch du hast versucht, hier zu behaupten, dass an den Lueger nicht mehr gedacht wird. Natürlich wird an ihn gedacht. Aber man muss zur Kenntnis nehmen, dass Lueger seinen Aufstieg auch mit Antisemitismus erreicht hat. Er hat ihn benutzt, er hat ihn in dieser Stadt salonfähig gemacht, und das ist das, was Sie jetzt, Sie Freiheitliche, jetzt wieder tun: Antisemitismus salonfähig zu machen. Dagegen gibt es heute einen Antrag von drei Parteien und ich kann Sie nur dringend ersuchen, in sich zu gehen und zu überlegen, was das bedeutet, wenn Sie diesem Antrag nicht zustimmen. Dann ist dokumentiert, dass Sie Antisemitismus auch wirklich betreiben. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Meine Damen und Herren Gemeinderätinnen und Gemeinderäte! Es hat sich jetzt noch wer nachgemeldet. Das ist sehr außergewöhnlich für den Bereich der Aktuellen Stunde. Ich habe das aber geprüft, gemeinsam wieder mit dem Herrn Ersten Vorsitzenden, das ist heute eine spannende Sitzung, und mit Frau Kriz und wir sind zum Ergebnis gekommen, dass das möglich ist, auch, wenn ich das so sagen darf, wenn ich es vielleicht für die Zukunft nicht für ganz ideal halte.

Bitte schön, Herr StR Juraczka, Sie haben das Wort.

StR Mag Manfred **Juraczka**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich werde es dementsprechend kurz halten. Aber mir ist im Zuge dieser Debatte doch etwas ganz wichtig, ich halte es für gut, darüber zu diskutieren. Ich halte es nur für traurig, wenn wir bei so einem grundsätzlichen Thema so schnell in die Parteipolitik abgleiten. Was haben bitte Umfragedaten, was hat die Tätigkeit des Wissenschaftsbeauftragten und was hat auch der Verhaltenskodex der ÖVP mit dem Thema Antisemitismus in dieser Stadt zu tun? Gar nichts. Ich will mich auch nicht parteipolitisch äußern. Mir geht es um die konkreten zwei Anlassfälle, die es zum Thema Antisemitismus gibt.

Zum Ersten hat der Kollege Ulm schon alles gesagt,

was von unserer Fraktion zu sagen ist. Ich hätte es nicht besser sagen können. Ich denke aber, dass auch die Anpöbeleien des Rabbiners vielleicht noch ein, zwei Sätze bedürfen. Ich meine das jetzt auch gar nicht polemisch, wenn ich sage, ich hätte mir gewünscht, dass sich vielleicht der Herr Bürgermeister heute noch ein paar Minuten Zeit genommen hätte, um bei diesem Anlass hier zu bleiben. Ich weiß, er hat schon im Zuge der Bürgermeisterpressekonferenz das eine oder andere Wort dazu gesagt. Ich denke aber, als Mitglied der Wiener Stadtregierung, als sozusagen kleines Mosaiksteinchen des öffentlichen Lebens in dieser Stadt kann auch ich hier von diesem Rednerpult etwas sagen, was mir ganz persönlich wichtig ist, nämlich eine Entschuldigung an den Rabbiner Schlomo Hofmeister. Ich glaube, wir alle hier, alle hundert Mandatäre sollten danach trachten, dass solche Dinge bei uns in dieser Stadt nicht mehr Einzug halten und nicht ungesühnt bleiben! Danke schön. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die Aktuelle Stunde ist nunmehr endgültig beendet.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass an schriftlichen Anfragen 13 des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien und 8 des Klubs der Wiener Freiheitlichen eingelangt sind. Außerdem sind vor Sitzungsbeginn von Gemeinderatsmitgliedern des Klubs der Wiener Freiheitlichen drei Anträge eingelangt. Den Fraktionen werden alle Anträge schriftlich bekannt gegeben. Die Zuweisungen erfolgen wie beantragt.

Von den GRen Baron, Univ-Prof Dr Eisenstein, Herzog, Mag Kasal, Meier und Kops wurde ein Antrag an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung betreffend Ausweitung des Parkpickerls gerichtet. Das Verlangen auf dringliche Behandlung dieses Antrages wurde von der notwendigen Anzahl von Gemeinderäten unterzeichnet. Gemäß § 36 Abs 5 der Geschäftsordnung wird die Besprechung des Dringlichen Antrags vor Schluss der öffentlichen Sitzung erfolgen. Ist diese um 16 Uhr noch nicht beendet, wird die Gemeinderatssitzung zur tagesordnungsgemäßen Behandlung des Dringlichen Antrages unterbrochen.

Meine Damen und Herren, Frau Dr Sigrid Pilz hat am 30. Juni 2012 auf ihr Mandat im Gemeinderat der Stadt Wien verzichtet. Der Herr Bürgermeister hat gemäß § 92 Abs 2 der Wiener Gemeindewahlordnung auf das dadurch freigewordene Mandat das in Betracht kommende Ersatzmitglied im Wahlvorschlag der „Die GRÜNEN, Grüne Alternative Wien“, Herrn Univ-Prof Dr Alexander Van der Bellen in den Gemeinderat berufen. Gemäß § 19 der Wiener Stadtverfassung ist das Gemeinderatsmitglied anzugeloben.

Ich bitte den Schriftführer zu meiner Linken, die Gelöbnisformel vorzulesen, und das neue Gemeinderatsmitglied, auf meinen Aufruf hin das Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe.“ zu leisten. Ich bitte um Verlesung der Formel.

Schriftführer GR Mag Klaus **Werner-Lobo**: „Ich gelobe der Republik Österreich und der Stadt Wien unver-

brüchliche Treue, stete und volle Beachtung der Gesetze sowie gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten.“

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Herr Gemeinderat! GR Dr Alexander **Van der Bellen** (*Grüner Klub im Rathaus*): Ich gelobe!

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Danke, die Angelobung ist damit vollzogen. (*Beifall bei SPÖ, ÖVP und GRÜNEN.*)

Herr Dr Van der Bellen, ich wünsche Ihnen von meiner Stelle hier das Beste für Ihre Arbeit zum Wohl unserer Heimatstadt!

Von der Tagesordnung, darf ich bekannt geben, wird die Postnummer 12 abgesetzt. Die Anträge des Stadtsenates zu den Postnummern 4 bis 8, 10, 13 und 14 gelten gemäß § 26 der Wiener Stadtverfassung als bekannt gegeben. Bis zu Beginn dieser Sitzung hat kein Mitglied des Gemeinderates zu diesen Geschäftsstücken die Verhandlung verlangt. Ich erkläre daher gemäß § 26 der Wiener Stadtverfassung diese als angenommen und stelle fest, dass die im Sinne des § 25 der Wiener Stadtverfassung erforderliche Anzahl von Mitgliedern des Gemeinderates gegeben ist.

In der Präsidialkonferenz wurde nach entsprechender Beratung die Postnummer 3 zum Schwerpunkt-Verhandlungsgegenstand erklärt und gleichzeitig folgende Umreihung der Tagesordnung vorgeschlagen: Postnummern 3, 1, 2, 9 und 11. Die Postnummern werden daher in dieser Reihenfolge zur Verhandlung gelangen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 3 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Pauschalierungsverordnung. Ich bitte die Frau Berichterstatterin, Frau GRin Mag Krottsch, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatterin GRin Mag Nicole **Berger-Krottsch**: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bitte um Zustimmung.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist zuerst Herr StR Mag Juraczka. Ich erteile ihm das Wort. Ich teile mit, dass die Erstredner jeder Partei 40 Minuten zur Verfügung haben. Bitte schön.

StR Mag Manfred **Juraczka**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben heute schon sehr viel über Demokratie, das Wesen der Demokratie gesprochen. Wir alle wissen, Demokratie, das kommt ja aus dem Griechischen, heißt Herrschaft des Volkes. 150 000 Menschen haben mit ihrer Unterschrift Zeugnis davon abgelegt, dass sie mitentscheiden wollen. Ich will jetzt gar nicht auf die rechtliche Komponente eingehen. Die haben wir heute schon zum Teil abgehandelt, ich werde dazu später noch zu reden kommen. Wir haben auch eine neue Studie des renommierten GfK-Instituts. Vom 29.8. bis 1.9. hat man 500 Wienerinnen und Wiener gefragt, die für diese Wiener Bevölkerung stehen. 23 Prozent, gerade einmal 23 Prozent der Wienerinnen und Wiener halten die Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung für eine gute Idee, 2 Prozent haben keine Meinung, 75 Prozent sind dagegen. Meine Damen und Herren von Rot-Grün, noch einmal: Demokratie ist die Herrschaft des Volkes.

Jetzt weiß ich schon, man kann natürlich als politi-

sche Partei auch Inhalte verfolgen, die nicht mehrheitsfähig sind. Aber dann liegt es daran, für diese Idee zu werben und zwar nicht auf Kosten des Steuerzahlers, der sich beim Sinn des Klebens dann vielleicht auch noch gepflanzt fühlen darf. Wie gehen Sie vor, meine Damen und Herren? Nach dem Motto „Weil nicht sein kann, was nicht sein darf.“ versuchen Sie, Bürgerproteste zum ehesten Zeitpunkt abzuwürgen. Noch einmal: Ich nehme zur Kenntnis, dass die rechtliche Komponente der Volksbefragung, wie wir sie beantragt haben, die Gerichte zu klären haben. Auch da möchte ich dem Herrn Bürgermeister, er war jetzt kurz im Saal, ist leider schon wieder weg, zwei Dinge sagen: Wenn er in Zeitungsinterviews davon spricht, dass jetzt Verfassungswahrheit gegeben sei – nein, Herr Bürgermeister, jetzt gibt es gerade einmal einen ganz einfachen Bescheid erster Instanz. Wenn Sie davon sprechen, dass das Verfassungswahrheit ist, dann ist das entweder tollkühn oder dreist, aber eines ganz sicher nicht, nämlich die Wahrheit. Ich sage auch ganz offen: Wenn Sie mir, lieber Herr Bürgermeister, vielleicht hören Sie es über Lautsprecher, in den letzten Tagen vorgeworfen haben, dass wir uns nonchalant über die Stadtverfassung hinwegturnen wollen, dann sage ich Ihnen: Ich achte diese Stadtverfassung aus tiefster Überzeugung, nur, eine unterschiedliche Rechtsauffassung wird man ja noch haben können, ohne sich in dieser Art und Weise von Ihnen attackieren lassen zu müssen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich glaube aber, dass diese große Anzahl von Unterschriften - 150 000 haben wir übergeben ... Nach einer Prüfung sind jetzt, wie ich den Tageszeitungen entnehmen kann, knapp 110 000 übrig geblieben. Ich habe nie, wir alle haben nie offiziell das Zahlenmaterial bekommen. Wenn es Ihnen zu wenig sind, können wir Ihnen gerne noch Unterschriften nachreichen, die erst nach unserer Übergabe bei uns eingetrudelt sind. Aber ich glaube, darum geht es gar nicht. Die offizielle Zahl, die notwendig wäre, ist weit überschritten. Ich glaube, es geht hier nicht nur um den rechtlichen Aspekt. Es geht einfach darum, dass so viele Menschen auch eine massive politische Willenserklärung abgegeben haben, die von Ihnen wirklich in einer ganz massiven Art und Weise negiert wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie führen das Parkpickerl jetzt einfach ein, gegen den Willen der Menschen, ungefragt. Und ich finde es auch interessant, wenn ich gerade von Seiten der Grünen Fraktion jetzt mehrfach höre: Na ja, diese direkte Demokratie und Volksbefragungen zu jedem Thema, das ist eigentlich alles recht kompliziert. Ich meine, auf Bundesebene sieht man das noch anders. Aber der Kollege Chorherr hat uns das ja oft zappelig erklärt, dass er eigentlich die repräsentative Demokratie für das Non-plus-ultra hält und die direkte nie so sein Ding war. Der Herr Van der Bellen hat das ähnlich getan. Ich darf Ihnen vielleicht etwas vorlesen, das Ihnen nicht ganz fremd sein dürfte, nämlich das Wahlprogramm der Wiener Grünen aus dem Jahr 2010. Das ist dieses Programm, auf Grund dessen viele Menschen Ihnen wahrscheinlich auch die Stimme gegeben haben. Da steht wortwörtlich

drinnen: „Unsere politische Kultur ist Dialog und Mitbestimmung. Wien gehört uns allen. Die repräsentative Demokratie garantiert nur unzureichend die Durchsetzung gesellschaftlicher Interessen. Wer nur alle fünf Jahre wählen darf, hat nichts in der Hand, denn Wahlversprechen sind genauso inflationär wie unverbindlich.“ Wie wahr, wie wahr, kann ich nur sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es kommt aber in diesem Wahlprogramm der Wiener Grünen noch dicker. Da heißt es: „Konkret bedeutet das, dass die Bevölkerung ein Gesetz, das ihr Missfallen erregt, mit Stimmenmehrheit“ - gemeint ist sogar eine Volksabstimmung - „ablehnen kann.“ Ich stelle wirklich nur die Frage: Wie oft kann man noch umfallen? Schrecklich eigentlich. *(Beifall bei der ÖVP.)* Und gerade eine Partei, die ja so ein Programm hatte, über das man ja durchaus diskutieren kann, gerade so eine Partei schreit jetzt am lautesten, wenn es darum geht, Mitbestimmung einzufordern? Wenn Sie in diesem Wahlprogramm noch der Meinung waren, eine Mehrheit der Bevölkerung soll Gesetzesinitiativen ablehnen können, warum stehen Sie dann heute nicht mehr dazu? In der Pressekonferenz vom 17. Juli haben Bgm Häupl und VBgmin Vassilakou in einer für Außenstehende ja wahrlich sehr harmonischen Inszenierung erklärt, weit bevor wir den Bescheid der MA 62 bekommen haben, dass unsere initiierte Volksbefragung natürlich unzulässig sei und dass man eine eigene Volksbefragung machen wird, nach Einführung. Wissen Sie, was Sie damals gesagt haben? Innerhalb von sechs Monaten! Das wäre in etwa die Jahreswende gewesen! Es ist nur knapp über zwei Monate her und das Wort des Herrn Bürgermeisters gilt leider schon wieder nicht, weil mittlerweile erklärt uns der Herr Bürgermeister in diversen Medien: März wäre auch ein guter Termin. Sicherheitshalber sagt er nicht einmal mehr das Jahr dazu. Also das kann keine Mitbestimmung sein, so wie wir sie uns vorstellen, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und wirklich den Vogel schießt bei dieser ganzen Diskussion der Herr Klubobmann Schicker ab, der in einem APA-Interview allen Ernstes sagt: Wenn wir dann irgendwann selbst eine Volksbefragung machen - also entweder sechs Monate nach dem 17. Juli, jetzt wahrscheinlich doch eher im März oder wann auch immer -, dann wollen wir ehrlich gestanden jede Frage gewinnen. Daher muss man ja wirklich so formulieren, dass sie für den Wähler auch einsichtig sind. Ganz ehrlich, meine Damen und Herren von der Regierung, Sie haben in puncto Bürgerbeteiligung nichts verstanden. Hätten Sie schon im September die Bevölkerung befragt, wären Sie automatisch ein Sieger gewesen, Herr Klubobmann Schicker. Aber leider fehlt Ihnen dazu der Mut. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und weil es so schön ist, aus dem grünen Wahlprogramm vorzulesen und weil es da immer ganz nette Überraschungen gibt, heute am Tag 857 nach Unterzeichnung eines gemeinsamen Notariatsaktes auch ganz kurz diese Passage. Was sagen die Wiener Grünen in ihrem Wahlprogramm zum Thema Wahlrecht? „Derzeit werden größere Parteien durch das Wiener Wahlrecht

stark bevorzugt. Im grünen Wien wird die Wiener Gemeinderatswahlordnung so reformiert, dass Mandate künftig“ – aufpassen! – „streng proportional entsprechend dem jeweiligen Stimmenanteil der Parteien vergeben werden.“ Meine Damen und Herren, Sie wollen noch Moralisieren in diesem Haus? Sie fallen im Liegen um und glauben wirklich, Sie haben die moralische Kompetenz, hier herauszugehen und irgendjemand anderen der Unwahrheit oder der Unmoral zu bezichtigen! Ich würde wirklich vor der eigenen Tür kehren, sehr geehrter Herr Klubobmann. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wir, meine Damen und Herren, wir als Wiener ÖVP stehen für eine Verkehrspolitik des Miteinander, des gegenseitigen Respekts und vor allem auch der Eigenverantwortung.

Bis vor wenigen Monaten dachte ich ja, Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs wäre etwas, worauf man sich über alle Fraktionsgrenzen hinweg einigen könnte. Ganz offensichtlich ist auch das weit gefehlt, wenn man sich ansieht, wie es in den letzten Wochen und Monaten auf dieser Ebene zugeht. Die GRÜNEN wollen wirklich nur noch Autofahrer sekkieren und abkassieren und das ist für eine produktive Verkehrspolitik viel zu wenig in dieser Stadt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nach wie vor sind die GRÜNEN gegen einen weiteren Ausbau der U-Bahn in dieser Stadt, obwohl das eine große Mehrheit der Menschen als wirklich willkommene Alternative in der Verkehrspolitik fordert. Es ist heute schon genannt worden, bei den Öffis, bei den Straßenbahnen werden die Sitze rausmontiert, um dort mehr Menschen reinzupferchen, statt an Intervallverdichtung zu denken. Aber Grün macht so etwas und die Sozialdemokratie schaut zu. Auf der Ottakringer Straße, bejubelt von Rot und von Grün, macht man Retroverkehrspolitik indem man die Autofahrer und den öffentlichen Verkehr wieder auf eine Fahrbahn zusammenlegt und die Autofahrer auf dem Gleiskörper fahren müssen, nur damit Platz für einen Radweg ist, den man ja auch in einer parallel führenden Nebengasse führen hätte können. Grün macht das und Rot schaut zu. Auch wenn Sie jetzt fast alle die Köpfe gesenkt haben, was ich durchaus verstehe, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie. Sie müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, dass Sie hier nicht ins Ruder greifen und für eine vernünftige Verkehrspolitik in dieser Stadt sorgen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Man will auch keine ganzheitliche Verkehrslösung. U-Bahn ins Umland wird abgelehnt, auch Gespräche werden abgelehnt, Gespräche über die Teilung der Kosten. Grün will das nicht und Rot sieht zu.

Die GRÜNEN wollen das Fahrrad nicht als willkommene Alternative im Verkehr. Nein, sie wollen es als Dogma und Rot schaut zu. Die GRÜNEN wollen die Autofahrer, und das stellt sich in dieser Stadt immer mehr heraus, ächten und bei jeder Gelegenheit abzocken. Erraten: Rot schaut zu. Die GRÜNEN hetzen Menschen gegeneinander auf, diesmal die Verkehrsteilnehmer, und Rot schaut zu.

Meine Damen und Herren, ich frage sie: Wie soll eine derartige Stadtregierung, die, wir sehen es ja gerade, schon am Parkpickerl scheitert, den anderen großen

Aufgaben, die diese Stadt in Zukunft hat, entgegneten? Wie soll eine Stadtregierung, die schon am Parkpickerl scheitert, die 10 Prozent Arbeitslosigkeit bekämpfen? Wie soll eine Stadtregierung, die schon am Parkpickerl scheitert, die wichtigen Integrationsprobleme in dieser Stadt weiterbringen?

Diese Regierung, meine Damen und Herren, ist planlos, aber dafür zusehends abgehoben. Diese Regierung fährt über den Willen der Menschen drüber. Und ich kann Ihnen nur sagen: Machen Sie den Weg frei für Neuwahlen! Sie haben in diesen eineinhalb Jahren eigentlich nur gezeigt, dass Sie es einfach nicht können. Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet hat sich der Herr GR Mag Maresch. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Rüdiger **Maresch** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Es ist immer interessant, mit dem Herrn Juraczka zu diskutieren. Ich hatte das Vergnügen, für den „Standard“, aber auch für den „Kurier“ zu diskutieren. Und da denke ich mir immer, es ist interessant, wenn dann der Herr Kollege Juraczka so ins Pathos verfällt. Die rot-grüne Stadtregierung ist am Parkpickerl gescheitert. Nein, stimmt nicht, wir führen es am 1. Oktober ein. Die ÖVP ist am Parkpickerl gescheitert. So schaut's aus. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – Heiterkeit bei StR Mag Manfred Juraczka.)* Und das Zweite ist, auch die FPÖ ist am Parkpickerl gescheitert, weil die FPÖ nur 30 000, nein, nicht einmal 30 000 Unterschriften zusammengebracht hat, und davon sind 45 eigentlich ungültig. Also jetzt sag ich einmal, normalerweise ist es so, dass man, wenn von Bürgerinitiativen Unterschriften gesammelt werden, es mehr oder weniger die Faustregel gibt, ich meine, das sieht man ja bei der ÖVP, dass ungefähr 25 Prozent nicht gültig sind, weil doppelt, schlecht ausgefüllt, Umlaut und sonst wie. Aber die FPÖ hat nicht mal den Standard zusammengebracht, das muss man sehen. Also ÖVP und FPÖ sind am Parkpickerl gescheitert und werden am Parkpickerl immer wieder scheitern. So, das ist einmal das Erste.

Das Zweite ist, wenn man sich anschaut, dann war einer dieser wichtigen Debattenpunkte: Welche Lösungskompetenz gibt es jetzt in Wirklichkeit? Es gibt, und das weiß auch die ÖVP, das weiß wahrscheinlich auch die FPÖ, eine Untersuchung, und zwar die Kordon-Untersuchung. Sie wurde von den Bundesländern Wien, Niederösterreich und Burgenland gemeinsam mit Hilfe der BGO durchgeführt und da stellte sich heraus, es fahren jeden Tag 350 000 Autos über die Stadtgrenze nach Wien herein und die Fahrer versuchen hier, meistens sind's die Fahrer, aber die Fahrerinnen und Fahrer versuchen hier im öffentlichen Raum, manchmal natürlich auch auf Firmenparkplätzen, ihren Stellplatz zu finden. Diese Menschen haben in den letzten 10 Jahren um 100 000 Autos, wenn man so will, zugenommen. Wenn man sich das vorstellt, ein Auto braucht, auch zum Reversieren, doch immerhin einigen Platz. Das werden wir heute noch einmal behandeln. Aber Faktum ist, wenn

man diese Autos in Wien parkt, dann ist das eine Fläche doppelt so groß wie die Josefstadt. Doppelt so groß wie die Josefstadt in 10 Jahren! Die FPÖ und auch die ÖVP haben den Vorschlag: Bringen wir doch diese 100 000 Menschen in Park-and-ride-Anlagen unter. Da gib es eine ganz einfache Rechnung. Ein Stellplatz in einer Park-and-ride-Anlage kostet 15 000 EUR mal 100 000 Fahrzeuge sind 1,5 Milliarden EUR nur für Park-and-ride-Anlagen, nur für PendlerInnen aus dem Umland. Das ist Geld, das geht uns bei vielerlei anderen Dingen ab: Beim Gratiskindergarten, bei der Wirtschaftsförderung, bei den Schulen, bei den Kindergärten, wo auch immer. Die ÖVP ist unzufrieden und möchte 1,5 Milliarden EUR investiert wissen. Wir sagen, wir brauchen eine Lösung für die Stadt. Wir haben ein Problem und das Problem heißt: Die Stadt Wien kann trotz vielerlei Bemühungen bisher die Werte bei Feinstaub nicht einhalten. Wir brauchen eine Lösung. Die EU-Kommission gibt uns keine weitere Fristerstreckung. Wir erwarten ein Verfahren gegenüber der Stadt und zwar Strafzahlungen. Die Stadt Wien ist im Moment nicht in der Lage, die Stickoxide in den Griff zu kriegen. Da braucht man beide Male wichtige Maßnahmen im Verkehr. Die Lebenserwartung der Wienerinnen und Wiener ist laut WHO auf Grund des steigenden Verkehrs, auf Grund der steigenden Feinstaubproblematik und der steigenden Problematik bei Stickoxiden um 12 Monate geringer, als sie sein könnte. Das heißt, wir haben ein Gesundheitsproblem, wir haben ein Feinstaubproblem, wir haben ein Lärmproblem und wir haben ein Problem im öffentlichen Raum. Im öffentliche Raum, das kann sich jeder anschauen, in vielerlei Bezirken gibt's Gehsteigparken, werden die Gehsteige angekratzt, dann stehen Autos drauf, Plätze werden verstellt, immer mehr Umlandautos stehen in der Stadt und zwar mehrere Hunderttausend. Wie wollen wir das Problem anders lösen als mit einer Reglementierung, mit einer Regelung, mit Steuerungsmaßnahmen? Und die Parkraumbewirtschaftung ist eine. Das haben wir festgestellt und das kann man international auch sehen, da gibt's Erfahrungen aus allen Städten Europas. Aus allen Großstädten gibt's Erfahrungen dazu. Da könnte man sagen: Ja, Wien ist anders und Österreich ist überhaupt anders. Nein, ganz im Gegenteil. Jede bessere Kleinstadt in Österreich, meistens ÖVP-regiert, hat auch Parkraumbewirtschaftung. Also so falsch kann das nicht sein. Und alle diese Kleinstädte und alle die Großstädte in Europa sind dem Gemeinwohl verpflichtet. Das heißt, es geht darum, wir brauchen öffentlichen Raum für die BürgerInnen, wir brauchen Verkehrssicherheit, wir brauchen bessere Lebensqualität, bessere Luftgüte, weniger Lärm. Die Einnahmen verwenden wir für den öffentlichen Verkehr. Die Einnahmen verwenden wir für das Errichten von Parkgaragen. Die Einnahmen verwenden wir für mehr Radwege. Die Einnahmen verwenden wir für mehr FußgängerInnensicherheit auf den Gehsteigen. Keine Antwort von der rechten Reichshälfte, wenn man so will, keine Antwort von der ÖVP, keine Antwort von der FPÖ, sondern „Die Wiener sollen alles gratis kriegen.“ Die Niederösterreichische FPÖ sagt, die Niederösterreicher sollen in Wien gratis parken können. Na, im burgenländi-

schen Gemeinderatswahlkampf wird uns auch die FPÖ-Burgenland sagen, die Burgenländer sollen gratis parken dürfen. Also parken alle gratis, außer sie haben einen Ahnenpass und kommen nicht aus Österreich. Die sind ausgenommen bei der Niederösterreichischen FPÖ und bei der Wiener FPÖ, wahrscheinlich auch bei der burgenländischen FPÖ. Also muss man unbedingt österreichischer Staatsbürger sein, dass man in Wien gratis parken kann. Das kommt am Schluss bei der FPÖ heraus. Über die will ich mich gar nicht lange unterhalten, die kommt heute ohnehin noch mit ihrem Ding.

Also noch einmal: Wir brauchen Lenkungsmaßnahmen in der Stadt, um die Verkehrsflut einzudämmen. Wir brauchen wirklich Maßnahmen, um die Pendlermassen, die mit dem Auto hereinkommen, zu zügeln. Was ist jetzt der Vorschlag der ÖVP, des Herrn Stadtrats gewesen? Wir sollen die U-Bahn ins Umland ausbauen. Am liebsten ist ihm die U4, weil die hat er so gerne, am liebsten ist ihm die U-Bahn nach Auhof oder nach Klosterneuburg. Dann schauen wir uns einmal an, wer wohnt im Auhof? Dort wohnt der IKEA, der braucht keine U-Bahn, niemand bringt einen Kasten mit der U-Bahn nach Wien. Also das möchte ich mir gerne anschauen. Es gibt auch dort beim Auhof-Center keinen Schnellbahnanschluss. Es gibt eine wunderbare Schnellbahnverknüpfung in Hütteldorf. Da gibt's übrigens auch ein nettes Parkhaus. Dort ist es so, dass man dort gut umsteigen kann. Die U-Bahn nach Klosterneuburg wäre eine Parallelführung gegenüber der Schnellbahn, abgesehen davon, dass die Niederöreicher das nicht zahlen wollen. Und wenn Sie sich die BGO-Studie angeschaut hätten, dann hätten Sie gesehen, dass dort der Modal-Split, also das Verhältnis zwischen Individualverkehr und dem Umweltverbund, das heißt, öffentlicher Verkehr, Radfahrer, FußgängerInnen, der allerbeste von allen Gegenden rund um Wien ist.

Also gescheiter wäre es in Wirklichkeit, Sie würden einfach mit Ihrem Landeshauptmann von Niederösterreich darüber sprechen, einfach jetzt Lightrails nach Niederösterreich zuzulassen und die Ausdehnung der Kernzone, das hat sowohl Rot und Grün hier in Wien verlangt, in die erste Außenzone zuzulassen. Nein, passiert nicht. Aber wie man ja sieht, ist im Wahlkampf selbst Niederösterreich lernfähig. Sie haben zumindest jetzt die 60-EUR-Regionaltickets für Jugendliche miteingeführt und das war durchaus ein Verdienst der Stadt Wien, war Verdienst der GRÜNEN. Mit der Senkung auf 365 EUR haben wir den Weg gewiesen, dass nämlich günstigere Tickets auch mehr Fahrgäste bewirken. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Und jetzt komme ich einmal zu der 43er-Geschichte. Ja, es ist so, die Wiener Linien versuchen, dass man im 43er, den Sie ja möglicherweise kennen, Kollege Juraczka - ich weiß nicht, ob Sie ihn benützen, aber Sie kennen ihn, wenn er vor Ihrem Auto daherfährt und Sie vielleicht nicht vorbei können, das weiß ich nicht genau -, jetzt Sitzreihen herausnimmt und einmal schaut, wie sich das ausgeht. Also ich würde einmal sagen, interessanter Versuch. Die Fahrgäste werden befragt werden. Für Menschen mit Behinderung und für Menschen mit Kin-

derwägen ist das ein Vorteil, weil dadurch mehr mitfahren können. Das ist ein Vorteil. Das andere werden wir uns anschauen. Aber was den 43er am meisten zwick, und das könnten Sie als Hernalser ja wissen, sind die verstellten Gleise unmittelbar beim Elterleinplatz. Da geht es um fünf oder sechs Parkplätze. Da haben Sie sich bis jetzt immer erfolgreich geweigert, die zu entfernen. Das Parkpickerl schafft solche Möglichkeiten. Das Parkpickerl wird Raum schaffen, um Maßnahmen für die Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs zu setzen, für mehr Platz auf den Gehsteigen und für mehr Radverkehrsanlagen. Und es wird nicht die Stadtkassa saniert, wie Sie gerne Ihren Bürgern erzählen. Nein, es ist nicht so, sondern es gibt eine Zweckwidmung und wir werden das nutzen. Ja, wir bekennen uns dazu. Wir werden das Geld aus der Parkraumbewirtschaftung massiv in den öffentlichen Verkehr hineinstecken. Das freut nicht nur die Finanzstadträtin, sondern das freut letztendlich alle Bürger und Bürgerinnen in Wien, weil weit mehr Menschen mit dem öffentlichen Verkehr unterwegs sind als mit dem Auto. Das heißt, wir schauen aufs Gemeinwohl. Sie schauen drauf, dass manche Leute ihren Parkplatz haben. Das ist der Unterschied zu Rot und Grün. Wir sind dem Gemeinwohl verpflichtet, Sie dem Egoismus. Wunderbar.

Also noch einmal: Wenn Sie uns jetzt bei der direkten Demokratie sagen - ja, es stimmt, wir stehen dazu, Partizipation und BürgerInnenbeteiligung ist ein ganz ein wichtiger Punkt von uns. Aber bei Ihnen geht man jetzt einfach her und sagt, wir haben da jetzt eine Unterschriftenaktion gemacht. Es war interessant, dass die FPÖ so schwach war, weil ursprünglich ja die FPÖ hier groß getönt hat: Kleiner Partner und schwach und wir müssen sie unterstützen. Auf so eine Unterstützung, das möchte ich der ÖVP nur sagen, kann man schon auch verzichten. Und jetzt wissen Sie es mittlerweile auch selbst. Da hat die ÖVP jetzt immer gesagt, Sie haben 170 000 Unterschriften gemeinsam. Ich will das nicht kleinreden, es sind ganz viele Unterschriften. Aber es sind nur 150 000 gewesen und davon sind es 109 000 gültige, ganz, ganz viel. Wie hat die Stadtregierung darauf reagiert? Diese heutige Sitzung ist eine Reaktion auf genau diese Sache. Wir nehmen die Bürger ernst, haben die Grenzen verändert, haben in Wirklichkeit den Preis verändert, haben die Gültigkeitszeiten verändert und deswegen wird heute diese Pauschalierungsgeschichte abgestimmt, und zwar aus dem Grund, weil wir die Bedenken der BürgerInnen ernst nehmen. Das ist einmal die eine Sache.

Die zweite Sache ist in Wirklichkeit herzugehen und zu sagen, wir reden jetzt von direkter Demokratie und diese direkte Demokratie ist uns ganz, ganz wichtig. Ja genau, das ist richtig. Aber Partizipation und BürgerInnenbeteiligung ist nicht, alle fünf Jahre Kreuzerl machen oder wenn die ÖVP ein paar Unterschriften zusammengebracht hat. BürgerInnenbeteiligung heißt, ich nehme teil an einem Prozess. Ich nehme zum Beispiel an dem Prozess in der Ottakringer Straße teil, den Sie kleinreden. Bei der Ottakringer Straße haben sich mehrere Hundert Bürger beteiligt und haben ihre Veränderungs-

wünsche kundgetan. Diese wurden in vielerlei Form berücksichtigt. Gerade die Ottakringer Straße ist eine Geschichte, wo es darum gegangen ist, Radverkehr, Fußverkehr und AutofahrerInnen unter einen guten Hut zu bringen, eine Straßengestaltung zu machen. Und das lasse ich mir jetzt von der ÖVP nicht kleinreden, sondern es ist sogar dazu gekommen, und dazu stehe ich, dass die Parkplätze, die weggekommen sind, in eine Garage unter dem Lidl-Parkplatz kommen. Das ist ein wichtiges Konzept, das wir alle gemeinsam mit den BürgerInnen dort ausgehandelt haben, ganz, ganz wichtig. Und jetzt kommen Sie daher und entdecken plötzlich, dass die Straßenbahn, es ist übrigens der 44er, dort durch Autofahrer am Gleiskörper behindert wird. Ihre Klientel hält den ÖV auf. Ja, stimmt. Wenn wir die Parkraumbewirtschaftung in Wien einführen, dann weiß man, dass sich dann der Individualverkehr reduziert, weil weniger Parkplatzsuchverkehr sein wird und es werden weniger Pendler hereinkommen. Ja, das stimmt. Das Problem wird erst einmal kleiner werden und zweitens einmal ist es so, dass die Gehsteige gestaltet werden und das ist das Allerwichtigste dort im 16. und im 17. Bezirk, Herr Stadtrat. Der 17. Bezirk, den Sie ja gut kennen, hat ja den größeren Anteil an der Ottakringer Straße, nämlich der untere Teil bis zur Veronikagasse gehört nämlich auch zum 17. Bezirk. Da werden Maßnahmen gesetzt und gemeinsam mit den BürgerInnen entwickelt, und dann stellen Sie sich her und sagen, ein Anschlag. Ja, was denn? Worauf? Auf die ÖVP, kann sein. Aber sicher nicht auf die BürgerInnenbeteiligung.

Das ist ein klassisches Beispiel, wie die Politik das macht, was die Politik zu tun hat. Die Politik gibt Rahmenbedingungen vor und mit den BürgerInnen wird in einem partizipativen Prozess die Gestaltung vorgenommen. Genauso werden wir das auch bei der Mariahilfer Straße machen und genauso werden wir es bei allen anderen Projekten machen. Was Sie machen, ist in Wirklichkeit die Dritte Republik vom Herrn Haider. Politik ist wurscht, aber wir stimmen einfach alles ab. Was wir uns nicht trauen, wird abgestimmt, abgestimmt, abgestimmt. Ja, die GRÜNEN haben auch schon beim Herrn Homole gesagt, es geht nicht so. Auch die Sozialdemokraten haben dem Herrn Homole gesagt, es geht nicht so. Der Herr Homole hat in einem Auftritt im Stadtratbüro vor vielerlei Zeugen gesagt, ja, wir werden eine BürgerInnenbefragung machen und wir werden Sie in zwei Zonen machen. Die eine Zone, hat er eingeschätzt, wird dagegen ausgehen, die andere dafür. Daraufhin war dann alles ein bisschen anders, weil halt in Wirklichkeit die ÖVP-Zentrale in demokratischer Weise in den Bezirk eingegriffen hat. Ist so, okay.

Und zum Schluss möchte ich Ihnen noch ein kleines Zitat sagen. Das war zwar im „Standard“, aber Sie kennen es. Sie haben ja die Bürgermeisterin aus Frankfurt eingeladen und zwar bei einer Veranstaltung der ÖVP-Bildungsorganisation. Und da hat Sie Ihnen gesagt, wer denn das Kasperltheater mit der BürgerInnenbefragung erfunden hat. Ich bin mir nicht sicher, ob die Antwort von Ihnen war „Ich“, also Sie in dem Fall. Ich kann Ihnen versichern, wenn wir jetzt eine Befragung initiieren, ob

wir Steuererhöhungen machen, das macht ja die Bundesregierung bisweilen, dann kann es schon sein, dass die BürgerInnen zu einem hohen Prozentsatz Nein sagen. Das ist so. Immer wenn es ans Zahlen geht, sagen die Menschen zu Recht: Mein Eigennutz geht mir vor den Gemeinnutz. Unsere Aufgabe, die Aufgabe der Politik ist, den Gemeinnutz, den Nutzen für viele, für alle, für die Schwachen, in den Vordergrund zu stellen und den Eigennutz einzubremsen. Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mahdalik. Ich erteile es ihm.

GR Anton **Mahdalik** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Ich wäre jetzt versucht, schon im Interesse der StRin Brauner, die gerade wieder entgeistert den Kopf über das Schild geschüttelt hat *(VBgmin Mag Renate Brauner: Ja allerdings, da bin ich wirklich begeistert!)*, es ganz kurz zu machen und, was sicher auch vielleicht in meinem Sinn wäre, nur drei Feststellungen zu treffen. Also Nein zur Inkassoaktion von Rot-Grün, Ja zum Gratisparkpickerl und Rote-Räuber-Grüne-Gier-Volksbefragung jetzt und hier. Ich muss aber doch ein bisschen weiter ausholen, nicht allzu weit, das kann ich versprechen, aber weil in den vorigen Wortmeldungen doch einige krude Äußerungen gefallen sind und auch der Prof Van der Bellen in einem Interview in dieser Woche festgestellt hat, dass es einer Stadt, in der monatelang über ein Thema wie das Parkpickerl diskutiert wird, sehr gut gehen muss.

Bevor ich darauf eingehe: In der gleichen Tonart könnte man sagen, dass es einer Partei sehr gut gehen muss, die es sich leisten kann, die beste Mandatarin rauszumobben, wie es die GRÜNEN getan haben mit der sehr geschätzten Kollegin Gretner, die - das war Koalitionsbedingung - bei den Roten nicht mehr gelitten war. Zack, zack, zack, war sie abmontiert - so einer Partei muss es also wahrlich gut gehen!

Aber das ist nicht der Grund, warum so lange über das Parkpickerl in Wien diskutiert wird, dass wir keine anderen Sorgen haben. Wir haben 300 000 Menschen an oder unter der Armutsgrenze, die Stadt Wien ist verschuldet bis über beide Ohren. Wir haben nur so lange darüber diskutiert, weil beim Parkpickerl die Vorbereitungen zur Ausweitung einfach dilettantisch über die Bühne gegangen sind, weil es die StRin Vassilakou auch hier leider nicht kann, weil der Bürgermeister nicht mehr die Kraft aufbringt, das Ruder in die Hand zu nehmen, weil in der rot-grünen Regierungsrige Mitglieder vorhanden sind, die es nicht einmal zustande bringen, ein Schwimmbaden dicht zu bekommen. Was soll man sich dann von so einer Truppe genau erwarten?!

Es gibt Stadträtinnen, die es für sinnvoll und notwendig halten, zur Attraktivierung der öffentlichen Verkehrsmittel die Sitze herausreißen zu lassen. Also nicht Intervalle verdichten, damit die Leute mehr Platz haben, sondern die Sitze werden herausgerissen! Und da erzählt uns Herr Rüdiger Maresch, das Geld aus der Parkraumbewirtschaftung wird für die Attraktivierung der öffentlichen Verkehrsmittel verwendet. Also Sitze herausreißen kostet nicht so viel: Da schicke ich ein paar Haus-

arbeiter von den Wiener Linien hin, Kameras dazu, und die Sache ist erledigt. Da brauche ich nicht die Parkraumbewirtschaftung auszudehnen und den Leuten das Geld aus der Tasche zu stehlen.

Da gibt es Leute wie den Klubobmann Rudi Ratlos, der seinen kometengleichen Aufstieg vom amtsführenden Stadtrat zum Klubobmann noch immer nicht ganz verkraftet hat. Der stellt sich dann da heraus und sagt - ich weiß es gar nicht mehr, es war nebulos. Es war auf jeden Fall nichts, was der Sache dienlich war, sondern das war rein zur Selbstverteidigung des undemokratischen Kurses von Rot und Grün gedacht und hat auch nicht mehr getaugt.

Aber man hat es in der Fragestunde gemerkt: Bgm Häupl ist argumentativ herumgerudert wie ein Einser, ohne je das rettende Ufer zu erreichen. Er ist mit keinem Wort darauf eingegangen, warum jetzt die City-Maut-Befragung nicht verfassungswidrig war, warum die Anträge und Beschlüsse in den Bezirken, die von der Ausweitung betroffen sind, nicht verfassungswidrig waren. Er ist auch nicht darauf eingegangen, warum die Befragung vom Bezirksvorsteher des 18. Bezirks nicht verfassungswidrig war. Es war ihm alles zu blöd, es war ihm alles zu kompliziert - à la Sinowatz -, und er ist auch gleich danach wieder verschwunden, wie es seine Art ist.

Wir sagen, das ist keine Art den Bürgern gegenüber. Er sollte Rede und Antwort stehen, er soll klipp und klar erklären, warum damals nicht verfassungswidrig war, was heute verfassungswidrig sein sollte. Er sollte erklären, warum er - und ich darf diesen Ausdruck noch einmal, weil er von der Straße gekommen ist, entschärft wiedergeben - vor der Meinung der Bürger die Hosen, politisch gesehen, gestrichen voll hat. Er soll sagen, warum er nicht den Mumm hat, das Volk um seine Meinung zu befragen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Auf noch schwächeren argumentativen Beinen steht die Linie von Planungsstadträtin Vassilakou, die hier noch im Jahr 2009 einen Antrag gestellt und eine Volksbefragung in Wien gefordert hat zu den Tarifen der Wiener Linien, wo mit Ja oder Nein zu antworten war zu der Frage: Sollen die Jahreskarte künftig 100 EUR, die Monatskarte 10 EUR und der Tagesfahrtschein 1 EUR kosten, ja oder nein? Entweder hat sie es damals wider besseres Wissen gemacht und etwas Verfassungswidriges verlangt, oder sie macht es eben heute - und das liegt wohl näher - aus Opportunismus ganz anders. Jetzt sagt sie auch, es ist verfassungswidrig, was sie damals noch - aus unserer Sicht zu Recht - auch verlangt hat, nämlich das Volk zu einem wichtigen Thema zu befragen.

Den Vogel hat, wie so oft - leider ist er heute nicht hier, vielleicht eben aus diesem Grund -, der Dozent Hora abgeschossen, der gestern in einer Aussendung - ich fürchte, allen Ernstes - behauptet hat, dass unser Klubobmann Gudenus im trauten Zwiegespräch sehr wohl immer wieder die Vorzüge der Parkraumbewirtschaftung hervorstreicht. *(GR Mag Wolfgang Jung: Es ist „Sturm“-Zeit!)* In diesem Falle denke ich mir wieder einmal: Bevor ich mich wundere, glaube ich es lieber nicht. Denn es hat nur noch gefehlt, dass er unseren Klubob-

mann als glühenden Verfechter der Gesamtschule oder als förderndes Mitglied des - wie heißt der Vernaderer-Verein, DENUNZARA? - DENUNZARA outet, oder so. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Er sagt das nicht! - Weitere Zwischenrufe.)* Also vergesst es wieder! *(GR Mag Rüdiger Maresch: Das vergessen wir nicht!)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl** *(unterbrechend)*: Kollege Mahdalik!

GR Anton **Mahdalik** *(fortsetzend)*: Ich bin schon wieder weiter!

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl** *(unterbrechend)*: Ich verstehe, dass es eine gewisse Emotion gibt.

GR Anton **Mahdalik** *(fortsetzend)*: Also bei mir nicht, ich bin ganz ruhig!

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl** *(unterbrechend)*: Aber ich würde dich bitten, deine Sprache dem Haus ein bisschen anzupassen. *(Zwischenrufe bei FPÖ und GRÜNEN.)* Darf ich dich das bitten!

GR Anton **Mahdalik** *(fortsetzend)*: Kollege Reindl! Kollege Vorsitzender ...

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl** *(unterbrechend)*: Ich bin jetzt im Vorsitz. Also gewisse Ausdrücke finde ich grenzwertig. Ich bitte dich, schönes Wiener Deutsch zu sprechen. - Danke schön. *(Heiterkeit bei der FPÖ. - GR Armin Blind: Sprachpolizei à la Reindl!)*

GR Anton **Mahdalik** *(fortsetzend)*: Ein Schönbrunner Deutsch kann ich nicht anbieten, das wirst du als Bezirkskollege wohl am besten verstehen.

Aber man sieht an diesen Argumenten auch von Kollegen Hora, dass die SPÖ taumelt. Die GRÜNEN bringen nicht einmal mehr das zusammen, denn die sind nach den vielen Umfallen der letzten Zeit zu faul, dass sie wieder aufstehen.

Insgesamt muss man auch eines sagen, weil Kollege Maresch gemeint hat, nicht Rot und Grün sind am Parkpickerl gescheitert, also die Regierung, sondern Schwarz und Blau. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Genau!)* Kollege Maresch, natürlich drückt ihr das jetzt durch! Denn ihr sagt - das hast du vorhin gesagt -, man soll nicht überall zu feig sein, etwas durchzusetzen, und immer das Volk befragen. Beim Bacherpark und bei tausend anderen Garagen war das ganz anders, da waren die Roten auch gar nicht so feig und hätten das durchgedrückt. Da habt ihr bei jedem Baum eine Volksabstimmung verlangt, wenn der Frühjahrsschnitt angestanden ist. Jetzt auf einmal wollt ihr davon nichts mehr wissen!

Du bist ja auch ins Schwimmen geraten. Du hast die direkte Demokratie angesprochen, und dann hast du dich gleich zu Partizipation und Bürgerbeteiligung hinübergeschlängelt wie ein Aal. Aber das ist ein Riesenunterschied! Partizipation wurde auch geübt ... *(Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.)* Weil es ja auch für die Fisch' ist, so wie es ihr ausübt! Ihr ladet die Bürger zu Veranstaltungen ein, informiert sie, was am 1. Oktober gemacht wird, und dann können sie sagen: Ja - Nein - Weiß nicht - Gefällt mir. Sie haben ja keine Chance gehabt mitzureden. Sie haben keine Chance gehabt abzustimmen. Also wofür der ganze Zinnober? Um ein paar Agenturen mit Geld zu versorgen? Das hättet ihr euch

eigentlich sparen können, die Bürgerbeteiligung oder Partizipation ist ein Muster ohne Wert.

Was die Bürger wirklich brauchen, ist ein Mitbestimmungsrecht. (GR Mag Rüdiger Maresch: *Aber nicht bei jeder Einzelmaßnahme!*) Das habt ihr in der Opposition Tag und Nacht eingefordert, euch ist es selber schon bis daher gestanden. Jetzt auf einmal muss man Sachen mutig durchbringen, die natürlich ein Segen für die gesamte Bevölkerung sind, sodass sogar schon unser Klubobmann - nach den Worten von Dozent Hora - davon überzeugt ist im trauten Zwiegespräch. Viel dümmere geht es wirklich nicht mehr, viel schwächer geht es wirklich nicht mehr.

Wir werden im Interesse der Bevölkerung - weil Rot und Grün anscheinend zu feig sind, in einer wichtigen Frage die Bevölkerung zu befragen - heute auch einen Antrag auf Volksbefragung einbringen, auch im Sinne der direkten Demokratie der Basisgrünen noch vor rund zwei Jahren, das Volk, die Bevölkerung von Wien, zur Frage „Wollen Sie ein kostenloses Parkpickerl für ganz Wien?“, wo sie mit Ja und Nein antworten, zu befragen. (GR Mag Rüdiger Maresch: *Macht ihr es in Niederösterreich auch so?*)

Ich hoffe - die Hoffnung wird wahrscheinlich trügerisch sein -, dass sich SPÖ und GRÜNE, vor allem die GRÜNEN, ihrer basisdemokratisch direktdemokratischen Wurzeln besinnen (GR Mag Rüdiger Maresch: *Die Niederösterreicher haben gesagt ...*) und sich vielleicht daran erinnern, was sie noch vor zwei Jahren eingefordert haben. Die StRin Vassilakou muss sich ja besonders gut erinnern an ihren Antrag: 100 EUR, 10 EUR, 1 EUR - Ja/Nein. Bitte, Volksbefragung zu den Öffis-Tarifen, das hat sie ja selbst unterschrieben, also kann sie heute gar nicht nein sagen. Sie kann vielleicht aus dem Saal verschwinden, aber sie kann nicht einem Antrag, der ebenso lautet wie ihrer, nur zu einem anderen Thema, heute die Zustimmung verweigern. (GR David Ellensohn: *Sie darf aber nicht abstimmen!*)

Also, bitte, reißt euch am Riemen! Nehmt euch die Kritik, nicht nur von uns - das ist vielleicht eine Fingerübung, mögt ihr sagen -, sondern die Kritik aus der Bevölkerung zu Herzen. Ihr werdet daran scheitern, wenn ihr die Bevölkerung nicht befragt, spätestens 2015! (Beifall bei der FPÖ. - Zwischenruf von GR David Ellensohn.)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr GR Maresch gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ich finde es unglaublich, wenn Kollege Mahdalik heraußen einfach Dinge in den Raum stellt! Da möchte ich nur eines der Dinge nennen, abgesehen von dieser, ich sage jetzt einmal - das Wort Schweinerei darf man nicht sagen, aber über ZARA, die DENUNZARA-Geschichte, da herausposaunt. Aber das andere möchte ich jetzt in Wirklichkeit als Anlass für eine tatsächliche Berichtigung nehmen.

Frau Kollegin Gretner ist nicht abmontiert worden, Kollege Mahdalik, sondern Frau Kollegin Gretner hat ...

(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Demontiert!*) Oder demontiert worden ... (GR Mag Wolfgang Jung: *Demotiviert auf jeden Fall!*) Ja, ja, demotiviert, ich weiß. In Wirklichkeit ist es so, dass Frau Kollegin Gretner entschieden hat, dass es außer der Politik auch etwas anderes gibt. Sie hat die Chance wahrgenommen, bei der Caritas weit oben im Management gestaltend zu agieren, weil Frau Kollegin Gretner in Wirklichkeit der Meinung war, es gibt auch ein Leben neben der Politik und anderswo. (GR Mag Wolfgang Jung: *Ist schon peinlich, gell!*)

Es ist überhaupt nicht peinlich! Peinlich ist, was Sie die ganze Zeit ... (GR Mag Wolfgang Jung: *Natürlich! Sie wissen selber ganz genau, was los ist!*) Peinlich ist in Wirklichkeit, wie die ÖVP oder auch die FPÖ beständig irgendwelche G'schichteln drucken - wie man so schön sagt, um einmal den Jargon des Kollegen Mahdalik zu nehmen - und uns permanent irgendwelche Geschichten erzählen.

Interessant wäre gewesen - und das sage ich jetzt noch einmal zum Schluss -, wie Kollege Mahdalik erklärt, dass die Hälfte Ihrer Stimmen einfach Fakes waren. Fakes waren! Ist es vielleicht so gewesen, dass er rausgegangen ist und so: Burschen, unterschreibt, und weil ihr gerade zehn da habt, schreibt ihr noch einmal zehn drauf!?

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl** (*unterbrechend*): Die tatsächliche Berichtigung, bitte!

GR Mag Rüdiger **Maresch** (*fortsetzend*): Noch einmal: Kollegin Gretner hat eine Entscheidung getroffen, außerhalb der Politik ihre Karriere zu machen, und das ist zu respektieren! - Danke schön. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dr Aigner. Ich erteile es ihm.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (*Klubungebundener Mandatar*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Vizebürgermeisterin!

Ja, ich kann es auch kurz machen, da ja bei der SPÖ gar niemand mehr hier ist und wir ohnehin wissen, was Sache ist.

Vielleicht noch eine Nachbemerkung zu Herrn Bgm Häupl, der heute in der Fragestunde gesagt hat, dass die MA 62 eine unabhängige Verwaltungsbehörde ist, die weisungsfrei ist: Na, das Gegenteil ist richtig! Nach Art 18 B-VG sind alle Beamten weisungsgebunden, es sei denn, sie werden durch ein Verfassungsgesetz ausdrücklich weisungsfrei gestellt. Das kommt ab und zu vor, dass man unabhängige Verwaltungsbehörden schafft. Aber selbstverständlich sind alle Organe der Stadt Wien weisungsgebunden, und der oberste Dienstgebervertreter und Weisungsbefugte ist der Wiener Bürgermeister!

Es ist dies ja die Rechtsmeinung des Bürgermeisters und auch der Frau Vizebürgermeisterin: Sie haben schon von Anfang an gesagt, dass aus ihrer Sicht die Fragestellung nicht verfassungskonform sei. Auch wenn keine formelle Weisung erteilt wird, ist das ganz klar, dass sozusagen die obersten Organe der Meinung sind, dass die Fragestellung der ÖVP verfassungswidrig ist. Und genau so schaut auch der Bescheid aus!

Jetzt kann man natürlich rechtlich darüber diskutieren. Aber Tatsache ist, dass es Gutachten namhafter Verfassungsexperten gibt - darunter auch des Prof Heinz Mayer, dessen Wort ja sonst immer so großes Gewicht bei allen möglichen Parteien hat -, dass die Fragestellung selbstverständlich nicht verfassungswidrig ist. Es darf sich da also weder der Bürgermeister noch die Frau Vizebürgermeisterin hinter angeblich unabhängigen Beamten verstecken.

Auch der Verfassungsdienst der Stadt Wien ist, genauso wie der Verfassungsdienst im Bundeskanzleramt, nicht weisungsfrei, sondern weisungsgebunden. Es sind dies keine Behörden nach Art 133 Z 4, sondern es handelt sich um ganz normale Bedienstete, die im Endeffekt auch das zu tun haben, was ihnen die vorgesetzten politischen Organe formell oder auch informell anschaffen. Genau so schauen auch die Bescheide aus. Wir können jetzt gespannt sein, inwiefern der Berufungssenat der Stadt Wien einen endgültigen Berufungsbescheid macht und dann die Möglichkeit eröffnet, sich an den Verfassungsgerichtshof zu wenden.

Es ist aber nichtsdestoweniger traurig, dass man erst diesen langwierigen und komplizierten Weg beschreiten muss, dass Sie sich nicht einfach hinstellen und den Bürgern und den Bürgerinnen, die dieses Begehren unterschrieben haben, zu ihrem Recht verhelfen und eine Volksbefragung machen. Offenkundig haben Sie wirklich Angst, dass Ihre Argumente für die Ausweitung der Parkplatzbewirtschaftung nicht überzeugend genug sind, denn wenn dem so wäre, dann würden Sie ja eine Volksbefragung durchführen.

Es wird Sie daher nicht wundern, dass ich mit der Ausweitung der parkraumbewirtschafteten Zone nicht einverstanden bin. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Lindenmayr. Ich erteile es ihm.

GR Siegi **Lindenmayr** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Berichterstatterin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Als Hauptverhandlungsgegenstand habe ich jetzt 40 Minuten Zeit. Ich werde es vielleicht nicht ganz ausnützen, aber was bedeuten 40 Minuten im Zusammenhang mit der Mobilität? *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* 40 Minuten: Eine Fußgeherin oder ein Fußgänger geht in 40 Minuten 3 bis 5 km, eine Radfahlerin oder ein Radfahrer bewegt sich in 40 Minuten zwischen 15 und 20 km weiter.

Mit den Öffis schaut es schon ganz gut aus, denn Wien ist ja die Stadt der öffentlichen Verkehrsmittel; darauf komme ich vielleicht später noch zurück, damit ich wirklich auf die 40 Minuten komme. Im Stadion ist man in 10 Minuten, in Schönbrunn ist man mit öffentlichen Verkehrsmitteln in 20 Minuten, im Donauzentrum in 25 Minuten. In der SCS ist man in 40 Minuten, also in der SCS ist man in der Zeit, die jetzt die Redezeit ist, da ist man von hier, vom Rathaus aus in der Shopping City Süd. Auf den Kahlenberg braucht man 45 Minuten, das ist ein bisschen länger.

Die Autos lasse ich jetzt weg, denn 90 Prozent der

zurückgelegten Wege in der Stadt sind weniger als 5 km lang. Es wird im Zusammenhang mit dem Auto in der Stadt sehr viel mit Emotionen gespielt - leider -, und es werden hier Menschen aufeinander gehetzt. Das Fahrzeug wird auch leider etwas verniedlicht, denn ein Auto ist ja kein Spielzeug.

Da kann ich Ihnen gerne mitteilen, was weltweit in 40 Minuten im Straßenverkehr passiert. Weltweit sterben in diesen 40 Minuten 100 Personen! Also in dem Zeitraum, in 40 Minuten, in der Redezeit hier beim Hauptverhandlungsgegenstand, sterben weltweit 100 Personen im Straßenverkehr. Gesichert sind das weltweit 800 000 in Summe, dann kommen noch Afrika und China und Ähnliches dazu. Die WHO schätzt 1,3 Millionen Verkehrstote jedes Jahr, da sind die Verletzten noch gar nicht dazugechnet. 1,3 Millionen Verkehrstote! Das Auto und der Verkehr sind kein Spielzeug. Ein Toter alle 24 Sekunden - man kann das leicht ausrechnen: alle 24 Sekunden ein Toter!

In Österreich sind es derzeit jährlich etwa 500 Tote im Straßenverkehr, das sind 2 voll besetzte Flugzeuge. Man muss sich einmal vorstellen, was medial los wäre in dem Land, wenn jedes Jahr zwei vollbesetzte Flugzeuge abstürzen! Aber verglichen mit den Verkehrstoten ist es so: jedes Jahr 500. In den 70er Jahren waren es schon 2 500 jährlich, also das Fünffache. Spätestens da war klar, hier muss man eingreifen, hier muss man etwas machen. Man hat also Geschwindigkeitsreduktionen eingeführt, man hat Gurtenpflicht gemacht, man hat beispielsweise die Alkoholgrenze, um ein Fahrzeug zu lenken, heruntersetzt. Also hat man viele, viele Maßnahmen gesetzt.

Das sage ich deshalb so deutlich, weil es immer notwendig ist, Maßnahmen zu setzen. Man muss immer justieren, so wie auch die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung - also schon die Einführung, aber auch die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung - eine Justierung ist.

Seit 1960 - die Josefstadt war heute schon in einem anderen Zusammenhang im Gespräch - sind über 25 000 Menschen in Österreich im Straßenverkehr gestorben. Das ist mehr, als die Josefstadt Einwohner hat, und das ist, verglichen mit einer anderen Stadt, halb St Pölten. Zu St Pölten komme ich dann nämlich auch noch in einem anderen Zusammenhang. Forscher sagen, dass in wenigen Jahren 60 Prozent der Erdbevölkerung in Städten leben werden.

Der heutige Antrag der FPÖ kostet mit einem Schlag - also wenn man sich das alles ausrechnet, was da so locker-flockig drinsteht - mehrere Milliarden. Über die U-Bahn ist schon geredet worden, und auch Kollege Ekamp wird vielleicht noch einige Zahlen nennen, die mit der U-Bahn zusammenhängen. Aber ich möchte nur noch einmal wiederholen, was der Antrag der FPÖ auch verkehrspolitisch bedeutet: Das ist nämlich nichts anderes als eine City-Maut! Eine zugegebenermaßen fast kostenlose City-Maut, aber ein Parkpickerl für ganz Wien heißt nichts anderes als: Alle, die hineinwollen, dürfen das nicht oder müssen zahlen. Es werden auch Maßnahmen vorgeschlagen, auf die ich dann vielleicht auch

noch eingehe. Das ist also nichts anderes als eine City-Maut. Innerhalb von Wien kann man sich frei bewegen, aber hineinzukommen, ist eben mit Restriktionen verbunden. Das muss man auch den Leuten klar sagen: Was hier einfach nach einem Parkpickerl für alle Wienerinnen und Wiener klingt, das ist nichts anderes als die City-Maut.

Einen einzigen finanziellen Aspekt zu den mehreren Milliarden, die dieser Antrag der FPÖ kostet, möchte ich noch einwerfen, nämlich das freie Parken in den Park-and-ride-Anlagen. Wir haben ja heute schon gehört, 350 000 Einpendler kommen täglich mit dem Auto herein. So eine Parkgarage kostet 3 EUR am Tag, das heißt, irgendjemand muss das ja zahlen. Wenn ich diese 350 000 Einpendler, die täglich hereinkommen, mit 3 multipliziere, komme ich auf etwas über 1 Million EUR. Das heißt, unabhängig von allem anderen - Baukosten, Entfall der bisherigen Einnahmen et cetera, et cetera - bedeutet allein diese Forderung der FPÖ Kosten von 1 Million EUR pro Tag. Nur die Forderung, die sollen alle gratis in den Park-and-ride-Anlagen stehen - nur, damit wir auch wissen, was das in Zahlen bedeutet.

Park-and-ride-Anlagen in Niederösterreich: Da wurde auch schon auf Herrn Pröll hingewiesen. Man muss sich einmal anschauen, was dort in den letzten Jahren passiert ist. Seitdem St Pölten die Hauptstadt von Niederösterreich ist, wurde der gesamte motorisierte Individualverkehr auf St Pölten orientiert. Man muss sich das einmal vorstellen: St Pölten ist eine Stadt mit 50 000 Einwohnern. Wenn man berücksichtigt, wie viele Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher nach Wien einpendeln, dann ist das ein Vielfaches, aber das gesamte Geld des Autoverkehrs steckt Herr Pröll in die Straßen nach Niederösterreich! Da werden Autobahnen gebaut, teilweise Geisterautobahnen, denn nach St Pölten fahren nicht so viele. Aber es ist natürlich bequem, es ist frei, es bedeutet freie Fahrt für freie Bürger. Man fährt also nach St Pölten, es werden Donaubrücken gebaut, die man in diesem Ausmaß nicht braucht. Niederösterreich hätte ja sehr viel Geld gehabt, aber das wurde alles in andere Maßnahmen gesteckt und nicht in die Park-and-ride-Anlagen, wie sie eigentlich notwendig gewesen wären.

Das Geld vom Finanzausgleich nimmt Herr Pröll ja gern, aber Park-and-ride-Anlagen seiner niederösterreichischen Bewohnerinnen und Bewohner, die weiter nach Wien einpendeln, weil er eben keinen Arbeitsplatz (*GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Was hat das für einen Sinn, wenn die U-Bahn nicht weiter raus geht? Was hat das für einen Sinn ...*) zur Verfügung stellen kann, stellt er nicht zur Verfügung, Park-and-ride-Anlagen so weit draußen wie möglich, dass die gerade zum Bahnhof fahren können. (*GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Die SPÖ-Wien hat es versäumt!*) Dort stellen sie das Auto ab und fahren dann mit öffentlichen Verkehrsmitteln nach Wien. (*GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Die gibt es ja nicht im Umland!*) Aber das will ja Herr Pröll nicht. Es kommen aber immer wieder die Forderungen, Wien soll doch die Park-and-ride-Anlagen zahlen. Wir würden ohnehin sogar ein bisschen dazuzahlen. Also hier liegt die Schuld eindeutig bei Niederösterreich.

Zu den Unterschriften: Grundsätzlich muss ich einmal sagen, ich finde das keine besonders tolle demokratische Sache, wenn Mehrheiten über Minderheiten abstimmen, denn hier sollen ja 18 Bezirke über 5 Bezirke abstimmen. Das war ja der Wunsch, so wie er da drinsteht, gegen die Erweiterung: Sind Sie für oder gegen die Erweiterung? (*GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Aber das zahlen andere Bürger auch! Das zahlen andere Bürger über die Bezirke!*) Also 18 bestimmen hier über die Wünsche von 5 Bezirken, und es ist ja kein Wunder: Wenn Emotionen so aufgeheizt sind, wie ich zuerst schon angedeutet habe, dann unterschreiben die Leute das auch locker. Mich wundert ohnehin, dass Sie nicht gleich folgende Fragestellung mit angehängt haben: Freibier für alle! Es ist logisch, dass die Leute das dann ganz genauso unterschreiben würden.

Ich war im Rahmen unserer Beisgespräche, die ja alle SPÖ-Mandatarinnen und -Mandatare gemacht haben, auch in Gasthäusern, und da ist es mir nicht einmal passiert (*Zwischenruf des GR Mag Wolfgang Jung*), da ist nicht einmal passiert, dass ein Funktionär hereingekommen ist. Wahrscheinlich war es ein ÖVP-Funktionär, vorgestellt hat er sich: Ich komme von der Wirtschaftskammer, würden Sie mir das unterschreiben? Natürlich ist dann an den Wirtshaustischen unterschrieben worden, und darum wundert es mich auch gar nicht, dass die Rate der Ungültigen so hoch ist.

Klar, einerseits hat man in Niederösterreich gesammelt, man hat im Burgenland gesammelt. Herr Juraczka hat sich ja ganz toll in der burgenländischen „Kronen Zeitung“ mit Foto abfeiern lassen, mit dem burgenländischen ÖVP-Obmann oder so, dessen Name mir entfallen ist. Es waren also natürlich einige aus den Bundesländern dabei.

Dann ist auch in der Zeitung gestanden - Herr Tiller hat das ja sogar offen zugegeben -: Jeder Bezirk hat ein Soll bekommen, ein bestimmtes Soll, das jeder Bezirk an Unterschriften liefern muss. Da man weiß, wie marode eigentlich die ÖVP-Wien beieinander ist, ist klar, dass die Bezirke das nicht zusammengebracht haben. Darum bin ich ziemlich sicher, dass da einfach ein paar ÖVPLer in Wirtshaus hinterzimmern beieinander gesessen sind und selber die Bögen ausgefüllt haben, nur damit sie dieses Bezirks-Soll zusammenbekommen. (*GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Entschuldigung, die sind anerkannt, die Unterschriften, von der Magistratsabteilung! - Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Daher sind eben 30 Prozent der Unterschriften ungültig gewesen. (*GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Das stimmt ja gar nicht!*)

Bei der FPÖ waren noch viel mehr Unterschriften ungültig. Aber daran ist eben vielleicht die Lese- und Schreibschwäche ein bisschen schuld, die auch gestern in den Zeitungen gestanden ist.

Tatsache ist, dass das alles, was hier passiert, ein großes Ablenkungsmanöver ist, einerseits ein Ablenkungsmanöver der FPÖ, die von allen ihren Skandalen ablenken möchte. Es war ja heute schon mehrmals die Rede, also Kollege Deutsch hat das sehr aufgelistet, Kollege Ellensohn hat ein dickes Lexikon, was alles für Sauereien in der FPÖ passiert sind (*GR Mag Wolfgang*

Jung: Ich habe eines von der SPÖ! Soll ich es als Nächstes vorlesen?) und vielleicht jetzt noch wieder an die Tagesordnung kommen. Das hören wir ja immer wieder: Das ist ein großes Ablenkungsmanöver. *(GR Mag Wolfgang Jung: Ich kann jederzeit rauskommen! Wie viel, steht in der Zeitung, hat Gusenbauer gekriegt für ein Referat?)*

Interessanterweise finde ich ja ganz spannend, dass die ÖVP das auch macht, ebenfalls um abzulenken. Denn wenn man sich die Ereignisse anschaut, die in den letzten Tagen rund um das „Sommergespräch“ des Herrn Spindelegger stattgefunden haben: Das war ja ein misslungener Putsch des Herrn Spindelegger! Die Zeitungen haben sich schon lustig gemacht. Für die ÖVP-Wien und die Bundes-ÖVP vor allem ist ja die Situation nicht besonders leiwand.

Wenn man sich aber anschaut, was so in den letzten Monaten an ÖVP-Funktionären zurückgetreten ist *(GR Mag Wolfgang Jung: Ich kenne da einen SPÖler, der zu stottern begonnen hat! Wie heißt er denn, Herr Kollege? Im Gemeinderat!)* - wie gesagt, die FPÖ wurde heute schon besprochen, aber ich lese Ihnen einmal ein paar ÖVPLer vor, die in letzter Zeit gegangen sind: der Kärntner Landespartei- und Parteichef Josef Martinz, der Ferdinand Maier nach Differenzen mit der Partei, *(GR Mag Alexander Neuhuber: Ihre Sorgen möchte ich haben!)* der Finanzlandesrat Christian Switak, die Abgeordnete Karin Hakl - sie ist zwar Abgeordnete, hat aber ihr Amt als Sprecherin zurücklegen müssen -, der Wehrsprecher Norbert Kapeller im März, der Ernst Strasser, der uns noch oft beschäftigen wird, im Europaparlament die Hella Ranner, die da auch ein bisschen Macheloikes gemacht hat.

In der ÖVP geht es ja munter weiter. Auch Josef Pröll - aus anderen Gründen, er hat sich nichts zu Schulden kommen lassen - ist ja zurückgetreten, Fritz Kaltenecker hat sich aus der Politik verabschiedet, die Justizministerin Claudia Bandion-Ortner *(GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Was hat das mit dem Parkpickerl zu tun?)* hat sich aus der Politik verabschiedet *(GR Mag Wolfgang Jung: Fangen wir mit Hannes Androsch an, gehen wir weiter ...)*, dann der burgenländische Agrarlandesrat Werner Falb-Meixner. Wolfgang Schüssel hat endlich die Konsequenzen gezogen, nachdem ja er eigentlich die Hauptschuld an allem trägt, was da in der blau-schwarzen Zeit passiert ist, und ist zurückgetreten. *(GR Mag Wolfgang Jung: Der Herr Vorsitzende ... neulich protestiert dagegen!)* Christine Marek. Maria Rauch-Kallat wird uns auch noch einige Zeit beschäftigen. Herbert Sausgruber hat seinen Rückzug bekannt gegeben und auch Franz Grillitsch.

Es ist also, was die ÖVP hier macht, ein reines Ablenkungsmanöver, und nur, weil einige bürgerliche Medien schon ganz froh waren, dass es die Frau Marek nicht mehr gibt. Da gibt es jetzt den Herrn Juraczka, dass der ein bisschen in die Medien gekommen ist mit seinem, wie er glaubt, super Coup, dass er da eine Unterschriftenaktion für eine Volksbefragung eingeleitet hat. Die bürgerlichen Medien haben ihn ein bisschen hochgejubelt, und jetzt glaubt er schon, das ist das neue Lebenszeichen der ÖVP, das Lebenszeichen der ÖVP-Wien.

(GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Na, Gott sei Dank!)

Es stimmt ja gar nicht. Es war auch kein Lebenszeichen, das sieht man ja an den Unterschriften. Und weil die ÖVP-Wien auch merkt, dass eigentlich das Interesse der Journalisten wieder zurückgeht - es war ein ganz kurzes Hochflackern, und es ist schon wieder vorbei -, muss man doch noch eins draufsetzen, und daher heute dieser eigentlich sehr, sehr lächerliche Neuwahlantrag, der da eingebracht wird! *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Man muss eben immer wieder eine Steigerung finden, um wieder in die Medien zu kommen. Sie werden auch damit scheitern. Was Sie derzeit machen - wenn man sich die Umfragen anschaut -, das ist sozusagen ein politischer Selbstmord mit Anlauf. Machen Sie nur so weiter! Soll halt so sein. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Mit dem Auto - das habe ich ohnehin schon einmal gesagt, oder schon mehrmals - sind auch Emotionen verbunden. Der ÖAMTC hat da - sie verstecken das natürlich auf ihrer Homepage weit hinten - eine ganz interessante Feststellung gemacht. Und zwar zitiere ich den ÖAMTC deshalb, weil er, glaube ich, im Zusammenhang mit den Fahrzeugen ein unverdächtig Zeuge ist. Der ÖAMTC hat Autofahrerinnen und Autofahrer befragt, wie hoch denn ihre Autokosten wären und was sie glauben, was die hohen Kosten sind, was niedrige Kosten sind und so weiter. Da stellt sich heraus - na na, Sie ahnen es schon -, dass die Autofahrerinnen und Autofahrer das ganz falsch einschätzen!

Diese Studie ist in allen Details 2005 bekannt gegeben worden. Jeder Autofahrer kann es sich selbst, wenn er ÖAMTC-Mitglied ist, auch jetzt noch ausrechnen. Man kann aber in diese Webseite nur rein, wenn man ÖAMTC-Mitglied ist. Das bin ich nicht, daher kann ich Ihnen nur die Zahl aus 2005 sagen.

91 Prozent empfinden die Spritpreise als besonders hohe Belastung. Das war schon, bevor der Benzinpreis jetzt so teuer geworden ist. Aber in Wahrheit macht das nur 11 Prozent der Gesamtkosten aus! Das ist also ein gewaltiger Unterschied. Dann wird auch aufgelistet, wie die Leute die Reparatur- und Servicekosten einschätzen. Beispielsweise 76 Prozent der Befragten haben das als sehr hohe Belastung angesehen. Es macht aber nur 10 Prozent der Gesamtkosten aus. Und so weiter, und so weiter.

Dann kann man auch Folgendes nachlesen. Man kann es sich für jedes Auto ausrechnen, indem man den Kaufpreis eingibt, die Kilometerzahl, die man vor hat, im Jahr zu fahren, und auch, wie viele Jahre man das Auto haben will. Wenn man das alles eingibt und es ausrechnen lässt, kommt heraus, dass für durchschnittliche Fahrzeuge ungefähr, je nachdem, zwischen 370 und 500 EUR die monatlichen Kosten sind. Monatliche Kosten von, sagen wir einmal, 400 bis 500 EUR sind es für durchschnittliche Fahrzeuge mit einem Neupreis zwischen 22 000 und 28 000 EUR. Also durchschnittliche Fahrzeuge - es gibt schon Fahrzeuge, die man ab 10 000 EUR bekommt, aber die durchschnittlichen Fahrzeuge - verursachen monatliche Kosten von 400 bis 500 EUR. Das ist den Menschen auch nicht bewusst!

Das ist den Menschen nicht bewusst, und daher ist

es eben sehr leicht, sie bei den Emotionen zu bekommen. Das setzte ich jetzt in Relation zu den 10 EUR an monatlichen Kosten für das Parkpickerl, beziehungsweise in den Erweiterungsbezirken, wo es nur bis 19 Uhr geht, sogar deutlich darunter, denn da ist es noch um ein Viertel weniger. Also 10 EUR beziehungsweise 7,50 EUR im Monat! Jeder weiß: Wenn er heute volltankt, kommt er unter 50 bis 60 EUR nicht davon.

Das muss man sich alles überlegen, dass die Menschen nicht wahrhaben möchten, sie geben Monat für Monat 400 bis 500 EUR aus. Aber man sagt ihnen: Die 10 EUR im Monat, die bringen euch jetzt um! Genau so agieren die ÖVP und die FPÖ, und es ist natürlich schwierig, gegen solche Bauchgefühle anzukämpfen. Aber wir machen das, wir versuchen das. Es ist von Ihnen nur ausgesprochen unredlich. Bei der FPÖ würden mir noch andere Bezeichnungen einfallen. Aber zumindest zur ÖVP als immer noch demokratischer Partei sage ich: Es ist zumindest unredlich, wenn man so vorgeht.

Ja, mit dem Geld wird auch - na ja, ich habe immer noch 21 Minuten. *(GR Mag Alexander Neuhuber: Es ist unredlich, diese Stimmen zu negieren!)* Ich habe immer noch 21 Minuten. *(GR Mag Alexander Neuhuber: Ja, und?)* Vielleicht komme ich dann auch noch zurück auf die Emotionen, die man mit dem Fahrzeug verbindet. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Zur Sache vielleicht?)* Die Autoplanung in den 50er Jahren, die Stadtplanung und Verkehrsplanung in den 50er Jahren *(GR Mag Wolfgang Jung: Jetzt ist mir klar, warum Sie der Klub abgewählt hat!)* war natürlich eine ganz andere, weil man da andere Zugänge hatte. Man hat das ja mit Modernität umschrieben, man hat nach Amerika geschaut und geglaubt, das ist das unbegrenzte Wachstum.

Auch auf unseren Wahlplakaten waren Fahrzeuge und Hochhäuser drauf, beispielsweise, das räume ich ein. Und hier in diesem Haus haben wir in den 50er Jahren einstimmig Beschlüsse gefasst, die wir jetzt schon lange widerrufen haben, nämlich, dass die Straßen breiter werden sollen. Man hat Arkadierungen bei den Häusern geplant, sodass die Gehsteige quasi ins Haus rein verschwinden, damit die Fahrbahnen noch breiter werden. Man hat beispielsweise Fußgängerunterführungen beim Ring gemacht; man wollte die Fußgänger unter der Erde, um das alles möglichst kreuzungsfrei zu machen. *(GR Mag Alexander Neuhuber: Wer hat denn das erfunden?)*

Das hat man inzwischen alles geändert, weil man sehr viel dazugelernt hat. Man hat sehr, sehr viel dazugelernt, wir haben sehr, sehr viel dazugelernt, wir alle - manche offenbar nicht, aber wir alle haben sehr, sehr viel dazugelernt, und wir wissen, dass der Autoverkehr reglementiert gehört. *(GR Mag Wolfgang Jung: Die Wähler haben dazugelernt! Und die Machtverhältnisse geändert!)*

Wenn ich beispielsweise bei mir in der Liechtensteinstraße schaue: Man kann sich da sehr genau ansehen, wie eine Stadt ausgesehen hätte, hätten wir das weiter so gemacht, wie es in den 50er Jahren in den Plänen war. Wenn man stadtauswärts kurz nach dem Palais

Liechtenstein schaut, sieht man drei Lückenverbauungen von Gemeindebauten mit je einer großen Grünfläche, die ist 10 oder 12 m von der Straße weg bis zum jeweiligen Gemeindebau frei. Da denkt man sich jetzt: Das ist doch eine tolle Grünfläche! Aber schaut man sich die alten Pläne an, dann ist diese Lückenverbauung dort deshalb so errichtet worden, weil hier die Baufluchtlinie war.

Man hat tatsächlich ernsthaft geplant, beispielsweise die Liechtensteinstraße - aber das ist nur ein Beispiel aus meinem Bezirk, weil ich jetzt nicht etwas über andere Bezirke sagen möchte -, man hat eigentlich geplant, die Liechtensteinstraße als Einfallsstraße aus Döbling, aus Niederösterreich, Klosterneuburg et cetera soll drei Mal so breit werden! Man kann sich dort also das Einzu-eins-Beispiel ansehen: Wie hätte es ausgesehen, hätte man diese Pläne der 50er Jahre weitergeführt? „Autofahrer unterwegs“ war eine ganz beliebte Sendung. Die habe ich als Kind auch gehört, weil meine Eltern sie gehört haben.

Tatsache ist - und wir haben das getan -: Es gab den Paradigmenwechsel schon in den 70er Jahren. Die Parkraumbewirtschaftung selbst wurde 1959 eingeführt, da gab es die ersten Kurzparkzonen in Wien noch an einigen wenigen kleinen Stellen. 1974 wurden zum ersten Mal kostenpflichtige Kurzparkzonen geschaffen, und am 1. Juli 1993 wurde erstmals die flächendeckende Kurzparkzone eingeführt, nämlich im 1. Bezirk. 1995 folgten die Bezirke 6 bis 9, 1997 wurde das ausgeweitet auf den 4. und 5. Bezirk und 1999 auf den 2., 3. und 20. Bezirk.

Dann kam - Sie wissen das alles - die Stadthalle dazu, und jetzt im Juni haben die Bezirke die entsprechende Aufforderung an die Stadt gerichtet. Sie haben die Beschlüsse gefasst, damit die Stadt Wien hier zu arbeiten beginnt. Wir haben im Juni die entsprechenden Beschlüsse hier im Gemeinderat gefasst. Und weil wir - das wurde heute auch schon gesagt - natürlich auf die Gespräche und die Anregungen der Bürger gehört haben, ist die heutige Gemeinderatssitzung mit der Veränderung des Beschlusses genau die Reaktion auf die Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern, indem wir kleinere Veränderungen machen, eben die Zeit verkürzen und Ähnliches.

Also die Geschichte der Parkraumbewirtschaftung in Wien - ich sage das wörtlich hier schon mehrmals, wenn ich zum Thema spreche -, die Geschichte der Parkraumbewirtschaftung in Wien ist eine Erfolgsgeschichte *(GR Mag Wolfgang Jung: Ah, bravo!)*, und wir führen sie hier und heute weiter. Auch mit den Einnahmen der Parkraumbewirtschaftung finden ganz vernünftige Dinge statt. Ich möchte Ihnen da gerne die zehn Punkte wieder in Erinnerung rufen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Welche? Die Hausordnung?)* Die kennen Sie zwar ohnehin alle, aber ich sage es gerne immer wieder, denn stetige Wiederholung - wie eine frühere Vizebürgermeisterin immer gesagt hat - sichert den Lehrtrag.

Also: Mit den Einnahmen werden Park-and-ride-Anlagen in Wien und im Umland gebaut, Garagen werden gefördert, der öffentliche Verkehr wird beschleunigt, die Verkehrssicherheit wird gefördert - das ist ja ganz wichtig, ich habe heute schon gesagt, wie viele Men-

schen leider im Straßenverkehr noch immer umkommen, weil das eben von manchen nicht so ernst genommen wird -, die grüne Welle wird überprüft, Radabstellanlagen werden ausgebaut, Fahrradräume werden nachgerüstet, grüne Bügel in den Bezirken errichtet, und die Ausweitung von Citybike-Stationen passiert auch. Vielleicht fällt uns auch noch mehr dazu ein, was wir damit alles machen können.

Also, die Geschichte der Parkraumbewirtschaftung ist eine Erfolgsgeschichte, und ich ersuche Sie daher alle, diesem heutigen Akt zuzustimmen. - Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Ich darf bekannt geben, dass Frau GRin Uta Meyer seit 12.30 Uhr dienstlich entschuldigt ist.

Zur Geschäftsordnung hat sich Herr Klubobmann Gudenus gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrte Damen und Herren!

Neben der gähnenden inhaltlichen Leere bei der Rede des Kollegen Lindenmayr gibt es doch zwei Punkte zu beanstanden.

Erstens: Herr Vorsitzender! Sie haben selbst am 27. Juni bei einer Sitzung gesagt, dass wir in der Präsidiale besprochen und auch ausdrücklich festgestellt haben, dass zur Sache gesprochen werden sollte und dass, wenn nicht zur Sache gesprochen wird, auch der Vorsitzende mahnen sollte, zur Sache zu sprechen. Sie haben das nicht getan! Es gab hier gähnende und lange Passagen, wo eindeutig nicht zur Sache gesprochen wurde. Das möchte ich jetzt einmal feststellen. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Und der Mahdalik? Was war das?)*

Ich bitte den Herrn Vorsitzenden auch, das Protokoll zu prüfen, weil Herr Kollege Lindenmayr sinngemäß gesagt hat, dass ÖVP und FPÖ in den Hinterzimmern sitzen und Unterschriften fälschen. Das ist, bitte, ein Vorwurf der, ja, Urkunden- oder Unterschriftenfälschung. Ich bitte, das Protokoll dahin gehend zu prüfen, ob nicht ein Ordnungsruf auch hier angebracht wäre. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Ich habe das nicht so gehört, wie Sie es gesagt haben. Ich werde es aber im Protokoll ... *(GR Mag Wolfgang Jung: Es ist nicht das erste Mal so!)*

Herr Jung! Wir haben schon festgestellt, dass Sie hier im Saal sind. Bitte, keine Zwischenrufe zu machen! *(Beifall bei der SPÖ. - GR Mag Wolfgang Jung: Ja, Ihre Vorsitzführung kennen wir!)* - Ich werde mir daher das Protokoll ansehen.

Was das Thema „Zur Sache sprechen“ betrifft, habe ich es so verstanden, dass Herr Lindenmayr argumentiert hat, warum die Parteien unterschiedliche Positionen haben. *(GR Mag Wolfgang Jung: Und im Hinterzimmer Unterschriften fälschen?)* Aber ich werde auch das im Protokoll nachlesen. Sollten Sie recht damit haben, dass er nicht zur Sache gesprochen hat, werde ich mit ihm ein ernstes Wörtchen sprechen, dass er sich das nächste Mal mehr zusammenreißt. *(GR Mag Wolfgang Jung: Oh! Da wäre aber ein Ordnungsruf fällig, wenn man ihn*

schon für „Zirkusprinzessin“ erhält! - GR Mag Rüdiger Maresch, in Richtung SPÖ: Zur Sache, sonst gibt es ein ernstes Wörtchen!)

Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Dipl.-Ing. Stiftner. Ich erteile ihm das Wort.

GR Dipl.-Ing. Roman **Stiftner** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist eigentlich schon ziemlich, ich würde sagen, bedauerlich, verwerflich, wenn sich die Macht der SPÖ dahin erstreckt, alles hier lächerlich zu machen. Siegi, bei aller Wertschätzung zu dir persönlich, aber deine Rede heute war in der Tat nichts anderes als, ich weiß nicht, 40 Minuten - oder sind es 35 Minuten gewesen? *(GR Siegi Lindenmayr: 25!)* - hier über nichts zu sprechen, nämlich über nichts in dem Sinne, dass du dich nicht einmal bemüht hast, hier in irgendeiner Art und Weise die Argumente deiner Fraktion darzubringen. Und es zeigt mir eigentlich einmal mehr, welche Arroganz in diesem Saal herrscht, nicht nur 150 000 Menschen, die unterschrieben haben, sondern auch generell den Wienerinnen und Wienern gegenüber von dieser Stadtregierung! *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Eigentlich handelt es sich doch hier um eine ganz einfache sachliche, verkehrspolitische Frage, die wir im Raum haben und die wir lösen sollten. Ich verstehe auch nicht die Ideologisierung, ich verstehe auch nicht das große Emotionalisieren, vor allem seitens der Stadtregierung, denn eigentlich könnten wir uns hier ganz einfach der Frage widmen: Wie können wir die Verkehrsprobleme, die es in der Tat gibt nach so vielen Jahren SPÖ-Alleinregierung - kein Wunder, es ist ja nichts passiert! -, wie kann man diese Verkehrsprobleme dieser Stadt lösen? Aber, sehr geehrte Damen und Herren, sicherlich nicht durch diese rot-grüne Regierung! Die hat das Chaos in der Verkehrspolitik weiter vergrößert und damit die Menschen in dieser Stadt noch weiter verunsichert.

Es ist, glaube ich, hier auch klar und deutlich gegenüber dem Kollegen Maresch aufzutreten, der geglaubt hat, dass er heute hier ideologisch argumentieren kann. Er versucht hier, Reglementierungen in den Raum zu stellen. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Ich bin ja ideologisch ...)* Bei den GRÜNEN verstehe ich ja sozusagen noch das Anliegen; ich kann es zwar nicht nachvollziehen, aber ich verstehe es zumindest aus der politischen Perspektive. *(GR Mag Rüdiger Maresch: ... Lösungen erklären!)* Man hat zwar keine wirkliche Lösung, aber man versucht eben, die Miniklientel, die man noch halten möchte, irgendwie zu befriedigen. Das ist aus strategischer Sicht der GRÜNEN vielleicht nachvollziehbar. Es ist im Sinne der Stadtverfassung, des Eides, den wir alle hier geleistet haben, natürlich verwerflich, und es ist natürlich auch unmoralisch, was hier getan wird - und so viel auch zur Frage Demokratie, zum Demokratieverständnis der GRÜNEN! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Denn das, was hier gesagt wurde, ist nichts anderes - lieber Rüdiger, was du hier zum Besten gegeben hast, ist, dass du sagst, die Menschen sollen, die Menschen müssen, wir müssen! Du nimmst dir mit deiner Fraktion heraus, zu wissen, was für die Menschen in Wien, fast

zwei Millionen Menschen, am besten ist, was sie zu wollen und was sie zu tun haben. Das ist eine Sache, die natürlich in irgendeiner Art und Weise jeder Art von Demokratie abträglich ist, das ist autoritäres Verhalten!

Du hast heute auch das Wort Egoismus hier am Rednerpult verwendet. Das ist Egoismus, seine eigene Fraktion, seine eigenen persönlichen und politischen Anliegen über die Anliegen der Menschen in dieser Stadt zu stellen, die die Majorität stellen. Das Recht geht immer noch vom Volk aus, auch in Wien! *(Beifall bei der ÖVP. - GR Mag Rüdiger Maresch: Was ist mit dem Bildungs-Volksbegehren? Ist dir was eingefallen dazu?)*

Lieber Rüdiger! Wenn du die Möglichkeit nützen möchtest, 150 000 Menschen, die unterschrieben haben, wirklich auch hier zu Wort kommen zu lassen, sozusagen: Vielleicht sind sie eine Minderheit - dann lassen wir doch darüber abstimmen und schauen, was herauskommt! Du weißt, und ihr alle hier in der Stadtregierung wisst, dass es in keinster Art und Weise eine Mehrheit für diese Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung gibt. Deswegen muss man sich ja auf die formelle Macht in diesem Hause noch berufen, wo man gerade mit einem kleinen Überhang an Mandatären versucht, heute mit autoritären Maßnahmen Demokratie zu beugen, die Menschen draußen einfach vor vollendete Tatsachen zu stellen, oft hier Schicksalsschläge auszulösen. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Wo sind die Lösungen?)* Das ist eine nicht demokratische Vorgehensweise. *(Beifall bei der ÖVP. - GR Mag Rüdiger Maresch: Die Lösungen!)*

Und, lieber Rüdiger, noch eines sei dir gesagt. Selbst wenn es nur 109 000 Unterschriften wären - ich weiß es nicht, offenbar gibt es noch andere Informationsquellen *(GR Mag Rüdiger Maresch: Ja, die „Presse“! Die Zeitung!)*, die hier den Oppositionsparteien nicht zugänglich sind. Offenbar haben Stadtmandatäre oder in der Regierung befindliche Mandatäre andere Informationen, einen Informationsvorsprung. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Die „Presse“!)* Aber selbst wenn es nur 109 000 sind, die gültig sind, sind es immer noch viel mehr, als ihr Wähler bei der letzten Wahl gehabt habt! *(Zwischenruf von GR Dkfm Dr Fritz Aichinger.)* Das ist auch die Wahrheit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Lieber Siegi! Auch inhaltlich sei noch einiges repliziert. Vor allem wende ich mich hier an die SPÖ-Fraktion, weil es die einzige Chance für mich noch ist, ein gewisses Maß an Vernunft in der Verkehrspolitik zu erkennen. Diskutieren sollten wir, wie wir wirklich die Verkehrsmaßnahmen in dieser Stadt in den Griff bekommen können.

Ich weiß nicht, wie die Minutenangaben zustande kommen, die GR Lindenmayr heute von sich gegeben hat: wie er ins Stadion kommt, und wie auch immer. Es mag schon sein, dass man aus der Innenstadt, aus der Rathausperspektive heraus, wirklich gut an viele Punkte dieser Stadt kommt. Das ist unbestritten. Ich würde einmal sagen, für alles, was innerhalb des Gürtels liegt und Quell- und Zielpunkte dort sind, hat diese Stadt ein durchaus annehmbares öffentliches Verkehrsnetz.

Nur, was darüber hinausgeht - da sind sich auch Verkehrsexperten einig -, da fängt es an, problematisch

zu werden. Wenn man nicht gerade das Glück hat, entlang einer der spärlichen U-Bahn-Linien oder der Schnellbahn zu wohnen, dann hat man ein Riesenproblem. Radialverbindungen in den Außenbezirken fehlen vollkommen! Versucht man einmal, irgendwo radial durchzukommen, ist es oft schneller, mit öffentlichen Verkehrsmitteln in die Stadt hinein und wieder hinaus zu fahren, weil es diese Verbindungen einfach nicht gibt.

Das haben auch Verkehrsexperten mehrfach gesagt, und genau da ist auch der Kritikpunkt anzusetzen. Beim Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel im Umland und vor allem auch in den Außenbezirken ist die SPÖ seit vielen Jahren säumig, hat sie keine Lösungen gebracht. Und das, was hier seitens des Herrn Gemeinderats und damit von der Fraktion der SPÖ gebracht wurde, ist mehr als erbärmlich. *(GR Mag Rüdiger Maresch: In Niederösterreich ist die SPÖ nicht säumig, sondern die ÖVP! Oder gehört Niederösterreich der SPÖ?)* Wenn man Zwischenrufe macht, lieber Rüdiger, muss man aufpassen, dass man nicht im Glashaus sitzt!

Wenn man jetzt hier versucht, den großen Erfolg des Zuspruchs der öffentlichen Verkehrsmittel in Wien dadurch zu lösen, indem man unvorbereitet Maßnahmen gesetzt hat und jetzt die Sitze aus den Straßenbahnen und U-Bahnen rausreißen muss, damit die Menschen überhaupt noch Platz finden, sehr geehrte Damen und Herren, dann ist das eigentlich ein Zeichen dafür, welches Chaos und welche Inkompetenz in der Verkehrspolitik dieser Stadtregierung vorherrschen. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Aber ich sage euch noch eines: Wir werden auch dieses Problem der fehlenden Sitzplätze durchstehen. Die Menschen haben ein langes Gedächtnis! Die Menschen sind so verärgert; ich habe das heute auch wieder in persönlichen Gesprächen bemerkt: Hier sind Emotionen im Gange. Das wird Rot-Grün bei der nächsten Möglichkeit sicherlich auch am Wahltag zu spüren bekommen.

So wird es ein Pyrrhussieg sein, dass Sie das heute hier mit der absoluten Mehrheit, die Sie gemeinsam noch haben, durchtragen werden, denn die Menschen haben erkannt, was das Parkpickerl in Wirklichkeit ist. Es ist nichts anderes als eine Autosteuer und überhaupt keine Parkplatzgarantie!

Wenn man gerade in den Außenbezirken das Parkpickerl erweitern möchte, gerade dort, wo die Verkehrsverbindungen öffentlicher Natur nicht funktionieren, wo es eben nicht die Möglichkeit gibt, mit schnellen Verkehrsverbindungen quer durchzufahren, weil einfach die Infrastruktur nicht gegeben ist, dann ist das einfach nicht vergleichbar mit Innengürtelbezirken, wo ein Modell wie die Parkraumbewirtschaftung sicher eine Möglichkeit ist. Das ist auch international durchaus sinnvoll. Hier gibt es viele Städte, die innen, im Kern, Parkraumbewirtschaftung betreiben. Aber ich kenne keine vergleichbare Stadt der Welt, die so weit hinaus, quasi bis ans Umland, bis an die Stadtgrenzen, Parkraumbewirtschaftung macht. Das ist ein Novum, das ist verkehrspolitischer Nonsens, und das ist das, was die Menschen in dieser Stadt verunsichert. *(Beifall bei der ÖVP. - Zwischenrufe bei den*

GRÜNEN.)

Wenn man dann entsprechend hier mit Anträgen, mit Möglichkeiten zur Volksabstimmung agiert, dann wird versucht, das Ganze mit juristischen Tricks auszuhebeln. Wenn man 18 Seiten - ich habe mir das nicht ein Mal durchgelesen, weil es wirklich schwer ist, diesen Bescheid überhaupt zu verstehen, weil er so undurchsichtig ist, so versucht wurde, zu verwinkeln. In irgendeiner Art und Weise ist das nichts anderes als der Versuch eines Konstruktes, etwas für ungültig zu erklären, was in der Tat gültig ist. Das wissen auch die Juristen, das weiß auch der Herr Bürgermeister, sonst hätte er ja heute in der Fragebeantwortung nicht so darauf reagiert. Das ist eine Sache, wo man Rechtsbeugung betreibt, und auch das ist undemokratisch, sehr geehrte Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich verstehe nur nicht die SPÖ, warum sie sich derart in Geiselhaft nehmen lässt von einem solchen Miniregierungspartner. Es gibt einfach mehr Unterschriften gegen das Parkpickerl - ich habe es schon gesagt -, als die GRÜNEN überhaupt Wähler gehabt haben. Eigentlich verstehe ich nicht, warum eine so starke SPÖ - zumindest war sie einmal stark - hier ständig den GRÜNEN auf den Leim geht oder sich erpressen lässt.

Ich kann mir das nur damit erklären, dass es offenbar um eine andere Zielsetzung der SPÖ geht. Es geht offenbar darum, eine Art bundespolitische rot-grüne Modellsituation herbeizusprechen. Irgendwo hat man doch den Eindruck, wenn man sich so den Herrn Bundeskanzler, der ja bekannterweise auch einen Wien-Bezug hat *(Ruf bei den GRÜNEN: Besser als Rot-Schwarz!)*, anschaut. Eine Wandertour gibt es da in Salzburg mit der höchsten Repräsentantin der GRÜNEN, die mäßig erfolgreich ist, aber offenbar versucht man hier, so etwas auf Bundesebene herbeizureden: Rot-Grün in Wien als Modell auch für die Bundesregierungsebene nach der nächsten Wahl. Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe eine ganz schlechte Nachricht für Sie: Ihr Experiment ist schon heute gescheitert! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die GRÜNEN sind weder regierungsfähig im Bund und schon gar nicht in Wien. Sie schaffen es nicht, weil sie einfach keine inhaltliche Ahnung haben. Sie versuchen hier, Ideologie und ihre Ideen aus irgendwelchen studentischen Zeiten heute umzusetzen, und verlassen sich nicht auf Expertenmeinungen. Sie zerstören diese Stadt in wesentlichen Strukturen, und das ist ein großes Problem, weil wir wissen, dass viele Unternehmen abwandern werden auf Grund dieser Maßnahmen. *(Ruf bei der ÖVP: Tun sie jetzt schon!)* Wir wissen, dass es hier Maßnahmen geben wird, wo auch Menschen einfach sagen, sie lassen sich das nicht mehr gefallen, dass sie keinen Parkraum bekommen, dass sie hier schikaniert werden als Autofahrer. Sie werden ins Umland ziehen. Wir werden weitere Verkehrsprobleme induzieren, das ist ein Problem, das Rot-Grün gemacht hat. Rot-Grün löst keine Verkehrsprobleme, Rot-Grün ist das Problem in dieser Stadt, sehr geehrte Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein letztes Wort noch zum Thema Bürgerbeteiligung und Bürgermitbestimmung: Frau Stadträtin, Sie haben -

ich kann mich noch an die Medienberichterstattung erinnern - so darum gekämpft, dass Sie neben Verkehr und Stadtplanung und was weiß ich, für was alles Sie hier zuständig sind, auch zuständig sind für Bürgerbeteiligung. So prangt es auf Ihrem Türschild. Aber nicht nur, dass Sie sich um das Thema nicht gekümmert haben, nein, es ist noch viel schlimmer: Sie tun alles, damit die Bürger ja nicht zu Wort kommen, dass die Bürger nicht eingebunden sind!

Sie können nicht eine Pseudobürgerbeteiligung Ihrer grünen Klientel in Mariahilf oder Ottakring oder wo auch immer vergleichen mit einer demokratischen Bürgermitbestimmung durch eine entsprechende Wahl in geheimer Art und Weise. Das ist nicht dasselbe. Sie haben hier versagt als Stadträtin für Bürgerbeteiligung. Ich verlange von Ihnen, dass Sie sich hier für inkompetent erklären, dass Sie diesen Teil Ihrer Kompetenz zurücklegen *(Heiterkeit bei den GRÜNEN.)*, dass Sie hier ein Ansuchen erklären, dass in der Stadt die Aufgabenverteilung verändert wird. Denn Sie haben jedes Recht verwirkt, in irgendeiner Art und Weise über Bürgerbeteiligung und Bürgermitbestimmung auch nur einmal ein Wort zu verlieren, sehr geehrte Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir werden deshalb auch im Anschluss diesen Neuwahlantrag einbringen, weil Sie nicht in der Lage oder nicht willens sind, eine Volksabstimmung zu machen. Daher wird es eine Gesamtvolksabstimmung über diese Regierung geben müssen.

Aber bevor das der Fall ist, möchte ich wenigstens, um hier auch ein gewisses Maß an Praxisnähe und Hilfeleistung all jenen zu geben, die ab 1. Oktober betroffen sein werden von dieser sehr, sehr unglücklichen Parkraumbewirtschaftungsausweitung, die alle in Probleme bringt, etwas helfen. Mir geht es da vor allem um die Wiener Blaulichtorganisationen. Da sind viele auch ehrenamtliche Leute am Werk, die natürlich zu unterschiedlichsten Tages- und Nachtzeiten ihren Dienst antreten und auch beenden. Sie können weder mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren noch ist das zumutbar. Hier bedarf es natürlich entsprechender Ausnahmegenehmigungen.

In dieser Hinsicht bringe ich diesen Ihnen bekannten Antrag ein, gemeinsam mit meinen Kollegen Bernhard Dworak und Ingrid Korosec, und verlange die sofortige Abstimmung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte aber noch ein Wort oder ein paar Sätze verlieren zum Antrag der Freiheitlichen, der vielleicht gut gemeint ist, aber leider am Kern der Sache vorbeigeht. Lieber Toni Mahdalik, mit deinem Antrag gehst du wirklich Rot-Grün auf den Leim! Denn ich glaube, so weit haben wir uns doch geeinigt, was uns das gemeinsame Anliegen ist. Die Frage ist doch nicht, welches Modell der Parkraumbewirtschaftung in den Außenbezirken kommt, sondern ob überhaupt eine Parkraumbewirtschaftung in den Außenbezirken notwendig ist!

Ich glaube, darüber sollte man einmal abstimmen, denn die Straßenverkehrsordnung legt hier eindeutig fest: Wenn keine Notwendigkeit in sachlichen Komponenten gegeben ist, dann darf es auch keine Parkraum-

bewirtschaftung geben. So weit ist es ohnehin entsprechend gesetzwidrig, was Rot-Grün hier macht, weil es eine Ausdehnung in viele Gebiete macht, wo eben keine Überparkung vorherrscht.

Deswegen verstehe ich nicht, warum wir über Modelle abstimmen sollen. Mir geht es darum, dass wir über die grundsätzliche Situation, ob eine Ausweitung in der Parkraumbewirtschaftung erfolgen soll, abstimmen. Darüber haben wir uns geeinigt, das ist auch die Möglichkeit für die Menschen gewesen. 150 000 haben das wahrgemacht und angenommen, hier zu unterschreiben.

In diesem Sinne sollten wir auch, glaube ich, bei einer gemeinsamen Strategie bleiben und sollten nicht Rot-Grün auf den Leim gehen, die offenbar nur über Modelle abstimmen wollen. Sozusagen, wir führen einmal ein, dann lassen wir die Menschen irgendwann einmal sagen, na ja, wenn ihr eine kleine Änderung wollt, dann können wir ja noch darüber reden. Das ist genau die Taktik von Rot-Grün, und der dürfen wir als Opposition nicht auf den Leim gehen. Deswegen werden wir auch diesem Antrag unsere Zustimmung so nicht geben können.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, es liegt verkehrspolitisch sehr viel in dieser Stadt im Argen. Es ist mir nichts davon bekannt, dass es Initiativen seitens der Verkehrsstadträtin oder der SPÖ im Bereich eines Ausbaus der Wohnsammelgaragen auch im innerstädtischen Gebiet gibt. Von Park & Ride ist heute schon nebulos gesprochen worden. Sicherlich ist das notwendig, aber auch hier wissen wir, wo das Problem herrscht. Es herrscht in der Tarifstruktur das Problem, es herrscht in der Organisation das Problem. Sie sind faktisch leer, auch wenn sie gebucht sind.

Alle, die hier mit dem Thema sachlich befasst sind, kennen die Probleme. Es wäre ein Leichtes, sie zu lösen. Es wäre ein Leichtes, hier zusätzliche Stellplätze zur Verfügung zu stellen, um Einpendler abzufangen. Die technischen und sachlichen Lösungen liegen auf dem Tisch. Politisch will man es offenbar nicht, man will provozieren. Man möchte es hier offenbar zum Eklat mit Niederösterreich kommen lassen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann nicht erkennen, dass diese Stadträtin in irgendeiner Art und Weise ein einziges Problem verkehrspolitisch angegangen wäre oder gar gelöst hätte. Wir haben einen Baustellenommer hinter uns, der wieder einmal grandios schlecht gelaufen ist, schlechter als in den Jahren davor. Wir haben die Situation, dass Sie sich hier mit einem Thema in der Verkehrspolitik offenbar manifestieren wollen. Und Sie wissen, dass Sie hier gescheitert sind, dass Ihre Politik wie ein Kartenhaus zusammengestürzt ist.

Deshalb werden wir die Notbremse ziehen und einen entsprechenden Antrag auf Neuwahl einbringen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Chorherr. Ich erteile es ihm.

GR Mag Christoph **Chorherr** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrte Damen und Herren!

Auf zwei Dinge möchte ich mich in meiner Rede kon-

zentrieren. Ich beginne mit der Frage: Was ist demokratisch in einer Stadt, und was dürfen und sollen Parteien?

Ich richte mich jetzt ganz bewusst nicht primär an ÖVP und FPÖ, um diese, meine ich, wichtige Diskussion nicht auf Watschentanzniveau abzusenken. Mir geht es um die interessante Frage: Was entscheidet ein Gemeinderat, was entscheidet eine Regierung, was ist eine Ja/Nein-Demokratie und was ist direkte Demokratie?

Der Kern: Nein, wir halten es nicht für richtig, in Österreich und in Wien einen Weg der falschen und, ich füge sogar hinzu, gefährlichen Interpretation des Begriffes direkte Demokratie zu gehen, nämlich prinzipiell zu sagen: Wir stimmen wöchentlich, monatlich über Dinge ab, ohne vorher einen Verhandlungsprozess drangehängt zu haben.

Da gibt es einen großen Unterschied, den wir stärker betonen müssen: Was ist direkte Demokratie? Wie kommt in einer modernen Gesellschaft ein Kompromiss zustande? Es setzen sich verschiedene Interessenten, Kontrahenten an einen großen Tisch, und in der Regel stellt sich dann heraus, dass es nicht um eine Ja/Nein-Frage geht, sondern dass völlig unterschiedliche Vorstellungen, Wünsche, Kritikpunkte bestehen.

Bleiben wir bei der Parkraumbewirtschaftung oder nehmen wir die Frage der Mariahilfer Straße her: Da geht es ja nicht um Ja oder Nein. Da geht es um die legitimen Interessen von Geschäftsleuten, da geht es um Leute, die dort eine Garageneinfahrt haben, da geht es um Fragen der Anrainerinnen und Anrainer, da geht es um die Frage: Wo fährt der öffentliche Verkehr? Es gibt auch sehr viele weitere Dinge, wo man nicht Ja oder Nein sagen kann. Da geht es vielmehr darum, wie 25 verschiedene Interessen zu einem Kompromiss kommen. Der Kompromiss in einer Demokratie ist etwas, das herzustellen, zu verhandeln ist

Um ein Plakat der FPÖ aufzugreifen: Des Volkes Wille. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: „Dem Volk sein Recht“!)* Meine Damen und Herren! Des Volkes Wille liegt nicht auf der Straße, sondern des Volkes Wille, wenn wir schon bei diesem Begriff bleiben wollen – ich schätze, nicht –, das ist Demokratie und muss mühsam erstritten und ausverhandelt werden. Das ist nicht etwas, wo ich in Gladiatorenart etwas hineinwerfe und sage, Ja oder Nein? – Es kann Fälle geben, wo eine Volksbefragung, eine Volksabstimmung notwendig ist; aber ganz viele Fragen müssen direktdemokratisch ausverhandelt werden, zu ganz vielen Fragen müssen Kompromisse gesucht werden. Dafür treten wir sehr stark ein und wir praktizieren das auch. Ich möchte Beispiele aus dem Ressort der Frau Vizebürgermeisterin nennen.

Ich möchte jetzt auch unsere GRin Kickert hier hervorheben, die in Summe 80 Stunden im Bereich des Otto-Wagner-Spitals mit Bürgerinitiativen, mit Bauträgern, mit den Bezirken zusammengekommen ist, um, was viele gar nicht für möglich gehalten haben, zu etwas zu kommen, das bei allen Divergenzen eine Basis ist, die, wie ich gehört habe, jetzt von allen unterschrieben wurde, um zu einem sachlichen Prozedere zu kommen. Das war mühsam. Keiner geht hinaus und sagt, ich habe gewonnen, sondern da ist etwas Neues entstanden, das

man mittragen kann. Keiner ist sozusagen der große Sieger, aber es geht weiter. Da wurde etwas verhandelt und ein Erfolg erzielt.

Es gibt viele Beispiele aus der Stadtentwicklung. Beispiel 10. Bezirk, großes Entwicklungsgebiet Viola Park: Lange vor der öffentlichen Auflage, wo quasi schon die Dinge sehr weit gediehen sind, bevor die Widmung beginnt, gibt es Bürgerversammlungen.

Nordbahnhof: Lange bevor die Widmung beginnt, gibt es Dialoge, Bürgervorschläge, die aufgegriffen werden, Arbeitsgruppen, wo Bauträger, der Magistrat und Anrainerinnen und Anrainer, die oft divergierende Interessen haben, miteinander verhandeln, wo darüber geredet wird, wie man etwas einbeziehen kann. Und am Schluss kommt es, entschieden durch den Gemeinderat, zu einem Ergebnis.

Erst jüngst gab es einen Entwurf im 21. Bezirk beim Mühlweg. Einige werden das kennen: Bürgerversammlung, heftiger Protest von Anrainerinnen und Anrainern, der Flächenwidmungsplan wurde überarbeitet und sieht jetzt völlig anders aus.

Ich könnte jetzt eine Reihe von Beispielen dafür anführen, dass direkte Demokratie, Bürgereinbeziehung, Bürgerdialog – und nicht nur Bürgerinformation – Veränderung ist, die notwendig ist, um eine Entscheidung zu treffen.

Ich verhehle hier nicht, dass diese Meinung nicht von allen GRÜNEN geteilt wird, das möchte ich jetzt hinzufügen. Bei diesen schwierigen Fragen der Kräfteausbalancierung – was machen wir als Gemeinderäte, als Nationalratsabgeordnete, als Repräsentanten und wo sollen Bürgerentscheidungen bindend sein? – gehen die Meinungen auseinander, und zwar, wie wir alle wissen, quer durch die Parteien. So zum Beispiel bei der Frage des Demokratiepakets auf ÖVP-Seite, und das sage ich jetzt wertschätzend: Es ist ja nicht so, dass das alle einhellig so sehen. Das ist eine spannende Balance.

Ich nenne Ihnen ein Argument, warum ich, wenn es hart auf hart geht, ein großer Anhänger der repräsentativen Demokratie bin. Wo sehr starke Emotionen im Spiel sind – jetzt lasse ich bewusst die Parkpickerlsache weg, die könnte man jetzt im Verhältnis im Eingriff als nicht so fundamental bezeichnen –, hat eine repräsentative Demokratie, die vor einer Entscheidung eben zur Abkühlung von Emotionen beiträgt, etwas Zivilisierendes.

Wer Canettis „Masse und Macht“ kennt, weiß, was aufgepushte Emotionen hervorzurufen im Stande sind, man braucht sich das auf der Welt nur anzuschauen. Da halte ich die repräsentative Demokratie für ein zivilisierendes Element. Also bitte, halten wir auseinander: Mitbestimmung, Dialog der direkten Demokratie – das gilt es auszubauen in allen Ebenen – und eine reine Ja/Nein-Abstimmung, die oft zu negativen Ergebnissen führt.

Schauen wir uns ein reiches Land wie den Bundesstaat Kalifornien an. Kalifornien ist pleite, aber nicht, weil es so arm ist, sondern weil in einer Summe von Bürgerentscheiden der Regierung und dem dortigen Kongress derart die Hände gebunden wurden, dass kaum mehr Veränderungen möglich sind, weil dort zum Beispiel

auch über Steuern abgestimmt wird. Was jedem einleuchtet, nämlich dass auch wohlhabende Menschen, die in Kalifornien leben, einen gewissen Beitrag leisten können, wird dort mit Nein beschieden. Das hat zur Folge, dass Kalifornien pleite dasteht.

Ich bin stolz, dass Wien nicht vor der Pleite steht und dass Schritte gesetzt werden, die vielleicht manche Wienerinnen und Wiener als nicht angenehm empfinden. Niemand sagt, dass er gerne Gebühren und Steuern zahlt und deshalb dafür stimmen muss. Unsere Aufgabe ist es aber primär, das Gesamtwohl im Auge zu haben. Also Ja zu einer Entwicklung der direkten Demokratie, und da ist sehr vieles auszuprobieren.

Jetzt komme ich zu dem Argument, so etwas durchzusetzen sei undemokratisch. Dass Parteien mit etwas antreten – nämlich mit einer Vorstellung, dass etwas anders werden soll – und sich jetzt darum bemühen, das über den Gesetzesweg durchzusetzen, ist das Wesen der Demokratie. Es gibt einen Tag, wo darüber abgestimmt wird, das werden die nächsten Wahlen sein. Die nächsten Wahlen werden zeigen, ob da, wenn Sie das so aufteilen wollen, zwei große Anschauungen aufeinander prallen.

Da werden die Wienerinnen und Wiener entscheiden, ob sie den Weg gehen wollen, der den öffentlichen Verkehr, Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit, Sicherheit, Fußgängerverkehr fördert und sagt, wir müssen zum motorisierten Individualverkehr Alternativen schaffen und diesen auch begrenzen; oder ob man sagt, Hauptsache, man kann mit dem Auto überall frei hinfahren, und sich so einer Position anschließt.

Das ist eine legitime Position, Herr Stiftner, aber wir haben eine andere. Es werden die nächsten Wahlen sein, die das zu entscheiden haben. Ich halte es aber für eine merkwürdige Argumentation, wenn prinzipiell gesagt wird, es sei undemokratisch, wenn eine Regierung das tut, was eine Partei vor den Wahlen angekündigt hat, wenn sie es also umsetzt. Das halte ich für eine wirklich merkwürdige Argumentation. (*StR Mag Manfred Juraczka: Warum schreiben Sie das Gegenteil von dem, was Sie hier sagen?!*)

Jetzt noch ganz kurz zu dem Grund, warum wir das tun. Warum tun wir das? Ich nenne nur ein paar Argumente. Ich nenne sie öffentlich. Nicht weil ich glaube, dass ich die ÖVP und die FPÖ überzeuge, sondern weil sie wirklich tief aus meinem politischen Inneren kommen.

Wer dieser Tage Zeitungen liest, nimmt wahr: Das Eis der Arktis schmilzt so schnell wie niemals in der Geschichte. Die Realität erweist sich als schlimmer als die ohnehin pessimistischen Prognosen. Das heißt, der Treibhauswandel, mit all seinen Konsequenzen, nämlich Dürre und Hunger auf der Welt, wird nicht schwächer, sondern nimmt noch zu; und wir alle wissen, was die Ursache dieses von Menschen gemachten Treibhauseffekts ist. (*GR Mag Wolfgang Jung: Das Parkpickerl!*)

Das Parkpickerl ... Manchmal, bei gewissen Einwänden, ist es irgendwie schwierig, die Linie zu halten. Wir alle wissen, was die Ursache ist: die Verbrennung fossiler Brennstoffe, auch jene von Öl. Hier in Wien tun wir im größten Bereich dessen, was wir hier verantworten kön-

nen, sehr viel. Einerseits bei der Frage, wie wir unsere Häuser heizen. Da tun wir, da tut der StR Ludwig sehr viel, da bemühen wir uns um Effizienz. Andererseits geht es darum, wo es möglich ist, nicht mit dem eigenen Auto zu fahren.

Klimaschutzpolitik in Wien heißt daher, Alternativen zum Verbrennungsmotor zu bieten – auch aus sozialen Gründen, wenn wir uns die Preisentwicklung beim Öl anschauen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wir alle werden einmal gefragt werden: Wie habt ihr das gesehen, welche Auswirkungen der Treibhauseffekt hat, der Millionen Menschen in Afrika, im asiatischen Bereich durch die Ausbreitung der Wüsten in Elend, in Hunger und in den Tod stürzt? Wir werden gefragt werden als Politiker: Was habt ihr getan? Und ich will nicht sagen: Wir haben nichts getan, denn wir hätten da vielleicht ein paar Parkplätze verlieren können. Es ist für mich auch eine Frage einer globalen Gerechtigkeit. Wo wir können, müssen wir mit Maß und mit Ziel und nach Verhandlungen Schritte setzen, um die CO₂-Emissionen zu reduzieren. Das hat ganz massiv mit der Verkehrspolitik zu tun. Das werden wir auch weiter tun. Ich fühle mich auf Grund meiner politischen Überzeugung verpflichtet, das zu tun, und das werden wir auch fortsetzen.

Ein letzter Punkt noch: Was hat sich denn verändert? Und ich möchte das jetzt durchaus anders kodieren. Wenn man sich anschaut, wie sich Menschen verhalten, sieht man, dass sich diese Ideen durchsetzen. Schauen wir uns an, wie sich Menschen täglich verhalten, auch das ist eine Abstimmung. Da stellen wir fest: Wir haben eine Zunahme beim öffentlichen Verkehr wie wahrscheinlich noch niemals in der Wiener Geschichte. Jedenfalls fahren sehr, sehr viele Menschen mehr mit öffentlichen Verkehrsmitteln.

Da muss ich als Erstes den Wienerinnen und Wienern Danke sagen. Danke, dass ihr dieser Politik folgt, diese gemeinsamen Ziele teilt, dass die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel zu bevorzugen ist! Die Wienerinnen und Wiener kaufen Jahresnetzkarten wie noch nie, fahren mit den Öffis wie noch nie. Auch der Radverkehr steigt wie noch nie, und der Autoverkehr in den dicht besiedelten Gebieten geht zurück, und zwar so stark wie noch nie. Darauf soll und kann man stolz sein, und ich bin stolz auf diese rot-grüne Regierung, die nicht nur die Maßnahme setzt und sagt, na, irgendwann in 20 Jahren, sondern in zweieinhalb Jahren war es möglich, eine Veränderung des Verkehrsverhaltens herbeizuführen, die es so noch nie gegeben hat. Danke, Wienerinnen und Wiener, die das so machen! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Es würde meinen Zeitrahmen sprengen, diese Erfolge alle aufzuzählen, aber zu sagen, es werden keine U-Bahnen gebaut ... Ich meine, hallo! Die U1-Verlängerung, die im Süden Wiens eine deutliche Entlastung bringen wird, wurde von den beiden Frauen Vizebürgermeisterinnen erst vor wenigen Wochen gestartet. Die U2-Nordverlängerung ist im Bau und wird die Seestadt im nächsten Jahr erschließen und zeigen, dass es möglich ist, dass bereits vor einer Besiedelung die öffentlichen Verkehrsmittel ausgebaut sind. Mindestens so

wichtig ist aber der Neubau, die Verdichtung von Straßenbahnlinien: Allein fünf Straßenbahnlinien sind in Planung, werden umgesetzt.

Das heißt, wenn mehr Leute mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren wollen, danken wir ihnen nicht nur, sondern wir schaffen auch die Voraussetzungen dafür, dass mehr Leute fahren können, das heißt, der öffentliche Verkehr wird ausgebaut. Über den Radverkehr sage ich heute nichts, außer dass auch er entsprechend wichtig ist.

Das heißt, der Generaltrend geht in die richtige Richtung, und ja, manchmal muss man sich auch hinstellen und Dinge öffentlich vertreten, die nicht allen gefallen. Man muss versuchen zu argumentieren, versuchen zu überzeugen. Ich glaube, in einigen Jahren wird sich kein Mensch mehr vorstellen können, dass es keine Parkraumbewirtschaftung in den äußeren Gebieten gegeben hat, so wie sich kein Mensch vorstellen kann, dass jemals am Stephansplatz die Autos gefahren sind. Insofern ist das eine richtige Maßnahme, auf die wir als Regierung stolz sein können. – Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Gudenus. Ich erteile es ihm.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Ausführungen des Herrn Chorherr waren wirklich sehr interessant, Sie sind ja in diese kämpferische Rede mit dem Anspruch gegangen, uns eine theoretische Abhandlung darbieten zu wollen. Es gibt ja den schönen Spruch: „Grau, teurer Freund, ist alle Theorie. Und grün des Lebens gold'ner Baum.“

Ganz so grün ist er wahrscheinlich nicht, wie ihn Goethe hier gemeint hat. Aber Ihre wirklich wunderschönen theoretischen Ausführungen über Demokratie, direkte Demokratie, repräsentative Demokratie sind in Wirklichkeit nichts anderes gewesen als ein peinliches Herauswinden aus der Tatsache, dass Sie, solange Sie in der Opposition sitzen, bei jeder Garage eine Volksabstimmung oder Bürgerbefragung wollen, aber kaum sitzen Sie in der Regierung, drücken Sie das nieder, was mehr als 150 000 Wiener wollen, nämlich eine Volksbefragung zum Parkpicker! *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Das war ein peinliches Herauswinden, Herr Chorherr, so schön akademisch und theoretisch das auch noch geklungen haben mag. Eines steht fest: Die GRÜNEN sind keine demokratische Partei. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Das sagt mir ein Rechtsaußen?!)* Die GRÜNEN wollen jetzt, wo Sie in der Regierung sind, keine direkte Demokratie mehr. Schon gar nicht, wenn etwas von der Opposition kommt. Da wollen sie nur noch repräsentative Demokratie. Wobei man es bei ihnen eher repressive Demokratie nennen könnte, denn was Sie wollen, ist, von oben verordnen! Repressive Demokratie ist das, was Sie wollen! *(Beifall bei der FPÖ. – GR Mag Rüdiger Maresch: Das sagt mir ein Rechtsaußen! Ein Rechtsradikaler!)*

Dazu stehen Sie GRÜNE auch, und da sagen wir: Wehret den Anfängen! Denn mit genau solchen Politi-

kern beginnt das, was wir alle nicht wollen, nämlich ein totalitäres System; und das lehnen wir ab, meine sehr geehrten Damen und Herren, dazu legen wir heute ein Bekenntnis ab!

Die Frau Stadträtin für BürgerInnenbeteiligung geht schon ganz verschämt von ihrem Sitzplatz weg, weil sie ja, wie schon vorher gesagt wurde, ihres Amtes nicht würdig ist. Wo ist denn die BürgerInnenbeteiligung, wenn hier mit fadenscheinigen juristischen Gründen eine Volksbefragung verhindert wird, für die mindestens 150 000 Menschen unterschrieben haben?! Es sind mittlerweile schon viel mehr, weil auch nach dem Abgabetermin Unterschriften eingelangt sind. Stimmt, rechtlich gelten sie nicht, keine Frage, aber es ist ein eindeutiges, starkes politisches Zeichen.

Und diese Frau Stadträtin für BürgerInnenbeteiligung steht dann da und sagt schon, lange, bevor die Unterschriften eingereicht wurden, diese Volksbefragung oder die Fragestellung sein verfassungswidrig. Auch der Herr Bürgermeister stellt sich noch im Mai oder Juni hin und sagt, die Fragestellung sei verfassungswidrig. Dann kommt die MA 62, die natürlich weisungsgebunden ist, mit einem Gutachten, das das Papier nicht wert ist, auf dem es geschrieben ist, und sagt, die Fragestellung sei verfassungswidrig.

Das ist ein klarer eklatanter Rechtsbruch! Das ist offener Rechtsbruch, der hier, seitens der rot-grünen Stadtregerung, für jeden, österreich- und weltweit ersichtlich, durchgeführt wird. So etwas können wir nicht dulden, meine sehr geehrten Damen und Herren! Einen offenen Rechtsbruch können wir hier nicht dulden! Deswegen stimmen wir natürlich dem Neuwahlantrag der ÖVP aus vollster Überzeugung zu. *(Beifall bei der FPÖ. – Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Herr Maresch, dann seien Sie auch so ehrlich, eines ganz klar zu sehen: Wenn hier die Fragestellung verfassungswidrig sein soll, weil hier angeblich über Gebühren abgestimmt wird und so weiter, dann sind doch bitte auch alle Grundsatzbeschlüsse in den Bezirken vom Frühling verfassungswidrig oder zumindest geschäftsordnungswidrig gemäß der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen! Mit einem Wort: Alle Beschlüsse, die dieses ganze Prozedere überhaupt in Gang gebracht haben, nämlich die Erweiterung der Parkmeterzonen über mehrere Bezirke, all diese Grundsatzbeschlüsse sind rechtswidrig, sie gelten nicht! Das Ganze ist null und nichtig, es gilt einfach nicht!

Es müsste eigentlich heißen: Zurück zum Start, das alles gilt nicht. Aber Sie setzen sich über das geltende Recht hinweg und machen nichts anderes als Willkürakte. Das erinnert sehr, sehr stark an das Feudalsystem oder an Despotien, die eben mir nichts, dir nichts über die Rechtsordnung, falls vorhanden, hinwegsehen und auch den Willen von über 150 000 Bürgern ignorieren. Das ist Ihre Politik: reine Willkür! Da fragt man sich nur: Wo bleibt hier in Wien der Rechtsstaat? Es gibt einen Rechtsstaat, wir leben in einem Rechtsstaat, aber anscheinend wird dieser Rechtsstaat mit Füßen getreten, und zwar mit rot-grünen Füßen. Ich sage nur: Unter rot-grün: Rechtsstaat ade und Pjôngjang lässt grüßen!

Man sieht ja auch, wie in diesem Haus verfahren wird. Da kommt ein roter Abgeordneter bei der Übergabe der Unterschrift im Juni oder stürmt ans Rednerpult mit einem Messer, schneidet Kartons auf, und das Ganze ist es für Sie nicht wert, um über den Stil in diesem Haus zu diskutieren. Da frage ich mich: Wo bleibt die Einberufung des Disziplinarkollegiums, wenn hier ein Abgeordneter mit einem Messer zum Rednerpult stürmt und fremde Kartons aufschneidet? Wo bleibt diese Einberufung? Das ist ganz klar ein Bruch des Gelöbnisses, das dieser Abgeordnete bei seiner Angelobung abgegeben hat. Das ist in Wirklichkeit selbsterklärend. Wenn es Rote und Grüne sind, die sich unordentlich verhalten, ist es wurscht, aber wenn es einer von der Opposition ist oder gar ein Freiheitlicher, dann wird großes Tamtam gemacht.

Wie nervös Sie sein müssen, sieht man ja allein daran, dass Sie eine ganze Aktuelle Stunde – der stärksten Regierungspartei, eigentlich der Alleinregierungspartei mit grünem Anhängsel – einer Hasstirade gegenüber einer Partei widmen! Wie nervös müssen Sie sein? Ich weiß nicht, welche Umfrageergebnisse Ihnen vorliegen. Möglicherweise liegen wir in Simmering oder Favoriten schon fast gleichauf. Wie nervös müssen Sie sein! Die Aktuelle Stunde könnten Sie eigentlich dafür verwenden, Ihre tollen Projekte wie Wiener Charta und so weiter zu bewerben, oder neue Projekte, der Phantasie sind ja keine Grenzen gesetzt, meistens sind es Gebührenerhöhungen, aber Sie könnten irgendein neues politisches Projekt hier bewerben. – Nein, Sie stellen sich hin und schimpfen eine Stunde lang gegen eine Partei hier im Haus, nämlich gegen die FPÖ.

Das ist doch wirklich jämmerlich! Schaut doch einmal in den Spiegel, bitte! Haben Sie den Bürgern nichts anderes mitzuteilen, als zu sagen, hier sitzen die Bösen und hier die Guten? Also wirklich, wenn das das Verhalten einer Regierungspartei ist, dann wiederhole ich: Der Neuwahlantrag kommt genau richtig. Wir stimmen ihm zu. Und ich sage: Es ist im Endeffekt schäbig, wie Sie sich verhalten und sich über den Willen und den klaren Ausdruck der Bürger hinwegsetzen, die eine Volksbefragung zu diesem Thema wollen. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Rechtsaußen!)*

Ich bringe hiezu einen Beschlussantrag ein. Wenn nämlich diese Volksbefragung, die Sie angekündigt haben, die erst irgendwann nächstes Jahr stattfinden soll, stattfindet, dann verlangen wir, dass dabei auch über das freiheitliche Modell der kostenlosen Parkraumbewirtschaftung, des kostenlosen Parkpickerls befragt wird. Diesen Beschlussantrag bringe ich hier abschließend ein. Wir bitten um Ihre Zustimmung. *(Beifall bei der FPÖ)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Franz Ekkamp. Ich erteile es ihm.

GR Franz **Ekkamp** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Herr Vorsitzender! Frau Berichterstatterin! Geschätzte Damen und Herren!

Ich werde versuchen, wieder etwas mehr Sachlichkeit in die Diskussion zu bringen, denn ich denke, das entspricht eher der Kultur dieses Hauses oder sollte der Kultur dieses Hauses entsprechen. Gestatten Sie mir

aber noch eine Bemerkung zu einem Thema, das jetzt erwähnt wurde, nämlich zum Rechtsstreit und zur Stellungnahme der Magistratsabteilung 62, zur Befragung über die Ausweitung des Parkpickerls. Ich denke, es gibt auch in einem Rechtsstaat, auch in einer Rechtsstadt wie Wien einen Rechtsweg, und den kann jede Partei, jede Person beschreiten. Aber wenn Wien in diesem Zusammenhang mit Diktaturen verglichen wird, meine sehr verehrten Damen und Herren, was sicher nicht der Kultur dieses Hohen Hauses entspricht, dann weise ich das auf das Schärfste zurück! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Das Thema ist die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung. Es ist, glaube ich, unbestritten, dass der Kfz-Verkehr Lärm, Feinstaub und Abgase entwickelt, und dadurch die Lebensqualität reduziert. Ich denke, dass es Aufgabe der Politik ist, dagegen einzuschreiten; denn auch die Wienerinnen und Wiener haben es verdient, in einer lebenswerten Stadt mit hoher Lebensqualität zu leben. Ich denke da weniger, wie es vielleicht heute schon gefallen ist, an etwaige Strafzahlungen wegen hoher Abgase, sondern eher an die Gesundheit dieser Menschen in dieser Stadt.

Wenn man die Zahlen über die Jahre vergleicht, so sind 1993 40 Prozent der Wege in Wien mit dem Auto zurückgelegt worden und 29 Prozent mit den Öffis; 2011 hingegen sind nur noch 29 Prozent der Wege mit dem PKW oder dem Kfz zurückgelegt worden, weil bereits 37 Prozent mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt worden sind.

Da sind eben Maßnahmen gesetzt worden, da hat es Reaktionen der Politik gegeben, nämlich den Verkehrsmasterplan und die Parkraumbewirtschaftung. Das hat in jenen überparkten Bereichen in den Bezirken die Überparkung um zwischen 35 und 45 Prozent reduziert. Das bedeutet natürlich auch Lebensqualität, weil man leichter einen Parkplatz findet. Garantie gibt es keine, das stimmt. Es ist nicht möglich, dass man auf der Straße einen Parkplatz nummeriert wie in einer Garage. Die Sorge, die aber entsteht – und auch da hat sich vieles verändert, es sind heute schon Zahlen genannt worden –, ist nämlich der Pendelverkehr. Sie wissen, es arbeiten sehr viele Menschen in unserer schönen Stadt. Das ist auch gut so, soll auch so sein. Aber 350 000 Menschen pendeln täglich nach Wien, wobei der überwiegende Teil, 250 000, mit dem PKW nach Wien kommen. Das sind um zirka 100 000 mehr als vor 10 oder 12 Jahren.

Jetzt stellen Sie sich vor, wie es in Wien aussieht: Wenn man zum Beispiel von 7.30 Uhr bis 9 Uhr oder 9.30 Uhr in Wien an den Hauptverkehrsstraßen mit dem Auto fahren will, ist es fast unmöglich wegen der täglichen Staus, meine Damen und Herren. Am Abend und am Nachmittag beginnt das meistens um 16 Uhr und dauert bis 18 Uhr beziehungsweise 18.30 Uhr. Es sind nicht die Wienerinnen und Wiener, die diesen Stau herbeiführen, sondern das sind jene Menschen, die nach Wien hereinfahren und dann wieder hinausfahren.

Nun gibt es immer so eine große Sorge um die Wirtschaft, erst recht weil wir eine klein strukturierte Wirtschaft haben. Das ist richtig, aber hat man an die schon

gedacht? Die Gewerbebetriebe sperren ja auf um 7 Uhr, 7.15 Uhr, 7.30 Uhr, und dann fahren sie natürlich ihre Aufträge abarbeiten. Wenn jemand Glück hat und in der Nähe seines Betriebes bleibt, dann wird ihn das nicht stören. Aber wenn er ein bisschen weiter, in andere Bezirke fährt, dann steht dieses Kfz oder dieser Lieferwagen oder VW-Bus mit den Monteuren im Stau, er kommt nicht weiter. Na, zu welchem Vorteil ist das? Wahrscheinlich nicht zum Vorteil des Kunden, denn irgendwem muss er es verrechnen, und schon gar nicht zum Vorteil des Unternehmens. Genauso ist es auch am Abend. Also, man darf die Fakten nicht ausblenden, da muss man handeln.

Ich habe gar kein Problem, wenn die Opposition gegen die Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung ist. Mein Gott, so ist es nun mal in einer Demokratie, so ist es in der Politik. Aber wenn ich einen Antrag sehe, oder wenn ich so höre, dass von „großflächiger Erweiterung“ gesprochen wird, dann muss ich das in Abrede stellen. Die Bereiche, wo das erweitert werden soll, oder erweitert werden wird, sind nämlich lediglich Bereiche in Bezirken in der Nähe von neuralgischen Umsteigestellen von öffentlichen Verkehrsmitteln wie U-Bahn oder S-Bahn. Dort leiden die Menschen unter sehr starker Überparkung und finden keine Parkplätze mehr. Ich darf aus eigener Erfahrung erzählen, schauen wir doch nach Döbling. In Oberdöbling oder Heiligenstadt haben wir drei U-Bahn-Stationen in der Nähe: Währinger Straße, Spittelau und Heiligenstadt. Fahren Sie einmal mit dem Auto in diese Gebiete und versuchen Sie, dort einen Stellplatz zu bekommen!

Jetzt wird man uns vorwerfen, ihr müsst Garagen bauen. – Haben wir alles initiiert. Wir haben in Döbling vier neue, große Garagen gebaut, zwei Volksgaragen, wo der Preis ... (*StR Mag Manfred Juraczka: Und wer hat die mobil gemacht?!*) Wir haben sie ja trotzdem gebaut, ist ja völlig egal. (*StR Mag Manfred Juraczka: Ist wurscht?!*) Es ist notwendig. Wir haben zwei Volksgaragen gebaut, die einen Preis von 80 EUR haben, und zwei Garagen, die gefördert worden sind, aber dort kostet ein Stellplatz mit 20-prozentiger Förderung bereits 109 EUR. Glauben Sie, dass die Garagen voll sind? Ich glaube es nicht, und ich weiß es, weil das eben zu teuer ist.

Was die Überparkung betrifft, habe ich mir die Arbeit gemacht, mir das einmal anzusehen. Ich lade jeden ein, mit mir von der U-Bahn-Station Heiligenstadt zur Grinzingger Straße zu gehen, entlang des Karl-Marx-Hofes. Es sind nur 500, 600 m. Schauen Sie einmal mit offenen Augen: Ich habe wirklich mitgezählt und bin auf diesen 600 m, am Nachmittag um 15 Uhr war das, auf einen Anteil von 50 Prozent PKWs mit Nichtwiener Kennzeichen gekommen. Wenn Sie mit den Menschen dort reden, sagen die Ihnen ins Gesicht: Ich traue mich gar nicht mehr in der Früh wegzufahren, weil ich weiß, ich bekomme bis 20 Uhr dort, wo ich wohne, oder in meiner näheren Umgebung keinen Parkplatz.

Also da gibt es natürlich schon einen gewissen Handlungsbedarf und das soll man auch nicht ausblenden. Und ich hätte gemeint: Befragen wir doch einmal die

betroffenen Gebiete, auch einmal in Döbling! Was sagen eigentlich die, die direkt betroffen sind und nicht irgendwo ein Haus im Grünen haben? Ich vergönne es jedem, aber fragen wir doch einmal die Betroffenen dort direkt, in Form einer Bürgerbeteiligung! Befragen wir sie! Schauen wir einmal, was es dort für Meinungen gibt! Sie werden sich wundern, was Sie da für Ergebnisse herausbekommen.

Es ist heute von einem Redner angesprochen worden: Das Recht geht vom Volke aus. Ich habe mir das so aufgeschrieben, wortwörtlich. Aber da würde ich gerade der ÖVP empfehlen, einen Blick nach Döbling zu werfen, wie dort nämlich mit gewollten Befragungen umgegangen wird. Die Qualität, das sage ich ganz persönlich, das habe ich auch schon persönlich in Döbling gesagt, ist dort stark zu hinterfragen; und es würde euch gut tun, dort einmal eine interne politische Revision durchzuführen, damit man sieht, wie das dort ist.

Wenn wir schon von Bürgerbefragungen reden, dann fragen Sie doch einmal die Menschen, die in den Parkpickerlbezirken wohnen! Auch die sollten wir einmal fragen. Wenn das Parkpickerl unnötig ist, dann fragen wir sie einmal! (*StR Mag Manfred Juraczka: Ja, dann fragen wir sie gemeinsam! Fragen wir sie!*) Entschuldigung, ich bringe meine Argumente vor, Sie haben Ihre Argumente genauso vorgebracht. Fragen Sie einmal, was es dort für Meinungen gibt. Dass Sie Unterschriften gesammelt haben, ist durchaus legitim, aber ich glaube nicht, dass Sie von dort viele Unterschriften bekommen haben, denn die Leute dort sehen die Vorteile, und ich habe vorher schon gesagt: 40 Prozent.

In einem der heutigen Diskussionsbeiträge ist auch angesprochen worden: Noch bessere öffentliche Verkehrsmittel. – Da bin ich ganz bei Ihnen. Die sind in Wien im Vergleich zu anderen Städten gut. Ich lade jeden ein, in andere Städte zu fahren und dort mit offenen Augen die Öffis zu benutzen. Wir haben tolle öffentliche Verkehrsmittel. Ich gebe aber zu, dass die sogenannten Radialverbindungen am Stadtrand nicht optimal sind. (*Demonstrativer Beifall bei der ÖVP.*)

Super, danke! Jetzt gebe ich Ihnen wieder einen Rat: Schauen Sie einmal nach Döbling! Ich kenne einen Vorgänger, der ist jetzt im Nationalrat, der hat das immer gefordert, das Thema, 40A. Ich bitte Sie, ich fordere Sie sogar auf: Reden Sie mit der ÖVP in Döbling, warum sie den 40A seit 15 Jahren verhindert! Das wäre eine Radialverbindung, wo man ... Bitte nicht nur den Kopf schütteln, ich weiß, wovon ich rede: Sieben Anträge und keiner ist umgesetzt. Fragen Sie einmal den Kollegen von der FPÖ, wie man dort mit Anträgen zum Thema öffentlicher Verkehr umgeht! Ich will mich jetzt nicht näher verbreiten. Ich empfehle Ihnen nur: Sehen Sie nach Döbling, reden Sie einmal ... (*GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Machen wir die U-Bahn!*)

U-Bahn, auch gut, Stichwort U-Bahn. Passt schon, ein bisschen Zeit habe ich noch. Da gibt es dann so skurrile Vorschläge, das ist in der Öffentlichkeit gut gemeint: Bauen wir doch die U-Bahn nach Klosterneuburg! Das betrifft wieder den Raum Döbling. Ich habe mir sehr intensiv angesehen, was das bringt. Gerade eine Partei,

die die Wirtschaftskompetenz für sich in Anspruch nimmt, sagt, bauen wir eine U-Bahn nach Klosterneuburg! Ich hoffe, Sie wissen, was 1 km U-Bahn-Bau im Tagbau kostet: 110 Millionen EUR. Es sind 8 km. Das heißt, wir brauchen fast 900 Millionen EUR. Jetzt muss man noch einmal entgegenhalten ... (*GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Aber in anderen Städten ist der U-Bahn-Bau billiger!*)

Noch einmal, das ist so, weil der Unter-Tag-Bau 140 Millionen EUR kostet, das ist so. Wenn Sie jetzt die Leistungsfähigkeit der U-Bahn heranziehen, so kann die U-Bahn pro Stunde bis zu 30 000 Menschen transportieren. Ich hoffe, Sie wissen, wie viel Einwohner Klosterneuburg hat, denn zwischen Nußdorf und Klosterneuburg gibt es nur das Kahlenbergerdorf, sonst wohnt niemand auf dieser 8 km-Strecke. Also, man sollte die U-Bahn wohl dort hinbauen, wo viele Menschen wohnen, wo man Leute bewegen, transportieren kann. Nun bauen wir die U-Bahn nach Klosterneuburg, dabei hat Klosterneuburg sage und schreibe 24 000 Einwohner. In 50 Minuten wäre ganz Klosterneuburg evakuiert und würde die U-Bahn leer fahren! (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Jetzt gibt es noch ein Argument, Park & Ride in Klosterneuburg. Es waren scheinbar noch nicht viele in Klosterneuburg. Ich war schon oft dort, ich habe mir das angeschaut. Rechts von der Stelle, wo die U-Bahn hinkommen sollte, wo die Station sein sollte, nämlich in Weidling, ist die Au. Ich wünsche jedem viel Glück, der dort eine Park-and-ride-Anlage hinbaut. Und links ist die Altstadt. Also es geht nicht. Daher kann Niederösterreich dort nicht einmal eine Park-and-ride-Anlage anbieten. Daher verstehe ich auch die Argumentation der Niederösterreichischen Landesregierung: Bitte gebt Ruhe, fordert das nicht, denn das kostet eine Menge Geld. Wien kann diese 880 Millionen EUR sicherlich nicht bezahlen. (*Zwischenruf von StR Mag Manfred Juraczka.*) Da muss man auch die Wirtschaftlichkeit und den Nutzen hinterfragen. Man kann einfach nicht irgendwo eine U-Bahn hinbauen und sie dann 8 km leer hin und her fahren lassen.

Vorletzte Bemerkung, zum Thema Demokratie. Ich meine es nicht persönlich, was ich jetzt sage, aber viele werden sich noch erinnern, überhaupt die Älteren oder die erfahrenen Mitglieder dieses Hauses: Ich kann mich erinnern, wie man die Donauinsel gebaut hat. Ich war damals noch nicht hier herinnen, ich habe nicht mitemtschieden. Da hat es viel Aufregung gegeben. Es hieß, das sei Geldvernichtung, Geldvergeudung. Damals hat die ÖVP sogar gesagt, wir treten aus der Wiener Regierung aus. Ich schätze, das war 1973 oder 1972. (*GR Heinz Hufnagl: 1973!*) Danke, Herr Kollege, 1973. Damals sind Neuwahlen gefordert worden. Jetzt stellen Sie sich vor, wir wären diesem Rat gefolgt! Wir hätten nicht dieses exzellente, anerkannte Freizeitzentrum, das 100 000-fach genutzt wird, und stellen Sie sich vor, wir hätten keinen Hochwasserschutz!

Punkt 1: Ich glaube, es war am Sonntag. In der „Kronen Zeitung“ habe ich ein Bild vom Stephansplatz gesehen, als wir noch mit den Autos durchgefahren sind. Es war schön. 1974, glaube ich, ist die Kärntner Straße zu

einer Fußgeherzone umgebaut worden. Ich kann mich selbst noch daran erinnern. Ich war damals ein junger Mensch. Auch ich bin da früher mit dem Auto durchgefahren, auf dem Weg vom 19. Bezirk in den 3. Bezirk, in meine Firma. Damals hieß es, die Wirtschaft würde sterben, zugrunde gehen. Und versuchen Sie heute, die Kärntner Straße als Fußgeherzone für den Kfz-PKW-Verkehr wieder aufzumachen! Sie würden Ihre blauen Wunder erleben. Seien wir froh, dass wir damals diesen politischen Ratschlägen nicht gefolgt sind. Ich glaube, bei der Entwicklung in einer Stadt ist eben auch ein bisschen Weitblick gefordert. Die Parkraumbewirtschaftung habe ich schon angesprochen. Da gibt es große Aufregung, das ist schon mehrfach diskutiert worden, bei einer Veränderung, meine sehr verehrten Damen und Herren. Aber es waren trotzdem Entscheidungen, die vorausschauend waren.

Der letzte Punkt, den ich ansprechen will: Da gibt es einen Antrag der Freiheitlichen Partei, der vielleicht gut gemeint ist, für die Pendlerinnen und Pendler und natürlich auch für gewisse Wienerinnen und Wiener, dass man um 1 EUR in den Park-and-ride-Häusern parken kann, wenn man im Besitz einer Jahreskarte, Monatskarte oder Wochenkarte ist. Haben Sie sich schon einmal ausgerechnet, was die Jahresgebühr für eine Park-and-ride-Garage kostet, wenn man im Besitz einer Jahreskarte ist? 465 EUR, glaube ich. Wenn man das dividiert durch die Tage, nämlich 365 – man wird das nicht immer nutzen, denn es gibt auch den Urlaub –, dann würde man kommen auf 1,20 EUR pro Tag. Also kann man nicht sagen, dass das so teuer ist.

Wenn man jetzt den Urlaub herausrechnet, sagen wir, 5 Wochen Urlaub, wenn es für die Pendlerinnen und Pendler ist, dann kommt man auf 1,40 EUR. Also so ein Preisgetreibe ... (StR Mag Manfred Juraczka: *Die Parkscheine sind teuer, nicht das Parkpicker!*) Na, das stimmt, 465 braucht man nur zu dividieren, das kann man händisch oder eben mit einem Rechner machen. Das ist nun mal so, und 5 Wochen Urlaub lassen sich abrechnen, ganz einfach.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Ich denke, in jeder Situation, insbesondere wenn es um Verkehrswege geht, aber natürlich auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen, ob 1990, 2000 oder 2010, muss man immer die weitere Entwicklung betrachten. Da sich vieles verändert und sich in einer Stadt immer mehr die Frage der Lebensqualität stellt – das war früher vielleicht nicht so, aber jetzt immer mehr –, ist es eben notwendig, dafür einzutreten und zu handeln. Daher sehe ich es sehr positiv, dass sich jetzt eine Expertenkommission mit dem Thema Parkraumverkehr und letztlich auch mit dem Thema Lebensqualität beschäftigt und möglicherweise in Kürze neue Konzepte zur Lenkung des fließenden und des ruhenden Verkehrs vorlegen wird. (StR Mag Manfred Juraczka: *Da rennen sie euch ja die Tür ein!*)

Dann sollte man natürlich die Wienerinnen und Wiener darüber befragen. Ich halte das für einen sehr guten Weg, denn nichts verändern, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, heißt Stillstand; und Stillstand, insbesondere

für eine Stadt, ist immer schlecht. Ich glaube, Stillstand hat einer Stadt wie Wien nie gut getan. Daher gibt es auch ständig die politischen Überlegungen, gewisse Entwicklungen zu hinterfragen und neuere Entscheidungen im Sinne der Lebensqualität der Wienerinnen und Wiener herbeizuführen. – Danke schön! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Dkfm Dr Aichinger. – Bitte.

GR Dkfm Dr Fritz **Aichinger** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die heutige Diskussion hat schon einige skurrile Aspekte zu Tage gebracht. Ich darf damit beginnen, dass bei den Reden der Opposition von der Sozialdemokratischen Fraktion zeitweise nur drei Abgeordnete herinnen gesessen sind. Daran sieht man, wie ernst Sie das nehmen und wie Sie dieses Thema hier durchdrücken wollen.

Aber auch zu den einzelnen Gemeinderäten: Lieber Franz Ekkamp! Ich höre dir normalerweise sehr, sehr gerne zu, aber einer deiner letzten Sätze von heute hat mich ein bisschen enttäuscht, nämlich als du gesagt hast, dass du es als einen sehr guten Weg empfindest, etwas zuerst einzuführen und dann abzustimmen. Das war ein Satz, der mir überhaupt nicht gefallen hat, denn normalerweise überlegt man etwas, macht ein Konzept, fragt die Menschen und führt es erst dann ein. Also das war an und für sich nicht dein Stil, das muss ich schon sagen. (*Beifall bei ÖVP und FPÖ.*)

Zum Kollegen Lindenmayr: Lieber Siegi! Das war heute für mich ein Beitrag, der das Thema total verfehlt hat: Du hast uns in 40 Minuten deiner angeblichen Redezeit erzählt, was weltweit alles passiert, aber ich glaube, das war nicht das Thema. Das Thema ist: Wir wollen in Wien eine Parkraumbewirtschaftung machen. Es gibt eine Parkraumbewirtschaftung und wir haben eben gesagt, okay, es soll eine Erweiterung geben und da wollen wir die Bürger befragen.

Jetzt kommt das, worauf es mir im Großen und Ganzen ankommt: Die Bürger haben zu einem hohen Anteil unterschrieben, 150 000 haben unterschrieben. Du hast uns aber vorgeworfen, wir hätten das vielleicht irgendwo im Hinterzimmer zusammengesammelt und Ähnliches. 107 000 oder 109 000 Unterschriften hat die Magistratsabteilung 62 sogar bestätigt, obwohl wir das nicht wissen.

Nur ein Nebensatz zum Kollegen Maresch: In den Zeitungen haben wir es natürlich gelesen, aber die MA 62 hat uns keine offizielle Antwort gegeben, welche Unterschriften gültig sind und welche nicht. Aber, auch in einem Nebensatz, ihr wisst ja, laut Wiener Stadtverfassung hätten 57 000 Stimmen genügt. Auch das sei klar gesagt zum Thema Unterschriften. So geht man damit um und so ist hier eigentlich argumentiert worden.

Vielleicht noch ein Satz dazu, warum wir alle Wiener Bürger befragen wollen: Das Wesentliche bei der Parkraumbewirtschaftung ist ja, dass es Gebiete gibt, wo Parkgebühren gezahlt werden müssen, von jedem, der einfährt. Das heißt, die Parkgebühr ist das Entscheidende

de. Und das Parkpickerl oder auch diese Pauschalverordnung, wie wir sie heute hier beschließen, ist für die Anwohner, da wird eben ein Pauschalbetrag verlangt. Aber jeder andere Wiener, der in diese neuen Gebiete fährt, wo vielleicht kein Bedarf besteht – und das ist der Punkt, weil auch Bedarfsprüfung notwendig ist –, müsste dann ganz einfach zahlen.

Wir wissen, wir haben vor relativ kurzer Zeit die Parkgebühren um 66 Prozent erhöht; und es ist keine einfache Geschichte, wenn man irgendwo in die neuen Gebiete auf Besuch fährt, 2 EUR pro Stunde zu zahlen. Darum ist es uns gegangen, dass wir eben die Bürger fragen: Wollt ihr das, brauchen wir das?, und nachher die Maßnahmen setzen, wie all die, die uns hier heute angekündigt worden sind: Garagenbau und ähnliche Dinge mehr, was natürlich selbstverständlich ist, weil wir alle gemeinsam die Verkehrsprobleme hier in Wien lösen wollen. Das billigste Argument war natürlich, alle Schuld an Niederösterreich abzuschieben, weil die zu wenig Park & Ride bauen. – Da müssen wir zuerst Verkehrsverbindungen dorthin bauen, damit Park & Ride überhaupt verwendet werden kann.

Kollege Maresch, wie immer sehr ideologisch, sehr pointiert im Großen und Ganzen, aber wie gesagt ... (*GR Mag Rüdiger Maresch: Ich bin Ideologe!*) Ja, das haben wir gemerkt, aber auch Sachpolitik wäre hier ganz angenehm. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Ich bin ideologischer Sachpolitiker!*) Ideologische Sachpolitiker, gut. Sie sind jedenfalls in der Sachdiskussion sehr einseitig und treten nur für eine sehr kleine Gruppe ein. Ihnen, lieber Kollege, geht es nicht um das Miteinander – das ist heute schon einmal in der Aktuellen Stunde im Vordergrund gestanden – in der Stadt, sondern euch geht es ausschließlich um Ausschaltung oder Ausspielen der einen oder anderen ... (*Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.*) Ich will alle gleich behandeln. Ich will, dass alle in Wien das Recht haben, das Verkehrsmittel frei zu wählen, dass sie das Verkehrsmittel nehmen, das ihnen am günstigsten, am besten erscheint. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Darf ein jeder!*) Ich will nicht, dass man den Autokauf verdammt und sagt, das ist nicht ...

Meine geehrten Damen und Herren! Es gibt einige Gründe, warum wir uns heute für eine Neuwahl aussprechen. (*Neuerlicher Zwischenruf von GR Dipl-Ing Martin Margulies.*) – Nein, nein, schauen Sie in den Protokollen nach! Es ist heute schon in der Fragestunde erwähnt worden, dass die Leute sich kein Auto kaufen sollen. Schaut euch die Protokolle von der Fragestunde von der Frau Vizebürgermeister an!

Meine Damen und Herren! Das ist einer der Gründe, warum wir glauben, einen Neuwahlantrag einbringen zu müssen. Es muss hier eine neue Politik gemacht werden. Es gibt noch sehr viele andere Baustellen in diesem Hause, die diese Regierung verursacht hat. Einige wenige davon darf ich noch aufzählen: In der Fußgängerzone Mariahilfer Straße herrscht Chaos. Auch bei den öffentlichen Verkehrsmitteln gibt es, wie wir heute schon gehört haben, Engpässe. Es sind einfach zu wenig Verkehrsmittel vorhanden, als dass wirklich alle Bürger, die einsteigen wollen, fahren könnten. Es hat heuer sehr viele

Wasserrohrbrüche und Stromausfälle gegeben. Ich glaube daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist Zeit, ein bisschen umzudenken. Es ist Zeit, den Wienerinnen und Wienern die Chance zu geben, einen neuen Gemeinderat zu wählen. Ich darf daher mit meinen Kollegen Wolfgang Ulm und Alexander Neuhuber den Beschluss-/Resolutionsantrag einbringen:

„Gemäß § 13 Abs 2 der Wiener Stadtverfassung wird der Gemeinderat der Stadt Wien vor Ablauf der Wahlperiode aufgelöst. Der Herr Bürgermeister wird ersucht, gemäß § 3 der Wiener Gemeindewahlordnung die Neuwahl der Mitglieder des Gemeinderates und der Bezirksvertretungen so anzusetzen, dass nach Ablauf der gesetzlich vorgesehenen Fristen zum frühestmöglichen Termin gewählt werden kann.“

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ – Danke schön. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Die Berichterstatterin verzichtet auf das Schlusswort. Wir kommen daher zur Abstimmung des vorliegenden Poststücks. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag der Berichterstatterin zustimmen wollen, die Hand zu erheben. Wir haben einen Abstimmungsvorgang. – Das Poststück ist mit den Stimmen von Rot und Grün mehrheitlich angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung von drei vorliegenden Beschluss- und Resolutionsanträgen. Ich gehe in der Reihenfolge des Einbringens vor.

Der erste Beschluss- und Resolutionsantrag wurde gestellt von den ÖVP-Gemeinderäten Dipl-Ing Roman Stiftner, Ing Mag Bernhard Dworak und Ingrid Korosec betreffend Ausnahmegenehmigung betreffend die Parkraumbewirtschaftung für die Wiener Baulichtorganisationen. In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die diesem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. – Der Antrag ist abgelehnt, nur ÖVP und FPÖ haben zugestimmt.

Ich komme zur Abstimmung des zweiten eingebrachten Beschluss- und Resolutionsantrags, nämlich jenem der FPÖ-Gemeinderäte Mag Johann Gudenus, MAIS und Anton Mahdalik betreffend kostenfreies Parkpickerl für Wien. Auch hiezu wurde die sofortige Abstimmung verlangt. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die diesem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. – Auch dieser Antrag wird mehrheitlich abgelehnt, gegen die Stimmen der FPÖ.

Ich komme nun zum dritten eingebrachten Beschluss- und Resolutionsantrag der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Dr. Fritz Aichinger, Dr. Wolfgang Ulm und Mag Alexander Neuhuber betreffend Neuwahlen. Es gibt hier keinen Betreff im vorliegenden Antrag, der mir gerade überreicht wurde. Es ist ein Antrag, der lautet: Der Herr Bürgermeister wird ersucht, gemäß § 3 der Wiener Gemeindewahlordnung die Neuwahl der Mitglieder des Gemeinderates und der Bezirksvertretungen so anzusetzen, dass nach Ablauf der gesetzlich vorgesehenen Fristen zum frühestmöglichen Termin gewählt wer-

den kann. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die diesem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. – Dieser Antrag wurde ebenfalls mehrheitlich abgelehnt. Nur ÖVP und FPÖ haben diesem Antrag zugestimmt.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 1 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft den dritten periodischen Bericht für das Jahr 2012. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Strobl, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter GR Friedrich **Strobl**: Ich bitte um Zustimmung.

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Dr Kappel. Ihre Redezeit beträgt 20 Minuten.

GRin Mag Dr Barbara **Kappel** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Herr Berichterstatter! Meine Damen und Herren!

Nach der doch sehr emotional geführten Debatte zum ersten Tagesordnungspunkt, zum Poststück 3, Parkraumbewirtschaftung – die sogar in einen Neuwahlantrag der ÖVP gemündet hat, der auch von unserer Fraktion unterstützt wurde –, kommen wir jetzt wieder zu einem etwas sachlicheren Themenkreis zurück, nämlich zum Poststück 1, dem 2. periodischen Bericht im Jahr 2012 über genehmigte Überschreitungen von Ausgabenposten für das Verwaltungsjahr 2012 und ebenso zum 3. periodischen Bericht über die Genehmigung von Ausgabenposten für das Verwaltungsjahr 2012.

Beide betreffen Verwaltungsausgabenüberschreitungen für das 2. Quartal 2012. Dieses Poststück wurde am vergangenen Mittwoch, dem 5. September 2012, im Finanzausschuss behandelt. Unsere Fraktion hat das Poststück im Finanzausschuss zur Kenntnis genommen. Meine Damen und Herren, es ist mir heute ein besonderes Anliegen, zu sagen, dass unsere Fraktion dieses Poststück im Rahmen der Sitzung ablehnen wird. Für diese Ablehnung, meine Damen und Herren, haben wir einige gute Gründe, und diese Gründe würde ich Ihnen gerne in der Folge erläutern.

Zum besseren Verständnis der Gründe ist es notwendig zu wissen, dass im 1. Halbjahr 2012 insgesamt drei Ausgabenüberschreitungsposten eingebracht wurden. Zuerst gab es im 1. Quartal 2012 eine Überschreitung im Ausmaß von 24 Millionen EUR als Betriebskostenzuschuss für die Wiener Linien auf Grund der Tarifreform. Das war das grün-rote Wahlkampfzuckerl zum Thema „Jahreskarte für den öffentlichen Verkehr“, mit 24 Millionen EUR an Budgetüberschreitung im 1. Quartal. Eine Maßnahme, die Sie im Gebührenrausch den Bürgern als positiv verkaufen wollten, die aber in Wirklichkeit wieder der Bürger zahlt, denn die 24 Millionen EUR Budgetüberschreitung zahlt ja niemand anderer als der Wiener Steuerzahler! Ich habe das auch schon mehrfach angeführt. Wir haben das auch damals abgelehnt. Also, 24 Millionen EUR Überschreitung im 1. Quartal.

Der 2. periodische Bericht ist auch sehr interessant. Der sieht nämlich eine Überschreitung vor, die eigentlich ein Wahnsinn ist, er sieht nämlich eine Überschreitung von 321 Millionen EUR vor. Meine Damen und Herren,

wenn Sie sich in Erinnerung rufen, dass Überschreitungen ab 300 000 EUR – das heißt, 0,1 Prozent dessen, was hier überschritten wird, Einzelposition, zum Beispiel Überschreitungen von 303 000 EUR – gemeinderatspflichtig sind, ist das im 2. periodischen Bericht angeführte Überschreibungsvolumen von 321 Millionen EUR ein ziemlicher Hammer. Und wofür war das gut? Von den 321 Millionen EUR entfielen allein auf die Position „Finanzierungsmittel im Rahmen der Wohnbauinitiative 2011“ Mittel im Ausmaß von in etwa 299 Millionen EUR.

Jetzt möchte ich dazusagen, dass wir selbstverständlich generell den Wohnbau und Maßnahmen im Wohnbau unterstützen. Aber wir wollen, dass Mittel für den Wohnbau im normalen Budget enthalten sind, dass diese Maßnahmen geplant werden, dass wir in den Gremien mitreden können und nicht Mehrkostenpositionen als zusätzliche Ausgabenpositionen angeführt werden. Deswegen ist dies ein kritischer Punkt, den ich hier anführe. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Weitere 10,6 Millionen EUR entfielen im 2. Quartal auf Zinsen für Investitionsdarlehen, und 5,5 Millionen EUR haben Sie überschritten im Bereich des Krankenanstaltenfonds für eine teilweise Finanzierung des Wiener LKF-Modells – auch ein ziemlicher Hammer, diese 5 Millionen EUR-Überschreitung!

Der 3. periodische Bericht, der auch am Mittwoch im Ausschuss behandelt wurde, sieht eine geringere Überschreitung vor, ist aber trotzdem inhaltlich ein Wahnsinn und kostet 76 Millionen EUR. Da finden wir unter anderem den Bereich der Neustrukturierung der Parkraumbewirtschaftung, das Thema, das wir jetzt gerade sehr emotional behandelten: Unter der Position „Neustrukturierung der Parkraumbewirtschaftung“ haben Sie beispielsweise über 11 Millionen EUR an Ausgabenüberschreitungen aufgenommen. Das ist ein Punkt, den wir bereits in der Debatte vorher kritisierten. Sie tun das trotzdem. Das ist aber nicht das Einzige.

Lassen Sie mich exemplarisch ein paar Dinge anführen, die im vorliegenden 3. periodischen Bericht als Ausgabenüberschreitungen angeführt werden. Nur damit man sieht, wofür es sich hier handelt. Also, 11 Millionen EUR für die Parkraumbewirtschaftung, dann haben wir eine Überschreitung von 1,1 Millionen EUR für einen Baukostenzuschuss für den Gasometer und eine Überschreitung von 2,5 Millionen EUR für die Sanierung des heute schon erwähnten Stadionbades. Daneben finden sich zusätzliche 1,3 Millionen EUR an Überschreitungen für Subventionen an diverse Vereine im Nahefeld der Gemeinde Wien, also ich nehme an, „rote Vereine“ und für den Fonds Soziales Wien gab es auch zusätzliche 10,8 Millionen EUR. Ebenso finden sich 500 000 EUR an Überschreitungen für PR-Maßnahmen im Zuge der Wiener Charta. – Dass das für Sie, meine Damen und Herren von Rot und Grün, ganz wichtig ist, das sehe ich natürlich ein.

Apropos PR-Maßnahmen der Gemeinde Wien: Diese Beilage ist mir letztes Wochenende in der Sonntagsausgabe der Zeitung „Österreich“ aufgefallen. (*Die Rednerin zeigt ein Inserat mit der Überschrift: „Wir bauen Österreich“ aus einer Beilage zur genannten Zeitung.*) Diese

Beilage hier, vierfärbig, 16 Seiten, kostet in etwa 368 000 EUR. Sie werden wahrscheinlich einen Nachlass bekommen, weil Sie so viel inserieren, aber der Normalverbraucher zahlt für so einen Vierfarbdruck 368 000 EUR. Wenn Sie nun davon ausgehen, dass ein durchschnittliches Jahresbruttogehalt einer Verkäuferin oder einer Dame im Einzelhandel 23 000 EUR beträgt, dann können Sie mit dem Gegenwert dieses kleinen Heftchens 16 Einzelhandelsverkäuferinnen ein Jahr lang bezahlen. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Wenn Sie so wie ich aufmerksam die Medien verfolgen, dann wissen Sie, dass wir diese Art der Kommunikationsoffensive jedes Wochenende erleben, und nicht nur in „Österreich“, sondern auch in vielen anderen Medien. - Das ist also Ihre Kommunikationsoffensive, und für die Wiener Charta brauchen Sie jetzt auch noch einmal zusätzlich 500 000 EUR als PR-Geld.

Ebenso finden sich 12 Millionen EUR als besondere Mehrausgabe im Bereich der Müllbeseitigung, für das Abfalllogistikzentrum Simmering. Dazu hatte ich neulich ein Gespräch mit einem Experten, der international im Bereich Waste Management tätig ist. Dieser Experte sagte mir, dass das Ganze eigentlich viel zu teuer gebaut wurde. Er hat mir gesagt, bitte schicken Sie mir das. Wir werden also auch darüber noch einmal reden, das wird sicherlich noch ein Thema sein, aber die Überschreitung ist wirklich ganz ordentlich.

Also zurück zum Thema der Budgetüberschreitungen. Ich habe die drei periodischen Berichte angeführt, nämlich 24 Millionen EUR im 1. Quartal 2012, 321 Millionen EUR und dann 76 Millionen EUR, macht also eine Überschreitung von insgesamt 422 Millionen EUR, meine Damen und Herren. 422 Millionen EUR an Budgetüberschreitung allein im 1. Halbjahr 2012! *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Wie kann man so viel Unsinn reden!)* Da kann man viel tun. Jetzt kann man auch noch sagen, dass das vielleicht gar nicht so viel ist. Denn wenn Sie nämlich die Gesamtausgaben von 11,8 Milliarden EUR nehmen, sind das genau 3,6 Prozent. Aber das ist erst das 1. Halbjahr. Das Jahr geht noch weiter. Sie werden die 5-Prozent-Grenze sicherlich bis zum Jahresende überspringen. Und, was gar nicht gilt als Argument sind die Personalkosten. Die Budgetüberschreitungen sind nämlich nicht in Personalkosten geflossen. Nein, es waren tatsächlich Sonderprojekte, wie die erwähnte Parkraumbewirtschaftung oder andere Sonderprojekte, mit denen Sie jetzt die Bürger, die Steuerzahler zusätzlich belasten, zusätzlich zu dem ganzen Gebührenwahn, den wir heuer schon erlebt haben, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Und was bedeutet das jetzt für den Rechnungsabschluss 2012, was bedeuten diese 422 Millionen EUR Überschreitungen im 1. Halbjahr 2012? Die Ausgaben - ich habe das schon erwähnt - waren im Budget 2012 veranschlagt mit mehr als 11,8 Milliarden EUR. Wenn Sie die 422 Millionen EUR dazurechnen, dann sind wir bei 12,2 Milliarden EUR für das 1. Halbjahr. Bis zum Jahresende werden die Ausgaben weiter steigen. Sie werden mit diesen Überschreitungen eine neue Rekordausgabenbelastung erreichen, nämlich mit über 12

Milliarden EUR. Das gab es noch nicht. Das haben Sie jetzt mit 2012 erreicht. - 1. Punkt.

2. Punkt: Sie haben den Abgang im Budget 2012 mit 401 Millionen EUR angesetzt. Die Wahrheit wird sein, dass der Abgang zumindest bei 824 Millionen EUR liegen wird, wenn Sie nur die Überschreitungen des 1. Halbjahres anführen. Wahrscheinlich wird der Abgang sogar bei über 900 Millionen EUR liegen, weil Sie die Überschreitungen des 2. Halbjahres auch berücksichtigen müssen.

Drittens: Wenn Sie den Abgang von 401 Millionen EUR, den Sie eingeplant haben, nehmen und dann in Verhältnis zu dem setzen, was Sie erreichen werden, nämlich knapp 900 Millionen EUR, dann haben sich Ihre Leute wirklich um 100 Prozent verschätzt. Sie haben den Abgang mit 400 Millionen EUR angesetzt und am Ende erreichen Sie über 800 Millionen EUR. Das, bitte, spricht nicht für Ihre Planungsgenauigkeit! Das gibt uns keine Sicherheit, dass hier sorgsam und ordnungsgemäß gearbeitet wird, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner. - GR Mag Wolfgang Jung: Das ist System Flughafen Wien!)*

Aber, meine Damen und Herren von Rot und Grün, frei nach dem Motto: „Der Wiener Steuerzahler wird es schon zahlen.“ - das ist Ihr Motto und Ihre Devise -, überschreiten Sie ungehemmt. Sie werden im laufenden Jahr eine neue Rekordausgabenbelastung erreichen. Und Sie werden auch einen Abgang erreichen, der in ähnlicher Höhe sein wird wie der im Jahr 2011 ist, wobei Sie gesagt haben, er wird niedriger sein.

Unser Motto ist das nicht, meine Damen und Herren. Wir wollen mit dem Geld der Steuerzahler sorgsam umgehen. Wir wollen das Geld der Steuerzahler in Ordnung wissen. Deshalb werden wir dieses Poststück ablehnen. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Herr Dipl-Ing Martin Margulies. Ich erteile es ihm.

GR Dipl-Ing Martin **Margulies** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Frau Vorsitzende! Herr Berichterstatter! Sehr geehrte Damen und Herren!

In aller Kürze: Kollegin Kappel, vielleicht können Sie sich tatsächlich einmal mit dem Herrn Finanzdirektor oder einer anderen Person aus der zuständigen Magistratsabteilung zusammensetzen, die Ihnen wirklich erklärt, wie die periodischen Überschreitungsberichte funktionieren und was das überhaupt ist. Dieser hier zum Beispiel stellt eine Zusammenfassung aller Überschreitungen vom 1.4.2011 bis 30.6.2012 dar. Alles Sachen, die in der Vergangenheit hier besprochen wurden, mit oder gegen Ihre Stimmen beschlossen wurden. *(GR Mag Wolfgang Jung: Von Ihnen mit Mehrheit beschlossen wurden!)* Sie haben bei genug Sachen mitgestimmt. *(GR Mag Wolfgang Jung: Nein! Bei vielem nicht!)* Das ist nichts anderes als eine Aufstellung und eine Information für alle Abgeordneten hier. Das ist nichts anderes. *(GR Mag Wolfgang Jung: Na klar ist das schon beschlossen worden!)* Es geht um eine Kenntnisnahme. *(GRin Mag Dr Barbara Kappel. Das weiß ich schon, Herr Kollege!)*

Sind Sie der Meinung, dass der vorgelegte periodi-

sche Bericht sachlich falsch ist? Oder sind Sie der Meinung, er ist richtig? (GRin Mag Dr Barbara Kappel: *Das ist nicht falsch! Ich sage nur, dass die Überschreitungen sehr hoch sind!*) Sie nehmen zur Kenntnis, dass dieser Bericht richtig ist. (GR Mag Wolfgang Jung: *Sie wollen uns das immer hineindrücken!*) Die Schlussfolgerungen darüber hinaus sind falsch. Sie reden da von 400 Millionen EUR Überschreitungen, die plötzlich sozusagen Unterschiede im Budget ausmachen. (GRin Mag Dr Barbara Kappel: *Das sind nicht meine Zahlen!*) Sie mischen zusammen das Jahr 2011 und das Jahr 2012. Sie stellen nicht die Gegenfinanzierung gegenüber. (GR Mag Wolfgang Jung: *Verstehen Sie das nicht?*) Wenn Sie hier aufmerksam den periodischen Überschreibungsbericht lesen (GRin Mag Dr Barbara Kappel: *Das habe ich getan!*), dann steht überall auch, finanziert entweder durch Minderausgaben dort oder durch Mehreinnahmen dort et cetera. (GR Mag Wolfgang Jung: *Wir reden über die Mehrausgaben!*)

Das, was Sie hier machen, ist eher ganz etwas anderes. Sie nehmen einfach irgendein Aktenstück her und denken sich, machen wir eine neue Rechnungsabschlussdebatte, machen wir eine neue Budgetdebatte, reden wir über alles und jedes und dokumentieren gleichzeitig, und das finde ich bedauerlich, aber das ist wirklich stellvertretend für Ihre gesamte Fraktion, dass Sie budgetpolitisch keine Ahnung haben! - Danke sehr. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. - GR Mag Wolfgang Jung: *Dafür brauchen wir den Margulies nicht!*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter GR Friedrich **Strobl**: Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

In aller Kürze möchte ich schon noch darauf aufmerksam machen, dass in der letzten Finanzausschusssitzung, wo Sie persönlich anwesend waren, die Fraktion der FPÖ diese Postnummer angenommen hat - nicht zur Kenntnis genommen, weil wir haben nicht abgestimmt, ob das auf die Tagesordnung kommt oder nicht, sondern Sie haben dieses Poststück angenommen. Ich ersuche daher auch jetzt um Zustimmung.

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Wir kommen zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Dieser Antrag wurde mehrstimmig mit den Stimmen von SPÖ und GRÜNEN angenommen. (GR Dipl-Ing Martin Margulies: *Sie nehmen es einfach nicht zur Kenntnis!*)

Es gelangt nunmehr Postnummer 2 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die 7. Gemeinderatssubventionsliste 2012. Zum Wort ist niemand gemeldet. Wir kommen daher sofort zur Abstimmung. Es erfolgt eine getrennte Abstimmung der Subventionsliste.

Ich bringe zunächst zur Abstimmung die Europäische Rundschau. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die der Subvention für die Europäische Rundschau zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Dies ist mehrheitlich mit den Stimmen von SPÖ, GRÜ-

NEN und ÖVP angenommen.

Ich bitte nun jene Damen und Herren, die dem Rest der Gemeinderatssubventionsliste zustimmen wollen, die Hand zu erheben. (GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: *Nein! Da fehlt noch etwas! Der Republikanische Club!*) - Meinen Unterlagen zufolge ist es nur die Europäische Rundschau. Ist noch eine andere getrennte Abstimmung verlangt worden? (GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: *Ja, der Republikanische Club!*) Es tut mir leid. Ich habe hier die Unterlage mit Europäischer Rundschau. Ich weiß nicht, was noch vereinbart wurde. (GRin Nurten Yilmaz: *Republikanischer Club wird extra abgestimmt!*) Vielleicht kann mir jemand aus der Präsidielle helfen. (GR Dipl-Ing Rudi Schicker: *Europäische Rundschau und Republikanischer Club stimmen wir extra ab.*) - Gut. Es liegt mir hier nicht vor. Kein Problem. Das holen wir selbstverständlich nach.

Ich bitte also jene Damen und Herren des Gemeinderates, die der Subvention für den Republikanischen Club zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Diese Subvention ist mehrheitlich mit den Stimmen von SPÖ und GRÜNEN angenommen.

Ich bitte nun jene Damen und Herren des Gemeinderates die Hand zu erheben, die dem Rest der Gemeinderatssubventionsliste zustimmen wollen. - Der Rest der Gemeinderatssubventionsliste ist einstimmig angenommen worden.

Ich bitte noch einmal, das Versehen zu entschuldigen. Meine Unterlagen haben das nicht vorgesehen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 9 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Subvention an die Demokratiezentrum Wien GmbH. Ich ersuche den Berichterstatter, Herrn GR Dr Troch, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter GR Dr Harald **Troch**: Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich ersuche um Zustimmung zum vorliegenden Poststück.

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Ing Leeb.

GRin Ing Isabella **Leeb** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen aus dem Plenum!

Zum Aktenstück „Subvention an die Demokratiezentrum Wien GmbH für die Durchführung von wissenschaftlichen Vorhaben im Jahr 2012“ werden wir gerne zustimmen, denn das Demokratiezentrum Wien befasst sich mit Themen wie Grundfragen der politischen Kultur und des politischen Systems in Österreich. Ich denke, das ist ein Thema, über das man forschen, sprechen muss. Das ist extrem wichtig.

Natürlich wird es auch nicht reichen, wenn man darüber redet. Das ist ein Thema, das man auch mit Leben erfüllen muss. Über politische Kultur und das politische System zu reden, ist das eine, es mit Leben zu erfüllen, ist das andere. Jetzt sind Politiker, wir alle, allesamt natürlich keine abgehobene Klasse, sondern wir sind Menschen. Wir sind auch hier im Plenum ein Abbild der Bevölkerung. Wir haben Fehler. Wir haben Stärken. Wir haben Schwächen. Aber ich denke, wahrscheinlich alle

tun ihr Bestes, um diese politische Kultur zu leben.

Wir haben in der Vergangenheit und in den letzten zwei Jahren hier im Haus von einer Fraktion, von einer Partei erlebt, dass sie die Maßstäbe besonders hoch angesiedelt hat, dass sie sich in der Öffentlichkeit gern als absolut fehlerlos hinstellt, dass sie sich geradezu als Vorbild hochstilisiert, dass sie sehr gern mit dem Finger auf alle anderen zeigt. Ich denke, wir wissen alle ganz gut, von wem ich rede. Bei genauerem Hinschauen ist aber auch der Umgang mit politischer Kultur auch in dieser Fraktion manchmal ein schwieriger und ein holpriger.

Ein schwieriger und ein holpriger ist auch der Start des neuen Gemeinderates Alexander Van der Bellen. Zunächst einmal herzlich willkommen. Es hat ein bisschen gedauert, bis wir Sie hier begrüßen durften. Es hat ziemlich gedauert. Es hat mich damals als Bürgerin eigentlich auch sehr betroffen gemacht, denn es ist Ihnen etwas gelungen, wofür wir Sie alle, denke ich einmal, abgesehen vom Bürgermeister, beneiden. Sie haben ein sensationelles Vorzugsstimmenwahlergebnis eingefahren. Sie haben etwas bekommen, was in unserer Demokratie eigentlich das Wertvollste ist, was man als Politiker haben kann, das Vertrauen der Menschen in Form eines Direktmandates. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Haben Sie ihn gewählt?)* - Nein, ich habe ihn nicht gewählt. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Ach so!)* Aber dazu kommen wir später noch. Sie können dann gern nach mir als Pflichtverteidiger herauskommen.

Ich nutze das, um heute zwei Anträge einzubringen, um vielleicht diesen holprigen Start wieder ein bisschen gutzumachen. Man hat sich dann überlegt, wie man diesen Makel ausmerzen kann, weil man hat Van der Bellen, und das habe ich hier schon gesagt, quasi als Säulenheiligen der GRÜNEN durch ganz Wien getragen, als Monstranz im Wahlkampf präsentiert. In jedem Bezirk war er auf der Liste zu finden. Man hat versprochen, er wird ganz bestimmt hier Gemeinderat, wenn nicht Stadtrat. Es hat sich dann halt irgendwie nicht so ergeben. Frau Vassilakou hat auch gemeint, Sie seien zu gut für dieses Plenum, Sie sind im Nationalrat besser aufgehoben. Das haben wir damals dem „Standard“ entnommen. Jetzt hat sich das Niveau in den letzten eineinhalb Jahren dank grüner Regierungsbeteiligung offensichtlich verbessert und wir haben das Vergnügen, Sie hier begrüßen zu dürfen.

Was machen wir? Überlegen wir uns etwas. Führen wir etwas ein, dass wir die Leute halt irgendwie doch bei der Stange halten. Damit das nicht ganz so aussieht, führen wir einen Posten ein, den Posten des Universitäts- und Wissenschaftsbeauftragten der Stadt Wien, ein Ehrenamt, dotiert mit 210 000 EUR per anno für die Infrastruktur und fürs Büro. Wir haben dann so segensreiche Leistungen wie einen Stadtplan, in dem die Uni- und Wissenschaftsstandorte vermerkt sind, bekommen. Dann haben wir einen wirklich sehr schönen Jahresbericht bekommen, segensreiche seltene Wortmeldungen in den Medien zum Universitätsstandort Wien. Es gab dann auch eine Studie, die Sie präsentiert haben, zum Wissenschafts- und Universitätsstandort Wien. Jetzt mag

ich vielleicht politisch verdächtig sein, aber Wissenschaftler und Forscher, mit denen ich diesbezüglich sehr engen Kontakt gehabt habe, sind da vielleicht unverdächtig. Selbst diese haben gemeint, die Studie ist schlecht aufgesetzt, enthält keine Ergebnisse, die man vorher nicht eh schon wüsste und dass Herr Van der Bellen als Wiener Wissenschaftsbeauftragter nur sehr bedingt zum Universitätsstandort beitragen kann. Das ist eine sanfte Umschreibung dafür, was man in Wien gern als „für die Wettit-Tant“ bezeichnet.

Wenn die Stadt Wien schon etwas für den Universitäts- und Forschungsstandort tun will, und wir haben hier in einer Fragestunde erfahren, das Geld wurde nicht dem Technologiefonds und der Wissenschaft entzogen, es ist zusätzliches Geld, diese 210 000 EUR per anno, dann, bitte, geben Sie dieses Geld der Wissenschaft, der Forschung, richten Sie Stipendien ein, machen Sie Doktoratsstudien, was auch immer. Es gibt genug Möglichkeiten. Sie wissen es besser als ich. Tun Sie dem Wissenschaftsstandort etwas Gutes.

Deswegen bringen wir heute den Beschluss- und Resolutionsantrag betreffend Streichung der Mittel für den Wissenschaftsbeauftragten der Stadt Wien ein. Sie sind ja jetzt hier. Wir haben auch den Medien entnommen, man findet keinen Nachfolger für diesen Job des Universitäts- und Wissenschaftsbeauftragten, das gestaltet sich schwierig. Sie sind jetzt hier, Sie sind Abgeordneter. Sie können als Abgeordneter diese Tätigkeit für Wien tun. Es sieht niemand ein, dass Sie dafür 210 000 EUR zusätzlich an Infrastruktur brauchen. Die haben wir alle nicht und wir können unsere Arbeit trotzdem tun. - In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrags verlangt. *(Beifall bei der ÖVP sowie von GR Mag Gerald Ebinger, GR Anton Mahdalik und GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Dann gibt es da noch eine Sache. Das ist die Sache mit der Homepage. Es gab eine schriftliche Anfrage über die Homepage des Wissenschafts- und Universitätsbeauftragten, der zu entnehmen ist, dass diese Homepage 13 824 EUR gekostet hat und an Betrieb 96 EUR monatlich kostet. Diese Homepage ist deswegen nicht ganz sauber, Herr Van der Bellen, weil Sie sich unverändert in Ihrem Privateigentum befindet und weil von dieser Homepage Links zu einer direkten politischen Werbeplattform der GRÜNEN führen. Via Facebook-Banner kommt man auf Ihre Facebook-Seite, und das ist keine persönliche Facebook-Seite, sondern eine Parteiseite. Dort hat man im Sommer zum Beispiel Hinweise über „Evas Sommertour“ gefunden. Prominent im Zentrum Ihrer Homepage stehen Dinge wie die Veranstaltung Forschungsstadt 2025, bei genauerer Recherche eine Parteiveranstaltung der GRÜNEN. Auch in Ihren Artikeln auf der Seite wird parteipolitische Agitation betrieben. Das ist etwas, was ich mir zu Recht auf einer grünen Seite erwarte, auf einer Seite von einer grünen Politikerin, von einem grünen Politiker, aber sicher nicht von einem Beauftragten der Stadt Wien, der überparteilich agieren soll und muss. *(GR Mag Alexander Neuhuber: Daran sieht man die Unvereinbarkeit!)* Politisch ein klarer Missbrauch! Welche Maßstäbe die GRÜNEN heute mit

ihrem Abstimmungsverhalten bezüglich der politischen Kultur setzen, werden wir erleben.

Die ÖVP-Wien stellt den Antrag betreffend Rückzahlung der Kosten, die der Stadt Wien für die Homepage „www.vanderbellen.at“ entstanden sind. - In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt. *(Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Da ich mir ziemlich sicher bin, dass sich jetzt noch ein grüner Pflichtverteidiger nachmelden wird und uns mit Grassers Homepage daherkommt, da gibt es einen gravierenden Unterschied. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Das müssen Sie mir erklären!)* - Ich werde es Ihnen erklären! Hören Sie zu! - Grassers Homepage ist ein plumpes, ungestümes Lobbying gewesen, mit einem ganz gravierenden Unterschied, die IV ist eine freiwillige Interessenvertretung und das haben sich die Mitglieder der IV mit dem Vorstand auszumachen. Hier aber geht es um Steuergelder aller Wienerinnen und Wiener. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Das waren ganz andere Summen bei Grasser!)* Ich habe Herrn Van der Bellen nicht gewählt, ich will ihn auch nicht sponsern. Halten wir das einmal fest. Es ist ein Unterschied, ob freiwillige Mitglieder oder Steuerzahler, die sich nicht wehren können, etwas zahlen. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Bei Grasser waren es 230 000 EUR!)* 230 000 EUR waren es bei Grasser, bei Ihnen ist es weniger. Die Frage ist: Wo fängt politische Kultur an? Bei 5 EUR, bei 50 EUR, bei 500 EUR? Versuchen Sie, das schönzureden! Es war und bleibt ein mehr als holpriger Start als Mandatar in Wien. Zeigen Sie politischen Anstand und machen Sie dies wieder gut! *(Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Herr Univ-Prof Dr Van der Bellen.

GR Dr Alexander **Van der Bellen** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Frau Vorsitzende! Herr Berichterstatter! Meine Damen und Herren!

Frau Kollegin Leeb, wie Sie sehen, komme ich gleich nach Ihnen zum Rednerpult, nicht als mein Pflichtverteidiger, sondern weil ich versuchen möchte, heute, und das wird sicher nicht ausreichen, immer wieder für die Sinnhaftigkeit dieser Funktion zu plädieren, unabhängig davon, wer sie ausübt.

Zugegeben, das muss nicht ich sein, aber die Funktion als solche zur Unterstützung, nicht zuletzt auch zur Unterstützung des zuständigen Stadtrats für Wissenschaft und Kultur, finde ich mittlerweile sehr wichtig.

Ich lasse jetzt all diese Sachen weg, von wegen Monstranz und Säulenheiliger und so weiter. Dafür bin ich nicht religiös genug. Ich glaube auch nicht, dass sich die GRÜNEN dieser Politik schuldig gemacht haben. Wahr ist, dass ich eine gewisse Rolle im Wahlkampf gespielt habe. Wahr ist, dass ich eigentlich ein einziges Thema hatte, das war die Werbung für Rot-Grün in Wien. Wahr ist, dass zumindest dieses Wahlziel erreicht wurde, wenn auch viele andere nicht, und darüber bin ich sehr froh.

Zur Homepage werde ich jetzt nichts sagen. Das betrifft mich unmittelbar und persönlich. Deswegen würde ich es unangemessen finden, in eigener Sache hier

aufzutreten. Naturgemäß sehe ich die Sache anders als Frau Leeb. Naturgemäß habe ich nichts dabei gefunden, eine Domain vorübergehend zur Verfügung zu stellen. Aber ich werde diesen Sachen, die Sie hier genannt haben, noch einmal nachgehen, schauen, ob das wirklich missverstanden werden kann, und entsprechende Maßnahmen treffen.

An der entsprechenden Abstimmung werde ich auch nicht teilnehmen. Die Tür ist ja nicht weit. Da werde ich bei diesem Punkt hinausgehen, weil es doch gewissermaßen eine Frage der Befangenheit in diesem Punkt ist. *(GR Mag Wolfgang Jung: Ist es nicht das schlechte Gewissen?)*

Zum andern Punkt, der Streichung dieser Position und damit die Streichung der Mittel und Transfer der Mittel, diese rund 200 000 EUR an den WWTF. Das finde ich schon einmal für einen Riesenfortschritt, dass diese Mittel nicht einfach gestrichen, sondern dem WWTF direkt zur Verfügung gestellt werden sollen. Also, wenn schon, muss man das so machen. Der WWTF macht nämlich eine hervorragende, eine ausgezeichnete Arbeit. Ich weiß nicht, ob das allen hier im Hause wirklich so bewusst ist, welchen hervorragenden Ruf der Wiener Wissenschafts- und Technologiefonds in der universitären und außeruniversitären Szene in Wien hat, und mit Recht. Seinerzeit eine Gründung, wenn ich es recht in Erinnerung habe, von Bgm Häupl und VBgm Görg, hat es der WWTF über die Jahre verstanden, eine vollkommene Unabhängigkeit zu wahren, in Österreich kein kleines Kunststück, ausschließlich mit Hilfe von ausländischen neutralen Begutachtern die Projektevaluierung stattfinden zu lassen und hat sich sicherlich neben dem FWF sozusagen als zweitwichtigste Forschungsförderinstitution in Österreich und naturgemäß speziell in Wien etabliert. Also, wenn nach Meinung der ÖVP sozusagen die Position schon den Bach hinuntergehen soll, würde ich es sehr begrüßen, wenn diese Mittel dem WWTF zur Verfügung gestellt werden. *(GRin Ing Isabella Leeb: Sie können es weitermachen!)*

Der Punkt ist nur, Frau Kollegin Leeb, ich glaube, Sie unterschätzen, was man doch machen kann und soll in diesem zugegeben weichen Bereich einer Nichtlinienposition, ein bisschen distanziert vom zuständigen Stadtrat, Herrn Kollegen Mailath-Pokorny, ein bisschen in Distanz zu den betroffenen Universitäten und außeruniversitären Institutionen, wo man sich nützlich machen kann, wohl gemerkt, jenseits medialer Begleitung und medialer Kommentierungen. Ganz im Gegenteil habe ich es oft als meine Aufgabe betrachtet, tätig zu werden, ohne Medien. Ich bitte Sie sehr, Frau Leeb, sich ein bisschen zu fragen, ob Sie nicht sozusagen in die Falle gehen, die sich manche Journalisten, Journalistinnen selber stellen, nämlich zu glauben, das, was medial nicht vorkommt, existiert nicht. Jeder von uns im Saal weiß doch, dass Politik aus viel mehr besteht als aus den Zeilen, die Sie dann in einem Printmedium oder im Radio oder im Fernsehen wiederfinden. Gerade in dieser Position meine ich, ist es oft so, dass man mit voller Absicht nicht die Medien, jedenfalls nicht von Haus aus, einschaltet.

Ich versuche, Ihnen zwei, drei kleine Beispiele aus

dieser Tätigkeit der letzten anderthalb Jahre zu geben:

Stichwort Internationalität der Universitäten: Ich denke schon, dass wir uns einig sind, dass für eine moderne Universität Internationalität einfach eine notwendige, wenn auch nicht unbedingt hinreichende, Bedingung der Exzellenz ist. Mein Beispiel ist immer der FC Barcelona. Wenn er nur Katalanen beschäftigen würde, wäre er vielleicht immer noch ein ganz guter Fußballklub, aber Weltspitze wäre er mit Sicherheit nicht. Wenn wir an der Universität Wien nur Österreicher und Österreicherinnen beschäftigen würden, wäre es immer noch eine ganz gute Universität, aber doch ziemlich provinziell und keine europäische Spitzeninstitution. Das, glaube ich, muss man einmal grundsätzlich außer Streit stellen. Das gilt für alle Ebenen des Personals. Das gilt für die Forscher. Das gilt für die Professoren. Das gilt für die Doktoranden, für die Postdocs und last not least für die Studierenden an den Universitäten, auch an den Wiener Universitäten.

Es hatte sich letztes Jahr herausgestellt, dass es hier in einigen Fällen zu bedenklichen - wie soll ich sagen? -, zum Teil administrativen, zum Teil nicht ganz nachvollziehbaren Fehlleistungen auf beiden Seiten gekommen ist. Es ist so, dass unglücklicherweise die Gemeinde Wien in Form der MA 35 an der Vollziehung des unglücklichen, kontraproduktiven Bundesfremdenrechts maßgeblich beteiligt ist, weil in Wien muss es von der MA 35 vollzogen werden. Das trifft auch auf die Studierenden zu. Da hat es zum Beispiel einen Fall um eine amerikanische Studentin gegeben, die in Wien im Rahmen eines Austauschprogramms studieren wollte. Sie kann als Amerikanerin visafrei einreisen. Dann hat die Erteilung des Visums für ihren Studienaufenthalt gedauert, gedauert und gedauert. Und, Hausnummer jetzt, die Daten habe ich nicht genau im Kopf, sie hätte es spätestens am 1. November haben müssen, sonst hätte sie am 2. November ausreisen müssen, weil sie - unter Anführungszeichen - illegal im Land gewesen wäre. Sie hat es dann eh - unter Anführungszeichen - rechtzeitig gekriegt, Ende Oktober, in den letzten Tagen. Aber so geht es ja nicht. Die betreffende Person müsste ein Flugticket lösen, die Wohnung kündigen, sich darauf einrichten, das Studium zu unterbrechen, der Heimatuniversität sagen, sie kommt aus diesen und jenen Gründen zurück, et cetera. Ich erzähle das deswegen at length, weil die betroffene Institution in den USA den Kooperationsvertrag mit der Universität Wien aus diesem Anlass gekündigt hat. Das ist nicht nur eine Sache, wo man sagt, na gut, kommt halt eine Amerikanerin weniger zum Studieren an die Uni Wien, sondern das ist ja reziprok, es kann auch eine österreichische Studentin weniger in die USA gehen, um dort zu studieren. Das sage ich nur für die Kolleginnen und Kollegen, die vielleicht glauben, dass Internationalität eine Einbahnstraße ist.

Was tut man in solchen Fällen? Man setzt sich zusammen, man macht einen Round Table, man ruft die Betroffenen aus den Universitäten, aus dem Außeruniversitären, von der MA 35, zusammen, ohne Medien, ohne journalistische Begleitung. Weil was weiß ich, was in dieser Sitzung herauskommt, ob Vorwürfe ausgetauscht werden, „Sie haben das unterlassen.“, „Sie ha-

ben jenes nicht gemacht.“, und so weiter. Es ist uns gelungen, in dieser Sitzung und in folgenden Begegnungen kleine, aber, glaube ich, ziemlich wirksame Maßnahmen zu vereinbaren. Da geht es um triviale Dinge, wie zum Beispiel, dass auch an jeder Universität, ein, zwei Personen für diese Visa zuständig sein sollen und nicht jeder Professor, der gerade zufällig, sagen wir, was ich selbst erlebt habe, Romanistik, eine Studentin aus Peru oder Bolivien unbedingt haben will und selbst bei der MA 35 interveniert. Das bringt absolut gar nichts. Solche Dinge, Frau Kollegin Leeb, wenn es der Stadtbeauftragte nicht macht, wer macht denn so etwas? (*GR Mag Wolfgang Jung: Wer ist denn zuständig!*) Die Unis selber müssen auch einmal erst organisiert werden. (*GRin Ing Isabella Leeb: Machen Sie es!*) Die sind auch in ihren Kokons - wie sagt man das naturwissenschaftlich richtig? - verfangen, eingeschweißt (*GRin Mag Martina Wurzer: Eingesponnen!*) - eingesponnen. - Danke! Sehr gut! - Die müssen sich auch erst aus diesen Dingen befreien.

Sagen Sie mir nicht, das kommt medial nicht vor. Das ist volle Absicht, die Medien, jedenfalls zu diesem Zeitpunkt, nicht schon einzuschalten.

In Raumfragen ist es ähnlich. Wir wissen doch alle, dass es Positivbeispiele der Kooperation zwischen Stadt und Universitäten gibt. Also, was weiß ich, nach meinem Wissensstand ist der Neubau der Wirtschaftsuniversität so ein Positivbeispiel der Vereinbarung zwischen Uni und der Stadt Wien, was Standort und so weiter betrifft.

Aber gleichzeitig gibt es eine Reihe von Beispielen, wo man sich dann denkt: Ist nicht die Kooperation, die Kommunikation, die Interaktion zwischen Universitäten und Stadt in Wien eine ziemlich zufällige Angelegenheit? Was bedeutet das für die Stadtplanung, für die Möglichkeit der Stadtplanung, wenn eine Universität gar nicht auf die Kooperation mit der Stadt angewiesen ist, insofern oder dann, wenn über die BIG, die Bundesimmobiliengesellschaft, schon ein entsprechender Grund und ein Gebäude zur Verfügung steht. Auch hier versuchen wir, durch informelle Maßnahmen, Round Tables, Gespräche ohne Journalisten, diese Kommunikation auf eine, sagen wir einmal, systematischere Grundlage zu stellen.

Nebenbei gesagt, jedes solches Treffen, Frau Leeb, kostet ein bisschen etwas. (*GRin Ing Isabella Leeb: Meine gibt's gratis!*) Sie brauchen einen Raum. Sie brauchen Kaffee. Es geht vielleicht über die Mittagspause. Das kostet alles ein bisschen etwas. Wenn Sie es streichen, ich weiß nicht, wer das macht.

Letztes Beispiel, ich möchte Sie ja nicht langweilen, Internationalität der Forschung und der Forschungsoperation: Es gibt seit einiger Zeit das sogenannte European Institut of Technology mit Hauptsitz in Budapest. Präsident ist ein ehemaliger Professor der Universität Wien, Prof Von Gabain, alle die in Life Sciences tätig sind, kennen diesen Namen. Jetzt ist die Frage, nächstes Jahr wird es wieder einen Call des European Institute of Technology geben. Das ist aber eine komplizierte Geschichte, sich an so etwas zu beteiligen, sich bei so einem Call um ein Projekt zu bewerben, weil es sind drei Ebenen, die hier betroffen sind, die EIT-Projekte sollen in

der Forschung wichtig sind, in der Lehre innovativ sein und ein Element enthalten, das Von Gabain Entrepreneurship nennt, also Unternehmertum, Neugründung von Unternehmen, Ausgliederung von jungen Forschungsunternehmen und so weiter. Bis zum Sommer haben wir uns einmal zusammengesetzt und gesagt, eigentlich ist unklar, ob irgendetwas im Raume Wiens passiert. Wird da irgendetwas passieren oder nicht? Es gehört entschieden, weil die Vorbereitungszeit für eine Teilnahme an solchen Projekten Monate dauert, wenn nicht länger, und unter Umständen auch sehr kostspielig sein kann. Es gehört entschieden, so oder so. Wir machen aus diesen und jenen Gründen nichts, also wir sind die Wiener Universitäten plus Brünn plus Bratislava plus Graz, wer immer hier kooperieren will. Oder wir machen etwas, dann muss es aber sofort in die Wege geleitet werden. Machen Sie wieder einen Round Table, das kostet ein bisschen etwas. Von Gabain war persönlich anwesend bei diesem Meeting. Eine Entscheidung, ob sich Wiener Institutionen an diesem Call beteiligten werden oder nicht, ist offen. Das werden wir in den kommenden Monaten weiterverfolgen, weil es einfach entschieden gehört.

Ich weiß nicht, welche Institution die Zeit hat, sich die Mühe nimmt, in solchen Fällen tätig zu sein, Frau Leeb. Unterschätzen Sie das nicht! Mir geht es nicht um meine Position oder um meine Person. Ich bin jetzt so lange in der Politik. Ich glaube, ich muss jetzt nichts mehr beweisen. Ich bin aber davon überzeugt, dass diese Institution - nennen wir es einmal so - eines Stadtbeauftragten für Wissenschaft und Forschung für die Zukunftsperspektiven Wiens etwas Wichtiges ist. Wir sollten das nicht leichtfertig begraben, nur weil ich Ihnen halt nicht passe. Natürlich ist jede Institution verbesserungsfähig. Das ist, zugegeben, sehr rasch irgendwie entstanden. Es wird sicher einiges geben, was man sich für die Zukunft überlegen kann. Aber glauben Sie mir, ich muss da nichts werden. Zu meinem höheren Ruhm dient das nicht, sondern mein Interesse ist, Wien in diesem Wettbewerb, der jetzt schon in Gang ist und schärfer werden wird, in diesem internationalen Wettbewerb um die klugen Köpfe, gut zu positionieren. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Das wird für die Zukunft Wiens von eminenter Bedeutung sein. Das wird den Arbeitsmarkt sehr stark beeinflussen. Wir haben seit Längerem schon das Problem, dass bei der Emigration aus Österreich die gut und sehr gut Qualifizierten einen sehr hohen Anteil haben, während bei den Immigranten, also die, die netto nach Österreich kommen, die Berufs- oder sonstige Qualifikation sehr häufig unter jener der Emigranten, aus Österreich Emigrierenden liegt. Das können wir auf die Dauer nicht zulassen. Deswegen sind Debatten, wie jetzt etwa, ob die Rot-Weiß-Rot-Card nur für Leute gelten soll, die die Masterprüfung schon abgelegt haben, oder auch schon für die Bachelor-Prüfung, von großer Bedeutung. Ich glaube, es ist wichtig, die Schwellen eher niedrig anzusetzen, um diese intelligenten Köpfe zu halten, die schon da sind. Sie studieren ja hier. Sie können ja Deutsch. Sehr viele davon, meine Damen und Herren, das war ein Ergebnis dieser Studie, die Frau Leeb gar nicht passt,

sind in technischen Fächern ausgebildet worden, an den Technischen Universitäten, an den Ingenieurfacultäten. Dort ist der Anteil von Ausländern aus Drittländern, die den Master, geschweige denn das Doktorat, erworben haben, sehr hoch, für mich überraschend hoch. Wir sollten alles tun, um solche Leute im Land zu halten und nicht zu vergraulen.

Solche und ähnliche Fragen stellen sich im Rahmen dieses Stadtbeauftragten. Natürlich würden sie sonst auch irgendwie gestellt werden, aber ich glaube, die Institution zur Bündelung solcher Fragen, zur systematischen, nicht unbedingt Beantwortung, aber zumindest zum Aufwerfen solcher Fragen, dass sie nicht in Vergessenheit geraten, kann neben der Tätigkeit aller befassten Personen in den Ausschüssen, selbstverständlich von StR Mailath-Pokorny und so weiter, als - wie soll ich sagen? - als Forum eine Rolle haben, die Sie nicht unterschätzen sollten. Ich glaube, zumindest was die Bedeutung von Forschung und Wissenschaft für die Zukunft Wiens, für die Zukunft des Arbeitsmarkts in Wien bedeutet, zumindest in diesen Fragen, Frau Kollegin Leeb, sollten wir eine gemeinsame - ich sage einmal - Plattform zum Wohle Wiens, aber auch zum Wohle der hier ansässigen Forschungsinstitutionen finden. – Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Ebinger.

GR Mag Gerald **Ebinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat! Herr Berichterstatter! Meine Damen und Herren!

Ich wollte es eigentlich ganz kurz machen. Wenn man natürlich jetzt den Herrn Prof Van der Bellen anhört, ist eine gewisse neue Sachlichkeit beim Grünen Klub eingekehrt. *(Beifall von GRin Ing Isabella Leeb.)* Wenn ich in all den Jahren, wo ich hier drinnen war, etwas noch nicht gehört habe, dann Sachargumente. *(Beifall von GRin Ing Isabella Leeb. - GR Dipl-Ing Martin Margulies: Also bitte!)* Wilde, polemische Beschimpfungen. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Du solltest nicht zu viel loben!)* - Gerade von ihm da vorne. Bitte, wir werden auch das handlen. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Ich bin eigentlich nur herausgekommen, um die beiden Anträge von Isabella Leeb zu unterstützen.

Ich habe jetzt genau zugehört. Also die Arbeit ist quasi undercover, der Undercover-Stadtrat. Das heißt, das ist nicht in der Öffentlichkeit, aber es wird doch etwas für das Geld getan. Da stellt sich mir erstmals die Frage: Wer hat das vorher gemacht? Niemand? Oder hat das vorher der Stadtrat schon allein geschafft, jetzt schafft er es halt nicht mehr? Das glaube ich alles so nicht. In Wirklichkeit ist es ganz offensichtlich für jeden denkenden Menschen. Herr Prof Van der Bellen hat ein Vorzugsstimmenmandat geschafft. Es sollte aber Frau Vassilakou etwas werden. Deswegen hat man irgendetwas finden müssen, etwas erfinden müssen, unabhängig davon, ob da jetzt etwas getan wird oder nicht getan wird. Ich leite auch Projekte. Ich plane Projekte für die Finanzverwaltung, für mehrere Ministerien, Millionenprojekte, wo man alles in Englisch macht, habe aber auch kein Büro um 250 000 EUR jährlich dort. *(GR Dipl-Ing*

Martin Margulies: Aber Sie kriegen bezahlt dafür! Sie kriegen persönlich dafür bezahlt! - Ich kriegen persönlich dafür bezahlt? Für die Planung? Gar nichts! Gar nichts, mein Lieber! *(GR Dipl.-Ing Martin Margulies: Im Finanzministerium kriegen Sie nichts bezahlt? Arbeiten Sie umsonst im Finanzministerium?)* - Ich habe ja gesagt, da kommen schon die berühmten sachlichen Argumente!

Wir stimmen den Anträgen der ÖVP zu. Wir haben den Universitätsbeauftragten immer abgelehnt. *(GR Dipl.-Ing Martin Margulies: Das ist jemand, der umsonst arbeitet, im Unterschied zum Geldverdiener!)* - Es freut mich, dass du dich so erregen kannst, wenn ich rede. Das ist mir schon abgegangen nach den Worten vom Herrn Professor. *(GR Dipl.-Ing Martin Margulies: Weil ihr auch nicht bei der Sachlichkeit geblieben seid!)* Jetzt endlich wieder du. Man muss es auch verstehen. Fast hätte ich sogar Mitleid. Jemand, der so viel für die grüne Bewegung getan hat, der der Einzige ist, der hier ein Vorzugsstimmenmandat kriegt, darf jetzt in der letzten Reihe sitzen. Okay, vielleicht sollten wir ihm das Büro sogar vergönnen. Das war natürlich nur ein Spaß. Wir vergönnen es ihm nicht.

Wir lehnen den Antrag ab und unterstützen die Anträge. *(Beifall bei der FPÖ sowie von GR Dr Wolfgang Aigner und GRin Ing Isabella Leeb.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Florianschütz.

GR Peter **Florianschütz** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Herr Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zum Geschäftsstück selbst ist wohl anzumerken, dass das Demokratiezentrum eine wichtige Einrichtung ist und dass das Geschäftsstück demzufolge auch auf Grund der Tätigkeit des Demokratiezentrums natürlich die Zustimmung der Sozialdemokratischen Fraktion erfahren wird.

Aber lassen Sie mich im Umfeld des Wortes Demokratiezentrum ein bisschen etwas zum Thema „Die politische Kultur“, und darum geht es ja auch beim Demokratiezentrum, sagen. Es ist heute schon mehrfach angesprochen worden, dass es am späten Nachmittag des 30. August 2012 in Wien zu einem antisemitischen Vorfall gekommen ist, der ungeheuerlich ist. Er ist heute schon verurteilt worden. Selbstverständlich verurteilt auch die Sozialdemokratische Fraktion diesen Vorfall aufs Schärfste!

Das hat schon auch etwas mit politischer Kultur zu tun, denn es macht einen ein bisschen besorgt, dass so etwas in Wien heute noch stattfinden kann. Es ist bestürzend, dass Organe der Polizei, die dort anwesend gewesen sind und die inzwischen auch ausgeforscht worden sind - da bin ich dem Herrn Polizeipräsidenten dankbar, dass er sich dafür eingesetzt hat -, das einfach ignoriert und keinen Schutz gegeben haben und dass es nach wie vor möglich ist, dass der Gemeinderabbiner von Wien in unserer Stadt auf das Übelste beschimpft und bedrängt werden kann.

Meine Damen und Herren, ich denke, dass wir entschlossen sein müssen, gegen diese Form von Ungeist

vorzugehen. Darum bin ich auch froh darüber, dass ich heute gemeinsam mit meiner Genossin Sybille Straubinger, den GRInnen Klaus Werner-Lobo, Senol Akkilic und Jennifer Kickert und dem Herrn Klubobmann Fritz Aichinger einen Antrag einbringen kann, in dem wir uns einerseits zur Verurteilung dieses antisemitischen Vorwurfs entscheiden, zweitens anregen, aus gegebenem Anlass eine Arbeitsgruppe in Anlehnung an die Londoner Erklärung gegen Antisemitismus aus dem Jahr 2009, bestehend aus allen Fraktionen, zu bilden.

Ich sage ganz offen, ich lade wirklich alle Fraktionen des Hauses ein, an diesem Begehren mitzuarbeiten. Weil in dieser Frage, meine Damen und Herren, sollte uns nichts trennen. Bei allen anderen unterschiedlichen Positionierungen, in der Frage der Bekämpfung des Antisemitismus, gerade in einer Stadt wie Wien, sollte, und das ist letztendlich auch ein bisschen die Probe der demokratischen Reife, es keinen Dissens in diesem Haus geben.

Diese Arbeitsgruppe soll eine Erklärung formulieren, die dem Gemeinderat vorgelegt werden soll. An dieser Arbeitsgruppe, die sich intensiv mit der Frage auseinandersetzen soll, sollen auch Expertinnen und Experten, nicht zuletzt die Betroffenen, teilnehmen. In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Ich hoffe auf einhellige Annahme. - Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist daher geschlossen. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort.

Wir kommen daher sofort zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Das heißt, ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Dies wurde mehrheitlich, mit den Stimmen von SPÖ, GRÜNEN und ÖVP, angenommen.

Ich komme nun zur Abstimmung der Beschluss- und Resolutionsanträge in der Reihenfolge ihres Einlangens.

Zunächst ein Antrag der ÖVP, und zwar der GRInnen Isabella Leeb, Bernhard Dworak, Karin Holdhaus und Barbara Feldmann, betreffend Streichung der Mittel für den Wissenschaftsbeauftragten der Stadt Wien. In formeller Hinsicht wurde die sofortige Abstimmung verlangt. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die diesem Antrag ihre Zustimmung erteilen, die Hand zu erheben. - Dieser Antrag ist nur von ÖVP und FPÖ unterstützt und daher mehrheitlich abgelehnt. *(GRin Ing Isabella Leeb: Und von Herrn Dr Aigner!)*

Ich komme zur Abstimmung des zweiten eingelangten Antrages der ÖVP, der GRInnen Isabella Leeb, Bernhard Dworak, Karin Holdhaus betreffend Rückzahlung der Kosten der Stadt Wien für die Homepage „www.vanderbellen.at“. Auch hier wurde in formeller Hinsicht die sofortige Abstimmung verlangt. Ich ersuche daher jene Damen und Herren des Gemeinderates die Hand zu erheben, die diesem Antrag die Zustimmung erteilen. - Auch diesem Antrag wurde nur von ÖVP, FPÖ und dem parteiunabhängigen Abgeordneten zugestimmt

und deshalb mehrheitlich abgelehnt.

Ich komme nun zum dritten eingelangten Antrag, Beschluss- und Resolutionsantrag der GRInnen Florian Schütz, Straubinger, Werner-Lobo, Akkilic, Kickert, Aichinger und Freundinnen und Freunde, betreffend Antisemitismus darf nicht Normalität sein. In formeller Hinsicht wurde ebenfalls die sofortige Abstimmung verlangt. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die diesem Antrag ihre Zustimmung erteilen, um ein Zeichen mit der Hand. - Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 11 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft das Plandokument 7995 im 22. Bezirk, KatGen Stadlau und Aspern. Ich bitte die Berichterstatterin, Frau GRin Rubik, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin GRin Silvia **Rubik**: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich ersuche um Zustimmung zur vorliegenden Postnummer 11.

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Chorherr.

GR Mag Christoph **Chorherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): Frau Vorsitzende! Frau Berichterstatterin! Meine Damen und Herren!

Zu diesem Geschäftsstück nur einen Abänderungsantrag, den ich einbringen möchte. Wie Sie wissen, ist dieses Siedlungsgebiet in einem sehr sensiblen Bereich der Donauauen. Um wirklich 100 Prozent sicherzugehen, dass da der Übergang optimal gewährleistet ist, wird er in einem marginalen Punkt verändert. Eine Baulichkeit, die ursprünglich im Projekt vorhanden war, die vielleicht ein bisschen exponiert ist zu der Naturfläche, wird jetzt hinausgenommen.

Deswegen möchte ich mit meinen Kollegen und Kolleginnen Rüdiger Maresch, Karin Schrödl, Harald Troch, Omar Al-Rawi, Erich Valentin, Silvia Rubik den Abänderungsantrag einbringen. Um sensible Bereiche in der Nähe zum Kleinen Schilloch besser zu sichern, soll der Plan so abgeändert werden, dass im nördlichen Bereich des Wendehammers am Ende des Zieselweges eine gärtnerische Ausgestaltung vorgeschrieben wird.

Mit diesem Abänderungsantrag sowie einer Reihe von Punkten, die der Bauträger - das ist die BUWOG - zugesagt hat, wo der freie Kinderspielplatz ausgestaltet wird, wie die Wegeführung ist, welche Oberflächengestaltung vorzunehmen ist, wird in optimaler Weise dazu beigetragen, dass sowohl die Herstellung von sozialem Wohnraum auf der einen Seite, aber auch der Pflege und dem Schutz sensibler Grünareale Rechnung getragen wird.

Ich ersuche um Zustimmung, sowohl zum Geschäftsstück als auch zum Abänderungsantrag. – Danke schön. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mahdalik.

GR Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Herr Berichterstatter! Meine Damen und Herren!

Dem Plandokument können wir nicht zustimmen. Dem Aktenstück aus erwähnten Gründen, dem Abände-

rungsantrag leider auch nicht, weil zum Schutz - bitte, das Wort vorzumerken - der Anrainer, der Natur und des Ortsbildes noch zu wenig aus unserer Sicht getan wurde. Man hätte vielleicht eines machen sollen, sich mit den Anrainern, die mit dieser Lösung nicht zufrieden sind, auf einen Kaffee zusammzusetzen, entweder vor Ort, man kann sich auf einen Kaffee zusammensetzen, wenn man Probleme löst, egal ob mit Anrainern oder amerikanischen Studenten, man kann das beim Wirten machen, im Kaffeehaus. Dann zahlt man halt, wie es alle anderen in diesem Hause machen, den Kaffee aus der eigenen Tasche. Oder man lädt die betreffenden Personen in die Klubräumlichkeiten ein. Dort ist Kaffee vorhanden. Man braucht dazu nicht 210 000 EUR im Jahr. Da gehen sich schlanke 21 000 Kilo Kaffee aus, die man kaufen kann. Wenn man den Zucker wegrechnet, gehen sich immer noch 20 000 Kilo Kaffee aus, wo man dann den Van der Bellen Kaffeehandel oder Transport GmbH aufmachen kann.

Also, wie gesagt, die Kollegin Leeb hat es vorher auch schon bemerkt, alle sind tagtäglich mit Anliegen von Bürgern, ob aus fernen Ländern, ob aus Wien, ob aus Niederösterreich, konfrontiert. Diese Probleme kann man lösen. Man kann es zumindest probieren zu lösen. Und kein Mensch von uns braucht ein Büro, das im Jahr 210 000 EUR verschlingt. (*GR Dipl.-Ing Rudi Schicker: Du bist zu spät dran! Das war der vorherige Punkt!*)

Aber wir waren vorher beim Schutz - ich habe gegeben, dieses Wort vorzumerken - dieses Gebietes, der unserer Meinung nach durch das Plandokument und den Abänderungsantrag nicht gewährleistet ist. Genauso verdienen andere Bereiche in Wien vielleicht noch in größerem Maße unseren Schutz. Da darf ich mir erlauben, vielleicht thematisch und räumlich ein Alzerl aus dem Lobau-Vorland in Richtung Wienerwald zu wandern und mich kurz den Steinhof-Gründen zu widmen, wo der Schutz aus architekturhistorischer, aus kultureller Sicht notwendig wäre wie ein Bissen Brot für dieses einzigartige Jugendstilensemble. Die Bürgerpartizipation wurde nach außen hin in diesem Falle viel besser, viel ernsthafter als beim Parkpickerl betrieben. Das ist vielleicht auch ein Verdienst der aus meiner Sicht ernsthaft arbeitenden Kollegin Kickert, wiewohl ich glaube oder befürchte, dass die Falschmeldung im „profil“ vielleicht auf eine Information von ihr zurückgeht, vielleicht aber auch nicht. Vielleicht wird sie uns nachher erklären, wo quasi die Friedenspfeife medial geraucht wurde und Friede, Freude, Eierkuchen, alle sind zufrieden, zumindest 80 Prozent der Beteiligten. Da möchte ich gleich ganz herzlich Herrn Hadinger von der Bürgerinitiative „Steinhof erhalten“ begrüßen. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Frau Röhrich von der Bürgerinitiative „Flötzersteig“ war auch anwesend, hat aber leider aus Zeitgründen die Galerie schon verlassen müssen.

Aber es ist so weit gekommen, dass Mediation betrieben wurde und dass das unanständige Ultimatum der Gesiba, wenn bis Ende August nichts zustande kommt, kein Konsens, es dann angegangen wird, angefangen wird, zu bauen und das gesamte Ensemble ruiniert wird, jetzt verlängert wurde und bis in den Herbst hineinreicht.

Ich halte das Ultimatum immer noch für unanständig.

Die Bürgerinitiativen haben gezeigt, dass sie nicht nur sagen, dort wollen sie nichts, so wie es die GRÜNEN immer gemacht haben, denn beim Bacherpark und bei 97 anderen Garagen haben sie gesagt, sie wollen keine Garage, das kommt gar nicht in Frage, sie wollen eine Bürgerbefragung, so wollen sie das nicht. Aber die Bürgerinitiativen haben gesagt, sie wollen nicht alles verhindern, dort muss etwas passieren, überhaupt im Hinblick auf die Tatsache, dass 2020 in etwa der Spitalsbetrieb komplett eingestellt werden wird, aber sie stellen sich halt andere Sachen als Luxuswohnungen für die Reichen und Schönen dieser Stadt und dieser Republik oder vielleicht für ein paar reiche Russen vor. Sie haben gesagt, sie legen ihre Vorstellungen auf den Tisch. Sie können sich Nachnutzungen vorstellen, die der Tourismusstadt Wien zugute kommen, vielleicht auch Aufwertung durch gastronomische Einrichtungen. Sie können sich museale Nachnutzungen, kulturelle und vor allem natürlich auch weiterhin soziale Nachnutzungen, Ausbildung medizinischer Berufe zum Beispiel, vorstellen. Diese Forderungen sind vernünftig, sind in keiner Weise überzogen und darum können wir von der FPÖ diese Forderungen auch voll und ganz mittragen.

Wir wollen auch erreichen, dass sich die Stadt Wien, dass sich die SPÖ vor allem und leider jetzt auch die GRÜNEN, aus der Geiselhaft der Gesiba lösen, dass von diesem monströsen Bauprojekt abgewichen wird, dass in keinem Falle neue Baukörper in diesem Ensemble errichtet werden, weil damit wäre es unwiederbringlich zerstört. Es gibt weltweit kein einziges vergleichbares Ensemble dieser Art. Auf diesen Umstand sollten wir stolz sein. Wir sollten probieren, dieses Ensemble vor jedweder Zerstörung zu bewahren. Also keinen neuen Baukörper, die bestehenden Pavillons für vorher genannte Nutzungen auch zugänglich machen. Das wird seine Zeit dauern.

Damit sind wir auch schon beim eigentlichen Thema. Das Ganze braucht Zeit. Wir sollten jetzt nichts übers Knie brechen, auch wenn die Gesiba schnell teure Wohnungen hinbetonieren will, um möglichst schnell diese zu Geld oder zu Gold zu machen. Aber wir sind hier schon über 50 000 Bürgern, die ihre Unterschrift für den Erhalt dieses Ensembles gegeben haben, im Wort, sollten wir zumindest sein. Wir von der FPÖ sind es. Ich hoffe, auch die ÖVP. Ich hege keine Zweifel daran. Aber wichtig wäre, dass auch die Regierungsparteien Rot und Grün sagen, hier haben 50 000 Bürger ein Anliegen. Das möchte ich jetzt nicht mit dem Parkpickerl verquicken, weil man sieht, auch wenn es 100 000 oder 150 000 sind, kann es der Fall sein, dass es die Regierenden nicht juckt, wenn finanzielle Hintergründe wichtiger sind. Beim Parkpickerl möchte man die Stadtkasse füllen. Bei Steinhof möchte sich die Gesiba vielleicht die Taschen bis an den Rand füllen. Irgendwann kommt natürlich durch Inserate und sonstige andere Geschäfte auch wieder etwas zurück. (GRin Nurten Yilmaz: *Das ist Ihr Metier! Da kennen Sie sich aus!*) - Ganz im Gegenteil, Frau Kollegin Yilmaz! Die SPÖ praktiziert das seit vielen Jahrzehnten! (GR Dipl-Ing Martin Margulies: *In der FPÖ*

weiß man von nichts!)

Es fragt zum Beispiel seltsamerweise auch keiner mehr, wo die ganzen 500, 600 Skylink-Millionen hingekommen sind (GR Prof Harry Kopietz: *Solche Unterstellungen sind unerträglich!*) und ob nicht ein Teil davon wieder retour gekommen ist in Form von Kick-back-Geschäften. (GR Dipl-Ing Rudi Schicker: *Zur Sache!*) Es fragt keiner danach. Also, ich frage schon danach. (GR Dipl-Ing Rudi Schicker: *Zur Sache! Das hat mit der Flächenwidmung nichts zu tun!*) Ich frage mich, wo die Hunderten Millionen hingekommen sind und ob es da Kick-back-Zahlungen gegeben hat. Das kann ich mich fragen und werde ich mich auch in den nächsten Wochen und Monaten immer wieder fragen. (GR Prof Harry Kopietz: *Als Freiheitlicher sollte man sich das fragen!*)

Aber dass die GRÜNEN ganz schnell gelernt haben, sieht man am Umstand, dass die Frau Ex-Gemeinderätin Pilz ... (GR Dipl-Ing Rudi Schicker: *Willst du wirklich eine Geschäftsordnungsdebatte! Du redest zu etwas ganz anderem!*) - Ich habe mich auch kurz entschuldigt, dass ich etwas abweiche. Aber wir sind beim Schutz. (GR Mag Rüdiger Maresch: *Bei der Sigrid Pilz warst du jetzt gerade! Oder täusche ich mich?*) - Genau. Wir gehen aus vom Schutz für Landschaft, Natur, Bevölkerung und Anrainer. Am Kierischitzweg, im Lobau-Vorland, genauso wie am Steinhof und in den umliegenden Bezirken Ottakring und Penzing. (GR Mag Rüdiger Maresch: *Wer hat denn dafür gestimmt? Ihr!*) - Ich bin gescheitert geworden. (GR Mag Rüdiger Maresch: *Ihr habt uns verhöhnt!*) Ich habe schon öfters gesagt, dass wir gescheitert geworden sind. Wir haben daraus gelernt. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Besser als umgekehrt!*) Wir haben Fehler gemacht.

Es gibt nur zwei Parteien in dem Haus, die keine Fehler gemacht haben. Das sind die Roten und die Grünen. Es ist zum Beispiel auch kein Fehler, dass die Frau Kollegin Pilz jetzt das zehnfache Gehalt einer österreichischen Durchschnittsverdienerin kassiert. (GR Mag Rüdiger Maresch: *Jetzt sind wir wieder bei der Sigrid Pilz!*) Dass selbst die Mitarbeiterin das Vierfache einer österreichischen Durchschnittsverdienerin einstreifen darf, ist auch kein Fehler aus Sicht der GRÜNEN. (GR Mag Rüdiger Maresch: *Diejenigen mit den meisten Jobs seid aber schon ihr!*)

Wenn wir schon bei den GRÜNEN sind, die früher für den Grünraumschutz, für den Ensembleschutz von Steinhof das Wort geredet haben, bitte ich euch, erinnert euch daran und setzt auch die Taten danach. Vor allem wird es wichtig sein im Hinblick auf die Auswahl des Expertengremiums, weil es kann nicht so sein, dass nachher vielleicht weisungsgebundene Beamte - die es angeblich nicht gibt, hat uns der Bürgermeister erklärt - drinnensitzen (GR Mag Rüdiger Maresch: *Wir machen es nicht so wie in Kärnten!*) und dass dann Naturschützer, Architekten, sonst welche Experten drinnen sind, die seit Jahren mit der Stadt Wien Geschäfte machen (GR Mag Rüdiger Maresch: *So wie in Kärnten machen wir es nicht!*), aktuell oder vergangen. Ich befürchte das fast, weil es soll ja das herauskommen, was herauskommen soll, nämlich dass die Gesiba dort bauen darf. Wenn so

ein Gremium gebildet wird, dann kann man erneut feststellen, dass diese Mediation, diese Partizipation eine Augenauswischerei war, ein Spielen auf Zeit, ein Beruhigen der Bürger und der Medien, die auf diese Sache Gott sei Dank aufgesprungen wird. Das wollen wir verhindern. Ich hoffe auch, dass Rot und Grün ein unabhängig agierendes Gremium zum Entscheid, zumindest über den Ostteil des Areals, haben wollen und nicht irgendwelche Grüßauguste, die dann die Wünsche der Stadt Wien beziehungsweise der Gesiba ausführen.

Darum wollen wir heute folgenden Antrag einbringen und hoffen auf allgemeine Zustimmung: Der Gemeinderat soll sich dafür aussprechen, dass das Steinhof-Areal in seiner Gesamtheit erhalten bleibt und keiner Wohnbebauung zugeführt wird. Es sollen keine neuen Baukörper errichtet, sondern die bestehenden Pavillons nach Ende der Spitalsnutzung universitären, sozialen, kulturellen und touristischen Zwecken vorbehalten bleiben. Das über die Zukunft des Ensembles mitentscheidende Gremium hat aus in fachlicher, persönlicher und finanzieller Hinsicht - das ist ganz wichtig in Wien - unabhängigen Experten zu bestehen. Weisungsgebundene Beamte sowie frühere und aktuelle Auftragnehmer der Stadt sind daher auszuschließen. In formeller Hinsicht verlangen wir die sofortige Abstimmung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dem ist nichts mehr hinzuzufügen. Ich ersuche um einstimmige Annahme des Antrages. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Es liegt eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung vor. Her Klubobmann Schicker bitte, die Redezeit beträgt fünf Minuten.

GR Dipl-Ing Rudi **Schicker** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Danke, Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich frage mich, wie jemand, der von sich behauptet, dass er gescheitert geworden ist, so wenig seinem Klubvorsitzenden zuhört, seinem eigenen nämlich. Heute in der Früh hat der Klubvorsitzende Gudenus eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung getan, dass man sich doch tunlichst bei den Wortmeldungen an die Aktenstücke halten soll und den Vorsitzenden gerügt.

Jetzt haben wir zu einem Flächenwidmungsakt über das Einkommen von der Frau Pilz gehört, über die Homepage des Herrn Van der Bellen, die vorher eh behandelt worden ist, über die Tätigkeit des Herrn Van der Bellen, über die Flughafenpiste, über alles Mögliche, aber nichts, nichts zu dem Flächenwidmungsstück, das behandelt wird.

Ich verstehe schon, Herr Mahdalik, dass Sie gescheitert worden sind, was mich zwar verwundert, aber das kann ja passieren. Aber ich verstehe nicht, dass alle diese Dinge mit einer Flächenwidmung im 22. Bezirk zu tun haben und ersuche Sie daher, Frau Vorsitzende oder Herr Vorsitzender, der Wechsel hat zwischenzeitig stattgefunden, das im Protokoll nachzulesen und entsprechend in der nächsten Präsidiale zu besprechen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau Dr Kickert und ich erteile es ihr.

GRin Dr Jennifer **Kickert** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte ZuhörerInnen!

Ich möchte mich natürlich zum eben eingebrachten Antrag des Herrn Mahdalik und seiner Kollegen und Kolleginnen der FPÖ äußern und begründen, warum aus meiner Sicht eine Ablehnung dieses Antrages angebracht ist.

Jetzt werden Sie natürlich sagen, ha ha, kein Wunder, er wird ja deswegen abgelehnt, weil er von uns, der Opposition, stammt. Nein, das ist nicht der Grund, sondern deswegen, weil er sich, und ich befürchte, vollkommen bewusst, nur auf einen Teil der am Dienstag getroffenen Mediationsvereinbarung bezieht und in einem anderen Teil dieser Mediationsvereinbarung quasi widerspricht. Sie wissen genau, warum Sie den stellen, einfach damit Sie behaupten können: „Wir sind die einzig wahren, guten, echten VertreterInnen Ihrer Anliegen.“ und machen damit aber auch das, was jetzt in den letzten fünf Monaten gemeinsam erarbeitet wurde, zunichte, indem Sie es einfach nicht wertschätzen - ich aber tue das. Ein Teil dieser Mediationsvereinbarung war neben den sehr, sehr vielen guten Vorschlägen und Ideen für Nachnutzungen, wie Sie es in Ihrer Begründung des Antrages wunderbar, wie soll ich sagen, übernommen haben - um nicht zu sagen, per Copy & Paste eingefügt haben - nicht nur diese vielen Ideen und Vorschläge, nein, auch in der wirklich umstrittenen Frage möglicher Neubauten und zwar völlig unabhängig von der Frage der Nutzung. Diese Neubauten und die Möglichkeit der Neubauten basieren ja nicht auf dem, wie Sie polemisch gesagt haben, Ultimatum der Gesiba, nein, die basieren auf zwei Beschlüssen dieses Gemeinderates, nämlich auf einer Änderung der Flächenwidmung und eines Verkaufs durch den Gemeinderat, mehrheitlich beschlossen. Das hat mit der Gesiba und einem Ultimatum nichts zu tun. Das sind die Grundlagen, die zu dem geführt haben, und nicht ein Ultimatum irgendeiner Firma.

Diese Firma übrigens hat in der Mediation mitgemacht und diese Firma trägt diesen einen Punkt, den Sie in Ihrem Antrag nicht erwähnt haben, auch mit, nämlich die Frage, ob und wenn ja, wie Neubau überhaupt stattfinden kann in diesem Gelände, noch einmal bewertet werden soll, noch einmal durch das von Ihnen angesprochene Expertengremium bewertet werden soll und zwar unter Berücksichtigung kulturhistorischer Aspekte - unter der Berücksichtigung raumplanerischer Aspekte und auch unter ökologischen Aspekten. Diese Frage, und das ist der Konsens und auch ein wichtiger Teil dieser Mediationsvereinbarung, soll noch einmal durch unabhängige Personen bewertet werden. Und erst dann kann die Frage, wird es eventuell zu Neubauten kommen oder nicht, mit der Empfehlung dieser Experten noch einmal beschlossen werden. Deswegen ist aus meiner Sicht Ihr Antrag nichtig oder halt logischerweise auch durchsichtig oder durchschaubar mit Ihrer Intention, weil er einem möglichen Ergebnis natürlich zuvorkommt und sagt, wir wollen dort nichts und Schluss aus basta. Das ist der Grund, warum ich glaube, warum Sie diesen Antrag stellen. Es ist schade, weil er die wirklich ernsthaft ge-

führte Arbeit sehr, sehr vieler Menschen aus der Bürgerinitiative, sehr, sehr vieler unterschiedlicher Menschen, quasi ad absurdum führt und nur zum Schein ihr Interesse aufrecht erhält.

Daher empfehle ich meinen Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, diesen Antrag abzulehnen. Danke. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Die Frau Berichterstatterin hat das Schlusswort.

Berichterstatterin GRin Silvia **Rubik**: Ja, ich möchte noch einmal darauf zurückkommen davon ausgehend, dass wir Postnummer 11 zur Abstimmung bringen sollten. Das Thema, um das es eigentlich geht, ist, eine Flächenwidmung und einen Bebauungsplan für den 22. Bezirk zu beschließen und ich ersuche um Zustimmung zu diesem Akt. Da die Debatte ein bisschen differenziert war, möchte ich nur in Erinnerung rufen, dass es eben einen Bebauungsplan für den 22. Bezirk betrifft. Danke.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Wir kommen nun zur Abstimmung.

Es wurde ein Abänderungsantrag eingebracht von den GRen Mag Rüdiger Maresch, Mag Christoph Chorherr und FreundInnen, Karin Schrödl, Dr Harald Troch, Dipl-Ing Omar Al-Rawi, Erich Valentin, Silvia Rubik und GenossInnen zu diesem Plandokument. Wer diesem Abänderungsantrag die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dieser Abänderungsantrag wird von ÖVP, SPÖ und GRÜNEN so unterstützt und ist Teil des Gesamtantrages.

Wir kommen nun zur Abstimmung des Antrages der Berichterstatterin. Wer der Postnummer 11 die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Und auch hier wird die Zustimmung von ÖVP, SPÖ und den GRÜNEN gegeben.

Eingebracht wurde ein Beschlussantrag der FPÖ betreffend Zukunft des Otto-Wagner-Spitals. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird von den Oppositionsparteien unterstützt und hat damit keine Mehrheit.

Wir kommen nun zu dem Verlangen, dass der von den GRen Baron, Univ-Prof Dr Eisenstein, Herzog, Mag Kasal, Meyer und Kops eingebrachte und an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung gerichtete Dringliche Antrag betreffend Ausweitung des Parkpickerls gemäß § 38 Abs 2 der Geschäftsordnung nicht verlesen wird, hier wurde ausdrücklich auf die Verlesung verzichtet, und mündlich begründet wird. Ich ersuche daher, die Begründung des Verlangens durchzuführen, wobei ich vermerke, dass die Geschäftsordnung gemäß § 38 Abs 3 eine Redezeit von 20 Minuten vorsieht. Zur Begründung des Verlangens erteile ich nun Herrn GR Baron das Wort.

GR Karl **Baron** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Antragsteller fordern SPÖ und GRÜNE auf, im Sinne der Mehrheitsbevölkerung zu handeln und von ihren Plänen der Parkraumbewirtschaftung, die ab 1.

Oktober durchgeführt werden soll und kostenpflichtig sein soll, Abstand zu nehmen. Stattdessen finden wir, dass bei einer einmaligen Bearbeitungsgebühr von 25 EUR ein kostenloses Parkpickerl für alle Wiener, die in Wien steuerpflichtig sind und in Wien gemeldet sind, ausreicht, und Burgenländer, Niederösterreicher, Einpendler, die volle Summe des Parkpickerls zu tragen haben. Die sind in Wien auch nicht steuerpflichtig und haben deswegen auch kein Recht, davon zu profitieren. Es muss davon abgegangen werden, dass Bürger, die praktisch ihre Steuern brav zahlen, überhaupt keine Rechte mehr haben beziehungsweise davon keinen Nutzen mehr haben, sondern ständig nur Pflichten haben und permanent geschröpft werden. Es ist genau der falsche Weg, so wie hier vorgegangen wird. Man vernichtet Parkraum, man stört massiv die Wirtschaft. Unternehmer sind in der Ausübung ihres Geschäfts total eingeschränkt. Man möge sich vorstellen, für jede einzelne Fahrt ein Parkpickerl auszustellen, das sind Kosten, die sich Unternehmer bald nicht mehr leisten können. Die Zahlen gehen zurück, die Unternehmer verdienen immer weniger Geld, es zahlt sich immer weniger aus, hier in diesem Land Wirtschaftstreiber zu sein. Man sieht es auch gut an den Steuereinnahmen der Unternehmen. Es kommt immer weniger rein, es geht ganz einfach nicht mehr. Es muss davon Abstand genommen werden, dass man ständig, ständig die Lasten den Unternehmen aufbürdet und sagt, die verdienen eh so viel Geld, die sollen das alles zahlen. Park-and-ride-Anlagen sollen hingegen massiv gefördert werden. Park-and-ride-Anlagen sehen wir als die notwendige Verpflichtung und dass das längst eingeführt werden soll, um diesen ganzen Parkraumverlust, der jeden Tag stattfindet, indem sinnlose Einbauten in die Straßen eingebaut werden, die nicht nur gefährlich sind, sondern sündteuer und vollkommen unnötig. Vielleicht nicht alle, aber 80 Prozent davon, würde ich sagen, sind davon schon sehr betroffen. Es ist einzigartig in Europa, wie hier vorgegangen wird. Man müsste viel, viel mehr in andere Städte schauen, wie überhaupt Städte verwaltet werden und dann wird man sehen, dass Wien total am Holzweg war. Jahrzehntelange rote Regierung hat ihre Spuren hinterlassen. Ich kann mir gut vorstellen, dass die SPÖ da schon ihre Hintergedanken hatte, sich die GRÜNEN ins Boot zu holen, die noch viel ärger sind, um denen jetzt praktisch die ganze Problematik umzuhängen und dann am Ende bei den nächsten Wahlen vielleicht als die Besseren dazustehen. Aber verlassen Sie sich drauf, wir Freiheitliche werden die Bevölkerung entsprechend aufklären, dass der Plan nicht aufgeht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich glaube vielmehr, dass die geplante Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung nichts anderes ist als eine Bestrafungsaktion der Bürger von der SPÖ. Warum? Die Bürger haben bei der letzten Wahl nicht, wie Jahrzehnte lang üblich, eine absolute Mehrheit für die SPÖ abgegeben, sondern ganz im Gegenteil, die SPÖ ist nicht mehr in der Lage gewesen, allein zu regieren. Und wenn der Bürger schon entsprechend schlecht wählt, dann kriegt er die GRÜNEN aufs Aug gedrückt und dann wird er sich bei der nächsten Wahl überlegen, wie er sich da ent-

scheidet. Also ich glaube, dass der Schuss sehr wohl nach hinten losgehen wird und wir Freiheitliche am Ende vorne sein werden und da den Bürgermeister stellen und Ihnen allen zeigen werden, wie man eine Stadt regiert! Dann werden Sie sehen, das Ganze funktioniert auch. Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich eröffne nun die Debatte, wobei ich bemerke, dass die Dauer der Diskussion maximal 180 Minuten beträgt. Zur Besprechung des Dringlichen Antrages hat sich Herr GR Irschik zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm, wobei ich darauf aufmerksam mache, dass die Redezeit mit 20 Minuten begrenzt ist. Ausgenommen von dieser Redezeitbegrenzung sind der Bürgermeister und die zuständigen amtsführenden Stadträte. Bitte schön.

GR Wolfgang **Irschik** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen des Wiener Gemeinderates! Werte Zuhörer auf der Galerie!

Die unendliche, unsägliche Geschichte des Parkpickerls. 1993 hat das Ganze im 1. Bezirk begonnen und von Anfang an war klar, dass Geld von den Autofahrern kassiert wird und keine Gegenleistung dafür erfolgt. Das hat man damals schon gewusst. Das Ganze war eine Inkassoaktion, es kommt halt mehr Geld in die Kommunalkassa. Es war von Anfang an klar, es gibt mehr Kfz-Anmeldungen als Stellplätze. Deshalb haben die Freiheitlichen damals schon, also vor fast 20 Jahren, diese Thematik abgelehnt und haben gesagt, das wollen wir, das kann nicht der richtige Lösungsansatz sein. Es hat dann auch sofort ein Verdrängungswettbewerb stattgefunden. Es wurden die angrenzenden Bezirke überparkt. Die haben sich dann berechtigterweise dagegen gewehrt und haben gesagt, das gefällt uns nicht. Das wurde wieder zum Anlass genommen, damals von der SPÖ mit der absoluten Mehrheit, dass man gesagt hat, na ja, auch die angrenzenden Bezirke wollen ein Parkpickerl haben, was aber nicht gestimmt hat. Die wollten eine vernünftige Parkraumbewirtschaftung, aber sicherlich nicht auch ein Parkpickerl. Jetzt kann man sich auch fragen, soll fragen, warum gibt es eigentlich so wenig Parkplätze? Na ja, wenn bei jedem Straßenumbau, bei jedem Straßenneubau weniger Parkplätze hinzukommen, wenn bei bestehenden Straßenprojekten immer mehr Parkplätze vernichtet und reduziert werden - und da nehme ich nur das berühmt berüchtigte Beispiel des Radfahrens gegen die Einbahn, meine Damen und Herren. Auf Wien hochgerechnet sind das 1 000 Parkplätze, die uns fehlen. Oder zum Beispiel auch gerade aktuell, es werden für Botschaften bei den Privatwohnsitzen der Damen und Herren Botschafter Halteverbotszonen eingerichtet, obwohl die Botschaft ganz woanders ist. Ja, jetzt kann man nur hoffen, dass der Herr Botschafter, die Frau Botschafterin nicht mehrere private Wohnsitze in Wien haben, weil ein aktuelles Beispiel in Floridsdorf zeigt, dann stehen da drei Parkplätze zur Verfügung. Das heißt, hat der Herr Botschafter insgesamt drei Wohnsitze, vielleicht in Floridsdorf, dann auch noch im 19. oder im 13., dann hat er insgesamt neun

Parkplätze, oder wie ist das dann zu verstehen? Und da kann man durchaus die Schweizer als positives Beispiel heranziehen. Da gibt es ein Botschaftsviertel und da gibt es sicherheitspolizeiliche und verkehrspolizeiliche Maßnahmen. Wenn es den Herrschaften dort nicht gefällt, können sie gerne einen anderen Sitz wählen. Aber da gibt es dann keine Sondervereinbarungen oder Extrawürste, die gebraten werden, meine Damen und Herren.

Also wie gesagt, warum haben wir keine Parkplätze? Das ist ja die eigentliche Frage. Radfahren gegen die Einbahn, überbreite Gehsteige, Straßenneubauten wie bei uns in Floridsdorf auf der Leopoldauer Straße, der berühmte Schlag mit der flachen Hand ins Wasser, meine Damen und Herren. So kommen Parkplätze weg. Und dann spricht man natürlich auch von Lenkungseffekt. Na ja, seit 1993 wird gelenkt, das Geld der Autofahrer in die Wiener Kommunalkassa, aber sonst gar nichts. Deshalb ist es auch von Anfang an abzulehnen gewesen.

Oder, auch ein interessantes Beispiel, der flächenmäßig größte Bezirk in Wien, Favoriten, der 10. Bezirk, ein Kompliment an die SPÖ-Bezirksvorsteherin Moospointner. Die hat gesagt: „Nein, wir wollen das nicht, wir brauchen das nicht.“ Kompliment! Das hat dann vielleicht ein bisschen zu innerkoalitionären Diskussionen zwischen der SPÖ und den GRÜNEN geführt, weil, wie gesagt, der flächenmäßig größte Bezirk Favoriten doch viel Geld gebracht hätte. Jetzt sagt da die Vorsteherin, nein, wir wollen es nicht. Na ja, jetzt wäre vielleicht zu den 25 Millionen Mehreinnahmen noch mehr dazugekommen. Aber das ist jetzt alles und das hat uns vielleicht nicht so gut gefallen, uns Freiheitlichen selbstverständlich. Also ein Kompliment an die dortige Frau Bezirksvorsteherin.

Was haben wir noch alles gehört?

Wir haben einiges in dieser Causa gehört, die sich jetzt seit Monaten hinzieht, sicherlich nicht zur Freude der SPÖ, nicht der GRÜNEN, uns gefällt es in Wahrheit auch nicht. Wir könnten uns alle diese Diskussionen sparen. Der Herr Bgm Häupl, die Frau VBgmin Vassilakou haben gesagt, na ja, zuerst führen wir das Pickerl ein, dann gibt es eine Befragung. Jetzt darf man dann gespannt sein, was dann befragt werden soll, wenn es eh schon da ist. Na ja, ansonsten haben ja die GRÜNEN immer wieder verlangt, dass das Volk oder der Bürger oder die Bürgerin befragt werden, bei jedem noch so kleinen Garagenbau. Plötzlich ist das nicht mehr so. Man wischt das vom Tisch. Also kann man nur davon ausgehen, dass SPÖ und GRÜNE Angst vor dem Volkswillen haben. Anders ist das ja nicht zu erklären. Inzwischen haben wir ja von der MA 62 überhaupt gehört, eine Volksbefragung ist nicht möglich. Das Drama von Franz Grillparzer „Ein treuer Diener seines Herrn“ kann man nur zur MA 62 sagen. Und die Grundsatzbeschlüsse in den Bezirken, die sind offenbar gültig, im 18. und im 19. Gott sei Dank, weil die wollen das Pickerl auch nicht. Bei den anderen ist es ja willkommen und wurde es eingeführt. Aber wie gesagt, sonst fragen wir das Volk nicht.

Die Wiener Charta wäre da sehr geeignet gewesen. Die Wiener Charta hätte sich geeignet, weil jetzt haben wir eine gnadenlose Bürgerbeteiligung von 4,2 Promille.

Wenn man die Wienerinnen und Wiener über die Ausdehnung des Parkpickerls befragt hätte, wären wir vielleicht in den Prozentbereich gekommen. Aber so spielt sich bei dieser ach so tollen Wiener Charta nicht wirklich viel ab, meine Damen und Herren.

Zurück noch zur Rechtsmeinung der MA 62 als Behörde, eine Volksbefragung ist in dieser Causa nicht zulässig. Es stellt sich wieder die Frage, 2010 vor den Wahlen die Befragung zur City-Maut. Ja, die war sehr wohl zulässig, und jetzt plötzlich werden da andere Maßstäbe angelegt. Inzwischen gibt es auch, ich weiß nicht, wer aller von den Kolleginnen und Kollegen diese Broschüre erhalten hat, „Parken in Wien“. Ich habe mir das angeschaut. Und kaum hält man es in der Hand, gibt es auch schon wieder eine Korrektur, das hat viel Geld gekostet. Da steht auch dann drinnen: „Die Parkraumbewirtschaftung wird ausgedehnt.“ Jetzt gibt es natürlich eine Vorlaufzeit. Der Druck muss ja in Auftrag gegeben werden, muss budgetiert werden, und so weiter, und so fort. Wann ist da der Druck in Auftrag gegeben worden? Das heißt, man hat lange vorher schon gewusst, es wird am 1. Oktober das Parkpickerl eingeführt, aus, Schluss, basta. Es wird niemand gefragt, uns sind die Meinungen der Wienerinnen und Wiener völlig egal. Es wird keiner gefragt, es gibt keine Volksbefragung, wir führen das ein. Interessant ist auch, was da drinnensteht. Also in die Bezirke 12, 14, 15, 16 und 17 wird es flächendeckend eingeführt, Parkdauer drei Stunden. Das ist jetzt augenscheinlich die Korrektur. Außer im Bereich der Stadthalle im 15. Bezirk, da gilt es dann Montag bis Freitag von 9 bis 22 Uhr, und zusätzlich Samstag, Sonntag, Feiertag von 18 bis 22 Uhr mit maximal zwei Stunden. Ansonsten gilt es innerhalb der Ausdehnung drei Stunden. Das wird zu einer großen Verwirrung führen. Aber vielleicht ist auch das gewollt. Unwissenheit schützt nicht vor Strafe. Ein Stück BOM, bargeldloses Organmandat, ausgestellt kostet dann 36 EUR. Das wurde auch von 21 auf 36 EUR erhöht, meine Damen und Herren.

Dann ist da etwas Interessantes, das habe ich selber nicht gewusst, man kann nicht alles wissen, da steht drinnen: „Für Geschäftsstraßen gelten Sonderregelungen. Die maximal erlaubte durchgehende Parkdauer beträgt jeweils zwei beziehungsweise drei Stunden.“ Also ich habe immer geglaubt, eineinhalb Stunden maximale Parkdauer in den Einkaufsstraßen, im Wirtschaftsraum. Das kenne ich wirklich nicht, weiß ich nicht, vielleicht kann man dann darüber etwas erfahren. Ob das nämlich der Wirtschaft gut tut, weiß ich nicht, weil ja diese Kurzparkzonen in Einkaufsstraßen und Ähnlichem ja für die Unternehmen eingeführt wurden, dass der Kunde einkauft und dann so rasch als möglich wieder wegfährt und dann kommt der nächste Kunde. Hier eine Ausdehnung von eineinhalb auf zwei oder drei Stunden, wenn das stimmt, was im Begleitschreiben da drinnensteht, dann weiß ich nicht, ob das so ein großer Wurf ist. Aber ein Wurf ist das Ganze ja sowieso nicht.

Es soll auch eine Kommission ins Leben gerufen werden, habe ich dann vernommen, über die Zukunft des Parkpickerls. Na ja, dem Parkpickerl wünschen wir eine schlechte Zukunft oder gar keine. Also was wird dann

darüber besprochen? Man wird sehen, wer wird da eingeladen. Darüber soll es dann eine Abstimmung geben. Wo? Da im Gemeinderat oder die Bürger stimmen ab? Und zwar im März 2013. Das heißt, am 1. Oktober 2012 wird die Erweiterung eingeführt und im März 2013 stimmen wir dann über die Zukunft des Parkpickerls ab, auch interessant.

Die Wirtschaft leidet auch, meine Damen und Herren. Die Wirtschaft hat kein Anrecht so wie jeder Anrainer, das so einfach zu beantragen. Es ist aufwändig und ist auch umständlich zu begründen. Eine Online-Anmeldung ist für die Unternehmer auch nicht möglich, das gefällt uns auch nicht. Es geht ganz einfach darum, den interessierten Individualverkehr zu bekämpfen. Und wir haben doch einiges gehört, nämlich von der Frau Vizebürgermeisterin, die gesagt hat, na ja weniger Autos bedeuten weniger Stau. Jetzt könnte man noch sagen, na ja gut, das ist für die gut, die vielleicht mit dem Dienstwagen unterwegs sind, weil die dann besser und einfacher fahren können, wie Sie es auch tun, Frau Vizebürgermeisterin. Sie verwenden auch einen Dienstwagen. Das ist dann eine klasse Geschichte, weniger Autos, und ich kann dann besser mit dem Dienstwagen herumfahren. Vielleicht ist es so gemeint. (*Aufregung bei GR Dipl-Ing Martin Margulies.*) Man kommt dann ... Kollege Margulies, zu Ihnen komme ich dann, für Sie habe ich auch etwas vorbereitet, wenn es sich mit der Zeit ausgeht. Da muss ich mich aber tummeln, rascheres Vorankommen.

Der wirtschaftliche Hintergrund. (*Weitere Aufregung bei den GREN Dipl-Ing Martin Margulies und Mag Rüdiger Maresch.*) Frau Vizebürgermeisterin, Sie haben gesagt, eine Arbeitsplatzkompensierung, das heißt, die 360 000 Arbeitsplätze, die in Österreich direkt oder indirekt mit der Kfz-Industrie verbunden sind, die werden wir dann alle in die Produktion von U-Bahnen verlagern. Da kommen wir mit der Produktion nicht nach. Das müsste dann 24 Stunden in Betrieb sein und die ganze Welt müsste dann bei uns U-Bahnen und Straßenbahnen kaufen und dann geht es sich noch immer nicht aus. Wir werden die 360 000 Arbeitsplätze sicherlich nicht kompensieren können.

Interessant war dann auch, Frau Vizebürgermeisterin, Ihre Rechtsmeinung zum Carsharing. Die Rechtsmeinung war auch ganz interessant. Ja, was liegt dann da vor, wenn sich irgendjemand nicht daran hält? Was ist das? Es ist nicht StVO-konform. Die StVO ist als Bundesgesetz entscheidend und nicht das, was da irgendeiner auslegt oder vielleicht meint oder sonst was. Also es wird interessant, wenn sich dann ein Nutzer oder vielleicht die Firma Carsharing, Zipcar auf Englisch, Zipcar Carsharing, wird dann bei dem Anzeige erstattet? Weil wenn Sie nämlich die nächste Polizeiinspektion aufsuchen und sagen, da steht wer, wird sie sagen: Na ja, auf Grund dieser Beschilderung ist es keine Straße mit öffentlichem Verkehr, §1 StVO und KFG, danke, das müssen Sie sich selber ausmachen. Also da darf man gespannt sein, wie es dann ausgelegt wird beziehungsweise bis auch Präzedenzfälle kommen. Ich werde das sicher einmal probieren und man kann das ja ausjudizie-

ren. Ich werde dann einen Kollegen aufsuchen oder eine Kollegin, Polizeiinspektion: „Geh' Kollege, sei so nett, ich erstatte jetzt Selbstanzeige, schreite ein, tun wir es einmal ausjudizieren.“ Es wird interessant, was da passiert, wenn sich der Erste nicht traut und sagt: „Freunde, das ist ja nicht StVO-konform.“ Da bringt einer mit grüner Farbe irgendwas auf der Fahrbahn auf und Verkehrszeichen haben wir auch, „Verkehrsplatz Carsharing“ ist kein Verkehrszeichen, es ist ein Schild, dahinter gibt es auf dem Foto eine Werbung zu sehen, ist Ähnliches. Das sind die Dinge, um die es geht, meine Damen und Herren!

Ich kann jetzt aber nicht ganz die ÖVP aus der Verantwortung entlassen, werte Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP. Es tut mir leid, dass ich das sagen muss. Sie haben fleißig und brav, so wie wir auch, Unterschriften für eine Volksbefragung gesammelt. Aber dann stellt sich für mich schon die Frage, warum die ÖVP in Meidling für das Parkpickerl gestimmt hat. Gibt es da vielleicht irgendwelche Flüsse, die kommunikationsmäßig zwischen der Landespartei und der Bezirkspartei unterbrochen sind? Das ist ja etwas eigenartig. Dann hat der Kollege Dworak eine ausgezeichnete Zusatzfrage an die Frau Vizebürgermeisterin gestellt, nämlich betreffend Carsharing Firma Denzel oder Zipcar, wie das jetzt heißt, denn es sollen ja immerhin rund 650 Parkplätze fix dieser Firma auf öffentlichem Verkehrsgrund zugeteilt werden und das ist keine Kleinigkeit. Kollege Dworak, durchaus eine ausgezeichnete Zusatzfrage. Trotzdem darf ich daran erinnern, dass im Verkehrsausschuss die ÖVP dem Rahmenvertrag zugestimmt hat und aus diesem Rahmenvertrag, aus diesem gesamten Projekt war ja das gesamte Desaster schon herauszulesen. Da war ja herauszulesen, was uns da erwartet. Also wie gesagt, Kompliment an deine Zusatzfrage, aber es ist ein bisschen sonderbar. Die ÖVP-Meidling ist eigentlich für das Parkpickerl, eine gute Zusatzfrage vom Kollegen Dworak, und gleichzeitig stimmen wir da zu. Des Weiteren diese Auslegung, was die ÖVP da gebracht hat, diese Diktion des Parkpickerls. Da haben wir auch von der ÖVP gehört, die Zonenbewirtschaftung. Na ja, im Großen und Ganzen ist das das Gleiche wie das Parkpickerl, es kriegt nur einen anderen Namen. Das heißt, je näher ich zum Stadtmittelpunkt komme, umso mehr muss ich bezahlen.

Das haben wir auch immer von der ÖVP gehört und vernommen. Also es ist eigentlich das Parkpickerl mit einem anderen Namen. Vielleicht könnte man sich da innerhalb der ÖVP einmal klar deklarieren. Will jetzt die ÖVP oder will sie es nicht? Oder sammeln wir Unterschriften und dann haben wir es doch nicht so gemeint? Das wäre alles zu hinterfragen, meine Damen und Herren.

Die Lösungen sind eigentlich ganz einfach und gehen aus unserem Dringlichen Antrag hervor. Das heißt, wir schaffen das ganze Parkpickerl wieder ab. Es war eine schöne Zeit vor 1993, es hat gar kein Parkpickerl gegeben. Beziehungsweise wir führen eines in diesem Sinne ein, dass jeder Wiener Zulassungsbesitzer kostenlos eines bekommt. Jene Pendler, die in unsere Stadt kom-

men, aber nicht, um uns zu ärgern, sondern weil sie hier Arbeit und Brot finden, kriegen, so sie eine Zeitkarte der Wiener Linien haben, kostenfrei einen Parkplatz in den Park-and-ride-Anlagen, wenn sie im Besitz einer Zeitkarte sind. Die, die keine Zeitkarte haben, denen stellen wir einen entsprechenden Parkplatz in Park-and-ride-Anlagen für 1 EUR pro Tag zur Verfügung. Das sind die Lösungsansätze, meine Damen und Herren, ganz einfach umzusetzen.

Deshalb bitte, Frau Vizebürgermeisterin, folgen Sie unserem Dringlichen Antrag, stimmen Sie dem zu. Setzen Sie dieses - demokratiefeindlich ist es eigentlich, es ist wirtschaftsfeindlich, die Menschen in dieser Stadt wollen es nicht, deshalb haben Sie auch Angst vor einer Volksbefragung - Projekt aus. Folgen Sie unserem Dringlichen Antrag! Setzen wir es aus! Setzen wir uns an den Verhandlungstisch und verhandeln wir etwas Neues im Sinne aller Wienerinnen und Wiener! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Dipl.-Ing. Stiftner und ich erteile es ihm.

GR Dipl.-Ing. Roman **Stiftner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Damen und Herren!

Ja, dass direkte Demokratie bei den Regierungsparteien nur Vorwahlaushängeschilder ist, haben wir heute, glaube ich, schon zur Genüge erfahren müssen und auch in den letzten Wochen. Die Menschen draußen sind natürlich frustriert, weil sie mehrheitlich, und zwar mit großer Mehrheit, laut Umfragen sind es drei Viertel, das Parkpickerl zu Recht ablehnen und heute hat die verbliebene absolute Mandatsmehrheit hier in diesem Hause in ihrer Drüberfahrermentalität den Weg freigemacht, dass am 1. Oktober die Autofahrerinnen und Autofahrer in dieser Stadt schikaniert werden. Sie, meine Damen und Herren, betreiben eine Politik von Brot und Spielen und wenn es einmal nicht funktioniert, dann rückt halt der riesige Rathausapparat aus und muss erklären, warum es doch wieder funktionieren hätte können sollen. Es wird juristisch argumentiert, sehr verwinkelt. Aber letztendlich, sehr geehrte Damen und Herren der Regierung, Sie haben jede Bodenhaftung zu den Menschen bereits verloren.

In der Fragestunde wurde uns ja auch heute klar und deutlich gemacht, was Sie von juristischen Expertisen halten und wie Sie diese auslegen, denn die Frage, wie Sie jetzt mit den Bezirksbeschlüssen umgehen, die ja de facto auf denselben wortidenten Paragraphen beruhen wie die Volksbefragung, die Sie ja in Gebührenfragen als nicht zulässig erklärt haben und jetzt dann doch die Bezirksbeschlüsse für zulässig erklären, das wird schon spannend sein, denn hier steht eindeutig in einer Art und Weise Verfassungsbruch dahinter. Das heißt nichts anderes, als dass die angelobten Mandatarinnen und Mandatare der Regierungsfraktion heute einen Verfassungsbruch unterstützt haben und natürlich auch diese Stadtregierung diesen Verfassungsbruch begangen hat, der nämlich von Ihren Bezirksvorstehern ausgegangen ist und jetzt eben und das wäre die Aufgabe nämlich der

Stadtregierung, diesem Einhalt zu gebieten, diesen Beschluss zu sistieren, nicht gemacht haben. Meine Damen und Herren, Sie treten nicht nur die direkte Demokratie mit den Füßen, Sie treten die gesamte Verfassung dieser Stadt mit den Füßen! Die Verärgerung ist bei den Menschen klar und deutlich merkbar. Die Verkehrspolitik in dieser Stadt funktioniert nicht und die Frau Verkehrstadträtin hat in Ihrer bisherigen Amtszeit nur Flops geliefert.

Bei der Jahreskarte, um bei einem Beispiel zu bleiben, hat man versucht, durch eine Verbilligung – und darüber kann man geteilter Meinung sein, ob das gescheit ist, aber nehmen wir einmal an, alles was billiger wird, ist grundsätzlich gut. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Die WienerInnen sagen Ja! Das ist gescheit!)* Ja, ich finde es gescheit, genau, ich finde es gescheit. Wenn man was billiger macht, ist es gescheit. Nur wenn man der große verkehrspolitische Experte sein möchte, der die GRÜNEN nachweislich nicht sind, dann hätte man nämlich Ursache und Wirkung vorher erkennen müssen. Wenn man nämlich sagt, man möchte sozusagen eine Verschiebung des Marktanteils haben, des Modal-Split oder wie auch immer man es bezeichnen will, es gibt ja viele Verkehrsmittel, dann muss man natürlich auch in der Lage sein, den Bedarf dort decken zu können. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Investiert! Da gehört investiert!)* Das heißt nämlich auch, dass man entsprechend vorher entsprechend ausgebaut hätte, nämlich neue Linien, U-Bahn-Ausbau betrieben hätte. Man hätte Intervallverdichtung betreiben müssen und man hätte ... *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Hätten wir mit der Tarifsenkung fünf Jahre warten sollen oder was?)* Man müsste Ursache und Wirkung ... Was haben wir jetzt? Was haben wir jetzt für einen Situation? Jetzt reißen wir die Sitzplätze aus den öffentlichen Verkehrsmitteln raus, nur damit wir irgendwo die Leute unterbringen, weil jetzt angeblich mehr Leute fahren. Super, finde ich toll, grandios, unterstütze ich auch, weil wir im Unterschied zu den GRÜNEN nämlich die öffentlichen Verkehrsmittel unterstützen. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Du warst dagegen! Du warst dagegen!)* Nur, was passiert jetzt? Jetzt sind die Leute frustriert, weil sie halt nicht mehr in der gewohnten Qualität öffentliche Verkehrsmittel nutzen können und Sie werden halt im nächsten Jahr dann wieder die Jahreskarte zurückgeben und dann wird es einen Pendeleffekt geben. Das ist grüne Verkehrschaopolitik par excellence und die haben Sie uns eingebrockt, sehr geehrte Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich will ja nicht alte Geschichten aufwärmen, aber diese ständigen Zwischenrufe sollte man schon auch wirklich dieser Grünen Fraktion, die verkehrspolitisch wirklich mehr als grün hinter den Ohren ist, einmal deutlich hinter die Löffel schreiben. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Du warst gegen die Senkung der Tarife!)* Ich denke noch an die Diskussion mit den Citybikes. Citybikes sind wirklich eine ganz gute Einrichtung, in der Zwischenzeit auch international unbedingt durchaus anerkannt. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Du warst dagegen!)* Ich war vor Kurzem auch in Washington und habe mich da überzeugen können, dass das ein gutes System ist.

Nur, wie hat es angefangen? Wie die GRÜNEN diese Idee aufgebracht haben, waren nämlich wir in Österreich damals noch in der Opposition und es war eure Initiative, die die SPÖ offenbar aufgegriffen hat. Mit dem Konzept der GRÜNEN hat man nämlich die Wiener Citybikes Version 1.0 überall gefunden nur nicht mehr in Wien. Man hat sie im Canale Grande gefunden, man hat sie irgendwo gefunden. Man hat sie im Kanal gefunden, überall waren sie verstreut. Es war teuer, sehr teuer, ein neues Konzept zu machen. Auf das sollte man sich, glaube ich, noch einmal zurückerinnern, was es heißt, grüne Ideen zu verfolgen. Grüne Ideen mögen vielleicht da und dort visionär sein. Sie mögen inspirierend sein. Nur, sie sind von der praktischen Umsetzung weit entfernt. Das ist die Kritik Nummer 1 von meiner Seite und von unserer Fraktion, dass die GRÜNEN nicht in der Lage sind, Verkehrspolitik operativ zu verantworten. Deshalb ist diese Besetzung in der Stadtregierung vollkommen fehlgelaufen, sehr geehrte Damen und Herren!

Übrig bleibt das Scheitern, nicht nur von Grün, sondern von Rot-Grün. Das müssen Sie sich anrechnen lassen. Es sind teure Experimente, es sind teure Flops. Und ich bin ja schon neugierig, wenn dann irgendwann einmal eine Volksabstimmung oder Volksbefragung oder was auch immer dann der Herr Bürgermeister in dieser Stadt zu diesem Thema vor hat, nachträglich passieren wird, was Sie dann tun werden, wenn die Menschen dann ihrem Unmut Ausdruck verleihen und sagen, das Ganze ist ein Schmarren. Heißt das dann, dass die jetzt mehr oder weniger, weil eben damals noch keine Verordnung vorgelegen ist, illegal aufgestellten Zusatzschilder dann wieder entfernt werden müssen? Ich glaube, wir haben 7 Millionen EUR im Gemeinderat veranschlagt, viel Geld, das man gerne in der Bildung, bei der Kinderbetreuung hätte besser brauchen können. Das wird dann alles wieder offenbar eingestampft oder es wird dann verändert. Jedenfalls kostet es wieder Geld, Geld, das wir alle nicht haben, Geld, das unproduktiv eingesetzt wird, Geld, das nur durch ideologisch getriebene absurde Ideen dieser GRÜNEN die Wiener Steuerzahler kostet. Das ist die Politik von Rot-Grün in dieser Stadt, sehr geehrte Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich verstehe allerdings nicht, dass die SPÖ diesem Minikoalitionspartner hier nicht endlich ins Ruder greift. Ist da wirklich so viel Abhängigkeit da oder wissen die irgendwas, was offenbar der SPÖ schaden kann, dass die derzeitige Paralisierung in der SPÖ so fortgeschritten ist, dass man nicht den Mut hat? Wir wissen ja alle, dass es falsch ist und dass hier Fehler passiert sind. Dass die SPÖ hier nicht eingreift, ich kann es nicht verstehen. Ich verstehe es deshalb auch nicht, weil Sie wissen, dass es Sie Wählerstimmen kostet. Sie wissen, dass Sie mit dieser Maßnahme auch jede Kompetenz verlieren und für immer zum Thema direkte Demokratie, Stichwort Volksbefragung, unglaubwürdig sein werden. Und so wie es der Herr Bürgermeister vor der letzten Wahl gemacht hat, es nimmt Ihnen niemand mehr ab, es glaubt Ihnen niemand mehr. Aber Sie haben sich letztendlich auch als SPÖ verkehrspolitisch zur Lachnummer

in dieser Stadt gemacht.

Meine Damen und Herren von der SPÖ, wenn Sie das wollen, dass Ihnen weiterhin diese Probleme in dieser Stadtregierung aufgehalst werden, dann machen Sie weiter so. Wenn Sie das nicht wollen, dann war es schade, dass Sie unseren heutigen Neuwahlantrag abgelehnt haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Maresch und ich erteile es ihm.

GR Mag Rüdiger **Maresch** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Vorsitzender!

Eigentlich habe ich mir ja irgendwie erwartet, es gibt im Gemeinderat das demokratische Mittel des Dringlichen Antrags, und dann kommt jemand aus der jeweiligen AntragstellerInnenpartei heraus und begründet den Antrag. 20 Minuten hat er oder sie Zeit. Heute haben wir, glaube ich, vier Minuten und ein bisschen was vom Kollegen Baron gehört, und dann hat der Kollege Irschik in der ersten Wortmeldung ein bisschen nachgebessert. Was mich beim Kollegen Baron, den ich ja selten höre, ein bisschen verwundert hat – und deswegen hab ich auch gefragt, wie das in seiner Zeit als Bezirksvorsteher-Stellvertreter war, da hat er auch nicht oft gesprochen, macht aber nix. Aber diesmal hat er ein paar Blüten von sich geben, die sind irgendwie unglaublich, denke ich mir. Zum Beispiel hat er zuerst einen Satz gesagt, es gibt viele, viele, viele sinnlose Einbauten in der Straße, und dann hat er es prozentuell irgendwie festgelegt und hat gesagt, 80 Prozent sinnlose Einbauten in den Straßen. Was sind die Einbauten in den Straßen, Kollege Baron? Die Einbauten sind Strom, Gas, Wasser, Fernwärme. Alle möglichen anderen Dinge auch noch. Kanal vor allem auch. Das heißt, alles von dem, was ich gesagt habe, sind 80 Prozent. Sinnlos? Können Sie mir erklären, wie dann eine Stadt funktionieren soll, wenn 80 Prozent dieser Einbauten nicht funktionieren? Das kann man sich wahrscheinlich jetzt in so Städten wie in Syrien einmal anschauen, wo jetzt alles zerstört wird. Dort ist es vielleicht so. Aber Wien hat eine funktionierende Daseinsvorsorge und definitiv keine 80 Prozent sinnlose Einbauten. Das ist einmal das Erste.

Das Zweite ist, der Wirtschaft geht's immer schlechter und die arme Wirtschaft. Das kennen wir natürlich so. Die Frage ist natürlich nur: Wieso hat dann die Wirtschaftskammer mit Rot-Grün verhandelt und hat dem zugestimmt? Da kann man natürlich sagen, die FPÖ hat was gegen die Wirtschaftskammer. Aber Faktum war, dass die Wirtschaftskammer und auch die Frau Jank als die Chefin der Wirtschaftskammer sogar eine Presseaussendung gemacht hat, wo sie die beiden Verhandler, den Kollegen Hora und mich, gelobt hat, dass das eine gute Verhandlung war und sie ein gutes Ergebnis haben und mit dem gut zurecht kommen können.

Dann Ihre nächste Geschichte, auch wieder völlig von der Rolle, muss man wirklich sagen: Die Niederösterreicher und die Burgenländer sollen die volle Summe zahlen und dann verwechseln Sie Parkpickerl und Parkschein. Wovon? Vom Parkpickerl oder vom Parkschein?

Das wissen wir nicht so genau, aus dem war das nicht zu hören. Und sie sind vor allem hergegangen, was ich interessant finde, Ihr Klubobmann in Niederösterreich hat vorige Woche eine Pressekonferenz gemacht, wo er verlangt hat, die niederösterreichischen PendlerInnen müssen in Wien auch ein Gratispickerl kriegen. Der kennt sich auch nicht mit Pickerl und Parkschein aus, macht aber nix. Da hat er ja das gleich gemerkt. Aber was heißt das jetzt wirklich? Haben Sie sich abgesprochen mit den niederösterreichischen Freiheitlichen? Offensichtlich nicht, weil sonst würden Sie das nicht sagen. Dann gehen Sie her und sagen, die Wiener sollen überall gratis parken. Und dann kommt der Kollege Irschik und schwärmt vor, wo er überall mit dem Auto hinfahren kann. Der Kollege Irschik ist derjenige, wo wir uns daran erinnern, der sagt, die Gehsteige sind zu breit, die Ohrwascheln gehören weg und Radfahren ist etwas für die Freizeit. Überall mit dem Auto hinfahren können, passt. Ich meine, nachdem er ja manchmal mit Honoratioren der FPÖ unterwegs ist, denke ich mir, er möchte überall mit dem Auto hinfahren. Zum Stephansplatz kann man schon nur mehr schlecht mit dem Auto hinfahren, aber das lässt sich für den Kollegen Irschik lösen. Und Geld kassieren ohne Gegenleistung, das finde ich überhaupt sensationell. Das heißt in Wirklichkeit, jetzt haben wir funktionierende Parkraumbewirtschaftung, die ausgedehnt wird. Was der Kollege Irschik will, ist nichts anderes, als wenn ich zum Beispiel, nur als Metapher: Ich kauf mir einen Kühlschrank, dann hab ich keinen Platz zu Hause, ich stell ihn auf die Straße und dann wundere ich mich, dass sie ihn abtransportieren. Beim Auto will er das. Er will in Wirklichkeit überall sein Auto abstellen und sagt, da wird Geld kassiert ohne Gegenleistung. Noch einmal, Moment: Wenn ich ein Auto besitze, verlange ich von der Stadt eine Leistung und zwar, dass sie mir öffentlichen Raum, wenn es geht, gratis zur Verfügung stellt. Wir verlangen dafür 60 Cent am Tag für jemanden in einer Parkpickerlzone oder jetzt 2 EUR in der Stunde. Anderswo ist das ganz anders. Und dann kommt natürlich wiederum die Dienstwagengeschichte, damit man mit dem Dienstwagen schneller unterwegs ist. Von der FPÖ ist auch gekommen, dass die Frau Stadträtin mit dem Dienstwagen, und zwar mit einem schwarzen Audi, ständig ihre Tochter in die Schule führen lässt. Nur, die Frau Vizebürgermeisterin hat keine Tochter und auch keinen schwarzen Dienstwagen und auch keinen Audi. Also das sind alles G'schichteln, die hören wir da bei Gelegenheit immer wieder.

Das einzige Interessante des Kollegen Irschik war, und das ist jetzt die Überleitung zur ÖVP, er hat gesagt, die ÖVP hat in Meidling dem Parkpickerl zugestimmt. Das ist doch interessant. Ich habe gleich nachgeschaut, nachschauen lassen mehr oder weniger, und es stimmt. Die ÖVP war in Meidling nämlich ursprünglich am Antrag drauf, hat sich dann aber nicht geeinigt. Dann hat die Frau Bezirksvorsteherin gesagt, nachdem sozusagen der Anruf aus der Zentrale gekommen ist, und die ÖVP-Fraktion hat der Einführung des Parkpickerls in Meidling zugestimmt. Das ist ja interessant. Bei all diesen Dingen, die ich jetzt immer höre ... *(Aufregung bei GR Ing Mag*

Bernhard Dworak.) Ist ja so, ist ja interessant! Seid ihr immer einer Meinung? Ihr posaunt in die Welt hinaus, das Parkpickerl ist das Letzte, und dann gibt's eine Bezirksorganisation, eine von fünf, die davon betroffen ist, und die stimmt auch glatt zu! (*Weitere Aufregung bei GR Ing Mag Bernhard Dworak.*) Ja genau, ja aber sowieso. Die ist aber nicht der Meinung, dass man das Parkpickerl abschaffen soll, sondern die ist der Meinung, dass man es in Meidling einführen soll! Das ist eine interessante Geschichte.

Und jetzt komme ich, weil ich natürlich der Ideologe beim Verkehr immer bin, das höre ich eh, höre ich mir einmal an, was sagt der Chefideologe der ÖVP beim Verkehr? Interessant ist, auf meine diversen Zwischenrufe, welche Lösungen gibt's für das Problem, sind eigentlich keine Lösungen gekommen. Diesmal hör ich wieder: Fehlgefahren, paralysierte SP, direkte Demokratie, Lachnummer, Polemik, Polemik, Polemik und immer wieder Polemik, Flops, alles Mögliche. Dann frag' ich mich ganz ernsthaft: Wenn das Parkpickerl so ein Flop ist, warum gibt's es dann in so vielen ÖVP-Gemeinden und – Städten. In Eisenstadt, da hat die ÖVP eine 78-prozentige Mehrheit! Hallo, das ist ja nicht nix. Da ist niemand gefragt worden, außer die ÖVP. (*Zwischenruf von GR Dipl-Ing Roman Stiftner.*) Warum zum Beispiel ist es in der Landeshauptstadt von Niederösterreich oder in Waidhofen an der Ybbs? Da gibt's überall die Parkraumbewirtschaftung. In Waidhofen ist es übrigens vom Finanzlandesrat, damals Bürgermeister in Waidhofen, eingeführt worden. Also ganz, ganz viele. Das ist einmal das eine.

Das Zweite ist in Wirklichkeit die Frage, was macht man mit den herbrandenden, und es sind wirklich jeden Tag 350 000 Autos, die da hereinkommen, was macht man mit denen? Da sagt die FPÖ, na klar, da machen wir, ist eh klar salopp, für 100 000 machen wir da draußen - es sind aber 350 000 – Park-and-ride-Anlagen und die sind gratis. Noch einmal, Kollege Irschik, auch wenn Sie es nicht glauben, aber bei der billigsten Version der Parkgarage, Hochgarage, kostet ein Stellplatz 15 000. Das heißt, jetzt rechne ich nur, noch einmal, das habe ich heute schon einmal gemacht, das Plus der letzten 10 Jahre. 100 000 PKW mehr als vor 10 Jahren, das macht 1,5 Milliarden und die gibt's nicht, nirgendwo, niemand hat das in ganz Österreich. Und zwar hat das deswegen niemand in ganz Österreich, weil ich heute wieder in der Zeitung gelesen habe, dass die Kärntner Hypo Alpe-Adria 2,19 Milliarden zusätzliche Kohle braucht, und zwar von der Republik! Das müssen alle anderen auch mitzahlen, auch wir. (*GR Mag Wolfgang Jung: So wie die Volksbank!*) In Wirklichkeit müsste man den FP-braunen Laden da unten in Kärnten aus Österreich hinausbugsieren, so wie ihr das bei Griechenland macht's. Das hat uns in Wirklichkeit in ein Finanzdesaster hineingeworfen, das ist nicht ohne. Danke Haider, Dörfler, Uwe Scheuch und FreundInnen. So, jetzt haben wir einmal ... Ja, ja, ja, ja, ja genau ... (*Aufregung bei der FPÖ. – GR Mag Wolfgang Jung: So wie die Volksbank!*)

Die nächste Geschichte ist das, dann überlegen wir uns einmal, welche Fläche nimmt ein Parkplatz ein. Das

kann man ja wieder leicht rechnen. Sagen wir, zum Reversieren und hin und her brauchen wir ungefähr 10, 15 m² für ein Auto, wiederum haben wir in Wirklichkeit die 100 000, das sind 1,5 km². Das ist ungefähr eineinhalb Mal die Fläche des Bezirkes Josefstadt, das Sie in Wirklichkeit einfach zuparken. Wo? In Favoriten, in Meidling, wo auch immer. Also heute habe ich wirklich den Eindruck gehabt, bei der FPÖ hat in dem Punkt Intelligenzfreiheit geherrscht, ernsthaft, wirklich, also unglaublich. So einen Holler habe ich wirklich selten gehört wie diesen.

Gehen wir wieder einmal zur ÖVP zurück, weil ich da immer höre, die Demokratie, die Demokratie. Also ich kann mich noch erinnern, da hat es dieses Volksbegehren zur Bildung gegeben. Viele, viele, viele Menschen haben das unterschrieben. Und wie war das mit der ÖVP? Haben wir da eine Volksbefragung gehabt? Nein, kann ich mich nicht erinnern, nix, obedodelt, fertig. Wenn's nicht passt, obe. Das heißt in Wirklichkeit, da hat es schon viele Leute gegeben, die das sehr interessiert hat in der Republik und zwar der Prozentsatz war mit den 300 000 Unterschriften oder viel mehr, da waren wir schon ganz locker über die nötigen Prozente in Ihrer Geschichte.

Und dann erwarte ich mir eigentlich, und das ist das Nächste, ich erwarte mir von einem Verkehrssprecher in dem Fall, der jetzt sozusagen kritisiert, Lösungen, ganz einfach Lösungen. Welche? (*Aufregung bei GR Dipl-Ing Roman Stiftner.*) Die einzige Lösung, die gekommen ist, ist: Es gibt zu wenig Park-and-ride-Anlagen. Wir sollen die U-Bahn nach Klosterneuburg und in den Auhof bauen. Das ist wie das Amen im Gebet. Nur, das Problem ist in Wirklichkeit, das hilft uns überhaupt nichts. (*Weitere Aufregung bei GR Dipl-Ing Roman Stiftner.*)

Die nächste Geschichte ist, und da wollen wir uns noch daran erinnern: Wer hat denn die Parkraumbewirtschaftung in Wien eingeführt? Die ÖVP im 1. Bezirk, oder täusche ich mich da? War das nicht der Planungsstadtrat Görg, der das eingeführt hat? (*Aufregung bei der ÖVP.*) War schon so, oder?

Also noch einmal, liebe ÖVP: Ich denke mir (*Aufregung bei GR Dkfm Dr Fritz Aichinger.*), die Argumente waren vielleicht ein bisschen besser, aber schwer ideologisiert. Fritz, warte, gleich, zu dir komme ich gleich. Aber der Punkt ist noch einmal: Lösungskompetenz nichts, null. Von der FPÖ habe ich mir nichts erwartet. Von der ÖVP erwarte ich mir da was. Da ist nichts gekommen, überhaupt nicht. Und jetzt noch zu dir, Fritz, diese Geschichte mit der Ideologie. Ja, das stimmt. Ich sehe das in Wirklichkeit als einen wichtigen Standpunkt, in der Stadt Wien zu sagen: Wie gehen wir dieses Problem mit dem vielen Individualverkehr in Wien an? Und da sage ich ja ganz ehrlich: Die Lebensqualität der BürgerInnen ist nur dadurch zu erreichen, indem ich erstens einmal dem Individualverkehr Zügel anlege. Zweitens einmal ist es ein Auftrag für die Politik, das Gemeinwohl anzuschauen. Und da ist es so, dass ich in Wirklichkeit eine Frage nicht akzeptieren kann, wo ich hergehe und sage, abgesehen jetzt von dieser Geschichte, wenn die Bürger und Bürgerinnen eine Lebenserwartung von minus 12

Monaten in Wien haben, dann ist das ein Auftrag für die Politik und da muss ich ehrlich sagen, tut mir leid, Fritz, da müsst ihr noch lange nachdenken, bis euch was einfällt. Danke schön, wiederschau'n. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – GR Mag Wolfgang Jung: Aber die Lebenserwartung hat die Stadtregierung verursacht, wenn das stimmt. Wer regiert denn in Wien?)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Dipl-Ing Al-Rawi und ich erteile es ihm.

GR Dipl-Ing Omar **Al-Rawi** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Danke, Herr Vorsitzender! Sehr verehrte Damen und Herren!

Wir debattieren heute über etwas, das es schon seit 19 Jahren in Wien gibt. *(Aufregung bei GR Dkfm Dr Fritz Aichinger.)* Na ja, Fritz, das gibt es und es stellt auch ... *(GR Dipl-Ing Roman Stifter: Das war ein Plan, aber nicht für die Außenbezirke! Das ist doch ganz was anderes!)* Ja, aber es ist doch nicht bis zum Außenbezirk gekommen. Erstens einmal wird es nicht zur Stadtgrenze ... *(Aufregung bei der ÖVP. – GR Dipl-Ing Roman Stifter: Das war ein Plan für die Außenbezirke, ein Langzeitplan der GRÜNEN.)* Ja dann sei doch froh. Das ist doch der Beweis, dass wir über Dringe gesprochen haben, dass wir auch etwas adaptiert haben und dass wir etwas geändert haben. *(GR Dipl-Ing Roman Stifter: Das war ein Langzeitplan der GRÜNEN für ganz Wien!)* Das hat ... Nein, also .. *(GR Dipl-Ing Roman Stifter: Das haben sie ja gesagt!)* Eine Tatsache ist, und das wissen wir, dass wir mit der Herausforderung des Verkehrs einfach umgehen müssen. Und wenig Verkehr bedeutet bessere Lebensqualität *(GR Dipl-Ing Roman Stifter: Anbote! Anbote!)*, bedeutet mehr Platz, bedeutet mehr Platz für die Kinder, bedeutet weniger CO₂, weniger Feinstaub, bedeutet weniger Unfälle. Und dass sich eine Stadt entwickelt und dass man mit dieser Herausforderung umgehen muss, das ist doch eine Tatsache. Wir haben es bitte den Bezirken freigestellt, dass sie über dieses Thema entscheiden können. *(Aufregung bei der ÖVP.)* Stimmt das oder stimmt das nicht? Der 15. Bezirk hat als erster gesagt, weil er der Meinung war, dass er ein sehr dicht verbauter Bezirk ist und eine sehr positive Erfahrung mit der Stadthalle hat, er möchte es haben. Wir in Meidling wissen, dass die Autos dann übergeschwappt wären. Sie kommen ja auch vom 4. und 5. Bezirk rüber und wir haben auch einen dicht verbauten Bereich. Wir haben eine hochrangige U6-Linie. Der Bezirk hat dann gesagt, wir wollen es auch haben. Und es gab dann Bezirke wie den 11., den 21. und den 22., die gleich gesagt haben, wir wollen es nicht. Es gab auch einen Bezirk wie den 10. Bezirk, der sich länger Zeit gelassen hat und dann gesagt hat, er will es auch nicht. Und dann gab es einen Grundsatzbeschluss und dann gab es auch eine Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern in den Bezirken, und es gab doch eine Adaptierung. Also ich kann mich erinnern, es ist einmal eine Lehrerin gekommen und hat gesagt, ich wohne im 14. Bezirk außerhalb der Parkzone, ich arbeite in einer Schule, warum darf ich kein Parkpickerl haben, wenn ich dorthin fahre? Das

wurde zum Beispiel geändert. Es wurde die ganze Parkzeit geändert und es wurden auch die Preise nach unten adaptiert. Das ist der Beweis, dass sich eine Demokratie, eine repräsentative Demokratie eben nach einem längeren Prozess einfach einen Kompromiss sucht, dass sie mit rationellen Gründen umgeht und dass sie eine Lösung findet.

Ich finde es wirklich jammerschade, dass die ÖVP einfach aus diesen Gesprächen hinausgegangen ist *(Aufregung bei der ÖVP.)* und sich einfach nur auf ihre 100 000 oder wie immer Unterschriften beruft und glaubt, sie kann damit Politik machen. Sie haben sich einfach die historische Chance weggenommen, dass sie da mitentscheiden.

Ich würde es wirklich auch überlegen, wie man mit Lösungen innovativ umgeht. Ich arbeite selber auf der der Platte an der Donau. Wenn ich jeden Tag ... Mahdalik schaut schon her, weil das sein Bezirk ist. Wenn ich jedes Mal nach rechts schaue, schaue ich mir das Austria Center an und wenn ich auf die linke Seite schaue, schaue ich mir die Donauinsel an. Und wenn ich mir denke, das sind genau zwei Projekte, die für die ÖVP ein Gräuel waren. Für das Austria Center machen wir ein Volksbegehren. Ich glaube, es war die Nummer 1 der Volksbegehren in der Geschichte Österreichs. Heute würde kein Mensch dieses Austria Center missen wollen, im Gegenteil. Wir haben dort, glaube ich, noch zwei zusätzliche Konferenzzentren gebaut, weil ohne diese Konferenzzentren würde es die UNO und die ganzen Konferenzen nicht geben. Es ist keine Geldgrube geworden, wo man nur hineinbuttert. Auf der anderen Seite sind Sie aus der Koalition seinerzeit ausgezogen, weil Sie lieber die Donauinsel für einen Übungsplatz für das Bundesheer gehabt hätten. Und was würde Wien heute ohne dieses Freizeitparadies in dieser Stadt sein?

Meine Damen und Herren, ich bin einfach der Meinung, dass Abstimmungen über emotionale Dinge, wo es nur ein Ja oder Nein geben kann, einfach nicht die Antwort sind. Ich habe das schon einmal erzählt, eines meiner Erlebnisse, das ich hatte, war, ich bin 1978 nach Österreich gekommen und nach einem Monat hat es eine Volksabstimmung über die Einführung des Atomkraftwerkes gegeben. Ich bin damals zu einer Familie gegangen, ich war bei denen eingeladen, bürgerlich, ÖVP-Wähler, nicht gegen das Atomkraftwerk, und die haben gesagt: Komm, setz dich nieder, das Ergebnis ist jetzt sehr wichtig, jetzt kommt es raus: Und nachher dann waren sie irrsinnig über das Ergebnis frustriert. Ich habe gesagt: Was ist das Problem? Seid ihr für die Atomkraftwerke? Wir sind dafür. Ja aber da ist jetzt rausgekommen dagegen. Aber wir sind jetzt eigentlich nur unglücklich, weil der Kreisky nicht zurückgetreten ist. Also das ist nicht einfach die Lösung, dass wir mit emotionalen Dingen Politik auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger ... *(GRin Henriette Frank: Na was war mit der Nacht-U-Bahn? Ja oder nein? Wollen Sie eine Nacht-U-Bahn, ja oder nein?)* Was hat jetzt die Nacht-U-Bahn mit der Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung ... *(GRin Henriette Frank: Das kostet ein Schweinegeld! – GR Armin Blind: Weil Sie dem Bürger dauernd unterstellen*

die Fragen! Sie unterstellen den Bürgern dauernd die Fragen! Ungeheuerlich ist das!) Nein, es ist ein Unterschied, ob ich die Bürgerinnen und Bürger ... Schauen Sie, fragen Sie heute, gehen Sie hin in die inneren Bezirken, gehen Sie in den 1. Bezirk bis zum 20. und fragen Sie, ob einer von diesen Menschen diese Parkraumbewirtschaftung missen will? Ob einer auf die Idee kommen würde, dass wir es wegtun? (*Aufregung bei der FPÖ.*) Also in vielen Gesprächen, die ich heute ... (*GR Armin Blind: Eine Verhöhnung der Bürger ist das, Herr Kollege! Eine Verhöhnung!*) Na, fragen Sie einmal die Leute, da werden Sie sehen. Fakt ist, wir reden über ein Modell, das es seit fast 20 Jahren gibt. Wir reden über ein Modell, das funktioniert. Wir reden über ein Modell, das mehr Sicherheit, eine bessere Luft, eine Steuerung der Verkehrslawine betrifft. Wir haben auch Maßnahmen dazu beschlossen, um es zu attraktiveren. Wir haben bei der Netzkarte den Preis gesenkt. Wir haben Rekordzahlen bei den Jahreskarten. Wir haben Rekordzahlen beim öffentlichen Verkehr. Und glauben Sie mir, das wird der Weg der Zukunft sein. Gehen Sie diesen Weg mit und hören Sie auf, parteipolitisches Kleingeld nur einfach auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger zu machen. Danke vielmals. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Mahdalik und ich erteile es ihm.

GR Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Damen und Herren!

Schade, dass der Rüdiger nicht im Saal ist. (*Widerspruch des hinter den Bankreihen des Grünen Klubs stehenden GR Mag Rüdiger Maresch.*) - Bist du eh da? Weißt du, was mir eingefallen ist, als du geredet hast? – Du kennst sicher das YouTube-Video über die Umfrage zum Integrationstest in Deutschland auf der Straße: „Was laberscht du? Hascht du überhaupt gelernt?“ - Das ist mir eingefallen. Denn was du da heraußen zusammengeredet hast ... (*GR Mag Rüdiger Maresch: ... intelligenzfrei!*) – Das war sie, deine Rede: intelligenzfrei. Du hast Zahlenbeispiele gebracht, dass wir die Fläche der Josefstadt zuparken wollen oder irgendwo zubetonieren wollen, und, und, und. - Was laberscht du, Rüdiger?

Aber thematisch möchte ich noch einmal im Zusammenhang mit der Parkraumbewirtschaftung, mit dem Parkpickerl auf die nicht kommende Volksbefragung zu diesem Thema zurückkommen. Und Kollege Maresch hat einmal - da kann man sagen, das ist seine Ansicht, wenn er es auch stringent durchzieht – in einem Interview in der Zeitung gesagt, das Parkpickerl ist eine Einzelmaßnahme aus einem ganzen Paket von Maßnahmen zur Eindämmung des Individualverkehrs.

Die zweite Maßnahme, die mir jetzt „auf die Gache“ einfällt, ist: Sitze herausreißen aus der Straßenbahn. Die anderen weiß ich im Moment nicht. Aber auf jeden Fall ist das Parkpickerl - laut Rüdiger Maresch - nur eine Einzelmaßnahme.

Ich habe mir gedacht, okay, und bin nur die letzten paar Jahre zurückgegangen und habe mir angeschaut, wie das - wir haben es ohnedies heute schon angespro-

chen - bei den Garagen war. Also eine Garage, eine Volksgarage, ist zum Beispiel die Garage unter dem Bacherpark. Ich habe mir nur ein paar Garagen herausgesucht, wo die GRÜNEN entweder dagegen waren – bei den meisten waren sie dagegen –, aber auf jeden Fall immer eine Bürgerbefragung, Grätzelbefragung, Volksbefragung verlangt haben:

Volksgarage Floridsdorf, Garage Rudolf-von-Alt-Platz, Wien Landstraße: GRÜNE wollen eine Volksbefragung, Bürgerbefragung.

Volksgarage unter dem Manès-Sperber-Park, 2. Bezirk, Volksgarage Burggasse: Da wollen wir GRÜNE eine Volksbefragung!

Schubert-Park-Garage ist keine Lösung: Wir wollen eine Volksbefragung!

Garage Neuer Markt: Befragung der Bürger gefordert.

Bacherpark-Garage: Wir wollen eine Befragung!

Rohrauerpark-Garage: Die Bürger müssen befragt werden.

Widerstand gegen die Naschmarkt-Garage: Die Bürger müssen befragt werden. (*GRin Dr Claudia Laschan: Das waren wir bei der Rohrauerpark-Garage!*) - Die GRÜNEN haben es auch gefordert, bei jeder Garage. - Entschuldigung, ich wollte euch nichts wegnehmen, ich habe nur nach den GRÜNEN geschaut in der APA.

Und: Sammelgarage Am Tabor: Befragung gefordert.

Garage Geblergasse: Befragung gefordert. - Dann ist eine Befragung durchgeführt worden: Ergebnis wird nicht anerkannt, weil die 650 Schüler und die Lehrer nicht abstimmen dürfen.

Wenn ich nach diesem Beispiel vorgehe und, sagen wir, bei der Urania oder in der Gegend zwischen Sofitel und dem Uniqa-Tower eine Garage baue, dann muss ich aber die ganze Uniqa auch befragen, plus die Bediensteten vom Sofitel und, und, und - alle, die rundherum arbeiten und wohnen.

Aber auf jeden Fall sind überall Befragungen verlangt worden, bei kleinen Garagen, relativ kleinen Garagen, viel kleineren Projekten, als es die Ausweitung des Parkpickerls auf die heute schon oft genannten Bezirke ist. Und das, lieber Rüdiger, ist ein Gesamtprojekt. Eine Garage ist eine Einzelmaßnahme, eine viel kleinere Einzelmaßnahme als das Parkpickerl. Aber beim Parkpickerl ist eine Befragung nicht durchzuführen, weil sie eine Einzelmaßnahme ist.

Natürlich, ihr seid jetzt in der Regierung, müsst ein bisschen anders argumentieren. Da hätten wir ja nichts dagegen. Aber das ist ein Salto rückwärts, eine 180-Grad-Wende. Ihr sagt genau das Gegenteil von dem, was ihr uns früher gepredigt habt, bis wir es nicht mehr hören haben können.

Kollege Chorherr hat in einer vorigen Wortmeldung - weil wir schon bei Skurrilitäten und beim „Was laberscht du?“ sind - die Erderwärmung und die Eisabschmelze in der Antarktis mit dem Wiener Parkpickerl in Verbindung gebracht.

Meine Damen und Herren! Dazu fällt mir überhaupt nichts mehr ein, und ich danke für die Aufmerksamkeit. (*Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte über die Besprechung des Dringlichen Antrages ist somit beendet. Diesen Antrag weise ich zur weiteren Behandlung der Frau

amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung zu.

(Schluss der öffentlichen Sitzung um 16.04 Uhr.)